

Texte

dietz berlin



Rainer Rilling

Risse im Empire

rls

50

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 50

Rosa-Luxemburg-Stiftung

RAINER RILLING

Risse im Empire

Karl Dietz Verlag Berlin

Rainer Rilling:
Risse im Empire
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 50)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2008

ISBN 978-3-320-02159-7

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008
Satz: Elke Sadzinski
Umschlag: Heike Schmelter, unter Verwendung eines Fotos von Rainer Rilling
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

1 Die Spaltung, die zählt...	9
2 »Empire«: Streitigkeiten	21
3 Empire of Capital	25
4 Imperialität	29
A Struktur	29
B Soziale Qualität und Reichweite	32
C Über das Informelle	33
D Vielfalt und Einheit, Einschluss und Ausschluss	37
E Rechtfertigungen von Imperialität	38
F Doppelte Peripherie	40
G Größe	41
H Expansion	41
I Arena Welt und deren Ordnung	43
5 American Empire	47
A Das Kontinentalimperium und seine <i>Aktiva</i>	47
B Die Neuerfindung des »postterritorialen« informellen Empire	50
C Die liberalimperiale <i>Monarchia Universalis</i>	55
D Konturen des neuimperialen Neoliberalismus	70

6 Blütenräume	73
A Die zwei Zielsetzungen zur Sache »USA und Weltordnung«	73
B Die veränderten Kalküle über die Welt	75
C Der Grundkonsens über Imperialität	80
D Die Wandlungen der liberalimperialen Richtung	87
E Profile und Politiken der rechtsimperialen Richtung	99
Der Aufstieg der politischen Krieger	99
Neue Entgrenzungen des Krieges	103
Die Wendung zur Politik der Prävention als Aggression	107
Imperiale Souveränität als Projekt	111
9/11	122
F Die Machtkrise rechtsimperialer Politik	142
7 Optionen und Grundlinien	146
8 Literatur	166

America has never been an Empire.
George W. Bush, 1999

We refuse the crown of empire.
George W. Bush, 1999

America has no empire to extend or utopia to establish.
George W. Bush, 2002

We have no territorial ambitions, we don't seek an empire.
George W. Bush, 2002

We have no desire to dominate, no ambitions of empire.
George W. Bush, 2004

The United States has no imperial ambitions.
Condoleezza Rice, 2003

If we were a true empire, we would currently preside over a much greater piece of the Earth's surface than we do.
Dick Cheney, 2004

We don't seek empires, we're not imperialistic. We never have been.
Donald Rumsfeld, 28. 4. 2003

We don't do empire.
Donald Rumsfeld, März 2003

We're not a colonial power. We've never been a colonial power.
Donald Rumsfeld 25. 2. 2003

We are not an empire ... We come here as liberators.
Colin Powell, 2003

We will be greeted as liberators.
David Cheney, 2003

We're not an imperial power, we're a liberating power.
George W. Bush, 2004

Ich bitte Sie, die Vereinigten Staaten sind doch kein Imperium.
Joseph Fischer, 2003

So, call it as you prefer, ladies and gentlemen, but if it looks like an empire, and acts like an empire, and increasingly quacks like an empire, well, perhaps you know what it is?
Paul Kennedy 1. 4. 2003

1 Die Spaltung, die zählt ...

Seit Jahrzehnten nicht hat die Wahl einer neuen Präsidentschaft der Vereinigten Staaten so viele Menschen beschäftigt. Viele vermuten, dass mit dem Ende der Zeit Bush nun auch die Macht der Partei der Republikaner ausläuft. Sie hatte mit Richard Nixon Anfang der 70er Jahre das halbe Jahrhundert *New Deal* beendet und sich langsam als die mächtigste politische Rechte der Welt etabliert, die über Jahrzehnte hin einen politischen Triumph nach dem anderen feierte. 1989 konnte sie sich den Zusammenbruch des historischen Rivalen auf die Fahnen schreiben. Fast vier Jahrzehnte lang hatte sie die Regierungsmacht inne und daran gearbeitet, durch eine bislang ungesehene Allianz eine dem liberalen *New Deal* vergleichbare Ordnung zu schaffen. Doch mit der Amtszeit von George W. Bush geht nach dieser Ansicht auch die starke Hegemonie seiner politischen Formation ihrem Ende entgegen – ein Vorgang, der zweifellos starke Auswirkungen auf die internationalen Konstellationen der politischen Richtungen haben und liberalen wie linken Strömungen neue Spielräume geben würde.

Allerdings ist dieses Urteil nicht unumstritten. Zwar gibt die Partei der Demokraten als historische Vertreterin des Liberalismus auf eine ganze Reihe politischer Fragen deutlich andere Antworten als die republikanische Rechte, ob es sich um die Sozial- und Gesundheitspolitik, die Rechtspolitik oder die Kulturpolitik handelt. Hier spiegelt sich wider, dass sich im letzten Jahrzehnt die Einstellungen der Bevölkerung zur Rolle militärischer Macht, der Religion oder des Wohlfahrtsstaates deutlich verändert haben – und der Wunsch nach Veränderung (»Change«) so groß ist, dass es in der Wahlkampfzeit eine seit über drei Jahrzehnten nicht mehr gesehene Mobilisierung zugunsten der Demokraten gab. Meinungserhebungen ergaben, dass gegenwärtig die Unterschiede zwischen den Republikanern und den Demokraten größer sind als jene zwischen den britischen Liberalen und den Konservativen.¹ Gleichwohl muss berücksichtigt werden, dass diese Positionen von der langen Zeit der Macht des Ronald Reagan und der Dynastie Bush geprägt sind, so dass sich fragt, wie ausgeprägt und substantiell die Differenzen zwischen der liberalen Strömung und der politischen Rechten wirklich sind. Zudem ist zu fragen, ob nicht ein weit reichender Grundkonsens zwischen diesen beiden Hauptströmungen ohnehin geradezu typisch ist für das US-amerikanische Regierungssystem. Hier werden also gleich mehrfach Zweifel angemeldet, ob eine liberale Regierungsmacht auch wirklich einen Unterschied macht. Schließlich sei, so das schwer wiegende Urteil, nicht zu erkennen, dass die in letzter Instanz eigentlich bestimmende Triade der großen Macht – Kapital, Militär, Reichtum – wirklich gründlich uneins über die politischen Subunternehmer ist, die sich um den erfolgreichen Befolg ihrer Interessen im politi-

¹ The Economist v. 29. 3. 2008.

schen Raum zu bemühen haben. Bei allem vordergründigen Kampf – in den Grundfragen herrscht Einigkeit und die Präferenz in den *herrschenden Klassen* für diese oder jene politische Richtung ist primär von taktisch-egoistischen Erwägungen bestimmt. Anzeichen einer tiefen Richtungsdivergenz oder gar Spaltung in der *ruling class* der USA seien nicht zu erkennen.

Diese Vermutung gilt in Sonderheit für die Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik. Zwar ist die Erwartung groß und buchstäblich weltweit verbreitet, dass gerade hier eine neue Administration einen Schlussstrich unter ein knappes Jahrzehnt US-amerikanischer Außenpolitik ziehen werde, also: die faktische Okkupation des Irak und die Kriegshandlungen in Afghanistan beenden, zur multilateralen Politik zurückkehren und die Politik der massiven Aufrüstung einstellen würde, welche das jährliche Militärbudget der USA auf mittlerweile über eine Billion Dollar und die Kosten des Irakkrieges auf mindestens 3 Billionen Dollar getrieben hat.² Doch diese vor allem in Europa und gerade in Deutschland stark vertretene Meinung ignoriert, dass die Demokraten keinen qualitativen Bruch mit der bisherigen Militär-, Rüstungs- und Sicherheitspolitik der USA anstreben. Einen solchen tief greifenden Bruch wird es nach der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht geben – sicherlich aber eine Reihe von Veränderungen, die wichtige Unterschiede machen. Umso notwendiger ist es, Klarheit über die Stellung der USA im internationalen System und ihre politische Strategie zu gewinnen.

Schätzung der US-Kosten des Krieges im Irak	
Kostengebiet	Mrd. \$
1. Offizielle Ausgaben des US-Verteidigungsministeriums	600
2. Zusätzliche Kosten im Budget des US-Verteidigungsministeriums	110
3. Berücksichtigung der Inflation	90
4. Zu erwartende Kosten in den nächsten zehn Jahren	520
5. Gesundheitsversorgung und Entschädigungszahlungen für verletzte Soldaten	590
6. Kosten einer Wiederherstellung des Vorkriegsstandes der Ausrüstung, Munition usw.	280
7. Indirekte Kriegskosten in anderen Budgets (z. B. Sozialversicherung)	38
8. Zinszahlungen für Kredite in der nächsten Dekade	165
9. Kosten der Belastungen für die Wirtschaft (Wegfall von Arbeitskraft etc.)	370
10. Makroökonomische Wirkungen (Wegfall von Investitionen und ihrer produktiver Effekte; höhere Energiekosten)	1900
Summe	ca. 4,6 Bio. \$
Ohne indirekte ökonomische Kosten (9) und (10)	ca. 2,4 Bio. \$

Nach: Joseph E. Stiglitz, Linda J. Bilmes: *The Three Trillion Dollar War: The True Cost of the Iraq Conflict*, New York 2008. Detaillierte Angaben auf der Homepage von Joseph Stiglitz: <http://www2.gsb.columbia.edu/faculty/jstiglitz/>.

Eine solche Analyse der Stellung der USA im internationalen System und ihrer Politik vorzunehmen ist freilich kompliziert – erst recht, wenn wir uns Begriffen wie *imperial* (*Imperialität*) oder *Empire* zuwenden, die sich mittlerweile weithin zu deren Charakterisierung eingebürgert haben. Schließlich ist nach bald zwei Jahrzehnten heftiger Debatte das »American Empire« über den Zustand eines »Unidentifizierten Politischen Objekts« kaum hinausgekommen. Es gibt keine Einigkeit über die Beurteilung des so merkwürdig imperial agierenden »Amerika«, das da seit 1989 oder 2001 plötzlich so unverhüllt sichtbar geworden ist. Das offensichtliche Desaster der Kriege in Afghanistan und dem Irak hat für viele Idee wie Politik imperialer Aktion komplett diskreditiert und geradezu lächerlich gemacht.

Auch für ein umfassendes Resümee der von Krieg, wirtschaftlichem Hasardspiel und religiösem Fundamentalismus geprägten Regierungszeit der Familie Bush und der sie tragenden Allianz ist es in vielerlei Hinsicht noch zu früh, auch wenn die Wählerschaft dazu ihre eigene Bilanz aufmacht. In den verbreiteten Debatten über Ziel und Methode einer großen politischen Strategie (»grand strategy«) der Weltmacht USA finden sich gleichwohl viele Beschreibungen – eine allerdings fehlt, die hier hervorgehoben werden soll: der Politik der US-Administrationen unter George W. Bush ging es um die Herstellung und Sicherung von *Ungleichheit*. Dabei geht es keineswegs nur um die Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen oder sozialen Kapitals, sondern um das *große Ganze*: um die Stellung der USA in der Welt. Im Schatten dieser »Großen Strategie« begannen die USA in weniger als einem Jahr fünf zwei große Kriege, besetzten zwei Länder, initiierten die bedeutsamste Reorganisation ihrer nationalen Sicherheits- und Rüstungsarchitektur seit 1947 und eröffneten den langen Krieg gegen den Terror.

Worum geht es bei dieser »Strategie der Ungleichheit«? Als die Regierung Bush Anfang dieses Jahrhunderts zur Macht kam, war sie davon überzeugt, dass es angesichts des Zusammenbruchs des Staatssozialismus eine neue Qualität des *Unterschieds* zwischen den USA und dem »Rest der Welt« gebe. Dieser Unterschied könne und müsse auf Dauer gesetzt werden. Tony Judt beschrieb diese *Disparität der Macht* in der *New York Review of Books* als eine neue globale Ungleichheit: »Unsere Welt ist in vielfacher Weise geteilt: Zwischen arm und reich, Nord und Süd, westlich / nichtwestlich. *Aber mehr und mehr ist die Spaltung, die zählt jene, welche Amerika von allem anderen trennt.*«³ Dabei ging es nicht nur darum, eine grundsätzliche Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt festzustellen. Vielmehr soll es möglich sein, die klassische historische Gesetzmäßigkeit des bürgerlichen Zeitalters aufzuheben, wonach die Entstehung einer großen Macht früher oder später die Formierung neuer, anderer großer Mächte

2 S. Joseph E. Stiglitz, Linda J. Bilmes: *The Three Trillion Dollar War: The True Cost of the Iraq Conflict*, New York 2008.

3 Tony Judt: *Review Its Own Worst Enemy*, in: *The New York Review of Books* (NYRB) v. 15. 8. 2002 (Hervorh. R. R.).

als Gegengewicht hervorruft. *Der Gedanke war, dass erstmals seit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung das Ungleichgewicht der Mächte auf Dauer gestellt werden könne.* Die goldene Regel des unvermeidlichen Niedergangs großer Mächte sollte nicht mehr gelten, es stehe »vielleicht der hervorstechendste singuläre Bruch in der Geschichte der internationalen Beziehungen« an – so eine angesehene Stimme aus dem Lager der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen.⁴ Imaginiert wurde eine Ordnung der Ungleichheit einer historisch *besonderen* Machtkonstellation, die für immer dauert. Will man diese Einschätzung und die sich daraus ergebende Politik nicht als kurzzeitige Marotte der Repräsentanten einer womöglich zufälligen politischen Konstellation und damit als zeitgeschichtliche Lappalie auf die leichte Schulter nehmen, dann muss diesem Ansatz näher nachgegangen werden.

Zweifellos ist 1989/1991 eine neue Ära der internationalen Politik eingeläutet worden. Noch aber hat sie keinen Namen, denn strittig ist, was ihr herausragendes Merkmal ist. In den 1920er und 30er Jahren – der »Zwischenkriegszeit« – ging es um »Faschismus«, »Volksfront«, »Isolationismus«, »Appeasement«. Dann ging es um »Krieg«. Der dann folgende »Kalte Krieg« umschrieb sich mit Begriffen wie »Stalinismus«, »Freiheit«, »Containment«, »Abschreckung« oder »Entspannung«. Die Zeit nach 1989 aber hat ihre vielen Namen noch nicht auf einen Begriff gebracht. Sie redet von »Unipolarität«, »Globalisierung«, »Terrorismus«, »Prävention«, »Freiheit« oder »Empire«, »Postfordismus« oder »Neoliberalismus«. Seit 2001 wird wiederum nahegelegt, eine Ära mit einer anders strukturierten Grundkonstellation wieder als eine Zeit des Krieges, des »Krieges gegen den Terror« auszuzeichnen. Dass die dominierenden Vorschläge zur Bestimmung der Zeitläufte äußerst gerne auf Kriege zurückgreifen, ist offensichtlich: dem »Ersten Weltkrieg« folgten die »Zwischenkriegszeit« und der »Zweite Weltkrieg«, dann der »Kalte Krieg« und die Beschwörungen des »dritten« oder »heißen« Krieges, nun schließlich der »Krieg gegen den Terror«. Noch aber ist auch dieser Vorschlag umstritten. Über die Charakterisierung des letzten Vierteljahrhunderts, der Zwischenzeit seit 1989 oder der neuesten Zeit seit 2001 oder der Periode bis 2008 besteht keine Einigkeit.

Dahinter verbirgt sich auch eine beträchtliche Beurteilungsunsicherheit über den Charakter der gegenwärtigen geschichtlichen Epoche. Anders als unmittelbar nach den zwei unbestrittenen Hauptereignissen »1989« und »9/11« gedacht, stehen diese offenbar nicht zwingend für eine klare Merkmalsgebung. Das Gewicht dieser Ereignisse ist zwar groß. Sie bringen grundlegende, länger wirkende Trends und Strukturen an die Oberfläche des politischen Lebens und profilieren sie. Doch die Geschichte der gegenwärtigen Zeit ist sichtlich offener für alternative Entwicklungen, als diese massiven Ereignisse zunächst vermuten ließen. Zunächst freilich gab es eine ungewöhnliche Karriere des Empire-Diskurses.

4 Robert Jervis: Theories of War in an Era of leading Power Peace, in: American Political Science Review 1/2002, S. 1.

Die große Empire-Blase.

Vom »Empire« oder »American Empire« (nicht aber vom »Evil Empire«, das Ronald Reagan einst zum Thema hatte) sprachen Kissinger (»Amerika am Höhepunkt: Imperium oder Anführer?«), der ehemalige UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali (»Like in Roman times (the Americans) have no diplomacy; you don't need diplomacy if you are so powerful«) ebenso wie der liberale Dissident Gore Vidal (»Das letzte Empire«), die Literaten Tom Wolfe (das heutige Amerika sei jetzt «die größte Macht auf Erden, so omnipotent wie ... Rom unter Julius Cäsar») oder Norman Mailer (»to build a world empire«), Science Fiction Autoren wie Jerry Pournelle (»empires ... have been the largest, longest-lasting and most stable form of political organization for most of the world through recorded history«), der Kulturkritiker Rothstein in der New York Times (»An old idea transformed. Call it Empire.«), der Kolumnist Michael Lind (»Ist Amerika das neue Römische Reich?«), Maureen Dowd von der New York Times (»The Empire Strikes First«) oder der Demokrat Nye (»Seit Rom gab es keine Nation, die so hoch über den anderen Nationen stand«), Patrick J. Buchanan (»A Republic, not an Empire«), die Historiker Schlesinger (die USA »would never be an empire«), Gaddis (»We are now even more so an empire, definitely an empire.«), Niall Ferguson (»The Empire Slinks Back: Why Americans don't really have what it takes to rule the world.« – »an Empire in Denial«), Eric Hobsbawn, Michael Hirsh (»relatively benign power«) Timothy Garron Ash (»the new reality of global predominance with no precedent in the history of the world«) oder Paul Kennedy (»we are exercising a sort of Imperium«), der Soziologe Etzioni (»Semi-Empire«), der Friedensforscher Tonnesson (»The Imperial Temptation«) oder die Politologen Stephen M. Walt (»The end of the Cold war left the United States in a position of power unseen since the Roman empire«), John M. Owen (»If the United States is an imperial power, the world may never have known such a benevolent empire«), Paul K. MacDonald (»many of the policies adopted by the United States possess a quasi-imperial quality«), John Ikenberry (»democratic-capitalist empire«), Andrew Hurrell (»empire of insecurity«) und Andrew Bacevich von der Boston University (»Like it or not,« erklärt er, »America today is Rome, committed irreversibly to the maintenance and, where feasible, expansion of an empire that differs from every other empire in history.«) Jay Tolson in einer Titelgeschichte »The American Empire« des Magazins U.S. News & World Report (»Are we witnessing a smart-bomb imperium?«), »Realisten« wie der Fellow der Heritage Foundation John C. Hulsman (»We should acknowledge we have an empire. We have power and we should do good with it«), der Theoretiker internationaler Beziehungen Michael Cox (»the notion of Empire has a good deal to recommend it«), der Autor John Gray (»The truth is that America lacks most of the attributes that make an imperial power«) oder die Neokonser-

vativen Dinesh D'Souza (»Die Amerikaner müssen letztlich erkennen dass die USA ein Empire geworden ist«), Max Boot (»America should not be afraid to fight ›the savage wars of peace‹ if necessary to enlarge the ›empire of liberty«), Deepak Lal vor dem neokonservativen American Enterprise Institute (»In Defense of Empires«), der Mitherausgeber des »National Interest« Dimitri K. Simes (»a nascent imperial power ... it increasingly looks, walks, and talks like one«), Thomas Donnelly vom Project for the Next American Century (»Ob die Vereinigten Staaten es gewollt haben oder nicht, irgendwie haben sie ein Imperium aufgebaut und können den sich daraus ergebenden Folgen sich nicht mehr entziehen.«), Bush's zeitweiliger Redenschreiber David Frum (»I prefer the more forthright if also more controversial term American Empire«), William Kristol (»And if people want to say we're an imperial power, fine.«), Niall Ferguson (»not merely that the United States is an empire, but that it has always been an empire«) und Charles Krauthammer: »Es ist eine Tatsache, dass seit dem Römischen Reich kein Land kulturell, ökonomisch, technologisch und militärisch so dominierend gewesen ist wie die USA heute.« Amerika sei ein »Imperium im Entstehen« (»an empire in formation«), sagte Charles Fairbanks von der Johns Hopkins University. Für das Gros der neokonservativen Autoren geht es nur noch darum, die Anerkennung dieser Veränderung ins Bewußtsein zu bringen: »A new imperial moment has arrived, and by virtue of its power America is bound to play the leading role. The question is not whether the United States will seek to fill the void created by the demise of European empires but whether it will acknowledge that this is what it is doing.« Kurz – und in den Worten von Michael Mann: »Linke, Liberale und Konservative sind sich also einig: Es ist das Zeitalter des amerikanischen Empire.«

Eine der ausführlichsten frühen Darlegungen aus dem Empire-Lager stammt von Robert Kaplan, der vorschlägt, dass die führenden Politiker der USA sich mit den antiken Chronisten beschäftigen sollten, denn historisch habe sich kaum etwas geändert – also warum nicht vom Zweiten Punischen Krieg lernen oder von Kaiser Tiberius als Vorbildern für »America's soft imperial influence«? Zur Frage des Empire gab Donald Rumsfeld eine folgenlose Studie in Auftrag, richtete sein Stellvertreter Wolfowitz ein Panel ein um etwas darüber zu erfahren, wie lange Imperien existieren, äußerte sich der damalige deutsche Außenminister Joseph Fischer ungläubig und vom Empire sprach schließlich der Präsident der USA – er fand dabei ein ungehörtes Echo in den zehntausendfachen wortgleichen Beschreibungen der United States, die in den Demonstrationen am 15. Februar 2003 variiert wurden. Andere, von denen man es eher nicht erwartet hätte, sprachen wie Edward Kennedy vom Imperialismus – fast niemand freilich versuchte sich an der Anwendung dieser Begriffe auf Europa. Anfang Mai 2003 zählte die New York Times, dass der Begriff »American Empire« in den sechs Monaten davor fast 1000 Mal in Nachrichtenmeldungen auftauchte. Zeitweise verging kaum ein Tag, in dem

nicht eine Nachricht, ein Essay oder ein Buch der Frage des American Empire nachging. Die großen Ordnungsmaschinen der wissenschaftlichen Zeitschriften verzeichnen für das erste Jahrfünft des Jahrhunderts mittlerweile eine fünfstellige Zahl einschlägiger Beiträge. War einst die Rede vom *american decline* der Mainstream, so ist wurden nun die USA als geradezu allmächtige Größe dargestellt – die Zeit der imperialen Amnesie ist zu Ende gegangen. Ein neuer großer Konsens ist jedoch noch nicht entstanden und in die Auguren der nächsten Debatte diagnostizieren 2005/6 folgerichtig das Ende des Großen »Empire Bubble« (Michael Lind).

Diese begriffspolitische Unübersichtlichkeit machte übrigens keinen Bogen um die politische Linke. Ihre Sicht ist hier von besonderem Interesse, gilt sie doch traditionell als eine politische Richtung, die großen Wert auf stimmige Begrifflichkeiten legt. Bei der Erfassung der neuen politischen Konstellation nach 1989 waren für diese vor allem zwei Debatten von Bedeutung. Eine erste Debatte, die nach der *politischen Ordnung der globalisierten Welt* fragte, war die neue *Empire*-Debatte, die Anfang der 90er Jahre zunächst auf der politischen Rechten neu entstand⁵. Nach *Nineeleven* wanderte der Begriff in den Mainstream der Politik und Wissenschaft ein und hielt sich dort als legitimer und akzeptierter (jedoch nicht dominierender) Begriff erstaunlich lange, bis er dann seit 2006 mit der Schwächung des politischen Standings der Bush-Administration seine Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit langsam wieder verlor. Es ging dabei um die komplizierte Frage, wie man empirisch und begrifflich eine Supermacht fasst, die mehr ist als eine Supermacht. Eine tonangebende Antwort gab die *New York Times* am 2. April 2002: »Heute ist Amerika keine bloße Supermacht oder ein Hegemon, sondern ein voll aufgeblühtes Imperium im Sinne Roms oder Großbritanniens«. Ein »Gorilla unter den geopolitischen Bezeichnungen« (so der *Guardian* am 18. 9. 2002) wurde gebraucht und gefunden: eben das *Imperium*. Es geht hier darum, auch begrifflich eine Situation exzeptioneller Ungleichheit in der Ordnung der politischen Welt zu erfassen.

Die politische Linke hatte sich bislang in ihrer Beschreibung der politischen Weltordnung an theoretisch geleitete neogramscianischen Hegemoniekonzeptionen bzw. Governance – Ansätzen⁶ orientiert. Seit einer Dekade nun spricht sie auch vom *Empire*⁷ – eine Rede, die stark militärische bzw. kriegerische Aspekte

5 Nachgezeichnet in Rainer Rilling: Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11, in: Michael Brie (Hg.): *Schöne neue Demokratie*, Berlin 2007, S. 141-207 sowie in ders.: *Imperialität*, in: Ch. Kaindl u. a.: *Kapitalismus Reloaded*, Hamburg 2007, S. 53-79.

6 Robert W. W. Cox: *Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory*, in: *Millennium* 2/1981, S. 126-155; ders.: *Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method*, in: *Millennium* 2/1983, S. 162-175; David Morton: *The Grimly Comic Riddle of Hegemony in IPE: Where is Class Struggle*, in: *Politics* 1/2006, S. 62-72; Mario Candeias: *Neoliberalismus-Hochtechnologie-Hegemonie*, Hamburg 2004 sowie R. Wilkinson, Sh. Hughes (Hg.): *Global Governance: Critical Perspectives*, London 2002.

7 Ihren Ausgangspunkt nahm sie natürlich mit dem neoanarchistisch-libertären Buch von Michael Hardt und Antonio Negri: *Empire*, Cambridge 2000. Nachgezeichnet sind liberale, konservative, neokonservative und elitenrelevante Debatten um das »Empire« in: Rilling, *Imperialität*, sowie in ders.: *American Empire als Wille*, Vorstellung

sowie die Ressourcen- bzw. Rohstofffrage betonte. Sie lenkte den Blick auf die Rolle der USA, deren Politik sie als imperial bzw. zunehmend wieder als *imperialistisch* interpretierte, ein Begriff, der ein jahrhundertealtes Verständnis einer für den schon entwickelten Kapitalismus typischen *Ungleichheit* fasste. Damit vollzog sich häufig eine Wiederkehr der Imperialismustheorie, die von der Linken seit den 70er Jahren faktisch aufgegeben worden war.⁸ Die bei dieser nun weit verbreitete Diagnose, dass sich ein »neuer *Imperialismus*« mit marktradikal-neoliberalen Charakteristika ausbreite, hat sie jedoch nur in wenigen Fällen mit der Frage nach einer Veränderung der imperialen Natur des Gegenwartskapitalismus und seiner politischen Gestalt verknüpft. Sie setzte zumeist Beides gleich⁹ und widmete sich fast ausschließlich der Frage des Imperialismus. Ob und wie allerdings »Imperialismus« (über den erstmals 1874 Walter Bagehot in seinem auf die Innenpolitik Napoleons III zielenden Text »Why an English Liberal May Look Without Disapproval on the Progress of Imperialism in France« gesprochen haben soll¹⁰) und »Imperium« bzw. *Imperialität* voneinander zu unterscheiden sind und ob es, vor allem, im letzten Fall um eine »Form der politischen Organisation« oder um mehr geht, hat die weit überwiegende Mehrheit der Imperialismustheoretiker der Linken nicht thematisiert¹¹.

Wenn sie sich dann doch mit der Frage des Imperialen befasste, dann verstand auch die linksliberale und linke Tradition schon traditionell unter Imperien *Kolonial- und Territorialreiche*, die einen hohen Anteil direkter und zudem gewaltför-

und Versuch, MS 2005-8 [in: <http://www.rainer-rilling.de/texte/>]. Einen Überblick zur neokonservativen Debatte gibt Martin Durham: *The Republic in Danger: Neoconservatism, the American Right and the Politics of Empire*, in: *The Political Quarterly* 1/2006 S. 43ff.; s. a. William I. Robinson: *A Theory of Global Capitalism*, Baltimore 2004; Bernard Porter: *Empire and Superempire: Britain, America and the world*, New Haven und London 2006; Neil Smith: *The Endgame of Globalization*, New York und London 2005; Leo Panitch, Sam Gindin: *Global Capitalism and American Empire*, in: *Socialist Register* 2004; Doug Stokes: *The Heart of Empire? Theorising US empire in an era of transnational capitalism*, in: *Third World Quarterly* 2/2005, S. 217-236. Während die Idee vom globalen »Empire« nur eine schon fast abgelaufene Attraktivitätsspanne mit hoher Leuchtkraft hatte, ist das schmückende Beiwort »imperial« geliebt.

- 8 Siehe Frank Deppe u. a.: *Der neue Imperialismus*, Heilbronn 2004; George Steinmetz: *Return to Empire: The New U.S. Imperialism in Comparative Historical Perspective*, in: *Sociological Theory* 4/2005, S. 342ff.; Vivek Chibber: *The Return of Imperialism to Social Science*, in: *Arch. Europ. Sociol.* 3/2004, S. 430. Demgegenüber vergleichsweise stark der klassischen Imperialismustheorie verpflichtet etwa John Bellamy Foster: *The New Geopolitics of Empire*, in: *Monthly Review* Nr. 57 (2006); Alex Callinicos: *The New Mandarins of American Power*, Cambridge 2003, ders.: *Imperialism and global political economy*, in: *International Socialism* 108 (October 2005) sowie die Texte von James Petras [<http://petras.jahaine.org/>].
- 9 Charles S. Maier: *Among Empires. American Ascendancy and Its Predecessors*, Cambridge 2006, S. 7 oder Andrew Hurrell: *Pax Americana or the empire of insecurity?*, in: *International Relations of the Asia-Pacific* 2/2005, S. 155: »Wenn Ungleichheit den Kern des Staatensystems charakterisierte, dann waren die Beziehungen zwischen dem europäischen Kern und der Peripherie noch ungleicher (...) Das klassische Staatensystem war eine imperiale und koloniale Ordnung. Sein zweites Gesicht war sein imperiales Gesicht und der Imperialismus muss als eine der zentralen Einrichtungen der internationalen Gesellschaftsordnung verstanden werden.«
- 10 Dagegen aber Alejandro Colás: *Empire*, Cambridge 2006, S.202, wonach der Begriff erstmals 1838 in Frankreich und dann 20 Jahre später in England auftauchte.
- 11 Eine Ausnahme ist Wolfgang Fritz Haug: *Imperium oder Imperialismus?*, in: *Das Argument* 267 (2006), S. 512-521. Auch Peter Gowan (mit anderer Begrifflichkeit), vor allem Leo Panitch, Ellen Meiksins Wood, Alejandro Colás und, in anderer Weise, David Harvey sowie Giovanni Arrighi haben die Thematik der imperialen Tradition der USA – und nicht nur der imperialistischen – aufgeworfen.

miger Herrschaftsausübung (»Zwang« – Militarismus) aufwiesen, die – und das war die Besonderheit dieser linken Sicht – der Herstellung oder Sicherung von Ausbeutungsbeziehungen dienten. Mit dem Verschwinden solcher evidenten wie expliziten Kolonialimperien und der Praxen territorialdiktatorischer *Okkupation* ist auch für sie – wie für die anderen alternierend herrschenden liberalen und konservativen Ideologien – *das Zeitalter der Imperien endgültig zu Ende gegangen*. Spätestens seit Anfang der 70er Jahre galten Imperien nun auch für die Linke als Ausnahme. Daher wurde auch ausgeschlossen, dass komplexere Einflussordnungen, die ihre Herrschaft im Raum (zeitgemäßer formuliert: in kapitalistischen Großräumen) auch oder vorrangig *informell* und *indirekt* ausüben bzw. das Mittel der Gewaltausübung weitgehend zurückhalten zugunsten der Mobilisierung von Zustimmung (Konsens) noch als Imperien bezeichnet werden können. Die dann gerade von der Linken ins Spiel gebrachten Begriffe sind »Dominanz« oder »Primat« (Gowan), vor allem aber »Hegemonie« (Cox).

Hegemonie jedoch, auch im Gramsci'schen Verständnis, fokussiert dabei im Kern auf Fragen der Legitimation von Herrschaft durch Führung und Konsensbildung. »Dominanz« oder »Primat« betonen die *Ungleichheit in der Ressourcenverteilung* und die damit zusammenhängenden *Abhängigkeitsverhältnisse*. *Imperialität* dagegen interessiert, wie zu zeigen sein wird, vor allem Fragen des *Raumes*, der *Expansivität* und der *Grenzen* der Herrschaft. Hier geht es um selbstbevorzugende Neuordnung der Welt. Diese Begriffe und zugrunde liegenden Erkenntnisinteressen *ergänzen* sich insofern und der verbreitete Usus heftiger gegenseitiger Abgrenzung wäre insofern zu relativieren. Das meint vor allem, dass gerade auch *hegemoniale Ordnungen mit breitem Konsens durchaus imperialen Zuschnitt haben können*. Da aber im Zeichen der auf Gramsci begründeten Herrschaftstheorie Imperialität in erster Linie als *Gewaltordnung* wahrgenommen und somit eben als hegemonieschwach bestimmt wird, andere, noch zu skizzierende Merkmale dagegen ungesehen bleiben, ist dieser Zugang kaum im Blickfeld. Festzuhalten bleibt aber, dass im Ergebnis auch dieser Debatte der politischen Linken es zunehmend üblich geworden ist, die gegenwärtigen internationalen oder transnationalen Beziehungen nicht mehr nur als hegemonial, sondern auch als *imperial* zu bezeichnen.

»Empire« nun – das ist eine machtvolle, aber auch alt vertraute Idee. Die Blicke auf die USA und die sich dort herausbildende politische Konstellation seit 1989 (vollends nach *Nineeleven*) brachten sie wieder ins Blickfeld und aktualisierten sie – nicht zuletzt, weil die Tradition des Projekts eines *American Empire* eine Jahrhundertgeschichte hat. Sein neues Milieu eines neoliberal umgebauten Kapitalismus entstand in den letzten vier Jahrzehnten. Seine mächtigsten Akteure auf der politischen Rechten fanden sich im letzten Vierteljahrhundert und eine neue, *rechtsimperiale* Richtung gelangte sukzessiv mit den Regierungen Reagan und Bush an die Macht. Seine neue Ambition, das Profil und dann auch die Praxis seiner *grand strategy* konturierten sich in den 90er Jahren. Sein Katalysator und

macht- wie öffentlichkeitspolitischer Durchbruch endlich war der imperiale Moment des 9/11. Der lange Irakkrieg ist seine lange erste Probe und ob das damit offenbar verbundene militärische wie politische Scheitern dieses historische Projekt beendet, wie zum Beispiel Giovanni Arrighi und viele andere meinen, wird abzuwarten sein.¹²

Um diese außerordentliche Entwicklung letztlich der Zeit seit Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts erklären zu können, griff die Linke in einer zweiten Debatte auf eine weitere zeitdiagnostische Bemühung zurück, bei der es nicht »nur« um die politische Gestalt der globalen Ordnung ging: sie fragte nach der *Entwicklungstypik des gegenwärtigen Kapitalismus*, um so die Besonderheit einer globalen politischen Ordnung der Gegenwart zu erklären. Unter zahlreichen Vorschlägen stechen zwei hervor: ausgegangen wird von einer *Übergangssituation* (»Postfordismus«)¹³ oder es wird der nun erstmals wirklich global gewordene (»planetare«) Kapitalismus der Gegenwart als *neoliberal* geprägt bestimmt¹⁴. Als spezifische Merkmale seiner politischen Ökonomie gelten hier häufig die Schlüsselrolle der Finanzmärkte¹⁵ und die »Akkumulation durch Enteignung«¹⁶. Seit Mitte dieses Jahrzehnts sind nunmehr auch noch verschiedene Diagnosen einer neuen *Krisenhaftigkeit* des neoliberalen geprägten Kapitalismus hinzugekommen. Danach befinde sich der Neoliberalismus in einer sich ausweitenden *Legitimationskrise*. Als Beispiele gelten die wahlpolitischen Verschiebungen zu einer breiten (Lateinamerika) oder radikal-minoritären (Europa) Linken, die Blockaden des politischen Systems oder das spürbare Wachsen politischer Passivität. Eine Grundlage dieser Zustimmungskrise wird in der *sozialen Krise* gesehen, die das neoliberale Projekt der Umverteilung und Durchsetzung sozialer und räumlicher Ungleichheiten mit sich gebracht habe¹⁷. Beide Momente mündeten in eine disperse, ungleichzeitige und ungleichgewichtige *Funktionskrise* einzelner Herrschafts-

12 Siehe Giovanni Arrighi: *Adam Smith in Beijing. Lineages of the Twenty-First Century*, London, New York 2007, S. 7, 162, 215. Zur Beurteilung dieser Periode s. a. Peter Gowan: *The Bush turn and the drive for primacy*, in: Alejandro Colás, Richard Saull (Hg.): *The War on Terror and the American »Empire« After the Cold War*, London, New York 2006; ders.: *U.S. Hegemony Today*, in: *Monthly Review* 3/2003; ders.: *Empire as Superstructure*, in: *Security Dialogue* 2/2004; ders., *American grand strategy*, in: *Critical Asian Studies* 1/2005 S.128-139; Matthew Sparke: *Political geography: political geographies of globalization (1) – dominance*, in: *Progress in Human Geography* 6/2004; Stephen Graham: *From Space to Street Corners: Global South Cities and US Military Technophilia*, unveröff. Papier, Durham 2007.

13 Siehe Joachim Bischoff: *Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus*, Hamburg 2006.

14 Siehe Dieter Plehwe u. a. (Hg.): *Neoliberal Hegemony. A Global Critique*, New York 2006; Paul Zarembka, Susanne Soederberg (Hg.): *Neoliberalism in Crisis, Accumulation, and Rosa Luxemburg's Legacy*, Amsterdam u. a. 2004 sowie Ingo Schmidt: *Kollektiver Imperialismus, Varianten des Neoliberalismus und neue Regionalmächte*, in: ders. (Hg.): *Spielarten des Neoliberalismus*, Hamburg 2008, S. 7-39.

15 Siehe Michael Brie: *Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006.

16 Siehe David Harvey: *The New Imperialism*, Oxford 2003. Zur Kritik die Beiträge von Wood, Ashman, Castree, Sutcliffe, Fine und Brenner in *Historical Materialism* 4/2006.

17 Siehe David Harvey: *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford 2005, S. 9ff, S. 154ff.; Jörg Huffschmid: *Neoliberalismus, Gewalt und Krieg – Zusammenhänge und Alternativen*, Vortrag Juli 2003; Gérard Duménil, Dominique Lévy: *Neoliberal Dynamics – Imperial Dynamics*, Paper für die Tagung der International Studies Association, Montreal 17.3. 2004, http://www.ucm.es/info/eurotheo/materiales/hismat/duzenil_neoimp.pdf (überarb.).

mechanismen des neoliberalen Kapitalismus ein – etwa der Einrichtungen des »imperialen Multilateralismus«¹⁸ wie G8, Weltbank, WTO, IWF oder der Instrumentarien des finanzmarktgetriebenen Akkumulationstyps.

Aus diesen neuen, zum Teil weit reichenden Krisendiagnosen werden unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Die Einen sehen sich angesichts solcher Krisenmomente und der Aufwertung disziplinierender und militärischer Sicherungsinstrumentarien darin bestätigt, dass der Neoliberalismus nur eine vorübergehende Bewegungsform des modernen Globalkapitalismus ist oder dass diese Kennzeichnung sogar nur auf das Ideologische beschränkt werden sollte. Für diese Krisendiagnostiker ist das Hervortreten der kriegerischen, »starken Politik« ein Indiz eines *Niedergangs* des neoliberalen Kapitalismustyps. Für sie ist die lange Zeit des liberalen Kapitalismus zu Ende – das neue Regiment aus global wirksamem Finanzkapital und internationalen Konzernen verlange nach *autoritärer Ordnung der Politik* mit der rechtsgewendeten USA und dem zentralistischen China als seinen übermächtigen Protagonisten. Wir erleben hiernach also den Übergang zu einem neuen geschichtlichen Abschnitt in der Zeit des Kapitalismus.

Die Anderen sehen demgegenüber hier grundlegende Kontinuität, aber auch Bruch: einen *Formwechsel* des Neoliberalismus hin zum disziplinierenden, disziplinären oder disziplinargesellschaftlichen Neoliberalismus. Sie erblicken hierin ein Anzeichen für die Modifikationskraft und Entwicklungsfähigkeit des neoliberalen Kapitalismus, der so seine Zielsetzung (Ungleichheit) und Reproduktionsweise (»finanzgetriebene Akkumulation durch Enteignung«) nachhaltig sichern kann. Hier werden Neoliberalität und Imperialität in der Figur eines neoliberalen Empire oder eines imperialen Neoliberalismus zusammengedacht¹⁹.

Oder aber es wird hier von dritter Seite in erster Linie mit einem sich vollziehenden Hegemonie- bzw. Repräsentanzwechsel argumentiert – von den USA zu China oder vom Westen zum Osten²⁰. Militarisierte und imperiale Politik indiziert hier das Bemühen, einen solchen Hegemoniewechsel aufzuhalten, steht also für den *Niedergang* des bisherigen (US) Hegemons, also für den Verlust an Hegemonie und für Zwang ohne Konsens, nicht aber notwendig für ein Auslaufen der neoliberalen Prägung des Kapitalismus. Was dann bliebe, wäre »Dominanz ohne Hegemonie« (Ranajit Guha). In seinem *Waiting for the Barbarians* hat J. M. Coetzee an diese Grundfigur des Imperialen erinnert: »Ein einziger Gedanke beherrscht die Ideenwelt des Empire: wie es sein Ende vermeidet, es nicht stirbt, es seine Zeit verlängern kann.«²¹

18 So Peter Wahl: Imperialer Multilateralismus in der Krise, in: AK u. a. (Hg.): G8: Die Deutung der Welt. Kritik, Protest, Widerstand, Frankfurt 2007, S. 26 f.

19 Jan Nederveen Pieterse: Globalization or Empire? New York und London 2004; Mario Candeias: Imperiale Gewalt als Bearbeitungsform neoliberaler Widersprüche, in: Alexander Badziura u. a.: Hegemonie-Krise-Krieg, Hamburg 2005.

20 Siehe Giovanni Arrighi: Hegemony Unravelling (2 Teile), in: New Left Review 32 und 33 (2005); ders.: Adam Smith in Beijing, Hamburg 2007, S. 253: »ein Versuch der niedergehenden Hegemonialmacht diesem Niedergang zu widerstehen indem sie sich in einen Weltstaat verwandelt.«

21 J. M. Coetzee: Waiting for the Barbarians, New York 1982, S. 31.

Dieser Blick in die Welt der linken Debatten war deshalb so gründlich, weil (nach langem Schweigen) nirgends so intensiv über diese Frage des *Empire* und damit der neuen politischen Ordnung der Welt diskutiert wurde. Doch gleichgültig welche Position hier bezogen wird – ob »Ende des neoliberalen Kapitalismus«, »Wandlung zu einem autoritären Kapitalismus« oder »Hegemonie- und Repräsentanzwechsel« – in jedem Fall ist das Moment des Imperialen im Spiel, wie stark oder flüchtig auch immer²².

Auch jenseits der Linken gab es schnell eine starke Beunruhigung über die ambitionierte Zielsetzung der Errichtung eines neoliberalen Empire, eines Weltstaates mit den USA als »organisierendem Zentrum« (Arrighi) gar, und den dabei angewandten Methoden, sie zu verwirklichen. Sogar der Diskurs des liberalen Mainstreams pflegt bekanntlich seit einigen Jahren Kritik an der Außenpolitik der USA und fordert eine Rückkehr zu einer multilateralen, kooperativen Politik. Diese Außenpolitik hat tatsächlich die öffentliche Meinung in der Welt seit 2001 auf ungewöhnliche Weise gegen die USA eingenommen und deren Legitimation geschwächt.²³ Erst mit der Niederlage der Republikaner bei den Zwischenwahlen 2006²⁴ und dem sukzessiven Abgang politischer Schlüsselfiguren wie Wolfowitz, Rumsfeld, Libby und Gonzalez gilt für viele nun auch die Kraft und Dynamik dieses politischen Ansatzes als stark beeinträchtigt und es steht zu erwarten, dass spätestens nach den Wahlen 2008 und einer Modifikation der Irak-Politik der USA sich auch global die öffentliche Meinung wieder in Richtung auf eine positive Haltung gegenüber den USA ändern wird. Die bisher kritische Meinung entzündete sich an der brachialen Rhetorik der Bush-Administrationen, ihrem unkooperativen Stil und deren Aufwertung militärischer Macht als Mittel der Außenpolitik. Gemeinsam mit der Kritik am neoliberalen Marktradikalismus verdichtete sie sich erstmals seit Anfang der 90er Jahre wieder zu einer neuen Kapitalismus- und Imperialismuskritik wie auch zu einer zunehmenden Ablehnung der neuen Disparitäten und des Autoritarismus in der internationalen Politik, in deren Mittelpunkt die USA standen. Der globale Aufschwung der globalisierungskritischen Bewegung und der politischen Linken in Lateinamerika wie Europa hat davon wesentlich gezehrt. Auch hier kann vermutet werden, dass sich bei veränderten politischen Konstellationen in den USA die Alltagsvorstellungen des Libe-

22 Es sei denn, die Frage der globale Ordnung des Politischen gilt mit dem Hinweis auf den gleichsam jahrhundertalten stabilen Zusammenhang von Weltmarkt und Nationalstaat als beantwortet und das Problem der Hierarchie, Machtkonzentration, Hegemonie oder Imperialität gilt als bloß herrschaftssoziologische und soweit bodenlose – weil nicht im steten Formwandel des Kapitals begründeten – Abirrung.

23 Siehe die Untersuchungen des PEW Research Centre <http://pewglobal.org/commentary/display.php?AnalysisID=1019>. Erstmals wachsende Beliebtheit der USA unter Befragten in Deutschland notiert Allensbach in der FAZ v. 21. 1. 2007 – im März 2003 hatte es erstmals eine scharfe Verschlechterung notiert, s. FAZ v. 19. 3. 2003.

24 Siehe Rainer Rilling: Option für eine weniger scharfe Politik. Zu den US-Zwischenwahlen 2006, in: Sozialismus 12/2006 S. 49-54; Mike Davis: The Democrats After November, in: New Left Review 43 (2007) S. 5-31. Ingar Solty: Krise des Neokonservatismus! Krise des Neoliberalismus?, in: Sozialismus 1/2007; Robert Brenner: Structure vs. Conjecture, in: New Left Review 43 (2007) S. 33-43.

ralismus vom kooperativen, multilateral operierenden und »wohlwollend – humanitär« intervenierenden, also weltverbessernden und reformfähigen Kapitalismus erneut festigen werden.

Der kurze Ausflug in die zeitdiagnostische Debatte zeigt, dass nach den Tiefenstrukturen und der Festigkeit veränderter politischer Konstellationen gefragt werden muss. Wer einen global wirksamen Richtungswechsel der Politik der USA erhofft, muss die gegenwärtige Situation und ihre Entstehung detaillierter betrachten. Fragen wir also genauer nach dem Empire und der Imperialität.

2 »Empire«: Streitigkeiten

Imperien und »Reiche« haben beim Verständnis von Weltordnung Jahrhunderte lang eine Schlüsselrolle gespielt. Sie waren fundamentale Ordnungen in der Weltgeschichte. Imperien sind aufgestiegen und niedergegangen – doch sie sind auch alt geworden, oftmals über Jahrhunderte. So hatten sie eine Lebenszeit, die viele Nationalstaaten Europas noch nicht erreicht haben. Über zweitausend Jahre charakterisierten sie nicht nur den europäischen Kontinent. Die Hauptakteure in der globalen Politik waren im Großteil der Geschichte Imperien und keine Staaten²⁵. Vor einem Jahrhundert waren fast alle Territorien außerhalb Europas und dem amerikanischen Kontinent formell oder informell beherrscht von einer guten Handvoll Staaten (im wesentlichen England, Frankreich, Deutschland, Holland, Italien, USA, Belgien, Japan). Die Semantik der Imperialität war alltäglich. Zugleich haben Imperien historisch außerordentliche *Variationen* in ihren politischen Strukturen, Herrschaftsformen und Legitimationsmustern ausgebildet. Und was ihre *Position* in der Weltordnung angeht, haben manche eine Rolle als herausragende Macht in unipolaren Ordnungen gespielt, während andere dezidiert nachrangige Spieler waren oder als gleichstarke Akteure operierten.

Aufgrund dieser langen und überaus bunten Tradition gibt es zahllose historische Verständnisse davon, was ein Imperium denn nun ausmache. Es waren daher vor allem Historiker, die sich mit Imperien befassten, sei es mit alten Kolonialimperien oder mit den neueren Landimperien der Habsburger, Romanows oder Napoleons. Imperien sind aber auch deshalb ganz offenbar schwierig zu definieren und zu erklären, weil sie ihre langjährige kategoriale Identität weitgehend verloren haben. Es gibt ja auch eine ganze Reihe von Einwänden gegen die Verwendung dieses Begriffs zur nicht bloß metaphorischen Beschreibung einer gegenwärtigen Ordnung oder eines Modus (bzw. einer Form) von Herrschaft, die ein

25 „Die meisten Völker haben in unserer Geschichte unter imperialer Herrschaft gelebt. Das gegenwärtige internationale System... ist eine historische Anomalie“, schreibt Eliot Cohen: *History and the Hyperpower*, in: *Foreign Affairs* 83/2004, S. 50 – wohl in der Absicht, neu Akzeptanz für die Sache Empire herbei zu sprechen.

herausragendes Element der Struktur der Weltordnung auszeichnet. Ebenso existieren sehr unterschiedliche Vorschläge, wie Imperien im Detail zu fassen seien. Aufgezählt werden Merkmale wie: Expansion; militärische Eroberung und Terror; Ausbeutung der Eroberten durch Tribute, Steuern oder Raub; Aneignung von Gütern und ihre Verteilung an Landeigentümer und Siedler; Hierarchisierung der globalen Ordnung; eigene imperiale Projekte, Strategien und Ziele; besondere imperiale Symbole und Institutionen, Bedeutungen und kollektive Identitäten, also eigene Kulturen und soziale Identitäten; endlich imperiale Eliten als politische Subjekte mit eigenen Rekrutierungs- und Kooptationsmustern. Solche Aufzählungen sind meist am Beispiel klassischer vor- oder frühkapitalistischer Imperien gewonnen.²⁶ Sie werden in vielen Analysen und Beschreibungen auf die unterschiedlichste Weise miteinander kombiniert und kommen zudem allesamt auch in den verschiedensten anderen politischen Einheiten und Ordnungen vor, so dass das Problem der Unterscheidung und Abgrenzung bleibt. Diese großen Begriffunklarheiten haben mit bewirkt, dass der Begriff auch politisch verschlissen wurde. Pomper etwa folgert, dass es gegenwärtig keine Imperien und imperialen Staaten mehr gebe und kein relevantes politisches Subjekt sie favorisiere. Nicht zuletzt die faschistischen Reichsprojekte hätten »alle imperialen Projekte gründlich diskreditiert«.

Der Vorschlag, den Begriff zu historisieren (ihn also gerade nicht in die römisch-britische Vorzeiten zu verbannen oder zur überhistorischen Ordnungs- oder Politikform als Abstraktum zu verdinglichen, sondern ihn in der empirisch konkreten Wirklichkeit dingfest zu machen), muss sich also gegen eine langjährige Praxis der Ablehnung dieses Begriffs durchsetzen. Viele Autoren, die allerdings meist ein abstraktes Verständnis von Imperialität pflegen, weisen freilich darauf hin, dass Imperien seit Jahrtausenden eine äußerst verbreitete, alltägliche und normale Form des politischen Gemeinwesens gewesen seien, demgegenüber die Ablehnung, also Delegitimierung der modernen formellen Imperien der bürgerlichen Zeit eine Abweichung sei. Diese Behauptung von der Allgegenwart der Imperien in der Geschichte kann dabei von einem *Alltagsverständnis* von »Empire« zehren, das dieses oftmals so weitläufig fasste wie gegenwärtig Niall Ferguson als einer der neokonservativen Hauptverfechter der normativen Idee eines American Empire: er entwickelte eine »imperiale Typologie«, unter die er ein so breites Feld von Merkmalen subsumierte, dass es äußerst schwierig wird, einer politischen Ordnung *keinen* imperialen Charakter zuzuordnen: ein Imperium kann einer herrschenden Elite nutzen oder »allen Einwohnern«; es kann völkermörderisch oder assimilierend operieren; seine Ökonomie reicht von der Sklaverei und Plantagenwirtschaft bis hin zur Planwirtschaft; die Herrschaftsmethoden gehen von militärischer Gewalt bis zur Unternehmensregulierung; die Leistungen des Empire

26 Siehe Philip Pomper: The History and Theory of Empires, in: History and Theory, Theme Issue 44, Dezember 2005, S. 2, 6, 22.

reichen vom Frieden bis zur Gesundheit; die Ziele spannen sich von Sicherheit bis zur Aneignung von Arbeitskräften und das politische System reicht von der Tyrannei bis zur Demokratie. Unter derlei Allerweltsbestimmungen fällt geradezu jedes Regime, das historisch sich »Reich« oder »Imperium« nannte oder das der Betrachter in seine imperiale Typologie vereinnahmen möchte. Folgerichtig zählt Ferguson auch mehr als 70 Imperien in der Geschichte – genauer: der *Times Atlas of World History* hat sie gezählt. Es bedarf keiner methodischen oder theoretischen, sondern bloß einer politischen Anstrengung, die USA sodann unter die weitläufige Rubrik »Empire« zu subsumieren: »es ist sicherlich nicht schwierig, die Vereinigten Staaten als ein Imperium zu charakterisieren«²⁷, sagt Ferguson. Die Imperien des Liberalismus wie das *British Empire*, so Ferguson, waren schließlich eine »gute Sache«²⁸.

Zu rechnen ist auch mit dem Ballast der Begriffsgeschichte. »Empire ist kein Wort für Gelehrte« meinte einst Lord Malcom Haily. Der Begriff stammt aus dem lateinischen *imperium* ab, das abgeleitet ist vom Verb »imperare«, »befehlen«, »heißen« – im *Imperativ*, der »Befehlsform« klingt dies bis heute nach. Als staatsrechtlicher terminus technicus bezeichnete das Imperium die Amtsgewalt der höchsten Magistrate; dabei bezog sich der Begriff »Imperator« zunächst auf Magistrate mit militärischem Kommando – eine Konnotation, die bis heute wirksam ist. Imperium meinte zunächst das Recht zur Durchsetzung des Rechts und dann, ab der späten römischen Republik, das anerkannte Recht auch über andere Völker zu herrschen, die legitime Autorität (so die Formel *imperium populi Romani*). »Aus dieser rechtlich weniger genau fixierbaren Befehlsgewalt über Personen wurde die Befehlsgewalt über die betreffenden Gebiete und schließlich die Bezeichnung für das beherrschte Gebiet selber: der Befehlsbereich wurde zum »imperium Romanum«.«²⁹ Dann bezog sich der Begriff auch auf den *imperator* und die beherrschte Entität. So kombinierte das »Heilige Römische Reich« Macht, Person und politische Einheit, ein Bedeutungswandel, der sich unter Octavian/Augustus vollzog, der den Ehrentitel Imperator erhielt. Die Momente personaler Herrschaft,

27 Niall Ferguson: The Unconscious Colossus: Limits of (& Alternatives to) American empire, in: *Daedalus* 2/2005. »Imperien, kurz gesagt, sind immer mit uns.« Auch Martin Shaw – der wahrlich nicht zu diesem mutigen Aufsteigerspektrum der Höflinge des Imperiums gehört, von dem Latha Varadarajan, *Courtiers of the New Empire*, in: *New Political Science* 2/2006 spricht – sieht das »Imperiale« (gleichsam eine ewige Machtrelation zwischen Zentrum und Peripherie) als Grundeigenschaft aller (oder zumindest aller modernen) Staaten zu allen Zeiten an und ist daher nur an der Frage interessiert, welche konkreten Formen immer gleicher imperialer Machtausübung voneinander unterschieden werden können. Im Zeichen der Demokratisierung, Internationalisierung und Blockbildung in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg verflüchtigt es sich dann aber doch! Siehe Martin Shaw: *The Problem of the Quasi-Imperial State: Uses and Abuses of Anti-Imperialism in the Global Era* (2001), ders.: *Post-Imperial and Quasi-Imperial: State and Empire in the Global Era*, in: *Millennium* 2/2002, S. 327-336. Vgl. die weithin zutreffende Kritik an einer solchen unhistorischen Verallgemeinerung bei Alexander J. Motyl: *Is Everything Empire? Is Empire Everything?*, in: *Comparative Politics* 39 (2006), S. 229-249.

28 Niall Ferguson: *Colossus*, New York 2004, S. 25.

29 Jörg Fisch, Rudolf Walther: Imperialismus, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhard Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 172. Zur Begriffsgeschichte siehe weiter Maier, *Among Empires*, S. 36 ff.

militärischen Zwangs, ideologisch-kultureller und moralischer Selbstverherrlichung scheinen in der Geschichte der imperialen Projekte immer wieder massiv auf, ebenso aber die im Falle Roms eher schwach ausgeprägte ausgedehnte und zentralisierte Bürokratie oder stark ausdifferenzierte soziale Machtschichtungen wie im Falle des zeitgleichen Han-Reiches in China. Im Mittelalter war das »Imperium« auf kaiserliche und königliche Herrschaft und dem diesen zugeordneten Reich eingeschränkt. Diese Verknüpfung löste sich dann wieder auf. Der Begriff der Souveränität kam ins Spiel und die politische Figur des Imperators wanderte ins Reich der Fantasy ab. Die moderne bürgerliche Konzeption des Empire reflektiert mit ihrer Fokussierung auf den Nationalstaat dann ganz anders politische Herrschaft und vor allem (etwa in Zeiten eines Heinrich VIII) Souveränität einer großen politischen Einheit. Sie operiert überwiegend in der Kultur des bürgerlichen Nationalismus. Als sich deren ersten Theorien des Empire verbreiteten, standen sie dann auch schon für Verletzungen der Souveränität des *Nationalstaats* und der »Selbstbestimmung der Nationen« und nicht für deren Repräsentanz und nicht mehr nur für eine Selbstbeschreibung etwa des ausgreifenden britischen Kapitalismus, welche den traditionellen Begriff des *Imperialismus*, wie er zur Kennzeichnung des Cäsarismus, Bonapartismus oder Napoleonismus verwandt worden war, abgelöst hatte. Die seitdem den Imperien und dem Imperialismus zugeschriebenen und sie charakterisierenden Praxen der »nichtkonsensualen Kontrolle« (Beissinger) werden in diesem bürgerlichen Verständnis auf die Unterdrückung nicht etwa der *Klassen*, sondern der *Nationen* gerichtet, so dass sich hier Nationalismus und Antiimperialität begegneten.

Für eine beträchtliche Unsicherheit bei der Verwendung des Begriffs steht wohl endlich auch die Fülle der *Subtypen*, die in der langen Debatte vorgeschlagen wurden: Land- oder Seeimperien, moderne, prä- oder postmoderne Imperien, formelle und informelle, tributäre, bürokratische, nationale, territoriale, koloniale oder kontinentale, militärische oder ökonomische, diktatoriale oder demokratische Imperien etc. Dies wird auch zu Linien historisch machtvoller Typen verdichtet. Dominic Lieven etwa unterscheidet zwischen zwei Typen von Imperien: »Das eine ist das moderne europäische Seeimperium, wo das Reich durch die Beziehung zwischen dem metropolitanen Zentrum und der kolonialen Peripherie definiert ist. Kulturelle und politische Herrschaft werden zusammen mit wirtschaftlicher Ausbeutung als inhärente Aspekte von Imperien angesehen. Das andere meint die großen militärischen und absolutistischen Landimperien, die oft an eine Religion mit universalem Anspruch geknüpft waren; sie reichen von Alexander dem Großen über das alte Rom und China über die Reiche der Habsburger und Osmanen bis zu Russland und zur Sowjetunion.«³⁰ Diese Unterscheidung zieht aus den Formen indirekter Herrschaft, die für Seeimperien gleichsam naturgemäß typisch waren, den äußerst fraglichen Schluss, dass hier recht akzeptable »liberale

30 G. John Ikenberry, *Liberalism and empire: logics of order in the American unipolar age*, in: *Review of International Studies* 4/2004, S. 615.

Imperien« herrschten, wogegen Landimperien als militaristische und autoritäre Ordnungen abgelehnt werden – ganze geopolitische Schulen (Mahan versus Mackinder oder Ratzel) bauten auf diesem Gegensatz auf. Solche Typologisierungen sind zumeist an die Bemühung gekoppelt, Hybride, Zwischen- und Übergangsformen zwischen großen Mächten und Imperien ausfindig zu machen um so genau bestimmen zu können, wann von einem Imperium gesprochen werden kann; nicht immer werden dabei starke dichotomische Gegenüberstellungen («Anarchie« versus »Hierarchie/Empire«) vermieden, die dann nahelegen, Zwischenformen als verschwindende Figurationen zu begreifen. Insgesamt also haben wir es mit einer Fülle von Argumenten zu tun, die gegenwärtig eine sichere und überzeugte Verwendung des Begriffs klar erschweren.

Eine *kritische* Bestimmung von Imperialität allerdings muss noch einen anderen, grundsätzlichen Aspekt berücksichtigen.

3 Empire of Capital

Wer heute von Imperien spricht, muss auch nach ihrer *kapitalistischen Spezifik* und nach den *Spezifika* des Kapitalistischen fragen, die sich in ihnen zusammenfassen. Ellen Meiksins Wood hat deshalb gegen die übliche Gleichsetzung des römischen Imperiums und der britischen/US-amerikanischen Imperien überzeugend darauf beharrt, nach Maßgabe der *Eigentumsverfassung* an grundlegend voneinander unterschiedenen *Typen* von Imperien festzuhalten: zu unterscheiden sei also zwischen den *Imperien des Landeigentums mit starkem Staat* (Rom, China), des Handels (arabische Reiche, Venedig, Holland, Spanien) und des *imperialistischen Kapitalismus* (britisches Imperium, französisches Kolonialimperium oder das »Kontinentalreich« des deutschen Faschismus).³¹

Rom war (im Unterschied etwa zu China) nicht nur das erste koloniale Imperium, Rom kombinierte Imperium und Dominium, den imperialen militärischen Staat mit der Herrschaft des privaten Eigentums an Land, Rom war daher der erste Typus des *Empire of Property* (Wood). Das römische Empire, welches vielfach als Prototyp des europäischen imperialen Projekts angesehen wird, war auf die Aneignung von Arbeitskraft (Sklaven) und Landraub aus. Sein Territorialimperium wurde durch ein Netzwerk von Landaristokraten, Aneignungen von Land, Siedlung, Ressourcenextraktion und durch eine Ausbeutung mittels außerökonomischer Gewalt (Politik, Recht, militärische Gewalt, Kultismus) zusammengehalten, die ein tributäres Imperium organisierten, das auf einer militarisierten Legionärs- und Sklavenökonomie und privatem Landeigentum beruhte. Verwies das eine auf die Kontrolle von Menschen und Bevölkerungen, so das andere auf die

31 Ellen Meiksins Wood: *Empire of Capital*, London und New York 2003.

Kontrolle von Territorien. Zensus und Kataster brachten beide Zwecke zusammen. Die Widersprüchlichkeit des imperialen Projekts »Rom« zeigte sich in »amorphen imperialen Politiken mit einem zentralisierten Finanzsystem aber mit verbreiteten Formen der Administration; in mächtigen Präsentationen zivilisatorischer Überlegenheit die gleichwohl immer offen für Assimilationsbemühungen waren; und in akribischen Mechanismen der Landverteilung und Einkommensextraktion, die aber mit unklar definierten Territorialgrenzen des Imperiums einhergingen.«³² Spätere Imperien setzten die Kombinationen aus starkem Eigentum und kleinen, aber kraftvollen stadtdominierten Zentralstaaten mit kolonialen Okkupationen und der Aneignung von Territorien fort.

Abgelöst wurde dieser Typus durch das *Empire of Commerce* – Handelsimperium wie das Osmanische Reich, wie Spanien, Holland, Venedig oder Arabien und das »erste« britische Imperium des 17. und 18. Jahrhunderts. Holland und England waren im Laufe des 17. Jahrhunderts die mächtigsten Handelsimperien der Welt geworden und am Ende war der französische Griff zur Weltmacht des kommenden Jahrhunderts gescheitert. Der Fernhandel dieser Zeit war das expansive Unternehmen par excellence und das Schlüsselprojekt des neuen imperialen Konstrukts; die zunächst vor allem spanische Kolonialisierung der neuen Amerikas war der Beginn des Entstehens eines kapitalistischen Weltmarkts. Die frühkapitalistischen, zunehmend marktgetriebenen imperialen Ordnungen waren in einer Hinsicht beispielgebend: sie agierten *jenseits* ihrer staatlichen oder »nationalen« Grenzen als oftmals *informelle Ordnungsmächte*, die so ihre Handelsbeziehungen sichern und erweitern wollten. Mit militärischen Mitteln (im Falle Britanniens etwa der Royal Navy) sicherten sie ihre Handelswege (durch Forts und strategische Stützpunkte als ihren eigenen »Militärbasen«), schlossen lokale Bündnisse und bauten sogar entsprechende Infrastrukturen auf.

Dann, schließlich, entwickelte sich ein Typus *nationalstaatlich* basierter imperialer Herrschaft, der erstmals auf einer Trennung von ökonomischer und politisch(-militärischer) Macht und der Vorherrschaft ökonomischen Zwangs beruhte – das *Empire of Capital*.³³ Im Kapitalismus hängen alle ökonomischen Akteure vom Markt ab, die direkte Macht liegt bei diesem und nicht den Herrschern. In vorkapitalistischen Gesellschaften dagegen hängt die ökonomische Macht der herrschenden Klassen von außerökonomischen (meist militärischen) Mächten ab – findet man da die politisch-militärische Macht, hat man auch die ökonomische gefunden. Die Kapitalisten aber können ohne unmittelbaren militärischen Zwang ihre Arbeiter ausbeuten, denn diese sind eigentumslos und dem indirekten und unpersönlichen Zwang des Marktes ausgesetzt, der ihre subalterne Positionierung im Aneignungsprozess vorweg besorgt. Im Kapitalismus gibt es einerseits die Aneignung der Mehrarbeit und andererseits einen staatlichen Zwang, der dieses An-

32 Alejandro Colás: *Empire*, Cambridge 2006, S. 47.

33 Für Wood mutiert dieses nicht in einen kapitalistischen Imperialismus, sondern ist und bleibt imperialer Kapitalismus von Anfang an.

eignungsverhältnis und seine rechtliche sowie soziale Reproduktion aufrechterhält. Der Staat muss für die Exklusivität des Eigentums und die Aufrechterhaltung der Eigentumslosigkeit an den Mitteln der Produktion auf der Seite der Produzierenden sorgen. Er sichert die freie Mobilität des Kapitals und kontrolliert die Mobilität der Arbeitskräfte. *Die Besonderheit der kapitalistischen Form von Imperialität gegenüber den vorangegangenen Imperien besteht somit erstens darin, dass sie nicht in erster Linie auf direktem Zwang beruhte, sondern auf dem indirekten Zwang des Marktes, der durch die Eigentumslosigkeit der Produzenten konstituiert und reproduziert wurde.* Der Imperialismus als damalige imperiale Form der zentralen kapitalistischen Mächte, die wie andere Ordnungen zuvor auch imperiale Projekte und Strukturen ausbildeten, war somit von kapitalistischen Eigentümern dominiert und durch die Imperative der Kapitalakkumulation getrieben, es wurde nicht nur Kapital in die Kolonien exportiert (statt nur in den Metropolen zu akkumulieren), es folgten ihm auch die zur Lohnarbeit gewordene Arbeitskraft und endlich der bürgerliche Nationalstaat. Zu diesem grundlegenden ökonomischen Modus imperialer und imperialistischer Herrschaft tritt ein zweiter Aspekt: *die im Kapitalismus institutionalisierte Trennung zwischen Ökonomie und Politik heißt, dass der Raum der ökonomischen Macht des Kapitals den Einflussraum jeder politischen oder militärischen Macht bei weitem überschreiten kann;* der Kapitalismus kann seine Macht mit rein ökonomischen Mitteln nach alleiniger Maßgabe des Wertgesetzes weit über seinen unmittelbar politische Machtraum ausdehnen. Eine Dialektik der territorial basierten politischen Macht und der aus der Logik der Kapitalakkumulation kommenden ökonomischen Macht entfaltet sich und wird zum zentralen, widersprüchlichen Struktur- und Bewegungsmoment bürgerlich-kapitalistischer Imperialität. Während die alten Imperien politisch-militärisch herrschten, hielten die kapitalistischen Imperien vor allem mittels der Ökonomie ihre Herrschaft aufrecht. Da die ökonomische Macht früher von der direkten Wirksamkeit der politisch-militärischen Macht abhing, konnte sie deren Machtraum auch kaum überschreiten; im Kapitalismus und damit auch im kapitalistischen Imperialismus und den imperial agierenden Kapitalismen wird dies anders: es geht um die Ausdehnung der Gültigkeit des Raums des Wertgesetzes und um die konkurrenzvermittelte Expansion der kapitalistischen Gesellschaft. Dieser Sachverhalt macht ein *drittes*, weiteres grundlegendes *Strukturmerkmal* des klassischen Imperialismus und seiner imperialen Projekte erst möglich: *die Unterscheidung zwischen kapitalistischem »Zentrum« und »Peripherie«, »Kern« und »Rand«, »Innen« und »Außen«, »Mitte« und »Extreme«, »Metropole« und »Land«* und die damit verknüpfte Eroberung von Territorien und die Beherrschung von Menschen in der Peripherie und die Konflikte zwischen den Staaten des Zentrums bzw. den Export von Kapital und Lohnarbeit in die Peripherie und deren Ausplünderung und Ausbeutung durch das Zentrum, deren Grundlage die Trennung von Politik und Ökonomie und nicht mehr deren unmittelbare Einheit ist. Diese Aspekte müssen festgehalten werden als *nur* im Ka-

pitalismus hervorgebrachte Ursachen oder Grundlagen der Grundstruktur von Imperialität. Mit diesen drei Strukturmerkmalen sind im Übrigen verknüpft kulturelle und ideologische Bezüge. Der Kapitalismus als System der Produktion und Aneignung von Mehrwert beruht nicht auf rechtlichen Ungleichheiten oder der Ungleichheit politischer Rechte. Der Kauf und Verkauf von Arbeitskraft geschieht über das rechtliche Medium des Vertrages zwischen freien und gleichen Individuen. Dank der Eigentumslosigkeit der Arbeiter und der Regulierung der Ökonomie durch Zwang kann der Kapitalismus mit einer Ideologie der Freiheit und Gleichheit existieren wie keine andere Herrschaftsordnung vor ihm und diese Idee, dass das sowohl Kapitalisten als auch Arbeiter gleichermaßen frei und gleich sind und folgerichtig auch keine soziale Ungleichheit im Sinne von einander als ungleich gesetzte Klassen existieren ist als Substanz einer *formalen Demokratie* zu verstehen. Die Abstraktion vom sozialen Inhalt dieser Beziehung bedeutet eine »desocialization of democracy«.³⁴ Die im Kapitalismus systematisch mögliche Überschreitung der politischen Grenzen durch die ökonomische *Kampfzone* und die dabei konstituierte oder sich reproduzierende Struktur der Ungleichheit griff zur Rechtfertigung kolonialer bzw. direkter Aneignungs- und Herrschaftsverhältnisse auf die Eigentumsverhältnisse zurück: Land, das nicht besetzt war, galt als für die Siedler okkupations- und aneignungsbereit und (in einem zweiten Schritt) begründete die produktive und *profitable* Nutzung von Eigentum an Territorien das Recht auf diese und die damit verknüpfte Herrschaft. Das Moment formeller Gleichheit zwischen Vertragspartnern verflüchtigt sich. Wo dann endlich eine direkte Kolonialherrschaft von einem informellen Empire abgelöst wird, geht es in erster Linie um freien Zugang für das Kapital: »Hier gibt es eine Analogie zwischen Bürgern in einer kapitalistischen Demokratie und Staaten in einem globalen kapitalistischen Empire. Die demokratische politische Ordnung wird aus formell freien und gleichen bürgerlichen Individuen konstituiert, genauso wie die globale Ordnung aus formal freien und gleich souveränen Staaten konstituiert wird. Und genauso wie die Figur des Bürgers die Klassenherrschaft im Kapitalismus maskiert, tendiert die Rechtsfigur der Staatssouveränität dazu, imperiale Herrschaft zu maskieren.«³⁵

Ein solcher kritischer Zugang, der zur Unterscheidung grundlegender Typen der Imperialität deren Eigentumsverfassung heranzieht, *verortet Imperien also nicht nur im Raum des Politischen. Er sieht Imperien nicht nur als besondere Strukturen des Politischen, sondern spürt deren Inhalt und Funktionszusammenhänge in ihren Eigentums- und Aneignungsbeziehungen nach.* Und dennoch gibt ein solcher kritischer Hinweis auf die Dimension der Eigentumsverfassung noch kein Bild von den typischen, charakteristischen und besonderen Merkmalen dieser *politischen* Form, die sie von anderen Gestalten des Politischen wie etwa dem Staat unterscheiden.

34 Ellen Meiksins Wood: Democracy as Ideology of Empire, in: Colin Mooers (Hg.): The New Imperialists. Ideologies of Empire, Oxford 2006, S. 21.

35 Wood, Democracy, S.15.

4 Imperialität

Eine zeitgerechte Konturierung der Aspekte und Grundbestimmungen des Imperialen wird an den Anfang die einfache Frage stellen müssen, wie sich die Idee des Imperialen zu dem grundlegenden Tatbestand stellt, dass heute jeder Zentimeter Oberfläche dieser Erde territorialstaatlich konstituiert bzw. durch hoheitliche Vereinbarungen zwischen Staaten organisiert ist – nie war die *Verstaatlichung* des Planeten so total wie heute, ob nun als Bestandteil eines Nationalstaates oder in der Form einer von solchen gemeinsam vereinbarten Staatlichkeit. Alexander J. Motyl, der mit die wichtigsten Arbeiten zur Analyse von Imperien geschrieben hat, konstatiert daher entschieden: »Imperien *sind* Staaten.«³⁶ Tatsächlich sind Imperien *eigene politische* Einheiten. Sie sind aber *mehr* als Staaten – allerdings kommen sie heute ohne diese nicht aus, weshalb Imperien gegenwärtig und schon seit langem ohne ständige Ausprägung von Staatlichkeit nicht existieren. Sie sind auch *nicht* einfach nur supranationale ökonomische Netzwerke – aber ohne weiträumige Beziehungen der Aneignung und Ausbeutung von Arbeitskraft, Ressourcen und Waren haben sie keinen Bestand.

Bei der weiteren Annäherung an ein zeitgerechtes Verständnis von Imperialität kann man nun an einen grundlegenden Aspekt der traditionellen Betrachtungsweise anknüpfen und als *analytischen Ausgangspunkt* die Frage nach der *Struktur* dieser politischen Einheit stellen. Dabei wählen wir eine doppelte Unterscheidung. Unterschieden wird

- zwischen *Zentrum* und *Peripherie*, Kern und Rand, »Mitte« und »Extreme«, »Metropole« und »Land«,
- aber auch zwischen »Empire« und »Nicht-Empire«, zwischen »Innen« und »Außen«.

Diesen beiden Dimensionen und Blickrichtungen können Bündel weiterer Bestimmungen zugeordnet werden.

A Struktur

Beginnen wir mit *Zentrum* und *Peripherie*. Gedacht wird Imperialität zunächst als etwas, das sich durch eine spezifische *Struktureigenschaft* einer politischen Einheit auszeichnet; es geht um die *Struktur* einer Ordnung und sie wird verstanden als *Beziehung* zwischen *Zentrum* und *Peripherie*, also als eine Beziehung zwischen *ungleichen* Positionen, Ressourcen, Akteuren, Möglichkeiten etc. »Ein

36 Alexander Motyl: Thinking about Empire, in: Karen Barke, Mark von Hagen (Hg.): After Empire. Multiethnic Societies and Nationbuilding. Boulder/Oxford 1977, S. 20. Siehe auch die spannende Studie zur EU von Magali Gravier: From Good Governance to Good Empire: The Emergence of the European State, European Union Studies Series der Universität Salzburg 2/2005, S. 1.

politisches System, das weite, relativ hoch zentralisierte Territorien umgreift, in dem das Zentrum ... eine autonome Einheit konstituierte«, formulierte 1968 Eisenstadt in einem Stichwortbeitrag zu »Empires«³⁷ und Motyl schrieb 2001: »Eine Kern-elite und ein Kernstaat dominieren periphere Eliten und Gesellschaften.«³⁸ Auch Doyle ging 1986 in einer weit verbreiteten Analyse von dieser Unterscheidung aus: ein Empire »ist ein System der Interaktion zwischen zwei politischen Entitäten, von denen eine, die dominierende Metropole, politische Kontrolle über die Innen- und Außenpolitik – die tatsächliche Souveränität – der anderen, untergeordneten Peripherie ausübt.«³⁹ Stephen Howe schließlich meinte, dass »eine konsensfähige Definition sein könnte, dass ein Imperium ein großer politischer Körper ist, der über Territorien außerhalb seiner originären Grenzen herrscht. Es hat eine Zentralmacht oder ein Kernterritorium – dessen Einwohner üblicherweise die dominante ethnische oder nationale Gruppe im gesamten System bleiben – und eine extensive Peripherie beherrschter Gebiete.«⁴⁰ Auch Colás stellt in seinem exzellenten Text diese Charakterisierung in den Vordergrund: ein Empire »ist eine expansive politische Einheit, die mithilfe militärischer, ökonomischer und kultureller Ordnungsinstrumente von einer zentralen Metropole aus eine untergeordnete Bevölkerung beherrscht und ausbeutet.«⁴¹ Hier wird also zur Definition des Empire ein *Subjekt* (Metropole, Kern, Zentralmacht etc.) bestimmt, nach der Größeneigenschaft des politischen Körpers gefragt (großer politischer Körper), der Charakter einer zentralen politischen Beziehung (effektive politische Kontrolle) und ihre Reichweite oder Eindringtiefe (innere und äußere Politik) abgefragt und schließlich die vorausgesetzte Struktur (Kern/Peripherie) als Ausgangspunkt einer solchen *relationalen Definition* aufgerufen. Bei der Charakterisierung von Imperien von einer solchen Unterscheidung auszugehen ist analytisch tragfähig und man kann zahlreiche historische Beispiele als Beleg anbringen.

Mit dieser grundlegenden Unterscheidung gehen einher eine Reihe gültiger weiterer Bestimmungen. Allerdings greift der nahe liegende Gedanke einer klaren räumlichen oder territorialen Trennung zwischen Zentrum und Peripherie zu kurz, wie Gravier am Beispiel Europas zu zeigen versucht, das sich insofern durchaus

37 Shmuel N. Eisenstadt: Empires, in: D. L. Sills (:): International Encyclopedia of the Social Sciences, New York 1968, S. 41.

38 Alexander J. Motyl: Imperial Ends: The Decay, Collapse, and Revival of Empires, Columbia University Press 2001, S. 4. Auch Colás / Saull qualifizieren in ihrer Definition: »Imperien, verstanden als hierarchische und ausbeuterische Formen der Herrschaft über unterschiedliche Territorien und Völker von einem metropolitanen Zentrum aus und für dieses, schließen dauerhafte Herrschaftsstrukturen ein, die durch historisch spezifische Formen der gesellschaftlichen Reproduktion untermauert werden; sie sind keine simplen Formen der Regierung, noch erscheinen und verschwinden sie mit Veränderungen in der Außenpolitik.« Alejandro Colás, Richard Saull: Introduction: The war on terror and the American Empire after the Cold War, in: dies.: War on Terror, S. 2.

39 Michael W. Doyle: Empires, Ithaca 1986, S. 12. Imperialismus ist für Doyle schlicht der Prozess der Errichtung und Aufrechterhaltung eines Empire.

40 Stephen Howe, Empire: A Very Short Introduction, Oxford 2002, S. 14.

41 Alejandro Colás: Empire, Cambridge 2006, S. 18 und ähnlich S. 28: »Ich werde annehmen, dass jene einzelne politische Einheit, die von einem metropolitanen Zentrum aus sich erfolgreich auf verschiedene Territorien ausweitet, um unterschiedliche Völker zu beherrschen, sinnvollerweise ein Imperium genannt werden kann.«

zum Exempel eines avantgardistischen Modells eines Empire entwickeln könnte. Hier finden wir nämlich idealtypisch »ein Zentrum, das aus allen besteht und das seine Kontrolle über alle ausübt. Mit anderen Worten, alle Mitgliedsstaaten sind Bestandteil sowohl des Zentrums als auch der Peripherie der EU. Daher kann es hier keine geographische Verortung geben, denn das Zentrum kann nicht auf einen Staat reduziert werden.«⁴² Es gibt zwar physische Materialisierungen der konkreten Operationsweise der *Zentralität* der EU-Staatlichkeit wie Gebäude, Büros, Texte, Personen und Verkehr, aber sie haben keinen allgemeinen Bezug auf den jeweiligen Staat, in dem sie platziert sind und ihre Existenzweise wird mit der ständigen Diffusion dieser Materialisierungsformen politischer Macht in der erweiterten Europäischen Union (»Multilokalisierung«) ausgeweitet und in peripheren Orten, Räumen und Kontexten als Zeichen der Teilhabe an Zentralität inszeniert. Erst wenn auf die Ebene der ökonomischen, industriellen, militärischen, kulturellen und demografischen Zentren der Machtverteilung übergewechselt wird, verschwindet diese formelle Dezentrierung des Politischen und es wird deutlich, dass die imperiale Unterscheidung von Zentrum und Peripherie Abhängigkeit, Asymmetrie und strukturelle Ungleichheit bedeutet, die sich in den Formen der Zentralisierung, Segmentierung und Differenzierung und »Zusammensetzung« der imperialen Ordnung realisieren, die mit zuweilen sehr wirkungsmächtigen – zumeist nationalistischen, zivilisatorischen, universalistisch-missionarischen – Integrationsideologien zusammengehalten wird. Deren handlungsorientierende normative Kraft ist übrigens oftmals so nachdrücklich, dass die häufige Formel, es gehe hier um »soft power«, um »sanfte« Macht, sehr unpassend wirkt.

Zu fragen ist daher nach der sozialen und ökonomischen *Qualität* dieser zentralen Struktur zwischen Zentrum und Peripherie – sie ist schließlich für viele der entscheidende Aspekt: »Wie man ein bestimmtes Ergebnis erreicht zählt... Der Punkt ist nicht, ob starke oder schwache (oder zentrale und periphere) Staaten zusammenarbeiten, sondern welche Bedingungen der Zusammenarbeit existieren, durch die Imperien sich von Oberherrschaft, Hegemonie, Protektorat, Allianzen und Interessenkonvergenzen unterscheiden... Imperialität, jedoch, ist wesentlich eine Sache der politischen Form, der (formellen oder informellen) Herrschaft und nicht eines spezifischen Ziels, das einige, viele oder gar alle Imperatoren oder Herrscher verfolgen.«⁴³ Kommt die Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie auf eine wesentliche Weise ins Spiel, dann geht es um Asymmetrie, Hierarchie und Ungleichheit. Imperien ordnen sich also *hierarchisch* – was sie sicherlich mit anderen Ordnungen verbindet. Die einfache Frage ist daher, ob imperiale Hierarchien etwas Besonderes sind. Tatsächlich gruppieren imperiale Hierarchien Macht entlang geographischer Linien der Über- und Unterordnung und schaffen dabei eine Struktur, *bei der die Beziehung zwischen Zentrum und peripheren Or-*

42 Ebd., S. 4 f.

43 Jack Donnelly: Sovereign Inequalities and Hierarchy in Anarchy: American Power and International Society, in: European Journal of International Relations 2/2006, S. 139-170.

ten jene zwischen diesen Orten grundsätzlich überragt.⁴⁴ In der Regel bezieht sich diese Verbindung auf militärische oder wirtschaftliche Dimensionen der Macht.

B Soziale Qualität und Reichweite

Welchen Charakter und »Inhalt« hat nun zweitens diese Beziehung, die Ungleichheit begründet bzw. voraussetzt? Welche grundsätzliche *gesellschaftliche Qualität* besitzen also Imperien? Sie sind Gebäude der Souveränität und der Mächtigen und nicht der Machtlosen. Imperien zeichnen sich gegenüber ihrer »inneren« wie ihrer »äußeren« Peripherie (Umwelt) durch starke Vorteile an Verfügung über Ressourcen [Kapital/Reichtum, Recht, Kultur, Gewalt] und daraus kommender Fähigkeit zur Aneignung (Einfluss) aus, der ihre Souveränität sowie lokale Wirksamkeit begründet und im Prinzip ein Verlassen des imperialen Raums (*exit*) verhindert. *Ungleichheit durch Aneignung* ist das zentrale Merkmal dieser Beziehung (vermittelt durch Zonierung, Segregation, Attraktion, Grenzmanagement etc.). Im Kern geht es um den asymmetrischen Prozess der Kapitalakkumulation – aktuell mit dem Gewicht auf die hier sehr weitläufig verstandene »Akkumulation durch Enteignung«. Mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs (z. B. Krieg) erstellen und sichern Imperien die Bedingungen und den Prozess der Aneignung und finanzieren sich übrigens auch oftmals darüber (»Tribut«).

Zu dieser Frage nach der Qualität der zentralen Strukturbeziehung von Imperialität gehört auch eine Aussage über ihre *Reichweite*, also darüber, auf welche Felder, Gebiete oder Bereiche der Politik sie sich erstreckt. Und damit zusammen hängt auch die Frage, welche Eindringtiefe imperiale Politik hat (*Intrusion*), ein Problem, das im letzten Jahrhundert mit dem Konzept des Totalitären verbunden wurde. Zuweilen findet sich die Unterscheidung zwischen imperial (Intervention in eine andere politische Einheit ohne sie tatsächlich strategisch oder operativ zu regieren), hegemonial (Setzen der Regeln) und kolonial (wirkliches Regieren der inneren Angelegenheiten eines untergeordneten politischen Gemeinwesens),⁴⁵ häufiger noch aber wird der Unterschied zwischen hegemonialer und imperialer Herrschaft darin gesehen, dass letztere »nicht nur die Beziehungen zwischen anderen Staaten prägt, sondern auch deren innere politische Organisation«⁴⁶. Dieser

44 Colás, *Empire*, S. 8 spricht sogar sehr streng vom »Fehlen, sogar von der strukturellen Unmöglichkeit unabhängiger Beziehungen zwischen den peripheren Einheiten« und sieht nur im Bereich der Kultur eine Ausnahme, wo sich Hybridisierungspraxen allmählich zu einem Kranz um das Zentrum verflechten würden. Ähnlich auch Howe, *Empire*, S. 14 und zahlreiche andere Autoren wie etwa Motyl, wonach »die Abwesenheit politischer und ökonomischer Beziehungen zwischen und unter den peripheren Einheiten oder zwischen und unter ihnen und nicht-imperialen Einheiten...der herausragendste Aspekt« der politischen Struktur von Imperien sei, der sie von zentralisierten multinationalen politischen Systemen unterscheide. Siehe Alexander J. Motyl: *Imperial Ends: The Decay, Collapse, and Revival of Empires*, New York 2001, S. 16-20.

45 Siehe Frederick Cooper: *Modernizing Colonialism and the Limits of Empire*, in: *Items & Issues* 4/2005, S. 2. Dieser Unterscheidung wird hier nicht gefolgt.

46 Daniel Nexon: *What's this, then? »Romanes Eunt Domus«?*, Vortrag auf dem Jahrestreffen der APSA Chicago

Aussage liegt freilich eine kaum realitätstüchtige reinliche Unterscheidung zwischen »innen« und »außen« zugrunde. Gleichwohl wird man von einem gleichsam überlegenen, tiefgehenden Zugriff ausgehen müssen, dessen Reichweite aber durchaus unterschiedlich ist – wodurch letztlich auch das Vorliegen einer Spannweite des Imperialen sichtbar wird. Es gibt kein ein für alle Mal festgelegtes Modell des Eingriffs, von dem aus etwa eine Unterscheidung Imperial/Hegemonial getroffen werden könnte.

C Über das Informelle

Ebenso bedeutsam in der Geschichte der Debatte über Imperien und Imperialität wie die Frage nach der Struktur dem Gehalt und der Reichweite von Herrschaft waren drittens immer wieder die bereits aufgeworfene *Formfrage* und die Unterscheidung zwischen formeller und informeller (bzw. direkter und indirekter) Herrschaft, mit der hier in aller Regel operiert wurde. Lange wurde davon ausgegangen, dass eine *formelle* Kontrolle von *Territorien* jenseits der Grenzen eines Nationalstaates ein notwendiges oder ausreichendes Kriterium sei, um von einem Empire sprechen zu können. David Abernathy formulierte noch jüngst, dass ein Empire eine »Beziehung der Herrschaft und Unterwerfung zwischen einer politischen Einheit (die man Metropole nennen kann) und einem Gebiet oder mehreren (die man Kolonien nennen kann) [sei], die außerhalb der Grenzen der Metropole liegen, aber als deren rechtmäßige Besitztümer beansprucht werden.«⁴⁷ Ganz ähnlich, wenngleich deutlich reservierter die Charakteristik von »Hegemonie« im Unterschied zu »Empire«, die der Geograph John Agnew jüngst in seiner Untersuchung der globalen Machtstrukturen gab: »Der Unterschied von »Hegemonie« gegenüber dem »Empire« liegt (1) im Fehlen seines expliziten Engagements für die territoriale oder geographische Organisation der Macht und (2) darin, dass sie sich in gewissem Umfang darauf verlässt, Untergebene zu überzeugen oder sie zu belohnen statt sie unmittelbar zu zwingen, obwohl sogar das Empire als »absolute Hegemonie« niemals verlässlich durch pure Machtmittel erreicht werden kann.«⁴⁸

2007. So auch Deepak Lal: *In Praise of Empires*, New York 2004, S. 63. »Die Vereinigten Staaten sind zweifellos ein Imperium. Es ist mehr als ein Hegemon, weil es bestrebt ist nicht nur die Außenpolitik anderer Länder, sondern auch Aspekte der Innenpolitik zu kontrollieren. Aber es ist ein informelles und indirektes Imperium.«

47 David Abernathy: *The Dynamics of Global Dominance: European Overseas Empires 1415-1980*, New Haven 2000, S. 19.

48 John Agnew: *Hegemony: The New Shape of Global Power*, Philadelphia 2005, S. 22. Ähnlich auch Maier, *Among Empires*, S. 24 f.: »Von einem Imperium im klassischen Sinn nimmt man üblicherweise an, dass es seine Kontrolle durch Eroberung oder Zwang ausweitet und dass es zweitens die politische Loyalität der Territorien, die es unterwirft, kontrolliert. Es kann diese unterworfenen Länder direkt oder durch eingesetzte eingeborene Führer beherrschen, die auf eigene Rechnung herrschen.« Andernfalls haben wir es hiernach mit Hegemonie zu tun.

Auch wenn mittlerweile allgemein differenzierte und komplexe Formen imperialer Herrschaft ins Auge gefasst werden, welche »sowohl formelle Annexion und informelle Dominanz, direkte politische Herrschaft und indirekte ökonomische Kontrolle« miteinander verknüpfen⁴⁹, wird letztlich immer wieder die Dominanz hierarchisch angelegter, zwangsausgestatteter direkter über indirekte oder informelle Kontrolle durch Konsensorganisation als notwendiges Merkmal eines Empire angesehen – zumindest gilt die Formel in den Worten von Dominic Lieven »(dass) es irgendeine Art direkter Herrschaft über das Dominion geben muss, um als Empire klassifiziert werden zu können«.⁵⁰ Die Vorstellung von der »direkten Intervention« (Beeson) oder der »direkten Verwaltung« (Watson) als zentrales Merkmal von Imperialität ist weit verbreitet.

Im strengen Sinn haben beispielsweise auch die USA im Irak keine formelle Diktatur etabliert und ihre Politik macht vor jener annektierenden, kolonialistischen Praxis halt, welche die Bürger zu eigenen Untertanen macht und das Land auch formell annektiert. Auch sind ihre militärischen Basen und politischen Institutionen der Macht nicht formell, sondern faktisch auf einer eigenen, exklusiven aber begrenzten Territorialsouveränität begründet, deren Legitimation aus der faktischen Kriegssituation kommt. Dies ist eine gewichtige Differenz, denn sie zeigt, dass es hier nicht um die Aneignung eines Territoriums, sondern um die *autoritative politische Ordnung* des Raumes geht – also um eine politische Praxis, die auf das zielt, was einst Carl Schmitt die »Großraumordnung« genannt hatte und in deren Mittelpunkt für ihn die »Raumhoheit« steht, welche die einst völkerrechtlich unstrittig in Richtung auf den Nationalstaat fixierte »Gebietshoheit« abgelöst hat. Raumhoheit – und das ist ihre folgenreiche Implikation – hat zwar auch einen territorialen Bezug, ist aber eben *nicht* an den National- und Territorialstaat gebunden. Funktionell hat die im Zentrum der globalen geopolitischen Kämpfe der Gegenwart stehende Raumhoheit heute einen sehr konkreten Bezug auf drei Sachverhalte. Sie soll gewährleisten die Extraktion und Kontrolle von Schlüsselressourcen wie Energie (noch vorwiegend Öl), Wasser, Nahrung, Technik und Land, weiter die Organisation der transnationalen Ströme der Kapitalakkumulation, des Handels, der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Migration sowie schließlich die Sicherung der Orte der Macht und jener verstreuten Schlüsselräume und Korridore, welche die materielle Basis der in diesem Zusammenhang militärisch ent-

49 Michael Cox: The Empire's Back in Town: Or America's Imperial Temptation – Again, in: Millenium 1/2003, S. 21; diese Zuordnung der Qualität der »Direkten« zum Raum des Politischen und des »Indirekten« zum Bereich der Ökonomie ist verbreitet; siehe z. B. Andrew Hurrell in: Takashi Inoguchi, Paul Bacon: Empire, hierarchy, and hegemony: American grand strategy and the construction of order in the Asia-Pacific, in: International Relations of the Asia Pacific 2/2005 S.120. Er weist zu Recht darauf hin, dass heute der Einfluss der USA auf die Entstehung von zentralen formellen Normen, Regimes und Institutionen ihr die Möglichkeit verschafft zwischen marktlichen und politischen Machtregimes zu wählen.

50 Dominick Lieven: The Concept of Empire, www.fathom.com/feature/122086. Er hält die USA nicht für ein Imperium – doch ist sich selbst nicht sicher: »Aber ob man die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als Imperien definiert oder nicht – ihr Konflikt war wahrlich imperial.« (zit. nach Pomper, History and Theory, S. 3).

scheidenden Machtressource der Luft- und Weltraumhoheit konstituieren. Eine neue Kartografie der Raumhoheit steht noch aus.

Im Übrigen gehen in der weitverbreiteten wie geschichtsträchtigen Debatte um informelle oder formelle (direkte oder indirekte) Herrschaftslogik⁵¹ oft mehrere Unterscheidungen durcheinander. Erstens geht es um eine grundsätzliche Unterscheidung: es ist wesentlich, als essentielle und genuine Figur kapitalistischer (und imperialistischer oder postimperialistischer) Herrschaft das grundlegende Zusammenspiel von formeller (z. B. direkter) politischer Herrschaft und informeller (indirekter) ökonomischer Kontrolle festzuhalten. Während etwa die militärische Gewalt oder der rechtlich-normative Zwang für die formale und direkte Kontrolle zuständig waren und sind, realisiert die kapitalistische Ökonomie indirekt und informell Zwangs- und Herrschaftsverhältnisse – schließlich ist, um nur das grundlegende genuin kapitalistische Herrschaftsverhältnis zu nennen, der Produzent aufgrund seiner Situation der Eigentumslosigkeit gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Informelle Imperialität bezieht sich dann auf den indirekten Zwang durch die Ökonomie bzw. den Markt, der in der Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln gründet und durch die Trennung von Ökonomie und Politik überhaupt erst ermöglicht wird.

Der »imperialismus of free trade«, den erstmals die Historiker Robinson und Gallagher dem britischen Empire des 19. Jahrhunderts in Teilen Chinas, Ägypten oder dem Ottomanischen Reich zuschrieben, gilt als erste (und später überwundene oder marginalisierte) Form eines informellen Empire.⁵² Sie gingen dabei davon aus, dass ein informelles Empire die bevorzugte imperialistische Form sei: »Die britische Politik folgte dem Prinzip der Ausdehnung der informellen Kontrolle wenn möglich und der formellen Kontrolle wenn nötig (...) Die gängige Zusammenfassung der Politik der Imperien des Freihandels als »Handel statt Herrschaft« sollte gelesen werden als »Handel mit informeller Kontrolle wenn möglich; Handel mit Herrschaft wenn nötig...mit informellen Mitteln wenn möglich, mit formellen Annexionen wenn nötig.«⁵³ Großbritannien entwickelte diese informelle Imperialität jenseits des von ihm unmittelbar administrierten Felds, wo informelle Mittel ökonomischer Kontrolle wirksam wurden. Die Ergebnisse »informeller« ökonomischer Ausbeutungspraxis wiederum provozierten militärische, also politische Intervention und den Aufbau von Strukturen formeller politischer Herrschaft. Die Ursachen des Wechsels von informellem zu dominant

51 Siehe Véronique Dimier: *Direct or Indirect Rule: Propaganda around a Scientific Controversy*, in: Tony Chafer, Amanda Sackur (Hg.): *Promoting the Colonial Idea: Propaganda and Visions of Empire in France*, New York und Hampshire 2002.

52 John Gallagher, Ronald Robinson: »The Imperialism of Free Trade«, in: *The Economic History Review* 1/1953. Sie bezogen sich auf die Zeit etwa zwischen 1840 und 1860. In der nicht nur im orthodoxen Marxismus gängigen Gegenüberstellung vom »Kapitalismus der freien Konkurrenz« und »Monopolkapitalismus« (=Imperialismus) ging diese frühe Figur der informellen Imperialität verloren. Dazu W. R. Louis (Hg.): *Imperialism: the Robinson and Gallagher Controversy*, New York 1976. Louis sah in der Politik der USA in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts eine Rückkehr des Imperialismus zu seinem ursprünglichen viktorianischen Design.

53 Gallagher/Robinson, *Imperialism*, S. 13, S. 3.

formellem Empire sahen Gallagher/Robinson im Unterschied zu anderen Historikern des Britischen Empire primär in der Peripherie, in den kolonialen Revolten also, die zu territorialen Annexionen führten und in der Rivalität der europäischen Mächte untereinander, die aus Gründen raumpolitischer strategischer Kalküle zur Errichtung formeller Regimes führten. Mit ihrer Studie von 1953 begründeten sie eine neue und bis heute nicht abgeschlossene Auseinandersetzung um die Frage, ob nicht aus den inneren Widersprüchen informeller Imperialität eine letztlich zwingende Transformationstendenz in Richtung auf ein formelles Empire resultiert.⁵⁴

Zweitens bezieht sich die populäre, aber auch in der historischen und politikwissenschaftlichen Debatte verbreitete Unterscheidung »formell« versus »informell« (die der Historiker Fay eingeführt hatte⁵⁵) auf die Kategorie des Staates und die Existenz territorialer Grenzziehungen – werden diese Grenzen relativiert (also zum Beispiel durch andere Ressourcen und Formen der Herrschaftsausübung »überschrieben« bzw. substituiert) und wird auf eine Inkorporierung in eine staatliche Konstruktion verzichtet, dann nimmt Herrschaft eine informelle Natur an. Einfach formuliert: es sind zunächst Rechtsformen (z. B. Verträge), welche den Sachverhalt des Formellen begründen. Insofern ist festzuhalten, dass die »westliche Allianz«, die nach dem zweiten Weltkrieg entstand, in Verträgen formalisiert wurde und es bereits insofern falsch wäre, diese Struktur als ausschließlich »informell« zu bezeichnen. Informelle Penetration ist insofern eng gekoppelt an die formale Seite von Imperialität: die USA etwa beeinflussen die Gestaltung zentraler legaler Normen (über Gewaltanwendung oder Souveränität), die Regimes und Institutionen (denen sie oft nicht angehören) und die Möglichkeiten der Ausdehnung der eigenen rechtlichen Regelungen. Oftmals haben sie zudem prinzipiell die Möglichkeit, zwischen politischen und marktlichen Steuerungsmodi auszuwählen. Insofern ist es völlig unzutreffend, den USA eine durchgängig gegen internationale Rechtsregelungen und Institutionen gerichtete Position zu unterstellen.

Dieser Sachverhalt ist angesprochen, greift man drittens auf die weitere Unterscheidung zwischen »direkt« und »indirekt« zurück. Joachim Hirsch schreibt zum Imperialismus: »Bei der äußeren Expansion können grundsätzlich zwei Formen, nämlich formelle und informelle unterschieden werden. Formelle Expansion beruht auf der direkten militärischen Unterwerfung und Kontrolle von Territorien, typisch im Fall des Kolonialismus. Informelle Expansion dagegen findet dann

54 In seiner Analyse des Empire prognostizierte etwa Niall Ferguson dementsprechend: »Die Hypothese geht mit anderen Worten auf einen Schritt in Richtung politischer Globalisierung, wobei die Vereinigten Staaten genauso wie einst das spätviktorianische England vom informellen zum formellen Empire überwechseln... Wie wir gesehen haben, begann dessen Empire als ein Netzwerk von Stützpunkten an den Küsten und informellen Einflusssphären, ganz ähnlich wie das amerikanische »Empire« nach 1945. Aber wirkliche und eingebildete Bedrohungen ihrer kommerziellen Interessen brachten die Briten ständig neu in Versuchung, vom informellen zum formellen Imperialismus überzugehen«, siehe Ferguson, *Empire*, S. 368.

55 Charles Ray Fay: *Cambridge History of the British Empire*, Bd. 2, Cambridge 1940, S. 399.

statt, wenn dominierende Mächte die Staaten und Regierungen ihres Einflussgebiets dazu zwingen können, sich so zu verhalten, dass der Expansion des Kapitals keine Hindernisse entgegengesetzt werden. ... Auch informelle Expansion setzt die Verfügung über militärische Gewaltpotentiale voraus, die aber in der Regel nicht zu territorialen Eroberungen, sondern dazu benutzt werden, formell selbständige Regierungen zu einer geeigneten Politik zu veranlassen.«⁵⁶ Die Unterscheidung zwischen formeller und informeller Imperialität ist also grundlegend begründet im Verhältnis von Ökonomie und Politik, das die kapitalistische Ordnung mit sich brachte. Sie meint im politischen Raum die Entwertung oder die »Überschreibung« formeller rechtlicher bzw. vertraglicher Normierungen der Beziehungen zwischen politischen Subjekten durch unmittelbare (»direkte«) Formen des Zwangs und der Gewalt oder vorgelagerte, wirkungsmächtige informelle Einflussformen. Alle diese Momente kommen als Potentiale und Ressourcen ins Spiel, wenn eine Charakterisierung moderner Formen von Imperialität entwickelt wird.

D Vielfalt und Einheit, Einschluss und Ausschluss

Imperien kombinieren viertens die *Einheit der illusionären imperialen Gemeinschaft mit innerer Vielfalt und Vielheit*. Alle Staaten kann man danach unterscheiden, ob sie einheitlich oder zusammengesetzte Staaten sind – also Föderationen, Konföderationen und Imperien. Imperien sind als politische Einheiten eine »zusammengesetzte politische Entität«.⁵⁷ Hier steht die Vielfalt der Peripherie (Kolonien, Protektorate, koloniale Mandate, Departments, föderale Gemeinwesen usw.) oder des inneren Beziehungsgefüges eines multiethnischen oder multinationalen Staatsvolks der Homogenität des oftmals bürokratischen Zentrums gegenüber.

In der Hochzeit des bürgerlichen Nationalismus, der völkischen Welt und des Rassismus ist dieses Merkmal weit in den Vordergrund getreten. Noch heute wirkt diese diskursive Macht nach, wenn etwas Lieben die »Herrschaft ohne Zustimmung über viele, kulturell fremde Völker« als »Teil der Definition des Imperiums« bezeichnet oder Agnew schreibt: »Es ist die Vereinigung vieler Völker unter einen einzigen Herrscher das hauptsächlich auszeichnende Merkmal von Impe-

56 Joachim Hirsch: Was ist eigentlich Imperialismus?, in: www.links-netz.de/T_texte/T_hirsch_imperialismus.html 3/2004. Ebenso ders.: Imperialismus oder Staatengemeinschaft? Überlegungen zum transatlantischen Verhältnis, in: Alexander Badziura u. a. (Hrsg.): Hegemonie – Krise – Krieg, Hamburg 2005, S. 46. So auch Deepak Lal, An Imperial Denial, in: Yale Global v. 6. 1. 2005: »Imperiale Kontrolle kann direkt oder indirekt ausgeübt werden: die britischen Rai in Indien kombinierten ebenso wie das römische Empire Zugänge, indem sie nur Teile des Territoriums direkt verwalteten und den Rest über lokale Prinzen managten, die von britischen politischen Offizieren überwacht wurden. Heute unterhalten die Vereinigten Staaten in großen Teilen der Welt ein indirektes Imperium – oder zielen darauf ab.«

57 Charles Tilly: How empires end, in: Karen Barke, Mark von Hagen (Hg.): After Empire. Multiethnic societies and Nationbuilding, Boulder/Oxford 1977, S. 6.

rien.«⁵⁸ Die Zentren oder der Kern der Imperien sind also äußerst komplexe und extensiv gebaute Regierungs- und Machteinrichtungen; ihre Fähigkeit, eben auch krass heterogene Elemente zu integrieren, zeichnen sie aus. Sie können *Diversity Management*. Dabei verläuft die imperiale Struktur unter diesem Aspekt nicht einfach zwischen Staaten oder Staatensystemen, sondern zwischen den Zentralakteuren imperialer Macht, intermediären Akteuren und ihren Anhängerschaften. Solche intermediären Akteure der imperialen Praxen existierten lange bevor einst ein *Lord Lugard* das alles dann »indirekte Herrschaft« nannte. Doch sie sind dabei kaum noch als Kompradoren, externalisierte Teile einer imperialen Bürokratie oder inthronisierte Machthaber zu denken – solchen Figuren fehlt längst jede vertrauensschaffende Autonomie. Gefragt sind vielmehr Broker und Mediatoren, welche die Klängen imperialer Macht verborgen halten. Auch ihre Funktion ist eine andere, erinnert man sich an einen Grundsachverhalt, den Colas zugespitzt so formuliert: »In der Tat kann gesagt werden, dass Imperien Territorien durch ihr Kommando über Menschen kontrollieren – seien es koloniale Siedler oder Vasallen – wogegen souveräne Staaten die Menschen durch ihr Kommando über eingegrenzte Territorien kontrollieren.«⁵⁹ Und wo, wie seit geraumer Zeit, »Regimewechsel« und »Staatsaufbau« das Ziel haben, bereits existierende politische Gemeinschaften zu rekonstruieren und keineswegs Staatenbildung von Grund auf betrieben wird, da sind solche Akteure wesentlicher denn je, die zudem oftmals Wertmaximieren des Nationalismus und der Selbstbestimmung folgen.

Die imperiale Konstruktion der Raumhoheit thematisiert somit zwingend das Verhältnis von *Vielfalt* und *Einheit*, *Exklusion* oder *Inklusion* (Integration), auch von *Zivilisation* und *Barbarei*. Dominanz durch *Assimilation*, *Extinktion* wie *Exklusion* gehört wohl durchgängig zur politischen und kulturellen Historie des imperialen Projekts. Die Formen, in denen sich diese Widerspruchsbewegung realisiert, sind vielfältig, doch immer finden sich Zusammenbinden und Differenzierung, Stabilität und Erschütterung, Einschluss und Verlagerung, Überwältigung und Widerstand zugleich.

E Rechtfertigungen von Imperialität

Wie alle anderen politischen Formationen sind auch Imperien auf Rechtfertigungen aus, um zustimmende oder passive Gefolgschaften und Konsens im imperialen Elitenkörper zu organisieren. Dazu setzen sie – ein fünfter Aspekt nun – in aller Regel vor allem *moralpolitische* (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstver-

58 Siehe Dominic Lieven: *Empire's Place in International Relations*, Konferenzpapier Genf 2003, S. 2 und Agnew, *Hegemony*, S. 21. Kaum unterschieden davon Jack Donnelly: *Sovereign Inequalities and Hierarchy in Anarchy: American Power and International Society*, in: *European Journal of International Relations* 2/2006: »...eine ausgedehnte politische Einheit, die verschiedenartige, einst unabhängige Einheiten einschließt und von einem dominierenden, zentralen Subjekt beherrscht wird«.

59 Colás, *Empire*, S. 63.

ortung in der Zeit – nämlich »ewige«, zumindest langfristige Projekte zu sein – manichäische) gegründete Unterscheidungen: sie sind »gute« (»benign«) Unternehmungen und legen deshalb deutlich fest, wo Grenzen zu ziehen sind: gegenüber dem »Außen« oder dem »Bösen«, dessen Entstehung oder Entwicklung (z. B. zum Hegemonialkonkurrenten) es gegebenenfalls auch durch massive Intervention zu verhindern gelte. Imperien haben, wie gezeigt, eine zentrale *Struktur* – die Beziehung zwischen einem Zentrum und einer Peripherie. Da Imperien daher immer durch ein ganz besonders ausgeprägtes Element der Ungleichheit und asymmetrischen Ressourcen- und Machtverteilung gekennzeichnet sind, haben sie auch immer ein ganz besonders stark ausgeprägtes Problem: wie können imperiale Herrschaft und die dominierende Gesellschaft legitimiert werden? Sie versprechen nicht erst heutzutage zumeist (und bemühen sich entsprechend), im Inneren ethnische und »nationale« Probleme anzugehen (durch Lokalismus und Regionalismus) und nach Außen globale Probleme (der Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Entwicklung etc.) aufzugreifen und zu lösen.

Die Rechtfertigung von Imperialität ist daher in aller Regel massiv, stark, sie wirbelt gleichsam mächtig viel Staub der Geschichte auf. Sie formuliert sehr Grundlegendes. Daher gibt es auch gegenwärtig weit verbreitete Legitimationen starker imperialer Politik und derer neuen Freude an polizeilich-militärischer Intervention, die ein hohes moralisches Verpflichtungspotential aufweisen und gegen die schlecht Front zu machen ist: es geht um *globale Sicherheit* (z. B. Massenvernichtungswaffen, Terrorismus), um übergreifende *Menschheitsinteressen* (z. B. Umweltschutz), um die Verbreitung von *Basiswerten* wie Demokratie und Freiheit und um Verhinderung großer *Verbrechen* (z. B. Genozid). Wer möchte schon gegen Sicherheit oder Menschheitsinteressen, gegen Demokratie oder Freiheit und für Großverbrechen eintreten? Diese neuen, hochverpflichtenden, wertgeladenen Positivrechtfertigungen überschreiben die Sichtbarkeit der alten Praxis ganz anderer imperialer Legitimationen, die auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eine *Kultur der eigenen Superiorität des Zentrums und »seines« Imperiums, der Aberkennungspolitiken und der Respektversagung* stark machten und zugleich aber als eigene Leistung das Management der globalen Akkumulation, Zugang zu ihr und deren politisch-militärische Sicherung, zu stabilen Zukunftsperspektiven, endlich auch zu einer bestimmten zivilisatorischen Moral und einer zumeist differenzierten Kultur boten – und noch bieten.⁶⁰ Superiorität, wie sie hier gefasst wurde und in den zahlreichen Subtexten der Rechtfertigungskommunikationen und -politik zuweilen sogar drastisch formuliert wird, ist nun aber nichts anderes als ein Ausdruck einer bestimmten, eben *bürgerlich-imperialen* Form von *Souveränität*. Der Boden dieser Kultur ist der einfache dichotomische Zuschnitt dieser Unterscheidungen zwischen »Oben« und Unten«, »Besser« und »Schlechter«, Innen« und »Außen« durch rassistische oder ethnografische

60 Siehe Steven D. Williams: Tracking the New World Order, in: space & culture 2/2002, S. 158.

Zuschreibungen, durch welche, um mit David Theo Goldberg zu sprechen, »existierende Prinzipien der Gradation in neue Doktrinen der Degradierung« transformiert werden⁶¹. Diese langen Traditionen der alten, aus einfachen Grundunterscheidungen gespeisten Rechtfertigungen haben weiter eine große alltagskulturelle Macht und sind keineswegs versiegt. »Wohltätige Assimilation« war die Formel, die einst der US-Präsident McKinley bei der Okkupation der Philippinen verwandte – sie könnte sich ebenso im Vokabular der Redenschreiber des Präsidenten Bush finden, wenn sie den Irak-Krieg beschreiben.

F Doppelte Peripherie

Die grundlegende strukturbezogene Unterscheidung zwischen »Zentrum« und »Peripherie« gibt einem ganzen Spektrum weiterer Momente Kraft, die mit Projekten und ausgebildeten Wirklichkeiten des Imperialen zuweilen sehr unscharf, oft aber ohne Kompromiss verknüpft sind. Diese Grundunterscheidung korreliert mit einer weiteren, oft vernachlässigten Differenz: jener zwischen einem »Empire« und dem »Nicht-Empire«, also zwischen »innen« und »außen«, zwischen Zentrum und Peripherie und dem, was hier als jenseits dieser Peripherie gedacht wird, wo also Peripherie nicht mehr als Bestandteil des imperialen »Systems« begriffen wird, sondern jenseits davon existiert, ein »Außen« und ein »Anderes« ist. Diese Unterscheidung gewinnt an Bedeutung. Charles Meier betont: »Imperien beanspruchen Universalität, akzentuieren aber Unterscheidungen zwischen Inklusion und Exklusion sowohl weltweit als auch innerhalb ihrer eigenen Grenzen. (...) Eine hauptsächliche Konsequenz dieser Beschäftigung mit der Grenze war eine neue politische Agenda. Die hervorstechenden Themen haben sich heute von den Kontroversen über Verteilungsfragen entfernt, die lange Zeit die Politik des Westens beschäftigt haben... Es geht nun um Fragen der Bürgerschaft, des Aufenthalts und der Zugehörigkeit: wer gehört zu unserer Politik und wer ist außerhalb und welche Rechte – etwa auf Beschäftigung, Sozialsicherung oder lokales Wahlrecht – werden gewährt (...) Um diese Fragen der Inklusion und Exklusion, der Zugehörigkeit und Entfremdung, des imperialen Friedens und der imperialen Gewalt ... geht es immer mehr in der Politik des 21. Jahrhunderts – mit Sicherheit seit dem 11. September.«⁶² Diese Beziehung zwischen »innen« und »außen« (die für Hardt/Negri, die das »Empire« als planetare Veranstaltung denken, nicht mehr existiert – »es gibt kein außen mehr« (»there is no more outside«) lautet ihre Formel) thematisiert mehrere zentrale räumliche Aspekte, die für das Verständnis von Imperialität unerlässlich sind.

61 Siehe Colás, *Empire*, S. 118.

62 *An American Empire?*, in: *Harvard Magazine* 2 / 2002.

G Größe

Imperien müssen heute aus ressourcenpolitischen Gründen eine territoriale Basis haben, die sich (im Unterschied etwa zu den einstigen Handelsimperien Holland oder Spanien) durch *Größe* auszeichnet. Für »kleine« politische Subjekte ist kein ausreichender Zugriff auf Ressourcen gegeben – weitaus mehr als in der Zeit des entstehenden Kapitalismus kommt es heute auf die global relevanten Ressourcen und deren komplexes »Hinterland« an. Die Skalierung der Macht ist daher ein Schlüsselfaktor der Imperialität: hier geht es um die economics of scale und die Rationalisierungseffekte, durch welche die Technologien der Macht mittel Skalierung optimiert werden können. Die Expansionsfähigkeit und ihre reale Begründung durch »Mindestgrößen« ist daher ein zentrales Element der Figur des Imperialen.⁶³

H Expansion

Die *Bewegung des Raumes*, nicht nur als Ausprägung einer Zentrum – Peripherie – Beziehung, sondern als *Expansion* ist daher ein grundsätzliches und bestimmendes Schlüsselmerkmal von Imperialität. Expansivität im einfachen Sinne von Ausweitung und zugleich Vertiefung gehört zum Wesen des imperialen Projekts. *Imperien sind nicht, sie werden*. Sie sind vom Sinn ihrer Ausweitung überzeugt⁶⁴. Sie streben Sicherheitsgewinn und Machtzuwachs durch Expansivität an, welche die Wurzel ihrer Prekarität und Spannung, des ständigen Streits zwischen Machtkonzentration im Zentrum und Zerstreuung der Macht zur Sicherung der Expansion und neuer Grenzüberschreitung ist. Das andauernde Ineinanderspiel von Deterritorialisierung und Reterritorialisierung, von Exklusion und Inklusion ist die oft unmerkliche (!) Bewegungsform von Imperialität.

Schon daher macht es keinen Sinn, den Begriff »Empire« an ein Staatsverständnis zu binden, das seit jeher mit dem Gedanken der territorialen Souveränität mit klaren Grenzziehungen zwischen »innen« und »außen« verknüpft ist – ist doch vielmehr gerade das *Fehlen solcher eindeutiger Grenzziehungen* ein das Imperiale signifikant auszeichnendes Merkmal. Die heutige imperiale Peripherie unterscheidet sich von jener des klassischen nationalstaatsgeprägten Imperialismus:

63 Daher auch das Urteil zu den USA von Porter, *Empire*, S. 132: »Während seiner ganzen Geschichte, schon von seinen Anfängen als Nation an, ist Amerika eine expansionistische Macht gewesen, für die ›Expansion‹ mindestens ebenso wichtig war wie das beträchtlich mehr gefeierte Ideal der ›Freiheit‹.« Porter sieht daher in den USA das Paradigma des expansiven Kapitalismus.

64 George W. Bush formulierte am 19. 11. 2002 in einem Interview zu Bob Woodward: *Bush at War*, New York 2002: »Es gibt ein Wertesystem, zu dem es keine Kompromisse gibt, und das sind die Werte, denen wir anhängen. Und wenn diese Werte gut genug sind für unser Volk, dann sollten sie auch für andere gut genug sein.« Oder: »Wir werden Freiheit und Demokratie auf der ganzen Welt verbreiten.« (Condoleezza Rice auf ihrer Senatsanhörung zur Benennung als Außenministerin, NYT v. 18. 1. 2005). Siehe Michael Hardt in einem Interview im »Freitag« vom 10. 5. 2002: »Das Empire kennt keine Grenzen – weder räumliche, noch zeitliche, noch soziale.«

imperiale Formationen produzieren und managen im Raum *disparate Zonen abgestufter Souveränität und unbestimmter Rechte der Menschen, die fluid sich verdichten, wieder auflösen und neu bilden* und deren elastisches Wirkungsfeld keineswegs in nationalstaatliche Grenzbeziehungen eingespannt ist. Dies ist das deutliche Hervortreten einer alten, konstitutiven Eigenschaft von Imperien: sie haben keine *permanenten und ausschließenden Grenzen*. Ihre Beweglichkeit und Plastizität wird gesichert durch die kontinuierliche Praxis der *Ausnahme*. *Denn letztlich verstehen sich imperiale Projekte als grenzenlos*. Maßlosigkeit ist ihr einziges Maß. Logiken der Ausdehnung und Aneignung sind ihnen eigen, gleichgültig welche Machtbasis sie haben. Imperien haben zwar Grenzen, aber keine konsensual inszenierten Demarkationslinien wie der Territorialstaat, nach dem die gegenwärtig so zweihundert Nationalstaaten gebaut sind, denn sie haben als Wille, Vorstellung und Versuch kein Ende. Die immer wieder neue Arbeit an Unterscheidungen zwischen Innen und Außen, Zivilisiertheit und Barbarei, Zugehörigkeit und Ausschluss mitsamt den dazugehörenden Bemühungen durch Krieg, Recht, Ökonomie und Kultur sie durchzusetzen, welche die Geschichte der imperialen Projekte immer begleitet, zeigt diesen ständigen Impuls der Ausdehnung und Auslöschung der veralteten Unterscheidungen. Bei der dunklen Seite des amerikanischen Exzeptionalismus etwa geht es nicht nur um den rhetorischen und diskursiven Apparat der Imperialität – es geht um die aktive *Produktion* wirklicher Ausnahmen und Ausschlüsse im imperialen Inneren, seinen Grenzräumen und jenseits davon.⁶⁵ Der neue *absolute* Externalisierungsmodus – die Identifikation als »Terrorist«, *der zugleich das ganz Andere und jede/r von uns sein kann* – verbindet auf krasse Weise diese Ambivalenz der harten, absoluten Fixierung und der völligen Flexibilisierung, ja Aufhebung der imperialen Grenze. Alles und jedes kann unversehens als Grenze verstanden werden, hinter der das Monströse lauert. Die Konzeption des imperialen politischen Raums ist dynamisch und unauflösbar widersprüchlich. Imperien beherrschen nicht bloß Territorien, sondern Menschen – weshalb das Momentum des Maßlosen nicht nur nach »außen«, sondern auch nach »innen« gerichtet ist und bei diesem Typus großer politischer Ord-

65 Vgl. Ann Laura Stoler, David Bond: *Refractions Off Empire: Untimely Comparisons in Harsh Times*, in: *Radical History Review* 95 (2005), S. 93-107 sowie dies.: *Degrees of Imperial Sovereignty*, in: *Public Culture* 1/2006, S. 117-39, Beatrice McKenzie: *Gender and United States Citizenship in Nation and Empire*, in: *History Compass* 4/3 (2006), S. 592-602 und auch Colás, *Empire*, S. 20 f.: »die Unterscheidung zwischen Empire und Nationalstaat kann auf der Grundlage ihrer unterschiedlichen Organisirungen des politischen Raums getroffen werden – die eine empfänglich für offene Grenzen, die andere unfähig zu überleben ohne fixierte und exklusive Grenzen (...) was die britischen und spanischen Imperien von bloßen Nationalstaaten eben unterschied war genau, dass sie territoriale Grenzen in Europa anerkannten, während sie ihre imperialen Grenzen in Übersee auszudehnen suchten.« Zu erinnern ist an dieser Stelle daran, dass die Europäische Union seit 1951 ein expansives Gebilde (»Enlargement«) ist und die sog. »Nachbarschaftspolitik« (die neuerdings entwickelt wird in der Absicht eine Pufferzone zu schaffen) ein starkes Indiz für klassische imperiale Sicherungspolitik ist. Klassisch in diesem Kontext sind die berühmten »Insular Cases« von 1901, als das Oberste Gericht der USA entschied, dass die neu okkupierten Inselterritorien wie Puerto Rico »unincorporated territories« seien, der USA zugleich angehörten als auch nicht. John Agnew hat diese Veränderung des Zusammenhangs von Grenzen und Herrschaft mit einer Skala von Souveränitätsregimen zu fassen gesucht.

nung in totalitäre Politiken des Körpers und der Aufhebung individueller und sozialer Souveränität und Autonomie hinüber reichen konnte, für die das letzte Jahrhundert das schrecklichste Exempel bot.

I Arena Welt und deren Ordnung

Es hängt aber vor allem vom Charakter der *Arena* ab, ob ein Spieler imperialen Zuschnitt bekommt: Imperien haben hiernach im Unterschied zu anderen Akteuren immer einen Bezug zu dem, was »Welt« ist. Es geht um *Weltordnung*: »Empires are in the business of producing world order.«⁶⁶ »Welt« selbst nun ist natürlich ein historisches Konstrukt und fällt erst seit dem letzten Jahrhundert mit der Realdimension des »Planeten« zusammen. Zur Bestimmung des Imperialen gehört also nicht nur eine *economics of scale* der Ressourcenmobilisierung, sondern auch die Absicht und die wirkliche Fähigkeit zur Welt-Ordnung, also ein *Transformationsanspruch*, der auf eine neue Geographie des Globalen zielt. Daher also die besondere Gegenwartsqualität des American Empire: »dies ist das erste wirklich weltweite Imperium« vermutet Hassner und Arrighi qualifiziert den Versuch der USA, sich in das »organisierende Zentrum eines Weltstaates« zu verwandeln, als »das ambitiöseste politische Projekt das jemals in der Menschheitsgeschichte ins Auge gefasst wurde«⁶⁷. Da Imperien seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts durch eine globale Reichweite (»reach«) und daher durch die Fähigkeit zur globalen Projektion von Macht ausgezeichnet sind, wird »grenzenlose« (Hannah Arendt) Expansion von Macht und Eigentum, also planetare Geopolitik das zwingende Thema aller imperialen Projekte. Imperien besitzen die Fähigkeit zur »Verdichtung« und Zonierung des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum. Das Problem des »Overstretch« – der »Überdehnung der Macht« ist daher ein genuin imperiales Problem und die Fähigkeit und Ambition, Weltordnung zu bilden die Potenz, welche Imperien von anderen Ordnungen unterscheidet. *Gegenwärtig sind die USA der einzige Nationalstaat, der in diesem Sinne ein imperiales, also auf Weltordnung nach ihrem Maß zielendes Projekt verfolgt*. Der mehr oder weniger realistische Verfolg eines solchen Projekts ist freilich nicht zu verwechseln mit der Realität eines weltweiten Empire, das *in the long run* schließlich eigenartige und kohärente soziale, ökonomische und politische Strukturen bilden könnte.

Fassen wir diese Momente zusammen.

66 Charles Maier: An American Empire?, in: Harvard-Magazine 2 / 2002.

67 Pierre Hassner: The United States: the empire of force or the force of empire? Chaillot Papers Nr. 54, Paris September 2002; Arrighi, Smith, S. 249.

Merkmal	Imperiale Projekte...
Raum	<p>... haben eine territoriale Basis, die sich durch <i>Größe</i> auszeichnet und (seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts) durch eine <i>globale Reichweite</i> (»reach«/Machtprojektion), wodurch »grenzenlose« (limitless«) (Arendt) <i>Expansion von Macht und Eigentum</i>, heute also <i>globale Geopolitik</i> und Geoökonomie das zwingende Thema jedes imperialen Projekts wird (»producing world order«). Imperialität meint die Stellung zur Welt und ihrer herrschaftlichen Gestaltung. Imperiale Projekte zielen heute auf Herrschaft über Menschen durch materielle Raumkontrolle, nicht mehr auf territoriale Aneignung durch koloniale Okkupation oder staatsrechtliche Einverleibung, operieren herrschaftspolitisch also <i>durch</i> und nicht <i>über</i> Staaten; sie besitzen die Fähigkeit zur »Verdichtung« und Zonierung des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum; das Problem des »Overstretch« – der »Überdehnung der Macht« ist ein genuin imperiales Problem</p>
Zeit	<p>... unterlegen ihrer Politik zumeist sehr <i>langfristige</i> Zeitkalküle (»1000 Jahre« oder gleich: »ewig«) und sind, einmal etabliert, in aller Regel nachhaltige, konsistente und relativ stabile Unternehmen</p>
Umwelt	<p>... zeichnen sich gegenüber ihrer Umwelt durch starke Vorteile an Verfügung über <i>Ressourcen</i> [Kapital/Reichtum, Kultur, Macht] und daraus kommender Fähigkeit zur <i>Aneignung</i> (<i>Einfluß, Verfügung, Nutzung</i>) aus, der ihre <i>Souveränität</i> sowie lokale Wirksamkeit begründet und ein <i>Verlassen</i> des imperialen Raums (<i>exit</i>) verhindert [dagegen ist <i>voice</i> durchaus zugelassen]; sie operieren daher grundlegend in hierarchischen und nicht »anarchischen« Beziehungen; im Unterschied zu anderen politischen Gemeinwesen betreiben sie die Maximierung ihrer Macht nicht nur durch Ausbau ihrer internen Ressourcen (»Selbsthilfe«), sondern auch durch Nutzung externer Ressourcen; <i>Ungleichheit</i> durch <i>Aneignung</i> ist daher das zentrale Merkmal dieser Beziehung (z. B. durch Plünderung, strukturelle Ausbeutung, Zonierung, Segregation, Attraktion, Grenzmanagement etc.), welche dann die Grundlage dafür ist, dass sie als Imperien (und nicht nur als große Nationalstaaten) gela</p>

	<p>belt werden. Große Nationalstaaten wie Indien oder Indonesien gelten daher nicht als Imperien, wogegen Russland sein Stigma eines Empire noch behalten hat. Als strukturell expansive Projekte sind sie »unberechenbar« – ihre Grenzen sind fluid; Bemühungen um Expansion nationalstaatlich fixierter Grenzen sind immer Indiz für imperiale Expansionsprojekte</p>
Kontrolle	<p>... sind daher zuvorderst nicht auf Kooperation, sondern auf Kontrolle aus und imstande a) nicht nur die <i>Außenpolitik</i>, sondern auch Bereiche der <i>inneren</i> Beziehungen anderer Staaten zu kontrollieren b) eine <i>hierarchisierte zwischenstaatliche</i> Ordnung zu schaffen bzw. zu kontrollieren c) <i>nichtstaatliche Grenzen</i> zu konstruieren und zu managen; sie schränken daher zielgerichtet, routiniert und systematisch die <i>Souveränität</i> eines untergeordneten politischen Gemeinwesens ein – im (seltenen) Extremfall bis zur Aufhebung durch Okkupation oder Annexion – und hebeln damit dessen Entscheidungshoheit und Wahlfreiheit weitgehend aus, ohne allerdings auf die Produktion von Legitimität zu verzichten</p>
Mittel	<p>... können im politischen Raum sehr unterschiedliche Machtressourcen mobilisieren (Kapital, Recht, Kultur, Gewalt) und <i>direkte/formelle</i> als auch <i>indirekte/informelle</i> (»Penetration«) Mittel in der Regel »cäsaristisch« (autokratisch, undemokratisch) und mit einem signifikanten Einsatz von Zwang und sichtbarer institutioneller Macht einsetzen, um durch offensive Mobilisierung, Organisation und Maximierung politische Ziele (z. B. auch defensiver Art wie »Sicherheit«) zu erreichen; ihr Handlungsspektrum schließt aber auch Integration durch limitierte Partizipation ein</p>
Subjekt	<p>... haben <i>staatszentrierte</i> komplexe Subjekte der Macht mit hoher sozialer, raum-zeitlicher Dichte und operieren über institutionell gesicherte Zugangspunkte und teilsouveräne, strukturell abhängige intermediäre Akteure; sie sind inkorporierende wie differenzierende Einheiten</p>
Inhalt	<p>... reproduzieren mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs die Bedingungen und den Prozess der Aneignung (gegenwärtig im Kern vor allem den asymmetrischen Prozess der <i>Kapitalakkumulation</i> – aktuell mit dem Gewicht auf <i>Akkumulation</i></p>

	Merkmal Imperiale Projekte...
	<i>durch Enteignung</i>) und finanzieren sich übrigens auch darüber (»Tribut«): »Umverteilung von unten nach oben und von außen nach innen«
Moral	... setzen immer deutliche <i>moralpolitische</i> (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstverortung in der Zeit manichäische) Unterscheidungen: sie sind »gute« (»benign«) Unternehmungen und legen deutlich fest, wo <i>Grenzen</i> zu ziehen sind: gegenüber dem »Außen« oder dem »Bösen«
Kultur	... pflegen auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eigene <i>Superiorität, Aberkennungs- politiken und Respektversagung</i>
Leistung	... bieten zugleich das Management der globalen Akkumulation, Zugang zu ihr und deren Sicherung, rechtliche Arrangements, weltanschauliche Perspektive und Moral, die somit eine Grundlage von Legitimität imperialer Projekte werden, wobei sie mit hochverpflichtenden Positivrechtfertigungen wie Sicherheit, Demokratie oder Freiheit arbeiten
Aktuelle Richtungs- optionen	Gegenwärtig konkurrieren eine Reihe imperialer Projekte: liberal- und rechtsimperiale, global- und »plural«-imperiale, endlich unilaterale und alternative Optionen

Wen allerdings solche emsigen Kataloge von Merkmalszuschreibungen unzufrieden lassen, der möge auf Kathleen D. Morrison's »pornografische Definition« von Imperien zurückgreifen: »Ich kann nicht sagen, was sie sind, aber ich erkenne eines, wenn ich es sehe.«⁶⁸

68 Kathleen D. Morrison: Sources, Approaches, Definitions, in: Susan E. Alcock, Terence N. D'Altroy, Kathleen D. Morrison, Carla M. Sinopoli (eds.): *Empires: Perspectives from Archeology and History*, Cambridge 2001, S. 2-9.

5 American Empire

Indem die USA das Muster indirekter Einflussnahme und informeller Durchdringung anderer Staaten und Mächte zum zentralen Merkmal einer modernen imperialen Ordnung entwickelt haben⁶⁹, schrieben sie ihre Geschichte als Geschichte einer Expansion, die *vier* große Konstellationen durchlief.

A Das Kontinentalimperium und seine *Aktiva*

Im Zentrum der ersten Konstellation stand die Zeit der inneren Landnahme des amerikanischen Kontinents, welche politische Mission (»Freiheit«), geopolitische Aspiration (kontinentale – nicht koloniale! – Expansion) und *land grabbing* eng verknüpfte. In einer einzigen Generation okkupierten die unabhängig gewordenen Amerikaner mehr Land auf »ihrem« Kontinent als in der gesamten Zeit des britischen Empire von diesem angeeignet wurde.⁷⁰ Diese Eroberung des kontinentalen Westens (»forward west!«) war durchaus ein funktionales Substitut der imperial-kolonialen Eroberungen Europas oder des zaristischen Russland; sie war rassistisch und gewalttätig, ignorierte die Ansprüche der Bewohner, praktizierte Völkermord und marginalisierte letztlich die indigenen Völker radikal. Der aktuelle Begriff hierfür ist »ethnische Säuberung«. Der Boden für die bürgerliche Zivilisierung wurde bereitet. Die USA betrieben ebenso wie andere klassische Territorialimperien auch das Geschäft des *land grabbing*, der Aneignung von Land: es gibt die USA, weil sie im 19. Jahrhundert durch Kauf (von Frankreich und Russland), militärische Eroberung (Spanien und Mexiko), Vertrag (mit England) und Raub wie Ausrottung (von drei Millionen Eingeborenen) sich das Land aneignete, aus dem sie heute großenteils besteht, weil sie die Sklavenarbeit vor allem der schwarzen Bevölkerung ausbeutete, in großem Maßstab Naturschätze extrahieren konnte und von der Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte zehrte. Nicht wenige Beobachter haben dies als »inneren Kolonialismus« charakterisiert. Gareth Stedman Jones hat auf diesen Grundsachverhalt verwiesen: »Amerikanische Historiker, die im beruhigenden Ton vom Fehlen des Besiedelungskolonialismus sprechen, der für die europäischen Mächte typisch gewesen sei, verschleiern nur den Tatbestand dass die gesamte innere Geschichte des US-Imperialismus ein ausgreifender Prozess territorialer Aneignung und Besetzung gewesen ist. Das Fehlen eines Territorialismus »abroad« gründete auf einem beispiellosen Territo-

69 Siehe Richard White: The Geography of American Empire, in: *Raritan* 3/2004: »Wir sind nicht nur gut, was alle Imperien angeht, sondern wir haben auch das neue Empire erfunden – ein Imperialismus ohne Kolonien.«

70 S. Porter, *Empire and superempire*, S.65 sowie S. Linda Colley: The difficulties of empire: present, past and future, in: *Historical Research* 205 (2006) S. 371.

rialismus »at home«.⁷¹ Dabei gelang es den USA, eine weitgehend kohärente Bevölkerung zusammenzuschmieden – durchaus im Unterschied zum britischen Empire oder dem zaristischen Imperium. Diese Integrationsleistung ist einer der wesentlichen Gründe für den dann folgenden Aufstieg des Landes. Es entstand eine kontinentale Ökonomie. Der US-amerikanische Industriekapitalismus entwickelte sich zunächst im größten Binnenmarkt der Welt, der territoriale Aneignungen jenseits Nordamerikas völlig unnötig machte. Der kontinentale USA-Kapitalismus war in diesem Sinne schon ein *Territorialimperium* – ein Aspekt, der in der gängigen Rede ignoriert wird, welche eine Zuordnung des Begriffs Empire auf die USA schon allein deshalb ablehnt, weil diese kein territorial-koloniales Projekt entfalteteten, wie es für die Imperien der Vergangenheit Roms, Griechenlands, Spaniens, der Ottomanen, Russlands, Englands oder Frankreichs charakteristisch war. Von Imperium wurde daher damals nicht sonderlich gesprochen – *aber in der Geschichte der USA waren die Bildung der Nation und die Bildung eines Empires eng miteinander verknüpft*, wie Amy Kaplan argumentiert⁷². Mit der Wahl von McKinley (1896) und seiner »Business Coalition« etablierte sich dann auch, was Peter Gowan die »Business Democracy« genannt hat⁷³. Das fast ein Jahrhundert für die kapitalistische Wirtschaftsorganisation beispielgebende vertikal integrierte Unternehmen wurde in den USA erfunden. Der Prozess der Konzentration und Zentralisation von Kapital erklimm real zwischen 1896 und 1910 eine Größenordnung, die in den vergleichbaren Wellen den 20er, 60er und 80er Jahre nicht mehr erreicht wurde. 1905 kontrollierten 300 Unternehmen rund zwei Fünftel des Produktivkapitals. Sukzessiv entstand ein machtvoller agrarisch-industriell-militärischer Komplex. Die neue market society war eng gekoppelt an die ersten Muster des neuen *Konsumkapitalismus*, es entstand eine die subalternen Klassen politisch demobilisierende *Marktgesellschaft* – beides substantielle, originelle und bis heute zentrale ordnungspolitische Innovationen. Die Wirtschaftsklasse der USA generierte auf der Grundlage ihrer massiven geographischen Machtbasis und dieser dreifachen Erfindung der modernen kapitalistischen Unternehmensform, des Konsumkapitalismus und der Marktgesellschaft eine kapitali-

71 Gareth Stedman Jones: *The History of US Imperialism*, in: Robin Blackburn (Hg.): *Ideology in Social Science: Readings in Critical Social Theory*, New York 1972 S. 216f.; siehe auch Francis Jennings: *The Creation of America: Through Revolution to Empire*, Cambridge 2000. Der Neokonservative Robert D. Kaplan hat in seinem Buch »Warrior Politics« (New York 2002, S. 130) vermerkt: der Krieg gegen Mexiko Mitte des vorletzten Jahrhunderts »war wahrscheinlich ungerecht – so, wie er als schiere territoriale Aggression motiviert war. Aber es war es wert, ihn zu führen: die Vereinigten Staaten akquirierten Texas und den gesamten Süden, einschließlich Kalifornien.« 15 Prozent der Landfläche der USA gehen darauf zurück.

72 Amy Kaplan: *The Anarchy of Empire in the Making of US Culture*, Cambridge 2002. Wesentlicher noch der Zusammenhang von Staatskonstitution und der Formierung kontinentaler Imperialität – letztere schloss eben ein, dass die unterworfenen Indigenen in ein System rechtlicher, politischer, ökonomischer und kultureller Diskriminierung eingeschlossen wurden. Diese Struktur der Ungleichheit steht für Imperialität, auch wenn Gleichheit und Bürgerschaft im Rahmen des neuen Nationalstaats formell etabliert wurden. Zu der »Zentralität imperialer Ambitionen in der Entwicklung der USA« siehe Fred Anderson, Andrew Cayton: *The Dominion of War: Empire and Liberty in North America, 1500-2000*, New York 2005, S. 13.

73 Peter Gowan: *Triumphing toward International Disaster: The Impasse in American Grand Strategy*, in: *Critical Asian Studies* 1/2004, S. 3-36.

stische Kontinentalökonomie, die – zusammen mit der Demobilisierung der anderen Klassen – um die Jahrhundertwende eine große Macht »mehr oder weniger ohne ein formelles Empire«⁷⁴ bildete. Die USA waren auf dem Spielfeld globaler Akteure angekommen, aber noch weit davon entfernt, es dominieren zu können. Gegenüber dem hegemonialen britischen *Territorial-* bzw. *Kolonialimperium* wies das »Kontinentalimperium« der »Vereinigten Staaten« aber den zukunftsweisenden großen Vorteil der regionalen Konzentration, des marktgesellschaftlichen Konsumkapitalismus und der politisch – ökonomischen Integration auf. Ihre weiße Bevölkerung hatte seit den 1870ern in vielfacher Hinsicht einen höheren Lebensstandard als die Einwohner Europas – erst der Aufbau des Sozialstaats in Europa änderte dies allmählich. Auch in vierter und noch grundlegenderer Hinsicht war der Kapitalismus, der in den USA entstand, von Beginn an etwas Besonderes: er förderte in Sonderheit solche *politischen* Formen, die in der Zivilgesellschaft private, marktwirtschaftliche Elemente und Kulturen unterstützten und begrenzte daher implizit bereits konstitutionell die Reichweite staatlichen Handelns, wie Polanyi schreibt: »Die amerikanische Verfassung ... isolierte die ökonomische Sphäre vollständig von der Rechtsprechung der Verfassung, stellte das Privateigentum daher unter den höchst denkbaren Schutz und schuf die einzige rechtlich begründete Marktgesellschaft der Welt. Ungeachtet des allgemeinen Wahlrechts waren die amerikanischen Wähler gegen die Eigentümer machtlos.«⁷⁵ Diese spezifischen und folgenreichen »Erfindungen« erlauben es, von einer genuinen Entwicklung in den USA zu sprechen, die viele Beobachter (und mehr noch: Millionen Immigranten) zu dem Urteil veranlassten, dass dieser Typus eines kontinentalen Kapitalismus den »Kapitalismus« gleichsam idealtypisch repräsentiere.

Hinsichtlich der Frage der Imperialität aber gehören die USA zum Grundtypus des *Territorialimperiums*, welcher tatsächlich bis heute die populäre und oft auch die wissenschaftliche Vorstellung vom »Empire« prägt. Territorialimperiale Ordnungen waren⁷⁶: a) klassische Landimperien wie Rom b) expansionistische Nationalstaaten wie die USA in der Phase ihrer kontinentalen Ausdehnung, dann aber auch Deutschland oder Russland/Sowjetunion c) der frühe Kolonialismus etwa Spaniens oder Portugals im 17. Jahrhundert und d) der moderne Kolonialismus des vorletzten und letzten Jahrhunderts, welcher zumeist (aber nicht nur) auf »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey) aus war und mit Besetzung, Annexion und einem aparten Apparat der Kolonialpolitik und -administration operierte, der auf massiver struktureller Diskriminierung der Kolonisierten aufbaute. Das modern-koloniale Territorialimperium (d), dessen paradigmatische Pionierform das britische Empire war und die expansionistischen Staaten (b) unterschieden sich von den anderen genannten Territorialimperien durch einen einfachen Fakt: sie waren kapitalistisch verfasst.

74 Bromley, *Reflections on Empire*, S. 19.

75 Karl Polanyi: *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*, Boston 1957, S. 226.

76 Siehe die hervorragende Skizze bei Steinmetz: *Return to Empire*, S. 342 ff.

B Die Neuerfindung des »postterritorialen« informellen Empire

Territorialpolitisch entwickelte sich jedoch Ende des vorletzten Jahrhunderts mit der Schließung der kontinentalen wie globalen Grenzen für die herrschende Klasse in den USA eine grundsätzliche Problemsituation, aus deren Lösung eine *zweite* Konstellation entstand. Die innere Landnahme war beendet, eine äußere Landnahme jedoch kräftepolitisch riskant, wenn nicht unmöglich. Wie also eine kapitalistische Ausdehnung fortsetzen, die nicht bloß ökonomisch geboten war, sondern auch stark ideenpolitisch begleitet wurde durch die Idee der sich unaufhörlich ausdehnenden Grenze und den Gedanken des gottgegebenen amerikanischen Exzeptionalismus?⁷⁷ Der amerikanische Kapitalismus hatte bereits begonnen, seinen europäischen Konkurrenten England ökonomisch hinter sich zu lassen und positionierte sich nur noch gegen Deutschland. Im Zusammenhang mit den überseeischen Eroberungen der USA (Guam, Hawai, Puerto Rico, Kuba, Nicaragua, Honduras, Philippinen) war zwar vom Empire die Rede, doch gleichwohl hatten die USA jenseits ihrer Dominanz über die amerikanische Hemisphäre⁷⁸ keine externe territoriale Einflussosphäre und kein *transkontinentales*, noch nicht voll kapitalisiertes Empire, in welche sich ihre expansive Ökonomie nachhaltig ausdehnen konnte und die genannten Eroberungen waren weit davon entfernt, einen Grundstock für ein solches Imperium bilden zu können. Ihre vergleichsweise Ärmlichkeit zeigte vielmehr, dass die *Geopolitik* eines *transkontinentalen* Kolonialismus *nicht* mehr aussichtsreich war und das Expansionsproblem eines dynamisch akkumulierenden Kapitalismus nicht lösen konnte.⁷⁹ Von der niedergehenden Macht Spaniens war nicht mehr viel zu holen und eine frontale Attacke gegen die faktische Aneignung und Aufteilung der gesamten Oberfläche der damaligen Welt durch den europäischen Imperialismus und seine starken Kolonialmächte England, Frankreich, Deutschland, Holland, Italien, Belgien wäre in jeder Hinsicht abenteuerlich und aussichtslos gewesen: »Für die amerikanische herrschende Klasse schien ein territorial basierter Imperialismus militärisch zu problematisch, ökonomisch zu teuer und für die selbstgerechte Rhetorik der liberalen Demokratie und der Selbstbestimmung der Völker in der ganzen Welt potentiell zu schädlich zu sein.«⁸⁰ Die Expansion des amerikanischen Kapitalismus

77 »Als das von Gott ernannte Vehikel zur Erlangung dauerhaften Fortschritt der Menschheit sind die Vereinigten Staaten berechtigt, die eigenen besten Interessen anderer Staaten zu interpretieren, die dann freilich unvermeidlich mit jenen der Vereinigten Staaten übereinstimmen. Nachdem insofern die Vereinigten Staaten sowohl die Absichten Gottes verwirklichen als auch den säkularen Fortschritt der Menschheit anführen, können andere Staaten logischerweise keine legitimen Interessen haben, die denen Amerikas entgegenstehen«, so Paul T. McCartney: *American Nationalism and U.S. Foreign Policy from September 11 to the Iraq War*, in: *Political Science Quarterly* 3/2004, S. 406.

78 Zwischen 1989 und 1934 intervenierten die USA mehr als 30mal in den karibischen Staaten, um ihren Einfluss als kontinentale Regionalmacht zu sichern.

79 Siehe Stephen Kinzer: *Putsch! Zur Geschichte des amerikanischen Imperialismus*, Frankfurt 2007, der zwischen drei Phasen amerikanischen Interventionismus unterscheidet: der »imperialen Ära« 1893-1910, der »Periode verdeckter Aktionen« (1953-1973) und der Phase der »Invasionen« (seit 1983).

80 Smith, *Endgame*, S. 49 sowie insgesamt Neil Smith, Anne Godlewska (Hg.): *Geography and Empire*, Oxford 1994; ders.: *American Empire: Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization*, California 2003.

erforderte daher eine neue geopolitische und – ökonomische Strategie. Eine eigene US-amerikanische Konstellation der ökonomischen Ausdehnung jenseits des dominierenden europäischen territorial- und kolonialimperialen Modells musste entwickelt und damit das alte Verhältnis von Geopolitik und Geoökonomie revidiert werden. Diese neue Geographie des Imperialismus wurde das zentrale Thema der nun entstehenden auswärtigen Politik der USA.

An die Stelle unmittelbarer territorialer Einverleibung, direkter Koloniekonstruktion und formaler, zumeist mit rassischen oder ethnographischen Referenzen operierender Herrschaft (»Eingeborenenpolitik«) trat in dieser zweiten Konstellation nun ein anderer strategischer Ansatz, dessen Schlüsselidee die Politik der *Open Door* (John Hay 1898) war, also die Öffnung der ökonomischen und juristischen Ordnungen und damit der Zugang zu den Märkten und Rohmaterialien der Welt für das amerikanische Kapital und die Möglichkeit, der genuin ideologischen Mission der Verbreitung einer spezifisch amerikanischen Variante des Liberalismus nachzukommen.⁸¹ Im Mittelpunkt eines von den USA kontrollierten »Großraums«⁸² stand der bereits erwähnte Gedanke der *Raumhoheit*, der an die Stelle der Vorstellung einverleibender Gebietsbesetzung trat. Eine ganze Skala von Praxen *aufschließender indirekter* Kontrolle entstand im Zeichen dieses Konzepts, ging es hier doch nun darum, Länder und Territorien zugänglich und durchlässig zu machen für private Macht und die Macht des Privaten und damit für das private Eigentum an den Mitteln der Produktion. 1942 forderte ein gemeinsames Editorial der Herausgeber von *Fortune*, *Time* und *Life* einen »neuen amerikanischen Imperialismus«, dessen Ziel sein sollte »das private Unternehmertum zu fördern und zu stärken indem er die Barrieren für seine natürliche Expansion beseitigt« so dass eine Ordnung entstehe, in der »universeller freier Handel« als »das Endziel einer vernünftigen Welt« verwirklicht werde.⁸³ Das Leitmotiv des Zugangs und der Öffnung oder Durchlässigkeit von Grenzen entspricht der Interessenlage eines jeden expansiv operierenden Hegemons. Die Welt musste nicht amerikanisch sein, aber offen für amerikanische Produkte, Investitionen und Ideologien. Offenheit war die Gewährleistung für die Ausbildung der Tradition kontinuierlicher Machtsteigerung. Grenzen in dieser Welt waren dazu da, überwunden zu werden – zu Recht ist das Thema der ständig neuen Grenzüberschreitung (»next frontier«) als Kern der amerikanischen politischen Kultur der Expansion

81 Die klassische Studie zur Frage der Open Door und des American Way of Expansionism ist William Appleman Williams: *The Tragedy of American Diplomacy* New York 1962. Auch die Arbeiten von revisionistischen Historikern wie Walter LaFeber, Ross Kennedy oder Michael Hogan sind hier zu nennen. Zu der ambivalenten, territorialen wie informelle Optionen offenhaltenden rechtlichen Handhabung siehe Bartholomew H. Sparrow: *The Insular Cases and the Emergence of American Empire*, Lawrence 2006. Eine Entfaltung dieses Ansatzes zum Konzept einer »Open Door Hegemony« seit den 40er Jahren findet sich in Christopher Layne: *The Peace of Illusions: American Grand Strategy from 1940 to the Present*, Ithaca 2006. Layne gehört zum Kreis der »neoklassischen Realisten« wie Kenneth Waltz, Robert Gilpin oder John Mearsheimer, Robert Jervis, Stephen Walt und Fareed Zakaria – zu den klassischen Realisten zählen etwa Hans Morgenthau oder Henry Kissinger.

82 Siehe Smith, *Endgame*. Zum »amerikanischen Lebensraum« siehe ders.: *American Empire*; sowie Peter Gowan: *American Lebensraum*, in: *New Left Review* 30 (2004), S. 155-164.

83 *Fortune*, An American Proposal v. Mai 1942.

charakterisiert worden. Der spezifische Modus der Open-Door-Politik war also nicht die Eroberung und direkte gebietliche Kontrolle von Territorien sondern der Aufbau einer Ordnung informeller Herrschaft, ermöglicht durch *access* – eine klare Differenz zum dominanten Modus der klassischen europäischen Kolonialimperien (insofern knüpften die USA freilich an ein kurzzeitig in den 1860ern von Großbritannien praktiziertes Muster europäischer Kolonialherrschaft an). Seither gilt der Satz, dass die USA nie mehr an besonderen Territorien interessiert waren, sondern immer nur an aufschließender globaler Macht. Werden die USA also seitdem als Empire gedacht, dann müssen sie als »nonterritorial empire«⁸⁴ gedacht werden. *Post- oder nichtterritoriale Imperien haben das Ziel der Kontrolle des Raums und eben nicht der Annexion von Territorien (im Sinne von Einverleibung) und der Überwältigung territorial basierter Souveränität (im Sinne der Okkupation)*. Die USA waren, nach der Bildung ihrer kontinentalen Form, nie ein Territorialimperium, auch wenn sie einige Territorien besetzt halten, um ihr nicht-territoriales Empire zu sichern. Zugleich aber waren die kontinentalen Grenzen des *Nationalstaates* USA nicht die Grenzen des *Imperialstaates* USA⁸⁵. *So wenig die USA ihre nationalstaatlichen Grenzen zu erweitern suchten und suchen und statt dessen sich ständig um deren Befestigung bemühten, so sehr arbeiteten sie seitdem an der Universalisierung ihrer imperialen Grenzen*. Um territoriale Grenzbeziehungen, die für klassische Landimperien eine zentrale Rolle spielten, ging und geht es dann nicht mehr. Es ging dann um ganz andere Typen von Grenzen: solche, die ein *glacis* gegen Feinde umrissen; weiter um die Zonen der Aneignung, in denen Nachbarn Tribute entrichteten und Strukturen ökonomischer Ungleichheit und damit Ausbeutung reproduziert wurden; es ging um jene Grenzfronten, die ausgreifend Machtkonkurrenten (oder deren Entstehung) konterkarierten. Zum imperialen Rand des amerikanischen Machtprojekts gehörte das ganze Vokabular dieser postterritorialen Grenzen der Einflussnahme, Kontrolle, Machtprojektion und *fluiden* Präsenz. Diese grundsätzliche Dimension der Konfrontation reflektiert nicht nur die strukturelle Instabilität imperialer Grenzprojekte, sondern auch die andere ständige Begleiterin der Imperien: die Unruhe und den Widerstand in ihrem Inneren. In der Geschichte des American Empire entstanden häufig solche Kontrollhybride und Zwischenformen: nicht-inkorporierte Territorien oder protektoratsähnliche Arrangements wie das sog. Platt-Amendment, das dem Modell

84 So in der Tendenz richtig, begrifflich aber doch eher fehlleitend Bruce Cumings: *Is America an Imperial Power*, in: *Current History* Nov. 2003. »Territorial« wird hier vor allem in Bezug auf die räumliche Ausstattung von Staaten und deren konkreten Gebiete gedacht. Es geht um »eine Verlagerung innerhalb der Geographie der Macht von einer strikt absoluten Territorialität (eingegrenzter, absoluter Raum) zu einer funktionalen, relationalen Räumlichkeit, die das Kommando über die Regeln der räumlichen Interaktion (Handel, Kapitalflüsse etc.) einschließt.« Agnew, *Hegemony*, S. 16.

85 Die Ausdehnung des Imperialstaates USA brachte immer neu die Neudefinition der Grenzen (wie auch überhaupt der strukturellen und funktionellen Grundverfasstheit) des Nationalstaates USA mit sich. Heute etwa entsteht eine digitale Festung USA, die jeden Flug- und Schifftransfer von Menschen in die USA noch weit von ihren Grenzen entfernt identifiziert, kontrolliert und im Zweifel verhindert. 2006/07 setzten sie diese neue Grenzziehung im transatlantischen Flugverkehr gegen den Willen europäischer Staaten durch. 2008 folgten diese stückweise nach.

der britischen Herrschaft über Ägypten entnommen war und seinerseits als Modell für Haiti, die Dominikanische Republik und Nikaragua diente. Expansion und Reproduktion von Imperialität realisiert sich dabei über eine instabile Dialektik von Inklusion und Exklusion.

Die Typen der territorialen und »postterritorialen« Imperialität existierten historisch nebeneinander, gingen ineinander über oder bildeten hybride Formen – und es gab keine »Gesetzmäßigkeit«, wonach die eine Form auf die andere folgt und alle große kapitalistischen Staaten praktizierten in ihrer Geschichte diese Formen, oftmals zeitgleich. *Neben der Sowjetunion als »the world's first post-imperial state«⁸⁶ war es diese amerikanische Form der postterritorialen Imperialität, welche als die bestandsfähige ausgreifende politische Ordnungsform des letzten Jahrhunderts gelten kann. Die wesentliche räumliche Form der Imperialität in der Gegenwart ist die postterritoriale des informellen Empire, bei der die Kapitallogik über die Territoriallogik triumphiert und »der Markt die Macht bestimmt«.*

Kräftepolitisch erhielt dieser zweite expansionspolitische Ansatz seinen stärksten Schub durch das Zerschneiden der dominanten Rolle Englands im Ergebnis des ersten Weltkriegs. Seine Situation damals entsprach der *imperialen Überdehnung* (»Overstretch«), von der 70 Jahre später dann in der historischen Debatte zum *Niedergang* (»decline«) der USA erstmals die Rede war. Es verlor seine Fähigkeit, das Zentrum des Weltkapitalismus zu sein und es verlor seine Kraft, die Kräfteverhältnisse im politisch zentralen Kontinent Europa hegemonial zu regulieren (»Balance of Power«), sukzessiv an die USA. Unmittelbar nach Kriegsende war die Pariser Friedenskonferenz 1918 der Schauplatz für die Inszenierung der neuen, nunmehr deutlich über den nord- und südamerikanischen Kontinent hinausgreifenden Ambition der USA durch ihren Präsidenten Woodrow Wilson, der für eine »post-territoriale« Alternative (Smith) optierte. Er dachte nicht mehr in der Vision einer USA als Kolonialmacht. Sein Ziel war der Übergang von einer geopolitisch (territorial) zu einer geoökonomisch ansetzenden Politik und Ordnung. Die profitable Eroberung von Märkten und die Aneignung von Ressourcen sollte möglich sein ohne riskante und kostspielige Invasionen und Okkupationen. Es ging nicht um Kolonien, sondern um Märkte, »Kolonisierung« sollte nicht territorial durch militärische Intervention, sondern ökonomisch durch marktvermittelte Regulation geschehen, die ursprünglich auf Asien abzielende »Open-Door-Politik« sollte dem amerikanischen Kapital die ganze Welt erschließen, die auf die westliche Hemisphäre zielende, also regionale Monroe-Doktrin sollte nun »als die Doktrin der Welt« globalisiert und die USA sollten »die Führung der Welt« (Wilson) beanspruchen.⁸⁷ Der »liberale Internationalismus« Wilsons war die erste präsidentiale Vision eines globalen *Amerikanismus*. Diese Verständigung über und poli-

86 Terry Martin: *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939*, Ithaca 2001, S. 19.

87 Zitiert nach Smith, *Endgame*, S. 73. Smith formuliert: »Wilson wollte die Welt und er wollte sie Made in America.« (S. 75).

tische Fokussierung auf diesen Modus des in erster Linie informellen Empires hat es im übrigen den herrschenden Eliten der USA seit dieser Zeit ermöglicht, sich von den formellen Imperien zu unterscheiden, sie moralisch zu problematisieren, abzuwerten und zu verurteilen. Das *informal Empire* wurde als zivilisatorisch höher stehend und sozialkulturell modernere Variante der Menschheitsentwicklung präsentiert – eine effiziente moralisch-politische Differenz konnte aufgemacht werden, die ihre klarste Ausprägung in der Abgrenzung vom Faschismus erhielt: dieses amerikanische Projekt der Imperialität operierte auf ideologischen, nicht primär auf rassistischen oder ethnischen Grundlagen⁸⁸. Ein Jahrhundert später ist sie ideologiepolitisch dominant geworden – der militärpolitisch aufgezwungene Rückgriff auf territoriale Eroberung und Okkupation ist, wie die Fälle Vietnam und Irak den USA selbst zeigte, moralisch diskreditiert.

Aus der Problemlage dieser Zeit und ihren Lösungen heraus macht es folglich Sinn, von einem American Empire zu sprechen, zu dessen Spezifika in ganz besonderer Weise die *informelle Form* dieses »Imperiums« und des *amerikanischen Globalismus* gehört, der lange vor der »Globalisierung« existierte. Diese Form ist gleich mehrfach in dieser Zeit begründet: 1809 vermerkte Thomas Jefferson in einem Brief an James Madison, dass »keine Verfassung zuvor so wohl kalkuliert war auf extensive Imperialität und Selbstregierung«.⁸⁹ Hardt/Negri haben den spezifischen »Netzwerk«-Charakter der US-Machtkonfiguration durch die amerikanische Verfassung skizziert, die so in hohem Maße zur Expansivität befähigt war. Diese sehr frühe, *besondere Form des sich formierenden Staates* ist die zentrale politische Prämisse der politischen Potenz der USA zur Imperialität und Fähigkeit, andere politische Systeme zu durchdringen. Auch die in den USA im ersten Viertel des letzten Jahrhunderts entwickelte moderne Unternehmensform und ihr Transfer (auch durch Direktinvestitionen) ins Ausland war ein weiteres wesentliches Moment solcher informeller imperialer Aktivität. Um den fundamentalen Charakter dieser Eigenschaft begreifen zu können, muss aber noch weiter zurückgegangen werden zur Idee der »neuen Nation«, die von Beginn der Geschichte der amerikanischen Nation an verknüpft war mit dem revolutionären, aufklärerisch – universalistischen, amerikanischen Liberalismus.⁹⁰ Dieser historische Liberalismus war nicht die Antithese des Konservatismus, wie es das heutige US-amerikanische Parteiensystem mit seiner Konkurrenz von »Demokraten« und »Republikanern« nahelegt, sondern sein Rückrat. Zu ihm gehörten die *Ideen des bürgerlichen Marktes* von Adam Smith, der *Kosmopolitismus* Kants, der allgemeine *Vernunftwille* Rousseaus und vor allem John Lockes *Konzipierung der Eigentumsperson, des Marktmenschen und Appropriateurs der Natur* – also Kernbestandteile der bürgerlichen Ideenwelt. Dieser Liberalismus jedoch war von

88 Philipp Roth und früher Norman Spinrad oder Philipp K. Dick haben Fiktionen einer alternativen Amerikageschichte erfunden, die mit der Idee eines faschistischen American Empire operierten.

89 Zitiert nach Panitch /Gindin, *Empire*.

90 Zum folgenden s. die prononcierte Studie von Smith, *Endgame*, S. 30 ff.

Beginn an zugleich *Amerikanismus*: »Am Anfang war die ganze Welt *America*« (Locke). Dieses *nationale America* wurde von Eigentümerbürgern gestellt, Sklaven zählten exakt als ein Dreifünftelmensch, die Eingeborenen zählten überhaupt nicht. Amerikas Liberalismus war nicht nur radikalkapitalistisch, sondern von Beginn an auch eingeschlossen in *America* und auf dem Pfad des Nationalismus. Eine machtvolle »liberale Bewegung« oder eine »liberale Partei« existierten nie in den USA. Der Amerikanismus und seine Zuspitzung – der amerikanische *Exzeptionalismus*, wonach die USA von allen anderen Nationen verschieden und etwas besonders Ausgezeichnetes sei – waren von Beginn an durchdringendes Element der liberalen Idee in den USA. In der Frühzeit des 20. Jahrhunderts übernahm der politische Liberalismus in den USA dann die Funktion, welche die Sozialdemokratie (welche sich in den USA nie zu einer vergleichbaren politischen Macht entwickeln konnte) in den europäischen Ländern hatte. Er unterschied sich seitdem vom sich gegen revolutionäre Sozialdemokratie und Konservatismus profilierenden Nationalliberalismus in Europa und entwickelte eine amerikanische Variante des Sozialliberalismus, die ihn innerhalb des Spektrums des bürgerlichen Liberalismus im Feld einer reformerischen Linken platzierte, wodurch er in der langen Zeit des letzten Jahrhunderts immer stärker die alte Arbeiterklassensozialdemokratie in Richtung Liberalismus zu transformieren vermochte. Universalistischer Expansionismus – oftmals begleitet vom Motiv der Ausbreitung der Menschenrechte und der individuellen Freiheit – und informelle, indirekte Formen der Interessenwahrung waren dabei dauerhafte Bestandteile dieses amerikanischen Sozialliberalismus.

C Die liberalimperiale *Monarchia Universalis*

Die zweite Konstellation war also gezeichnet von der politischen Innovation des *informal empire*. Sie setzte zu Beginn des Jahrhunderts ein, hatte ihren ersten expliziten Höhepunkt nach dem Ersten Weltkrieg und wurde dann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von einer *dritten* Konstellation abgelöst, die bis 1989/91 dauerte. Die Zeit der 30er Jahre und dann des zweiten Weltkrieges war auch eine Phase eines reflexiven Moments bei der Erfindung des neuen Hegemons des 20. Jahrhunderts. Der neue Typus von Imperialität unterschied sich immer deutlicher von einem Modus der kolonial-territorial orientierten Expansion, wie er für den klassischen formellen Imperialismus und auch für das militaristisch-terroristische Projekt des faschistischen »Reichs« dieser Zeit typisch war – einer Zeit, in der gleichsam darüber entschieden wurde, welches imperiale Projekt die folgenden Jahrzehnte dominieren sollte. Insofern ist die erste Hälfte des letzten Jahrhunderts auch von einem neuen »dreißigjährigen Krieg« zwischen den USA und Deutschland um die Nachfolge Englands als dominierende Macht gekennzeichnet gewesen, den die USA gewannen. Dabei muss gesehen werden, dass mittlerweile

mit der Sowjetunion ein anderes Projekt großräumlicher Neugestaltung aufgestiegen war, das den Gedanken des Imperialen keineswegs ignorierte, sondern sich explizit als postimperial und daher antiimperial(istisch) verstand und etikettierte – tatsächlich dabei aber zugleich (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) als zentralistisches, stark formelles Empire agierte. In der Zeit zwischen der Oktoberrevolution 1917 bis 1942/43, als sich der Ausgang des zweiten Weltkriegs entschied, konkurrierten somit drei, in den Festungen »ihrer« Nationalstaaten verankerten imperiale Projekte mit globalem Anspruch. Knapp ein halbes Jahrhundert später war diese Konkurrenz entschieden. Für die USA ging es in dieser Zeit um die Durchsetzung des »american century« (Henry Luce) und die Sicherung der »pax americana«.⁹¹

Die USA hatten zwar nach 1945 ihr Kriegsziel nicht erreicht, Europa in eine Zone liberaler Demokratie und des *free enterprise* zu verwandeln. Doch sie beherrschten nach 1945 den entwickelten Kern des Kapitalismus, hatten mit Japan und Deutschland zwei konkurrierende kapitalistische Großmächte besetzt, kontrollierten die Finanzmacht Großbritanniens und hatten einen übermächtigen Einfluss auf Italien und Frankreich. Strategisch konzentrierten sie sich auf Europa, Ostasien und den Nahen Osten. Sie nutzten die Situation der Erschöpfung der europäischen Großmächte und akzentuierten sich nach Kriegsende als ein neuer Typus von Imperialität, der nicht mehr dominiert wurde von einem formellen sondern in erster Linie von einem informellen Empire, das nicht nur eine tiefe Differenz zwischen einem neuen »Zentrum« und einer neuen »Peripherie« aufgriff oder schuf, reproduzierte, vertiefte oder minderte, also zu einem global ansetzenden Grenzmanagement neuer Art imstande war, das im Kern auf der außerordentlichen militärischen Macht der Vereinigten Staaten gründete, sondern das dann auch eine neue Hierarchie im Staatensystem des »Kerns« durchsetzte (»Wenn die Vereinigten Staaten ein Empire sind, dann sind sie großenteils ein informelles. Die Einzelteile des amerikanischen Imperiums sind souveräne Staaten und der Grad der amerikanischen politischen Kontrolle ist weit geringer als jener der großen historischen Imperien.«⁹²) und einen von ihr dominierten multilateralen »pervasiven Überbau« (Gowan) schuf, der diese »Segmente« auf sehr unterschiedliche Weise durchdrang, arrangierte und kontrollierte. Bei der imperialen *Monarchia Universalis* der Moderne geht es nicht vorweg um Herrschaft über Völker (Menschen) ohne deren Zustimmung, sondern um die Herrschaft über die Völker (Menschen) des *Staatensystems* oder von Teilen desselben ohne deren letztliche Zustimmung. Das wirkliche American Empire der Nachkriegszeit umfasste danach das nördliche Zentrum der kapitalistischen Industriestaaten (Europa, USA, Kanada, Japan sowie Australien/Neuseeland) als »Kern« und seine

91 Susan Strange: Pax Americana, in *International Affairs* 4/1950 S. 534 f.

92 Daniel Nexon, Thomas Wright: Taking American Empire Seriously, Papier für die 5. Pan-Europäische Konferenz, Den Haag 2004, S. 42, s. a. diess.: What's at Stake in the American Empire Debate, in: *American Political Science Review* 2/2007, S. 253-271.

»Sicherheitsgemeinschaft« als eine Zone des »imperialen Friedens«⁹³ oder des »protektiven Imperialismus«⁹⁴, demgegenüber, wie Peter Gowan aus linker Sicht zu Recht feststellt, die Beziehungen zur Peripherie »gegenüber der enormen, beispiellosen Bedeutung des imperialen Protektorats über den Kern von geringer Bedeutung waren«⁹⁵. Dieses sich rasch ungemein verdichtende nördlich-industrielle Machtfeld um das Zentrum des amerikanischen Staates und der dort basierten multinationalen Konzerne und deren ausgreifenden Direktinvestitionen macht eine deutliche Differenz zu dem Gefüge des »alten« Imperialismus, dessen imperiale Strukturen zwischen dem Norden und dem Süden ausgerichtet waren. Die vielen Kapitale akkumulierten nun innerhalb vieler Staaten und ihre Räume, in denen sie und ihre Waren sich nun ungekannt frei bewegen konnten, und sie wurden zugleich immer mehr bestimmt von einem staatenübergreifenden Überbau, dessen prägendes Zentrum der amerikanische Staat war und immer noch ist. Das alte Gefüge der nationalen Bourgeoisien wurde durch diese neuen Machtfelder fragmentiert und umgebaut.

Dieses neue imperiale Projekt der USA repräsentierte nicht mehr einfach nur die Interessen einer Großmacht, sondern war auf die Produktion von Weltordnung aus, für deren Gestaltung die USA ein eigenes Entwicklungsprojekt entwickelte.⁹⁶ Kurz: es war der Beginn der Grundlegung einer neuen, *amerikanischen* Weltordnung, eines Projekts also, das erstmals auf die Durchsetzung und Sicherung eines Akkumulationsprozesses im Maßstab eines neu globalisierten (aber nicht planetaren) Globalkapitalismus abzielte und in dem das amerikanische Kapital seine Interessen auch definierte als Repräsentanz dieses Kapitalismus (gegen den neuen sowjetischen Staatenblock bzw. zunehmend auch gegen widerständige oder nur schwer integrierbare Länder der Peripherie). In grundlegender Sicht war dies ein Versuch, den tiefgehenden Widerspruch von politisch-ökonomischer Fragmentierung und politischer Weltmarktdurchdringung dadurch zu bearbeiten, dass diese Verbindungen und Austauschbeziehungen zwischen den Kapitalismen unter amerikanischem Vorzeichen verstärkt und innere politische Widersprüche im Zeichen des neuen Widerspruchs zum entstehenden realsozialistischen Block »gemanagt« wurden. Gelöst wird dieser Widerspruch zwischen transnationaler Integration und politischer Fragmentierung dadurch nicht.

93 Tarak Barkawi, Mark Laffey: Retrieving the Imperial: Empire and International Relations, in: Millenium 1/2002, S. 109-127.

94 Samuel Flagg Bemis: The Latin American Policy of the United States: An Historical Interpretation, New York, 1943, S. 202-226.

95 Peter Gowan: Empire as Superstructure, in: Security Dialogue 2/2004, S. 259; dort auch die sehr weitgehende Formulierung: »Die gesamte fortgeschrittene kapitalistische Welt wurde in eine einzige Einflussphäre der USA verwandelt.« Gegenüber dieser Veränderung verblassen die so spektakulären kolonialen Kriegspraktiken der Nachkriegszeit.

96 Siehe Gowan, Bush turn, S. 149: »Das große Problem des Kapitalismus ist wie er den Widerspruch managt zwischen seiner notwendigen Fragmentierung in separate geopolitische Einheiten und seiner notwendigen Tendenz, tiefe transnationale soziale – politische, ökonomische und kulturelle – Verbindungen zwischen diesen Einheiten herzustellen. Das ist das Weltordnungsproblem des Kapitalismus.«

Die USA dehnten in der Nachkriegszeit die räumliche Dimension ihrer Interessen ins Globale aus; sie erschütterten die Finanzmacht der City of London und arbeiteten dem Zerfall des Kolonialsystems der altimperialen europäischen Mächte zu, um es im Zeichen der »Entwicklung« für die Aktivität ihres eigenen Kapitals zugänglich zu machen – William Appleman Williams sprach folgerichtig vom »imperialen Antikolonialismus«, der die soziale und räumlich ungleiche Dynamik der kapitalistischen Entwicklung in miteinander verknüpften Diskursen und Praxen der Berechtigung und Kontrolle bearbeitete; das wenig beachtete beiläufige Kriegsziel Roosevelts, das britische Empire als Großmacht auszubooten, war bis Ende der 40er Jahre erreicht; sie schufen eine internationale Ordnung, die ihren Interessen förderlich war; die Entwicklung und Durchsetzung ihres fordistischen *Empire of Production* (Maier)⁹⁷ intensivierte sich: sie kontrollierten das ökonomische, militärisch-politische, technische und vor allem das finanzielle System; das US-Schatzamt und das Außenministerium arbeiteten das Grunddesign der Schlüsselinstitutionen des fordistischen Nachkriegskapitalismus (Weltbank, IMF, GATT [WTO] und UN) aus und entwickelten die Blaupause einer neuen Staatsstruktur, welche zahlreiche Umbauten der Staaten selbst einschloss und eine handhabbare Ordnung der Eigentumsrechte garantierte; sie betrieben die Ausdehnung einer amerikanischen Rechtspraxis als Grundlage amerikanisch geprägter global wirksamer Regulationsmuster⁹⁸; sie bauten eine bis heute unbestrittene Hegemonie über die Wissensproduktion auf; sie schufen eine Ordnung regionaler Bündnisse und bestimmten deren geopolitische Orientierung; ihre Bündnispartner waren von ihnen abhängig und erhielten im Tausch eine sozioökonomische und liberale Entwicklungsperspektive, die spektakulär war – schließlich wuchs im Zeichen der US-Dominanz der Welthandel zwischen 1947 und 2000 um das 20fache an und das Weltbruttosozialprodukt nahm um 700 Prozent zu.⁹⁹ Die Periode zwischen dem Koreakrieg und dem Vietnamkrieg war eine ungeheuer profitable Zeit. Kulturen, Werte und magische Symbole des amerikanisch gefärbten Liberalismus wurden »exportiert« und normativ positiviert. Für viele Länder vor allem des okkupierten oder faschistischen kapitalistischen Kernbereichs fassten sich die neue Referenz auf die liberale Kultur, die Stärkungen individueller Rechte und die normativen Hochschätzungen formaldemokratischer Verfahren zu Recht als »Befreiung« oder »Freiheit« zusammen – dass sie sozial halbiert war, war in der rasch antikommunistisch erblindeten Zeit des neuen Konsumkapitalismus kaum noch Thema¹⁰⁰. Die Wirksamkeit dieser bemerkenswerten *Befreiungstheologie* des »American Dream« der 50er und auch noch der 60er Jahre hat die Erfahrung eines radikalen Illiberalismus als Voraussetzung und die Kombination von Waren-

97 Siehe Maier, *Among Empires*.

98 Siehe R. Daniel Kelemen, Eric C. Sibbitt: *The Globalization of American Law*, in: *International Organization* 1/2004, S. 104-136 sowie die daran anschließende Debatte.

99 Siehe *Financial Times* v. 23. 4. 2003.

100 Umberto Eco hat dies mit Gian Paolo Ceserani und Beniamino Placido in dem Band *Modell Amerika* (Münster: Englisch-Amerikan. Studien, 1985 [La riscoperta dell' America]) skizziert.

macht und individueller politischer Freiheit als Nachhaltigkeitsbedingung. So wurde Europa mit einer modernen Sprache der Ware versorgt. Der Export eines libertären Amerikanismus war verknüpft mit kontinuierlicher osmotischer Einbindung in die US-basierte Kapitalordnung, deren Akteure ihre ökonomische, soziale wie politische Machtbasis in den verbündeten kapitalistischen Allianzstaaten ausweiteten. Dies war die machtpolitische Voraussetzung dafür, dass die Kapitaleliten dieser Allianzstaaten (in erster Linie im Rahmen der NATO) diese globale Perspektive als äußerst nützlich Element der Sicherung ihrer eigenen Reproduktionsinteressen reflektierten und zugleich akzeptierten, dass dies einen Wechsel zu einem nichtkapitalistischen, sich auf die UdSSR orientierenden System ausschloss – dies war die absolute Schranke des geopolitischen Arrangements. Eigene imperiale Projekte waren aussichtslos und stießen auf harten Widerstand der USA. Hegemonialpolitisch bedeutete dies eine deutliche Amerikanisierung Europas, das zum *Showcase* der Konsumentendemokratie gemacht wurde und sich von seinem alten Kolonialismus weitgehend verabschieden musste. Anders formuliert: es war faktisch ein Transfer des Modells des *informal Empire* und seiner Konstitutionsbedingungen nach Europa. Zu den zahlreichen Quellen der Identität Europas gehört eben nicht nur der zumeist reaktionäre Antiamerikanismus, sondern weit mehr der *Amerikanismus*. Genau dieser Erfolg war ein mächtiges Motiv für die USA, dieses *marktimperiale* Modell einer neuen materialistischen Zivilisation weiter zu verfolgen in der Hoffnung, den Rest des Globus nach ihrem Bild zu prägen. Und genau dieser Transfer stellte die Weichen für eine deutliche Aufwertung der sich schon seit den 50er Jahren entfaltenden eigenen machtpolitischen Option Europas für ein *European informal empire*, das mit der alten französisch-britischen Kolonial- und Nuklearkraft im verborgenen Schatten sich auf den Weg machte und ein halbes Jahrhundert später als angeblich sanfter marktgesellschaftlicher Gegenpol zu einem aggressiven US-Unilateralismus gehandelt wurde, während es in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine imperiale Komponente des global herrschenden Transatlantismus.

Daher überdauerte diese letztlich unipolare und asymmetrische »Nabe-Speiche-Struktur«¹⁰¹ auch den Zusammenbruch des Warschauer Paktes. Die USA bauten eine Nuklear-, Luft- und Schiffsmacht auf, die sie weltweit militärisch interventionsfähig machte und eingekleidet war in fast 100 größere Militärverträge und Sicherheitsabkommen; Hiroshima war der »Big Bang of American Empire« (Maier); die Form der gewaltsamen Intervention war (nach Korea) geprägt von »verdeckten Aktionen« im Iran, Guatemala, Südvietnam, Chile, die zuweilen in Kriege (Vietnam) und »Invasionen« (Grenada, Panama, Afghanistan und Irak) einmündeten. Die Privatteritorien des US-amerikanischen Kapitals und die ver-

101 Peter Gowan: U.S. Hegemony Today, in: Monthly Review 3/2003, S. 31. In »The Bush turn and the drive for primacy«, in: Alejandro Colás, Richard Saull (Hg.): The War on Terror and the American »Empire« After the Cold War, London, New York 2006, S. 138 sieht Gowan darin »something like an American global government.«

traglich lizenzierten Territorien des Pentagon waren die *backbones* des informellen Empire der USA. Sie operierten multilateral in Europa, bilateral in Asien¹⁰² und unilateral, wo es notwendig und möglich schien; Westeuropa und Lateinamerika, Ostasien und das südliche Asien, der Nahe Osten und Afrika transformierten zur »Freien Welt« – also zur Sicherheitszone des amerikanisch dominierten Kapitalismus; wenn die USA im Sicherheitsrat der UN nach militärischer Aktion riefen, dann wurde dem Ruf bis 2003 gefolgt – und wenn sie ihr widersprachen, dann gab es sie nicht; nicht mehr wie einst »Zivilisierung«, sondern »Entwicklung« und »Modernisierung« waren nun die Leitbegriffe ihrer Weltpolitik und Strategie gegenüber der Dritten Welt (und bei Gefährdung ging es um »Zerstörung«); sie schufen sich eine multilaterale Ordnung und Kultur des Zugangs zunächst in Europa und in den 80er und 90er dann auch in Asien (Japan, Südkorea, dann China); sie propagierten ein Set von Werten mit universellem Geltungsanspruch und agierten erfinderisch auf den Feldern ideologischer und religiöser Konfrontation; nachdem sie zunächst noch unter Roosevelt gleichsam direkt das Projekt der »Einen Welt« (»one-worldism«) verfolgt hatten, das als eine außenpolitische Variation des New Deal auf den transformativen Einschluss der UdSSR zielte, konzentrierten sie im Zeichen des »free-worldism« (Truman) ihre Ressourcen darauf, den nach 1945 in noch größerer Macht entstandenen globalen Rivalen Sowjetunion zu beseitigen (zumal die UN nur beschränkt, wie ursprünglich geplant, als indirekter globaler Arm der US-Außenpolitik funktionierte) und neben dem Containment des »Kommunismus« eine Politik der »Open Door Hegemony« (Layne) zu betreiben. Vom tentativen Einschluss der UdSSR wurde zu ihrem radikalen Ausschluss übergegangen. Diese grundlegende Orientierung war somit keine Reaktion und kein defensiver Reflex bloß, sondern zugleich Ausdruck genuin eigener offensiver Zielformulierung. Der Kalte Krieg, wie er sich in der Regierungsdirektive NSC-68 von 1950 niederschlug, welche eine Verdreifachung des US-Militärbudgets ankündigte, war – in den Worten des Autors der NSC-68 Paul Nitze – eben zugleich der Versuch »eine Form der Weltordnung zu schaffen die kompatibel war zu der kontinuierlichen Entwicklung jener Art von Nation, die wir nun einmal waren.«¹⁰³

Diese dritte Konstellation war also anders. Die Situation der Konkurrenz großer kapitalistischer Mächte, die Einflusszonen gegeneinander aufstellten, war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vorüber. Zwar war und ist durchaus auch denkbar eine Konstellation, in der Einheit nicht durch einen übergeordneten Akteur der Vereinheitlichung hergestellt und gesichert wurde (und dies ist nichts anderes als die plane liberalimperialistische Vision) – die wirkliche historische Welt

102 Siehe Mark Beeson: *Living with Leviathan: Australia, Asia and American Hegemony*, Asia Research Centre Murdoch University Working Paper No.125, Perth 2005, S. 8.

103 Paul Nitze: *Coalition Policy and the Concept of World Order*, in: Arnold Wolfers (Hg.): *Alliance Policy in the Cold War*, Baltimore 1959. Gowan erinnert an die Studie von Melvyn Leffler: *A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford 1992, wonach kein amerikanischer Führer daran glaubte, dass die UdSSR einen Angriff auf den Westen plante.

aber kam und kommt offenbar bisher nicht ohne superiore Akteure aus. Amerika dominierte und veränderte sich selbst dabei. Das neue Amerika bestand keineswegs mehr nur aus einem Kontinentalkapitalismus, sondern aus einem expansiven Gefüge ökonomischer, politischer und kultureller Bastionen in der Außenwelt, auf das sich sukzessive die Reproduktionsstruktur des amerikanischen Kapitalismus verlagerte. Es gab, wie Charles Bright und Michael Meyer in ihrer Debatte der Frage »Wo in der Welt ist Amerika?« vermerkten, daher nicht nur die USA als das territorialstaatlich fixierte Amerika, sondern auch das Amerika des *Americanism*, in dessen Kern die »amerikanische Partei« (Arrighi) stand und steht: »Die amerikanische Souveränität der Nachkriegszeit war auf Territorien der Produktion gebaut und hatte Vektoren geschaffen, über welche Elemente des US-Staates und der amerikanischen Zivilgesellschaft sich in die Welt bewegen und von den permanenten Machtprojektionen der amerikanischen Überseemacht profitieren konnten ... Die Kontrollinstrumente – militärisch (das Allianzsystem und Gewalt), ökonomisch (Dollarhilfe und Investitionen), politisch (die Druckmittel und Sanktionen einer Supermacht) und ideologisch (das Bild der Vereinigten Staaten als Führerin der freien Welt) – waren außerordentlich machtvoll und das ideologische Bildwerk der Produktionsräume mit ihrer Hervorhebung des materiellen Fortschritts und der Demokratie erwies sich als besonders attraktiv.«¹⁰⁴ Amerikanismus löschte keineswegs die Spezifik der einzelnen Nationalstaaten aus, aber er drang in sie ein, transformierte sie und setzte ihnen neue Grenzen, ohne dass er sie in bloß passive Agenten und Spiegelbilder seiner selbst verwandelte oder ihre relative Autonomie aufhob, die auf das eigenständige Wirken, Konfliktieren und Austarieren der gesellschaftlichen Kräfte innerhalb dieser Staaten reflektierte. Damit hatte der Anreiz zum Replikat des Amerikanismus seine Quellen und aufwändigen Bedingungen – aber er war wirksam. Die USA schufen eine Situation, die Zeitgenossen wie Harold Laski den Vergleich zum römischen Imperium nahelegte: »Amerika übermächtig die Welt wie ein Koloss; weder Rom auf der Höhe seiner Macht noch Großbritannien in seiner Phase ökonomischer Überlegenheit erfreuten sich eines so direkten, profunden und durchdringenden Einflusses...«¹⁰⁵

Diese Struktur reflektiert die Schlüsselrolle, welche die USA nach 1945 erreichte: erstmals konnte ein einzelner bürgerlicher Nationalstaat in großem Rahmen die alte zwischenimperialistische Konkurrenz eindämmen und eine koordinierende Funktion übernehmen, was zugleich bedeutete, dass die politisch-institutionellen Außenbeziehungen der kapitalistischen Kernstaaten, die sich bislang auf ihre Kolonien und von ihnen regional abhängige Staatenbünde richteten, nun auf die USA umorientiert wurden und die USA selbst dazu beitrugen, dass potentielle

104 Charles Bright, Michael Meyer: Where in the World Is America? The History of the United States in the Global Age, in: Thomas Bender (Hg.): Rethinking American History in a Global Age, Berkeley 2002, zit. nach Bromley, Reflections on Empire, S. 21.

105 Zit. nach G. John Ikenberry: Illusions of Empire, in: Foreign Affairs 2/2004.

oder sogar reale Weltmarktkonkurrenten wie Japan oder Deutschland gestärkt wurden – ein Vorgang, der jenseits des Horizonts der alten Imperialismustheorie war, die letztlich militärische Konflikte zwischen den konkurrierenden Kapitalismen als unvermeidlich ansah. Hier ging es auch ökonomisch um die »Konstruktion« der kapitalistischen Akkumulation, ihres Raums und politischer Regimes und nicht um die »Extraktion« der kriegsgeschwächten Konkurrenten. Das alte Muster der harten interimperialistischen Rivalität brach zusammen. Kooperation zwischen den kapitalistischen Ländern des Nordens geschah in erster Linie durch den grundsätzlichen Anreiz zum Replikat des Amerikanismus, der die avancierteste und verallgemeinerungsfähigste Form der kapitalistischen Produktion, Kultur und Ideologie präsentierte und als globaler Pol der Attraktion wirkte und wirkt: ein »Empire by invitation« (Lundestad)¹⁰⁶, dann ein »Empire of Production« oder ein »Empire of the consumption« (Maier), das als »Empire of the fun« (Reinhold Wagnleitner) funktionierte. Ein Integrations- und Attraktionspol im Übrigen, der sich in der Amerikanisierung Amerikas ständig selbst umbaute.¹⁰⁷ Koordination geschah durch Imitation und Verhandlung, zuweilen auch mittels erzwingender Diplomatie (»coercive diplomacy«) – nicht durch Zwang oder Gewalt. Und, vor allem: im Kalten Krieg boten die USA Schutz gegen den Kommunismus und zwar zu einem äußerst niedrigen Preis. Erst unter Reagan wurde dieses Schutzunternehmen ein Geschäft und schon im ersten Irakkrieg war Schutz nicht mehr billig zu haben.

Die USA waren also nach 1945 nicht nur einfach die größte Macht unter den großen Mächten: sie dominierten auch den *Kern* des kapitalistischen Weltsystems. Durch Verhandlung, Attraktion, Assimilation und Integration entstand eine internationale Ordnung, in deren Zentrum eine transatlantische Allianz zwischen den USA und Europa stand – und in welcher Amerika zu einer europäischen Macht wurde.¹⁰⁸ Die Ordnung der internationalen Politik außerhalb des sowjetischen Blocks wurde *sternförmig* neu konfiguriert. Ihr souveränes nationalstaatliches Zentrum waren nun die USA, die ein »informal American Empire« errichteten, das – abgesehen von den staatssozialistischen Ländern und einer Reihe changierender, unabhängiger oder irrelevanter Staaten – faktisch globalen Charakter hatte und dessen politisch-ökonomisches Zentrum das Kerngefüge entwickelter kapitalistischer Staaten war.¹⁰⁹ Peter Bender beschreibt die Endkontur dieser neuen Ord-

106 Geir Lundestad: *The United States and Europe Since 1945. From »Empire by Invitation« to Transatlantic Drift.* Oxford 2003.

107 DeGrazia schreibt: »die Vereinigten Staaten etablierten ihre Legitimität als der Welt erstes Regime des Massenkonsums«. Die USA dominieren immer noch die globale Konsumentkultur. Dieses konsumgesellschaftliche Modell des guten Lebens im 20. Jahrhundert verband Frieden, kommerzielle Wohlfahrt und Zivilisation und befestigte den Lebensstandard als kulturelle Ware und zugleich als Menschenrecht. 1989 war daher nicht nur der Triumph des »demokratischen Empire« (Michael Cox), sondern auch des »Marktimperiums«, siehe Victoria DeGrazia, *Irresistible Empire: America's Advance Through Twentieth Century Europe*, Cambridge 2005, S. 5.

108 S. John Peterson: *America as a European power: the end of empire by integration?* In: *International Affairs* 4 / 2004, S. 613-629.

109 »Nur der amerikanische Staat konnte für sich das Recht auf Intervention gegen die Souveränität anderer Staaten einfordern (was er dann auch wiederholt überall in der Welt tat) und nur der amerikanische Staat reservierte für

nung, wie sie sich dann sukzessive herausgebildet hatte: »Es umfasst Europa, soweit die Nato jeweils reichte und reicht, dann die Türkei und Israel, ferner Japan, Südkorea, Taiwan und die Philippinen, nicht zuletzt die Erbschaft des britischen Weltreiches, vor allem Kanada, Australien und Neuseeland. Das American Empire ist, was früher »der Westen« hieß... Während Rom nur sein Imperium beherrschte, reicht Amerikas Macht weit über sein Empire, den »Westen« hinaus. Sie erstreckt sich auf die Länder Lateinamerikas in sehr unterschiedlichem Maß, die Skala reicht von halbkolonialer Herrschaft in der Karibik und Mittelamerika bis zu mehr oder minder dominantem Einfluss im Südteil des Kontinents. Feste Positionen haben die Vereinigten Staaten im Vorderen Orient, in Jordanien, Ägypten, den Golfstaaten und wohl immer noch in Saudi-Arabien, neuerdings Stellungen in Zentralasien, und Besatzungsaufgaben in Afghanistan und im Irak. Ihre Flotte ist Herr aller Weltmeere, die zu Highways wurden, über die amerikanische Streitkräfte auf alle Erdteile gelangen können. In 130 Ländern unterhalten die USA rund 750 militärische Niederlassungen.«¹¹⁰ Bender unterscheidet dabei zwischen einem American Empire im engeren und in einem weiteren Sinne: den Ländern des »Westens« (sinnvoll wäre es, von den Kernstaaten (*core*) der kapitalistischen Ordnung zu sprechen) »garantiert Amerika ihre Sicherheit und erhält dafür ihre feste Loyalität. Fast alle sind ihm als überzeugte, bewährte Demokratien verbunden und bilden, was man das American Empire nennen kann: eine von Washington geführte und dominierte Gemeinschaft, die von amerikanischer Übermacht, von Sicherheitsinteressen und einem gleichen politisch-wirtschaftlichen »System« zusammengehalten wird. In einem weiteren Sinne umfasst American Empire viele Staaten auf fast allen Erdteilen... Dieser äußere Kreis wird nicht durch Überzeugungen, sondern durch Interessen zusammengehalten. Seine Mitglieder sind größtenteils wirtschaftlich und technisch mehr oder minder auf Amerika angewiesen; viele verkaufte militärische Stützpunkte, manche brauchen Rückhalt gegen ihre Nachbarn und Feinde. Während der innere Kreis des Empire von festen Bindungen lebt, sind diese Interessen meist flüchtig und können sich schnell ändern.«¹¹¹ Zur letztgenannten Kategorie gehörten etwa die zentralasiatischen Länder, wo die USA nach 1989/91 bzw. *Nineeleven* gleichsam binnen weniger Monate »eine informelle Quasi-Hegemonie«¹¹² errichteten. Handliche Anhaltspunkte für die geopolitische Figur eines American Empire geben schließlich

sich das »souveräne« Recht internationale Regeln und Normen zurückzuweisen, wenn notwendig. In diesem Sinne war nur der amerikanische Staat aktiv »imperialistisch« (imperialist).« So Panitch, Gindin, *Global Capitalism and American Empire*; gemeint ist hier offensichtlich imperial.

110 Peter Bender: Vom Nutzen und Nachteil des Imperiums. Über römische und amerikanische Weltherrschaft, in: *Merkur* 6/2004, S. 486, 487 f. Fast gleichlautend in Peter Bender: *Imperium als Mission. Rom und Amerika im Vergleich*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2005, S. 854 f., wo er noch die südostasiatischen Länder Thailand, Malaysia und Singapur nennt. Odom und Dujarric haben 41 Länder gezählt, die zum American Empire gehörten, s. William E. Odom, Robert Dujarric: *America's Inadvertent Empire*, New Haven 2004.

111 Peter Bender: *Imperium als Mission*, S. 854 f.

112 Victor Mauer: Die geostrategischen Konsequenzen nach dem 11. September 2001, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 3-4/2004.

die militärischen Netzwerke: die USA besaßen 2003/4 formelle Militärabkommen mit fast 50 Staaten, darunter die meisten Staaten Lateinamerikas und Europas, Kanada, Südkorea, Japan, Thailand, die Philippinen, Australien, Liberia und einige kleinere Staaten in der pazifischen Region; andere Länder, die mit einer »Sicherheitsgarantie« der USA rechnen könnten, sind u. a. Bahrain, Ägypten, Israel, Jordanien und Neuseeland, weiterhin Kuwait, Qatar oder Taiwan, sowie Pakistan und Saudi-Arabien. Das Einflussfeld ist noch weiter gespannt – nach 9/11 sicherten 136 Staaten den USA militärische Unterstützung zu, rund 90 waren in gemeinsame Aktivitäten im »Krieg gegen den Terror« engagiert, 27 waren am Krieg in Afghanistan beteiligt. Im Falle des Irakkrieges gaben 16 Staaten militärische Hilfe.¹¹³

Dieser Politik und ihrem Handlungsraum waren aber auch veritable Grenzen gezogen: »Die Truman-Administration konnte die Revolution in China nicht verhindern; John Foster Dulles konnte die sogenannte Dritte Welt nicht vom Neutralismus entwöhnen; Kennedy konnte die kubanische Revolution nicht stürzen; Lyndon Johnson konnte den Viet Cong nicht besiegen; die Pax Americana hatte weit verstreute, aber reale Grenzen.«¹¹⁴ Ein American Empire kann tun, was es will und letztlich exit aus seinem Raum verhindern – aber es kann nicht alle einverleiben oder sie doch wenigstens zwingen zu tun, was es will. Seine Zeit kannte auch den Niedergang vor allem in der Phase des Vietnamkrieges, als die ökonomische Dominanz der USA und das *Warfare-Welfare-Modell* brüchig wurden, die Kraft ihrer fordistischen Produktion/Konsumption und die Effizienz des militärischen *Containment* erlahmten und damit die drei zentralen Pfeiler des American Empire brüchig wurden – ein Niedergang, geprägt von dem Abenteuerum der Kennedy-Zeit, der dann Anfang der 70er Jahre durch das atemberaubende Nixon-Kissinger'sche Angebot der Aufteilung der Welt zwischen den Großreichen USA, China und Russland aufgehalten werden sollte, bevor dann die neue zunehmend neoliberal konfigurierte Option, die Carter'sche erste Offensive des Interventionismus im Zeichen der Menschenrechte und der Reagan'sche Militarismus weiterreichende Ziele aktualisierten, ohne dass zunächst die Mitte der 70er Jahre einsetzende Rede vom *decline* der USA beendet wurde.

Dieses Jahrzehnt markierte zugleich die Entstehung eines neuen Regimes: Die Krise des bisherigen Hegemoniemusters führte in den 70er Jahren nicht zu einem Ende der US-Hegemonie, sondern zu seiner *Transformation*. Die Niederlage im Vietnamkrieg hatte keinen Dominoeffekt. Der chilenische Revolutionsausbruch wurde zerschlagen. Die aufkommende Konkurrenz Japans und Deutschlands wurde konterkariert. Der Rückgang der Profitraten und Tendenzen zu größerer Gleichheit revidiert. Statt dessen entwickelte sich seit der Zerschlagung des Bretton Woods Systems dann in den 80er Jahren das »Dollar Wall Street Regime« (Gowan), das dem Kapital der Welt einen sicheren Hafen bot und für die Durch-

113 Bruno Tertrais: The Changing Nature of Military Alliances, in: The Washington Quarterly 2/2004, S. 135-150. Chalmers Johnson hat diesen Aspekt des militärischen Imperiums detailliert behandelt.

114 Maier, *Among Empires*, S. 149.

setzung einer *neoliberalen* Ordnung im größten kapitalistischen Staat der Erde und darüber hinaus stand, in dem es ein autoritatives Regelregime etablierte, das die Nationalwirtschaften an den US-dominierten Prozess der internationalen Akkumulation koppelte und mit der Verschuldung der Dritten Welt (»das verlorene Jahrzehnt«) ein machtvolles politikökonomisches Instrument ausspielte. Ein neuer Kampf um das Kapital auf den globalen Finanzmärkten begann. Der Billigimperialismus war politisch untragbar geworden, der Modernisierungsimperialismus zu teuer – nun folgte der neoliberale Regimeversuch. Er begann mit der Zerstörung des Goldstandards (1972) und setzte sich fort mit der Beseitigung des Bretton-Woods-Regimes. Damit wurde mit dem Gedanken eines stabilen internationalen Austauschregimes gebrochen, welches dem Kapital überall in der Welt eine rationale Kalkulation seiner Operationen garantiert hatte – der Kasinokapitalismus avancierte und die Schwankungen zwischen den großen Währungen waren rasch weit größer als in den 30er Jahren. Ein zweiter Schritt war die weitgehende Beseitigung von Kapitalkontrollen, wodurch ein freier Fluss aller Arten von Finanzen ermöglicht wurde (USA 1974, England 1979, Japan 1980). Ein letzter Schritt war die immer stärkere Instrumentalisierung der WTO und der Weltbank durch die USA. Die mit diesen Prozessen einhergehende Globalisierung der Finanzmärkte geriet zugleich zu einer Privatisierung und Amerikanisierung der Finanzen, da dem Dollar dank der Macht des amerikanischen Binnenmarktes schon in der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden Zeit von Bretton Woods ein einzigartiger Status gesichert werden konnte: als ein Medium des Austauschs, der Reserve, der Rechnungsstellung und der Aufbewahrung finanzieller Mittel unter Einschluss der für langfristige Versicherungen und Verschuldungen eingesetzten Mittel.¹¹⁵ Die Rolle des Dollars als internationales Geld wurde den makroökonomischen Zielen der USA untergeordnet: der »imperiale Dollar« (Gowan) wurde neu aufgestellt. *Eine neue finanzielle Hegemonie der USA entstand. Die materielle Basis der imperialen Rolle der USA bekam mit dem Neoliberalismus eine neue Reproduktionsform.* Den USA gelang es, ihrem informellen Imperium eine neue Unterlage zu geben; mit den Mitteln neoliberal gewendeter oder neu gebildeter internationaler Institutionen (WTO, IWF, Weltbank) vermochten sie, die Globalisierung der Produktion, der amerikanischen Konsumtionsmuster und eine weitreichende Diffusion technosozialer Modernisierungscluster zu organisieren. Der amerikanische Staat und seine neuen Finanzmarktpräsidenten boten in sehr innovativer Weise ihresgleichen zugleich eine ganze Kette von zumeist hochspekulativen Bereicherungs- und Anlagenmöglichkeiten an, die im Ergebnis binnen weniger Jahrzehnte zu einer historisch einmaligen Umverteilung von Vermögen und Einkommen führten, bevor sie dann 2008 als wesentliche Verursacher der tiefen

115 Leo Panitch, Sam Gindin: *Global Finance and American Empire*, Montreal 2004, S. 2, 9. Wie John Williamson formulierte: »der zentrale politische Tatbestand besteht darin, dass der Dollarstandard die Richtung der Weltfinanzpolitik in die Hände eines einzelnen Landes legt, das deshalb großen Einfluss auf das wirtschaftliche Schicksal anderer erlangt.«, zit. nach Gillian Hart, *Beyond Neoliberalism*, MS 2005, S.7.

Finanzkrise breit kritisiert wurden. Begleitet war dieser Prozess von einer Umgewichtung in der materiellen (gegenüber dem *Empire of Consumption* trat das *Empire of Production* zurück), sozialen (Demontage des keynesianistischen Wohlfahrtsstaates) und ideologischen Sphäre (Wiederaufleben religiösen Engagements). Gegenüber dem nicht-finanziellen Sektor der US-Wirtschaft explodierten die Profite des finanziellen Sektors.¹¹⁶

Sukzessiv und mit langen Atem dämmten die Vereinigten Staaten aber Rivalitäten ein und beseitigen sie schließlich: zunächst in der Dritten Welt, dann in Osteuropa, endlich im »Herzland des Feindes« selbst (Cox). Es ging darum, global die »preponderant power« (Paul Nitze) zu werden, jene Macht, die letztlich das Übergewicht hat.¹¹⁷ Was das sowjetische und zuvor das russische Imperium an territorialer Macht gewonnen hatten, verlor das neukapitalistische Russland nun auf einen Schlag. Die USA verloren militärisch den Vietnamkrieg, aber Vietnam wurde kapitalistisch. Und ein neuer kapitalistischer Archipel wuchs rapide (Japan, Singapur, Hong Kong, Taiwan, Südkorea). Der ökonomische Aufstieg Chinas beschleunigte sich.

Mit dem Verschwinden einer historischen Systemalternative zum Kapitalismus und dem Verschwinden der UdSSR als politischer Machtalternative zu den USA war die öffentliche Debatte nunmehr nicht mehr vom Diskurs des »Niedergangs«, sondern zwei Jahrzehnte lang vom »Aufstieg« einer uneinholbaren Macht geprägt. Ein Bruch mit dem Gedanken, der Sprache und der Politik des *decline* geschah: »Dies ist das Ende des Niedergangs« (Michael Novak). Die USA positionieren sich neu: »Der Schutz, weil nicht mehr nötig, tritt zurück, der Herr tritt in den Vordergrund. Sicherheitspolitik weicht der Machtpolitik.«¹¹⁸ Die USA waren nicht im Abstieg, sie waren im Aufstieg. Mehr noch: sie schienen sich gleichsam in der Besten aller kapitalistischen Welten zu befinden.

Die Form des »informellen amerikanischen Empire« seit Mitte des letzten Jahrhunderts ergibt sich aus der widersprüchlichen Beziehung zwischen der Dynamik einer vorhandene Grenzen ständig neu überwindenden »gesamtkapitalistischen« Akkumulation einerseits und der territorialen Logik der Politik andererseits: ständig oder zumindest grundsätzlich muss eine delikate Balance gehalten werden »zwischen einem ausreichenden Offenhalten der Welt um eine relativ uneingeschränkte Entfaltung der kapitalistischen Logik zu erlauben und einem ausreichenden Stabilhalten der territorialen Logik um die Entstehung jeder Art großer Herausforderung der politischen und militärischen Dominanz der USA zu verhindern.«¹¹⁹ Die Realisierung der doppelten Zielstellung der Sicherung des kapitali-

116 Nach den Angaben und der Berechnung des Council of Economic Advisors (2007, Tabelle B-91) betrug die Gewinne im finanziellen Sektor in 2005 362 Mrd. \$ gegenüber 900 Mrd. \$ Gewinnen im nicht-finanziellen Bereich (im 3. Quartal 2006 waren es 464 zu 1081).

117 Zitiert nach Melvyn P. Leffler: *A Preponderance of Power: National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford 1992, S. 19.

118 Peter Bender: *Vom Nutzen und Nachteil des Imperiums. Über römische und amerikanische Weltherrschaft*, in: *Merkur* 6/2004, S. 487.

stischen Weltsystems und seiner Akkumulation einerseits (die zugleich der *special service* der Imperialmacht an die kapitalistischen Konkurrenten ist) und der Dominanz der USA in einem relativ stabil aufgestellten und sicherem Staatensystem andererseits stellt sich dar in der Form eines *informal american empire*, das diese beiden Momente der geopolitischen Stabilisierung und geoökonomischen Dynamisierung durchsetzen, vermitteln und bearbeiten muss. Neben der kontingenten und widersprüchlichen Beziehung zwischen *formeller politischer Herrschaft* und *informeller ökonomischer Kontrolle* haben wir es also mit einer weiteren Relation zwischen der *territorialen Logik der Politik* und der *transterritorialen Logik kapitalistischer Akkumulation* zu tun. Die territoriale Logik globaler Hegemonie vollzieht sich als ein *informelles Empire*, das *durch* ein Staatensystem herrscht und daher die »Offenheit« (eben für die Penetration seiner Machtinteressen) zum globalen Wert verdinglicht, wie es später in der Nationalen Sicherheitsdirektive der USA von 2002 hieß: »offen zu sein für Menschen, Ideen und Güter von überall her«. In Europa etwa agierten die USA auch als Akteur der Integration und nicht als Stifter der Disaggregation, der versucht, einzelne Staaten gegeneinander auszuspielen. Ein solcher Teile-und-Herrsche-Modus operandi ist eben nur für bestimmte Politikfelder essentiell gewesen. Zum Modell *liberalimperialer* Hegemonie gehörten neben der Kontrolle der Finanzsphäre und der militärischen Hochtechnik die Errichtung militärischer Standorte und die Propagierung eines Sets von Werten mit universellem Geltungsanspruch. Die Entwicklung, Gewährleistung und Absicherung einer sozioökonomischen Entwicklungsperspektive für die Länder der kapitalistischen Kernzone im Rekonstruktionsboom des Nachkriegsfordismus gehörte ebenso zur politischen Ratio der *ökonomischen* Seite dieser Logik wie die Konfiguration eines Systems der internationalen Kapitalakkumulation, das dem amerikanischen Kapitalismus eine dominierende Rolle sicherte. Die grundlegende ökonomische Eigenart – dabei auch: Grenze – dieser Logik globaler Hegemonie liegt darin, dass zu ihr *nicht die direkte, formal auch rechtlich abgesicherte Aneignung von Territorien zur unmittelbaren Ausbeutung* gehört, wohl aber der Zugang zu ihnen (»Offenheit« oder »free trade«) sowohl hinsichtlich der Arbeitsmärkte als auch der Waren- und Kapitalmärkte: »eine offene Welt«, schreibt Andrew J. Bacevich, »die den Prinzipien des freien Unternehmertums anhängt ist eine Vorbedingungen für andauernde amerikanische Prosperität.«¹²⁰ »Offenheit« statt Okkupation ist ein zentraler ideologischer

119 David Harvey: *The New Imperialism*, Oxford 2003, S. 84. Diese Balance kann deswegen gehalten werden, weil sich die bürgerlich-kapitalistische Trennung von Ökonomie und Politik etablierte, deren Reproduktion eine ständige Aufgabe des Staates war.

120 Siehe Bacevich: *American Empire*, zit. nach Merry, Rome, S. 95. Siehe auch die Äußerungen eines ungenannt bleiben wollenden Beamten der US-amerikanischen Besatzungsbehörde Coalition Provisional Authority im Irak: »Natürlich sind wir ein Imperium, aber wir sind anders,« sagt er. »Unser Imperium ist nicht durch territoriale Ambitionen sondern durch Ideen definiert. Eine Menge von Ideen, wie Freihandel, wie Demokratie, wie Copyrightgesetze.« [Copyright? Hat mein Gast wirklich vorgeschlagen, dass wir eine der größten Landinvasionen seit dem Zweiten Weltkrieg ausgeführt haben um Copyrightgesetze zu schützen?] »Nun, na ja, bei unserem Empire geht es darum, den freien Handel zu fördern, die Demokratie voran zu bringen und das Eigentum an

Wert, den sich jede US-Administration des vergangenen Jahrhunderts zu Eigen machte, wie auch George W. Bush in seiner Rede am 1. 5. 2003 auf der »Abraham Lincoln« verdeutlichte: »Andere Nationen in der Geschichte haben in fernen Ländern gekämpft und blieben um zu besetzen und auszubeuten. Die Amerikaner wollen nach einer Schlacht nichts mehr als nachhause zurückzukehren.«¹²¹ »Ein formelles Empire ist nicht unser Ziel« formulierte sogar der neokonservative Falke Max Boot in einer Bilanz der Besetzung des Irak.¹²²

Das amerikanische Imperium war seit jeher fast ausnahmslos informell – und blieb es, wie Panitch und Gindin zu Recht vermerkten: »die neue informelle Form imperialer Herrschaft nicht nur in der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt sondern auch in den beherrschten Regionen der Dritten Welt war durch die Durchdringung von Grenzen und nicht ihre Auflösung charakterisiert. Die internationale kapitalistische Ordnung wurde nun nicht durch ein formelles Imperium organisiert und reguliert, sondern durch die Wiedererrichtung von Staaten als integralen Elementen eines informellen amerikanischen Imperiums. Die Nationalstaaten blieben die primären Instrumente über die (a) die sozialen Beziehungen und Institutionen der Klassen, des Eigentums, der Währung, der Verträge und der Märkte etabliert und reproduziert wurden und durch die (b) die internationale Kapitalakkumulation realisiert wurde.«¹²³ Welches Verständnis von »informell« auch zugrunde liegen mag: wie kein anderer Nationalstaat hat sich der amerikanische Staat die »Politik der Nichtterritorialität«, also die Politik der »postterritorialen« Logik kapitalistischer Akkumulation zu eigen gemacht: »die Vereinigten Staaten haben sich bemüht ihre Macht und ihren Einfluss dafür zu nutzen, den globalen Raum so nichtterritorial zu halten wie möglich.«¹²⁴ Und wie kein anderes imperiales Projekt hat das US-amerikanische sein praktisches Funktionieren »durch« und mittels real existierender nichtamerikanischer Nationalstaaten und Ökonomien realisiert und sie in »penetrated systems« (James N. Rosenau) verwandelt. Dominanz »eher *durch* statt *über* Staaten und Völker ist ... historisch einmalig« meinen Colás und Saull.¹²⁵ Aus diesem Grundansatz resultiert aber auch ein Grundproblem: wo Dominanz ausgeübt wird durch das Medium souveräner Staaten und sie

Ideen. Sicher, es geht um McDonald's und Microsoft und alles das. Aber Tatsache ist, dass wir nicht nur deshalb hier sind. Wir sind hier um die Sicherheit Amerikas zu schützen. Darum geht es bei dieser Mission. Darum und um dem irakischen Volk zu helfen seine eigene Zukunft aufzubauen [fügt er hinzu]«. Charles M. Sennott, *The Imperial Imperative*, Globe Staff v. 8. 2. 2004. Es gibt keine einzige Meinungsumfrage, wonach ein relevanter Teil der amerikanischen Bevölkerung dafür plädierte, zwecks Demokratieförderung irgendwo in der Welt in den Krieg einzutreten; auch zeigten weder Bush noch Rumsfeld oder Cheney in der ersten Amtszeit Bush das geringste Interesse an Demokratieförderung.

121 <http://www.state.gov/p/nea/rls/rm/20203.htm>.

122 Max Boot: In *Modern Imperialism, U.S. Needs to Walk Softly*, in: *Los Angeles Times* v. 15. 7. 2004.

123 Panitch, Gindin, *Global Capitalism and American Empire*, S. 17. Hirsch, *Imperialismus oder Staatengemeinschaft*, S. 48, schließt sich dieser Ansicht an, dass die USA mit der Errichtung eines informellen Imperiums begannen, ohne freilich wie auch diese zu fragen, auf welchen Zeitpunkt dieser »Beginn« zu datieren ist.

124 Maier, *Among Empires*, S. 9.

125 Alejandro Colás, Richard Saull: *Introduction: The war on terror and the American Empire after the Cold War*, in: diess. (Hrsg.): *The War on Terror and the American »Empire« After the Cold War*, London, New York 2006, S. 6 (Hervorh. – R. R.).

tragender Eliten, spielen Zustimmung und damit Konsens strukturell eine ganz andere Rolle als bei Formen direkter und formeller Macht¹²⁶. Die *soft power* globaler Utopien, Erfolgs- und Aufstiegsversprechen und kultureller Bindungen wirkt nur, wenn *auf die inneren Kräfteverhältnisse und kulturellen Dispositionen in den einzelnen Nationalstaaten und der internationalen Zivilgesellschaft intensiv Rücksicht genommen wird, in denen ein Empire operiert*. Die ständige Aneignung lokaler Kulturen, Mentalitäten, Bewusstseinsformen und Werte und ihre verallgemeinernde Transformation in imperial codierte und kontrollierte Mächte ist eine prekäre Verfahrensmethodik, welche gerade die Vereinigten Staaten immer wieder exzellent praktizierten¹²⁷ – wo sie aber auch scheiterten. Wo nicht über, sondern durch Staaten geherrscht wird, gibt es Vetomächte, die im Spiel sind und große Räume der Selbstregulation und Autonomie. Eine solche Variante von Imperialität ist ganz bemerkenswert labil und verletzlich, *weshalb sie zwar durchaus auch konzeptionell eine imperiale Dimension ausbildet, politikpraktisch jedoch immer wieder zwischen hegemonialem und imperialem Internationalismus oszilliert*. Das schwache Instrumentarium einer »Kontextsteuerung« greift dabei weit weniger, wenn es um starke konkurrierende Staaten (in denen der Neoliberalismus den fordistischen Wohlfahrtsstaat noch nicht ganz geschleift hat) und gleichermaßen um ganze Bündel von »Schurkenstaaten« geht, die durch tatsächlichen »regime change« transformiert werden müssen in kontingente politische Ordnungen, über die eine effiziente Organisationen eines globalen Akkumulationsprozesses vermittelt werden kann.¹²⁸ Panitch/Gindin's Charakterisierung des zentralen Problems der US-amerikanischen Politik in der Gegenwart des Globalkapitalismus ist daher zuzustimmen: »Die Notwendigkeit alle Staaten der Welt so umzugestalten dass sie zumindest minimal sich der Administration einer globalen Ordnung fügen – und das wird nun auch als eine allgemeine Bedingung für die Reproduktion und Ausdehnung des globalen Kapitalismus gesehen – ist jetzt das Hauptproblem des amerikanischen Staates.«¹²⁹

126 Weshalb Colás, *Empire*, S. 166 keinen Sinn darin sieht, den Begriff Empire aktuell zu nutzen: »die politische Spaltung der Welt in Hunderte territorialer Nationalstaaten bedeutet ein strukturelles Erschwernis für die imperiale Organisation politischen Raums wie sie historisch durch die sich ständig bewegende und ausweitende Grenze geschah. Es gibt nicht länger mehr Grenzen, die man erobern, sondern nur noch Grenzziehungen, die man überschreiten kann. Und das geschieht nach Ansicht der gegenwärtig herrschenden Klassen am besten durch den kapitalistischen Weltmarkt und seine begleitenden Regimes der zwischenstaatlichen Koordination. Das bedeutet: durch Hegemonie, nicht durch Empire.«

127 Ann Vogel: Who's making global civil society: philanthropy and U.S. empire in world society, in: *The British Journal of Sociology* 4/2006, S. 635-655; s. Mel van Elteren: U.S. Cultural Imperialism Today: Only a Chimera?, in: *SAIS Review* 2/2003, S. 169-188; Robert W. Rydell, *Rob Kroes: Buffalo Bill in Bologna: The Americanization of the World, 1869-1922*, Chicago und London 2005; Victoria de Grazia: *Iresistible Empire*.

128 Im Raum, um den es hier geht, leben zwei Milliarden Menschen, siehe Thomas P. M. Barnett: *The Pentagon's New Map*, in: *Esquire* 3/2003. Barnett war seit 2001 zeitweise Assistant for Strategic Futures im von Rumsfeld nach 9/11 eingerichteten Office of Force Transformation des Pentagon und Professor am United States Naval War College.

129 Panitch, Gindin: *Global Capitalism and American Empire*. Eine Aufgabe, die sich als weitaus komplizierter und anspruchsvoller darstellt als die Etablierung eines formalen Empire, das nach dem Modus des »Durchregierens« (Merkel) operiert. Vgl. daher richtig Ellen M. Wood, *Empire*: »Im Unterschied zu älteren Formen des Kolonialimperiums hängt der neue Imperialismus mehr denn je von einem System vielfältiger und mehr oder weni-

D Konturen des neuimperialen Neoliberalismus

Als das staatssozialistischen Bündnis zusammenbrach, war das Ziel der preponderance endgültig erreicht und der lange Aufstieg der USA zur dominanten Macht des 20. Jahrhunderts war abgeschlossen, ohne dass ihre Macht desintegrierte oder imperial überdehnte. Zugleich endete die lange Ära der äußeren Expansion des Kapitalismus, die mit der Welle der Kolonialisierungen Ende des vorletzten Jahrhunderts eingesetzt hatte. *Der Kapitalismus wandelte sich in Globalkapitalismus*. Was jedoch nicht endete, war die US-amerikanische Politik der Expansion und die ihr zugrunde liegende globale Ambition der Ausweitung ihres »imperial space« (Maier): aus der Führungsmacht des *Westens* sollte die Führungsmacht der *Welt* werden. Seit 1990/1 setzen die USA die Geopolitik der Expansion ihres »empire of civil society« (Rosenberg)¹³⁰ kontinuierlich fort. Die USA hatten den größten politischen Sieg ihrer Geschichte errungen – sie hatten den Kalten Krieg gewonnen und ihr Feind verschwand. Eingesetzt hatten sie in dieser Zeit zwischen 1945 und 1990 unter anderem 26 Millionen Menschen in ihrem Militärdienst (von denen rund 150 000 starben) und rund 15 Billionen Dollar Militäraufwendungen (ca. 6 Prozent des BSP).¹³¹ Sie zogen sich nicht aus dem globalen Spiel zurück. Im Gegenteil.

Sie agierten und agieren mit neuer Autonomie expansiv – zunächst in der Ökonomie, dann in der Politik, schließlich im Militärischen: Export rechtlicher Regularien bis hin zur kooperativen Implementierung einer neoliberalen Verfassungs- und Rechtskultur vor allem in den postsowjetischen Transformationsstaaten mit dem zentralen Ziel der dauerhaften Konstruktion privater Eigentumsverhältnisse; Ausfaltung ihres seit den 70er Jahren entstehenden, informationstechnisch breit gestützten *Empire of Consumption* (Maier); Befestigung und Ausbau der US-kontrollierten finanzmarktkapitalistischen Institutionen und mächtiger Netze ökonomischer Abhängigmachung; durch die Ausweitung des Regimes des Neoliberalismus in Mittel- und Lateinamerika, in Europa und in Asien gelang es, die Rolle zahlreicher peripherer Staaten als Akkumulations-, Export- und Extraktionszone

ger souveräner Nationalstaaten ab. Eben die Tatsache dass die ›Globalisierung‹ die rein ökonomische Macht des Kapitals weit über die Reichweite jeder einzelnen Nation hinaus ausgeweitet hat bedeutet, dass das globale Kapital viele Nationalstaaten benötigt um die Verwaltungs- und Zwangsfunktionen realisieren zu können, welche die Eigentumsordnung aufrechterhalten und jene alltägliche Regelhaftigkeit, Voraussehbarkeit und Rechtsordnung bereitstellen kann, die der Kapitalismus mehr als jede andere soziale Form benötigt. (...) Die politische Form der Globalisierung ist nicht ein globaler Staat oder globale Souveränität...Die zentrale Essenz der Globalisierung ist eine globale Ökonomie, die von einem globalen System vielfältiger Staaten und lokaler Souveränitäten verwaltet wird und die als Komplex der Dominanz und Unterordnung strukturiert ist [S.141] (...) Das globale Kapital braucht lokale Staaten.« (155). Bei der Analyse exakt dieses »Komplexes der Dominanz und Unterordnung« kommt die Dimension der Imperialität ins Spiel.

130 Justin Rosenberg: *The Empire of Civil Society*, London 1994.

131 Council on Foreign Relations: *A New National Security Strategy in an Age of Terrorists, Tyrants, and Weapons of Mass Destruction*, New York 2003, S. 37. Eine realitätsgerechte Kalkulation der Militärausgaben seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es allerdings nicht.

festzuschreiben; die kapitalistischen Hauptkonkurrenten Japan und Deutschland trudelten in den 90ern durch eine lange Phase der relativen Stagnation und China schwenkte endgültig in einen Kurs der Integration in die kapitalistische Weltordnung ein und vergrößerte somit kurzfristig die Einflussmöglichkeiten der USA ganz beträchtlich. Damit einher ging eine rapide Expansion des Ideologiemarktes des US-amerikanischen Produktangebots der *soft power* der Moderne wie Post-moderne. Anfang des neuen Jahrhunderts operierten die USA bereits weitgehend in einem Universum der Regeln und Standards, das sie mit definiert hatten und das die Entwicklungsoptionen des globalen Kapitalismus beschränkte¹³². Die NATO als das von den USA dominierte Militärbündnis durchlief zwei Erweiterungsrounds und die Militärbündnisse mit Staaten in Asien – insbesondere Japan und Südkorea – wurden nicht aufgegeben, sondern gefestigt. Seit Mitte der 80er Jahre wurde die Macht der militärischen Kommandeure gestärkt. Das U.S. Pacific Command (PACOM) umfasst die Hälfte der Oberfläche der Erde und mehr als die Hälfte seiner Wirtschaft; die sechs größten Militärpotentiale der Welt operieren in seinem Aktionsraum. 2007 wurde AFRICOM gegründet¹³³. Seit dem Vietnamkrieg stationierten die USA Kampftruppen oder führten Krieg in Kambodscha, Iran, Grenada, Panama, Libanon, Saudi Arabien, Kuwait, Irak, Türkei, Somalia, Haiti, Bosnien, Sudan, Afghanistan, in der Südchinesischen See, Liberia, Mazedonien, Albanien und Jugoslawien. »Das ist eine Bilanz, die kein anderes Land nicht einmal annäherungsweise erreicht.«¹³⁴ In den Jahren nach 1989 agierten sie mit größeren Kriegen oder militärischer Hilfe in Panama, Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Iran, Haiti, Pakistan, Kolumbien, Israel, Türkei, Philippinen, Mazedonien, Indonesien, Somalia, Bosnien, Kosovo und Saudi Arabien; im Rhythmus von anderthalb Jahren folgte eine größere militärische Intervention der nächsten, vier unter demokratischer, fünf unter republikanischer Präsidentschaft; sie betrieben eine rapide Ausdehnung ihrer militärstrategischen Präsenz in Bereichen, in denen sie bislang noch nie Fuß fassen konnten: im Balkan, in Osteuropa und Zentralasien sowie im Mittlerer Osten, wobei sie mehrere größere Kriege im Balkan und im Persischen Golf führten und in mehr militärische Konflikte verwickelt waren als in der Zeit des Kalten Krieges; mit dem Aufbau von Stützpunkten und der Durchsetzung der Stationierung eines BMD – Systems versuchten sie seit 2006/7 einen engen Gürtel um Russland zu ziehen; sie versuchten weiter end-

132 Siehe Philip S. Golub: Imperial politics, imperial will and the crisis of US hegemony, in: Review of International Political Economy 4/2004, S. 763-786.

133 »In den 65 Jahren seit dem ersten Unified Command Plan hat sich unsere Kommandostruktur geographisch ausgedehnt und rechtlich gekräftigt. (...) mit UCP'02 wurden die letzten noch nicht zugeordneten Weltregionen – Russland, die Kaspische See, die Antarktis und die Länder Nordamerikas – schließlich unter die ›Verantwortungsgebiete‹ (areas of responsibility – AORs) der Kommandeure unserer Kampftruppen gestellt. Nun ist der ganze Globus unter die Verantwortungsbiete unserer fünf Regionalkommands gestellt«, so Richard Myers: Shift to a Global Perspective, in: Naval War College Review 56 4/2003, S. 12. Hinzu kam dann Africom, s. <http://www.africom.mil/>.

134 Walter Russel Mead: The Jacksonian tradition and American foreign policy, in: National Interest, H. 58 1999/2000, S. 5.

gültig die strategische Kontrolle über den zentralen Rohstoff Erdöl zu erreichen – schließlich ist das kaspische Becken der geopolitische Hauptpreis der Welt des frühen 21. Jahrhunderts; ein bislang nicht gekanntes Spektrum außenpolitischer Aktivität okkupierten private Organisationen und millionenschwere Stiftungen, die unter anderem als verdeckte Faust diverser »orangener Revolutionen« (Ukraine, Georgien etc.) dienen; sie praktizierten eine Politik der erzwingenden Diplomatie bzw. der ökonomischen Sanktion und beanspruchten als *Ausnahmemacht* ein besonderes Recht auf präventive Intervention im globalen Maßstab¹³⁵. Internationale und multilaterale Institutionen, die sie geschaffen hatten, wurden nun mit einer Politik der Abwertung und Schwächung durch die USA konfrontiert. »Amerikas zwanzigstes Jahrhundert«, resümiert der liberale Historiker Charles Maier, »brachte einen kontinuierlichen Prozess der Aneignung.«¹³⁶

Der Grundansatz der amerikanischen *grand strategy* änderte sich also nach 1989/90 nicht, weil er über die Zeit der Systemkonfrontation mit der UdSSR und ihre Bündnisstaaten hinausging. Ein von vielen erwartetes *counter-balancing* der mindermächtigen Akteure blieb in den 90ern aus¹³⁷. Am Ende des Jahrhunderts war das Ziel erreicht: die Etablierung der USA nicht nur als einzige große und alle Konkurrenten überragende Macht, sondern auch als einziger wirklich global handlungsfähiger Akteur. Die neue Globalität des Kapitalismus realisierte sich als hegemoniale Globalisierung mit US-amerikanischer Handschrift und »Heimatadresse« (Agnew). Der Phase des *neoliberalen roll-back* seit Mitte der 70er Jahre folgte seit den 90ern und vollends seit 2001 eine Phase des *imperialen roll-out*.¹³⁸ Nicht nur blieb die US-Hegemonie in diesen drei Jahrzehnten bis heute ohne gleichrangige Herausforderung, weshalb die neoliberale Lösung der politisch-ökonomischen Krise der 70er Jahre zugleich eine Lösung der Machtkrise der USA war. Neil Smith sieht hier letztlich »die Architektur eines außergewöhnlichen geökonomischen Weltimperiums, das um die Vereinigten Staaten zentriert ist.«¹³⁹ Die Stimmen des Neokonservatismus waren sich einig, dass ein amerikanisches Empire entstanden sei.¹⁴⁰ Den US-amerikanische *regime change* von neo-

135 In den 90er Jahren bedrohten die USA 35 Länder mit ökonomischen Sanktionen oder setzten sie durch – diese Länder repräsentierten 40 Prozent der Weltbevölkerung. Siehe Charles Williams Maynes: *Two Blasts Against Unilateralism*, in: Glyn Prins (Hg.): *Understanding Unilateralism in American Foreign Relations*, London 2000, S. 46.

136 Maier, *Among Empires*, S. 157.

137 Noch 1994 prognostizierte Henry Kissinger einen »militärischen Niedergang« der USA und eine multipolare internationale Ordnung, die von fünf oder sechs großen Mächten gemeinsam dominiert werde. Doch statt dessen vergrößerte sich der Abstand an militärischer Ressourcenausstattung zwischen den USA und dem Rest der Welt kontinuierlich und ebenso wenig transformierte sich die Konkurrenz der Konzerne in einen Krieg zur Neuverteilung von Territorien.

138 Siehe Jamie Peck, Adam Tickell: *Neoliberalization space*, in: *Antipode* 3/2002, S. 380-404.

139 Smith, *Endgame*, S. 147. »Der moderne Staat ist erst dann wirklich ein Staat, wenn er ein Imperium ist« schrieb Alexandre Kojève im August 1945, siehe Andrew Hurrell: *Pax Americana or the empire of insecurity?*, in: *International Relations of the Asia-Pacific* 2/2005, S. 157 unter Bezug auf www.policyreview.org/aug04.

140 So betonte James Kurth in der neokonservativen Zeitschrift »The National Interest«: »Die erste Dekade des 21. Jahrhunderts ist, wie die erste Dekade des 20. Jahrhunderts, ein imperiales Zeitalter. Vor einem Jahrhundert

liberaler Globalisierung hin zu einem militärischen Globalismus verstanden sie dabei nicht als einen »unipolaren *Moment*« oder als eine imperiale *Episode* eines »temporary imperialism« (Michael Ignatieff) sondern als einen *langen Wandel* des Systems, der den Charakter der neoliberalen Globalisierung substantiell ändere.

Die auswärtigen Beziehungen der USA ähnelten den inneren Beziehungen eines Imperiums, was natürlich nicht bedeutet, dass die intermediären Akteure in diesem Feld der Macht so einfach überspielt werden konnten: verbündete, oftmals über Jahrzehnte hinweg aufgebaute Eliten oder Regierungen konnten nicht einfach entmachtet werden, wenn sie sich dieser oder jener Politik widersetzten. Innerhalb dieser Konstellation sind Nationalstaaten eigene Machtzentren, die nicht nur externe Interessen komplex vermitteln, sondern auch massiv eigene Interessen repräsentieren und widerständig in Konfliktaushandlungsprozesse gehen. Nur in krassen, seltensten Ausnahmefällen werden Territorien okkupiert oder Statthalterregime unmittelbar eingesetzt. Der Fall Irak steht dafür – und er steht in dieser Größenordnung zweifelsfrei für eine Ausnahmepraxis der amerikanischen Politik nach 1945.

Auf jeden Fall waren die Vereinigten Staaten seit 1989/91 unbestritten und eindeutig die einzige Großmacht im internationalen System – ob sie allerdings aufgrund dieser unipolaren Position alle anderen Staaten oder auch nur Elemente dieses globalen Systems dominieren, hegemonial führen oder imperial beherrschen, ist eine ganz andere Frage. Erst recht, woher eine Änderung dieser Situation kommen kann: durch den Aufstieg eines globalen Konkurrenten? Oder entstehen *Risse im Empire* durch macht- oder ressourcenpolitische Überdehnung, innere Segmentierung, Abhängigkeiten von stark gewordenen lokalen Subeliten und Klientelstaaten oder Schwächung durch dissidente Bewegungen im Inneren, welche ihre Spaltungen und lokalen Borniertheiten hinter sich lassen?

6 Blütenräume

A Zwei Zielsetzungen zur Sache »USA und Weltordnung«

Betrachtet wir einige Aspekte der neuen Zeit des US-amerikanischen imperialen Projekts näher. Deutlich wurde, dass der Außenpolitik der USA nicht das Konzept der Gegenhegemonie, sondern seit faktisch einem Jahrhundert in erster Linie der Grundgedanke der informellen, dabei durchaus offensiven geökonomischen wie

jedoch gab es viele Imperien. (...) Heute gibt es nur ein Imperium – das globale Imperium der Vereinigten Staaten...«, siehe James Kurth, *Migration and the Dynamics of Empire*, in: *The National Interest*, Nr. 71 (2003). Die Debatte im neokonservativen Lager ist nachgezeichnet in Rilling: *Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11*, S. 150-164.

geopolitischen Expansion und aktiven Machtsteigerung zugrunde lag. Dieser Grundgedanke war spätestens seit dem Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg durch zwei politische Zielsetzungen charakterisiert.

a) Es gelte, »die Welt für den Kapitalismus sicher zu machen« (Perry Anderson), so dass die USA als »Macht fungieren konnten, die im schlimmsten Fall verhindert, dass die Welt, und ganz besonders die Weltökonomie, außer Kontrolle geraten könnte«¹⁴¹ und somit die politische Ökonomie des Kapitalismus gesichert wird. Die kapitalistische Welt zu sichern bedeutete, politisch grundsätzliche Frontstellung gegen tendenziell und real nichtkapitalistische Formationen zu nehmen, im Kern also: Beseitigung antikapitalistischer Formationen zunächst durch den Aufbau einer »Ordnung der Eindämmung«, dann durch Integration oder Destruktion. Dies ist eine vergleichsweise leicht verständliche und recht problemlos zielgenau anzupackende Aufgabe, deren Erfolgsgeschichte historisch ausführlich dokumentiert ist und hier keiner Behandlung bedarf. Sie ist eine Sache der Politik, vor allem der Gewalt und des Militärischen. Ihr liegt zugrunde, warum etwa die USA einen Vietnamkrieg führten – nicht im unmittelbar ökonomischen Interesse des US-Kapitals etwa, sondern zur Sicherung des imperialen Feldes Frankreichs und der ökonomischen Einflusszone Japans, also aus Gründen der globalen Geopolitik. Oder wenn die USA große Anstrengungen unternahmen, rivalisierende kapitalistische Staaten wie Deutschland, Japan oder Italien zu unterstützen, statt sie – einem kruden Konkurrenzalkül folgend – am Boden zu halten. Dieser besondere »Service« wird in der Literatur der internationalen Beziehungen seit einiger Zeit zur Gruppe der »globalen öffentlichen Güter« gerechnet. Neuerdings ist für sie der »Schutz vor Terror« ein solches Gut, dessen Bereitstellung die USA gegen die Anerkennung ihrer Dominanz gewährleisten.

b) Es gelte zugleich weiter, dabei »das Primat Amerikas innerhalb des Weltkapitalismus zu sichern«¹⁴², so dass die imperiale Hierarchie der globalen politischen Ordnung auf Dauer befestigt werden kann. 1989 aber nun war unversehens »eine Welt ohne Balance« (Coral Bell) zur Hand – welche Möglichkeiten boten sich?

141 Bruce Cumings: Is America an Imperial Power, in: Current History Nov. 2003.

142 Perry Anderson: Force and Consent, in: New Left Review 17 Sept/Okt. 2002, S. 5 ff. Der liberale Historiker und Politikwissenschaftler John Ikenberry hat diesen Big Deal des 20. Jahrhunderts zwischen den USA und den anderen kapitalistischen Ländern noch radikaler charakterisiert: »Die Vereinigten Staaten machen durch ihre Macht die Welt sicher und im Gegenzug akzeptiert die Welt innerhalb des US-Systems zu leben«, siehe G. John Ikenberry: American Grand Strategy in the Age of Terror, in: Survival 4 (2001), S. 19-34, hier: S. 21. Für Ikenberry gehören die USA, Europa und Japan (»die Welt«) zu einem »Amerikanischen System« als dem »Kern« der internationalen Ordnung, dessen Stabilität durch den Tausch der Selbstbegrenzung der US-amerikanischen Macht und dem Gut des Schutzes und der Sicherung des Kapitalismus gegen Kooperation und Dominanz gesichert wird. Ähnlich auch David A. Lake: American Hegemony and the Future of East-West Relations, in: International Studies Perspectives (2006) 7, S. 27: »Die Absicht war, eine globale soziale Ordnung mit den Vereinigten Staaten als ihrem Zentrum zu bauen. Wie im Falle ihrer früheren regionalen Hegemonien würden die Vereinigten Staaten breite Verantwortlichkeiten für Frieden und Stabilität übernehmen und die anderen würden ein Maß an Unterordnung als Preis für die soziale Ordnung akzeptieren.« Dies alles läuft darauf hinaus, dass der amerikanische Staat zentrale Aufgaben bei der Reproduktion des globalen Kapitals übernimmt – als evidenten Beispiel die Rolle der amerikanischen Zentralbank bei der Organisation einer globalen Finanzpolitik zur Bewältigung der Finanzkrise 2008.

Wie konnte das für die US-amerikanischen politischen Eliten zentrale Problem gelöst werden, eine neue Ordnung eines politischen Primats der USA aufzubauen? Diese Schlüsselfrage differenzierte sich in eine Reihe einzelner Probleme auf:

- Wie konnte der Schritt zu einer neuen – eben nun erstmals globalen – kapitalistischen *Raumordnung* gegangen werden, deren Größenordnung die hergebrachte Nachkriegsordnung weit übertraf, da sie insbesondere die Großstaaten Russland, China, Brasilien und Indien einbeziehen musste? Länder wie China und Russland entwickelten sich zu kapitalistischen Staaten, die *kein* Bestandteil der bestehenden atlantischen Institutionen des Managements des Weltkapitalismus waren; Staaten wie Indien, Brasilien, auch Mexiko, Südkorea oder Indonesien standen ebenso für aufsteigende kapitalistische Mächte, die nicht oder nur locker in diese Institutionen des Kernkapitalismus einbezogen waren; und endlich war die Bindung Europas an die USA vermittels der Bedrohung durch den Staatssozialismus weggefallen und es entstand die Notwendigkeit, einen neuen Integrationsmodus zu finden.¹⁴³

- Wie konnte in diesem neuen Raum eine Struktur genuiner politisch-militärischer *Abhängigkeit* geschaffen und damit zugleich verhindert werden, dass militärisch potente, eigenständig konkurrenzfähige Gegenmächte entstanden?

- Wie konnte die nach 1945 entwickelte *Technologie der Macht* (»hub-and-spokes-structure«) stabilisiert werden, die gewährleistete, dass die USA als jeweils stärkster internationaler Partner dauerhafte Abhängigkeitsverhältnisse vor allem zu den neuen und großen Nationalstaaten begründen konnte?

- Wie konnte dieses Primat der USA nach außen, aber auch im Inneren des Landes *legitimiert* werden – welche Feinde standen dafür zur Verfügung und welche große Idee bot sich an? Die USA als »ein sich entfaltendes, wenngleich widerwilliges modernes Empire«¹⁴⁴ – in solchen ebenso erstaunten wie scheinbar *widerwilligen* Formulierungen zeigt sich die Schwierigkeit, eine explizite Politik des imperialen Ausgriffs der eigenen Bevölkerung nachvollziehbar und rechtfertigungsfähig zu machen.

B Die veränderten Kalküle über die Welt

Die Zeitenwende um 1989 brachte eine Fülle politisch-ideologischer Kämpfe um die herrschaftsfähige Beantwortung dieser Fragen. Sie dauerten lange an und waren nicht rasch entschieden. Es ging um eine Neudefinition des *Big Deal*, der nach dem historischen Zusammenbruch des staatsozialistischen Lagers neu zu denken und auszuhandeln war. *Im Kampf um die Beantwortung dieser Schlüsselfragen*

143 Vgl. Peter Gowan: The Bush turn and the drive for primacy, in: Alejandro Colás, Richard Saull (Hg.): The War on Terror and the American »Empire« After the Cold War, London, New York 2006, S. 144 f.

144 Eliot A. Cohen: History and the Hyperpower, in: Foreign Affairs 83/2004, S. 56.

bewegten sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten die großen Richtungen des politischen Spektrums der USA nach rechts und es kam eine neue – rechtsimperi-ale – politische Richtung an die Regierungsmacht. Und plötzlich rückte eine theoretische Debatte in den Vordergrund, deren Ergebnis den Blick auf die politische Welt veränderte. Es rückte eine bestimmte Sicht auf die Welt in den Vordergrund, deren Geist das Denken und Handeln der Menschen beeinflusste. Wie sahen die Konturen dieser Veränderungen aus?

Die seit über drei Jahrzehnten dominierende sog. struktur- oder neorealistische wissenschaftliche Schule der internationalen Beziehungen (für sie standen etwa Henry Kissinger, Samuel Huntington oder Zbigniew Brzezinski) geht davon aus, dass primär die Interaktion von Staaten und nicht (nur) deren jeweiligen materiellen Machtressourcen und gesellschaftlichen Machtkräfte das anarchische internationale System und folgerichtig den Platz, den ein Staat im Gefüge des internationalen Systems einnimmt, bestimmen¹⁴⁵. Bestand (»Überleben«) und damit die Maximierung von Sicherheit oder von Macht – ggf. durch Expansion – ist daher das überragende Ziel aller Staaten.¹⁴⁶ Konsens besteht innerhalb der vielfältigen Positionen dieser Schule darin, dass ein zentrales Element dieser Politik das Bemühen ist, Staaten oder Koalitionen von Staaten davon abzuhalten, »zu viel« Macht zu akkumulieren – und insofern *Mächtegleichgewichte* anzustreben sind, um derlei Bedrohlichkeiten zu konterkarieren. Da die Position eines Staates von der Konfiguration der Struktur der Staatenwelt abhängt, streben Staaten nach Machtausgleich und Gleichgewicht, weil nach dieser Position unipolare und hegemoniale Systeme inhärent instabil sind, da ihre Machtverteilung nicht ausbalanciert ist und die Situation der Unipolarität das destabilisierende Dispositiv einer unilateralen Politik befördert.¹⁴⁷

Nun ist die Welt in solcher bürgerlicher Sicht ganz grundsätzlich gefährlich. Das letztlich daher erforderliche Streben nach ständigem Sicherheitsgewinn durch Machtzuwachs – also Expansion – *kalkuliert nur gleichsam in einer Zwischentappe und als Zwischenlösung auf die Situation des Mächtegleichgewichts*. Letztlich wird der Platz des Hegemons in den Blick genommen: »Das überra-

145 S. John J. Mearsheimer: *The tragedy of great power politics*, New York 2001, S. 5: »Großmächte werden geprägt auf der Grundlage ihrer relativen militärischen Fähigkeiten. Um sich für eine Großmacht qualifizieren zu können, muss ein Staat ausreichende militärische Mittel besitzen um einen ernsthaften Schlagabtausch in einem uneingeschränkten Krieg gegen den mächtigsten Staat der Welt führen zu können.«

146 Dem kann übrigens entgegen gehalten werden, dass die zentralen Konflikte zwischen kapitalistischen Staaten nie für sich genommen auf das Überleben von Staaten zielten, sondern auf die Veränderung oder Zerstörung der diesen zugrundeliegenden sozioökonomischen Struktur. Ausführlich zur Debatte innerhalb des Neorealismus die exzellente Arbeit von Jürgen Wagner: *America's Quest for Nuclear Dominance: Offensive Realism or »Myths of Empire«?* Magisterarbeit Tübingen 2005.

147 So etwa Kenneth Waltz: *Structural Realism after the Cold War*, in: *International Security* 1/2000 S. 5-41; ebenso Christopher Layne: *The Unipolar Illusion: Why New Great Powers Will Arise*, in: *International Security* 4/1993, S. 5-51 (»genauso wie die Natur das Vakuum meidet, so meidet die internationale Politik nicht balancierte Macht. Angesichts nicht ausbalancierter Macht versuchen manche Staaten ihre eigene Stärke auszubauen oder sich mit anderen zusammenzutun, um die internationale Verteilung der Macht in ein Gleichgewicht zu bringen...Machtungleichgewichte, wer sie auch immer praktiziert, sind eine potentielle Bedrohung für andere.«).

gende Ziel jedes Staates ist die Steigerung eines Anteils an der Weltmacht, was bedeutet, Macht auf Kosten anderer Staaten zu erwerben. Aber Großmächte streben nicht nur einfach an, die stärkste aller Großmächte zu werden, obwohl dies ein begrüßenswertes Ergebnis ist. Das Endziel ist es, Hegemon zu sein – das bedeutet, die eine große Macht im System zu sein.«¹⁴⁸ Nicht Machtbalance und austarierendes Gleichgewicht, sondern *Primat und Vorherrschaft* sichern nach dieser zweiten, nicht bloß theoretischen, sondern auch tief psychologisch und politisch-kulturell verankerten Vorstellung letztlich das primäre Handlungsziel der Staaten (nämlich zu überleben) und die Stabilität des Staatensystems. Es gilt also, die Situation einer hegemonialen Ordnung ins Auge zu fassen. Es geht um »hegemoniale Stabilität«, die durch den Willen und die Fähigkeit einer einzelnen großen Macht »Ordnung zu schaffen und aufrechtzuerhalten«¹⁴⁹ geschaffen wird. Für diese Vorstellung ist sie friedenssichernd, weil der Schwache aufgrund der zu erwartenden Niederlage nicht nach militärischen Instrumenten greifen wird und der Starke hat es nicht nötig – ganz anders dagegen die Situation des Gleichgewichts, welche geradezu verlocke, mittels Militäreinsatz dieses zugunsten des Hegemoniegewinns aufzulösen. Der Hegemon kann Kollektivgüter wie Stabilität oder Sicherheit für alle Akteure eines Systems bereitstellen und so durchaus nützlich sein – Mike Davis sprach 1987 vom »nuklearen Imperialismus«¹⁵⁰. Zudem kann er seinen Zugriff selbst zügeln (»strategische Selbstbegrenzung«) und so durch Akzeptanzgewinn Überlastung (»Überdehnung«) vermeiden.

Einer radikalen und umweglosen dritten – neokonservativen – Denkschule freilich ist ein solches Abwägen von Leistungen oder Selbstbeschränkungen fremd. Beides seien Muster, die einer imperialen Ordnung letztlich fremd sind. Entstehen hier trotz Leistungserbringung und Selbstzügelung hartnäckige Herausforderer, die das Zeug für einen wirklichen Hegemonialkonkurrenten haben – dann droht Angriff. Die Lage wird präventiv korrigiert. Es gilt letztlich einfach, die Hegemonieposition auszureizen. Nach dieser Ansicht sind Unipolarität und eine ungleiche Verteilung von Machtressourcen gerade nicht die Quelle von Instabilität – im Gegenteil: wenn die dominante Kraft nicht herausgefordert werden kann aufgrund der schieren Dimension des Machtungleichgewichts, dann sind Struktur und Situation stabil und von Dauer. Versuche, das Ungleichgewicht in

148 John Mearsheimer: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001, S. 2. Ähnlich auch Wohlforth oder Zakaria.

149 G. John Ikenberry: *Rethinking the Origins of American Hegemony*, in: *Political Science Quarterly* 1/1989, S. 377.

150 Zit. nach Adrian Budd: *Gramsci's Marxism and international relations*, in: *International Socialism* 114 (April 2007). Siehe auch Robert Gilpin: *War and Change in World Politics*, New York 1981; John Gerard Ruggie: *International Regimes, Transactions, and Changes: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order*, in: *International Organization* 2/1982, S. 379-415. Dieser Aspekt wird im neogramscianischen Hegemonieparadigma missachtet, wenn etwa Cox recht mechanisch formuliert, dass »je mehr die militärische Macht ausgebaut und je mehr sie tatsächlich praktisch wird, desto weniger beruht die Weltordnung auf Konsens und desto weniger ist sie hegemonial«, siehe Robert Cox: *Production, Power and World Order: Social Forces in the Making of History*, New York 1987, S. 289.

ein Gleichgewicht zu verwandeln, brechen angesichts der Qualität des Ungleichgewichts oft schon frühzeitig zusammen oder werden erst gar nicht versucht. Mehr noch: nur die Vorherrschaft eines »wohlthätigen« hegemonialen oder imperialen Staats verhindere den Ausbruch von Kriegen in einer anarchischen Hobbes'schen Staatenwelt, weshalb im übrigen auch der machtpolitische Niedergang eines Hegemon die Kriegsgefahr steigere – schließlich macht das Kalkül auf militärische Gewalt dann zunehmend wieder Sinn, wenn die Sanktionsmacht eines Hegemon schwindet. Um eine stabil befriedete Welt zu sichern, sind auch verzweifelte (womöglich kriegerische) Handlungen eines Hegemons zur Verhinderung oder Verlangsamung seines Niedergangs legitim. Legitim ist auch, bereits die Entstehung eines Konkurrenten durch aktive präemptive Intervention zu verhindern, um eine stabile Situation zu erhalten. Selbstbegrenzung ist dabei kontraproduktiv. Es gilt, die Situation der Unipolarität für eine stabilisierende und friedenssichernde Politik des Unilateralismus zu nutzen und entschieden auszubauen. Unschwer zeigten sich hier die Bemühung und der alte Traum der Überlegenen, eine Position der Macht dadurch zu rechtfertigen, dass sie als etwas dargestellt wird, das im allgemeinen Interesse des Friedens, der Staatenwelt oder gar der Menschheit sei – ein ideologiepolitisches Muster, dessen historischer Traditionsbestand nachgerade unübersehbar ist¹⁵¹.

Diese Vorstellung von der vielfältigen Sinnhaftigkeit hegemonialer oder imperialer Dominanz avancierte nach 1989/91 auf breiter Front, formuliert in der Diagnose, dass sich ein Wandel von Bi- zur Unipolarität vollziehe. *Seit dieser Zeit ist in den USA eine Betrachtung des internationalen Systems nach Maßgabe von »Hierarchie« und »Dominanz«, »Polarität« und »Unipolarität« mit Macht wieder in das politische Denken zurückgekehrt.* Ihre Protagonisten betonten im Unterschied zu liberalimperialen Einschätzungen frühzeitig den Tatbestand wie die Notwendigkeit des politischen *Bruchs* von 1989 und charakterisierten schon anfangs der 90er Jahre in einer Debatte der Zeitschrift *International Security* oder in den *Foreign Affairs* die damalige Zeitsituation als »unipolaren Moment«, den es entschieden zum Aufbau einer Pax Americana zu nutzen gelte¹⁵². Es waren *outsider* und unter diesen wiederum vor allem solche neokonservativer Herkunft, die am schärfsten die Position der unipolaren Ideologie verfolgten. Das ganze Jahrzehnt hindurch wurde diese Position vertieft, verdichtet und konnte immer stärker in den Vordergrund des politischen Feldes gebracht werden.¹⁵³ Vor allem die Clin-

151 So etwa Stephen Brooks, William C. Wohlforth: American Primacy in Perspective, in: *Foreign Affairs* 81 (July/August) 2002; siehe auch Barry Posen: Command of the Commons, in: *International Security* 1/2003, S. 5-46.

152 Kurzzeitig plädierten sie noch für »eine unipolare Welt, deren Zentrum ein konföderierter Westen ist« (Krauthammer), spätestens nach dem ersten Golfkrieg aber ging es ihnen nur noch um eine existierende einzelne Supermacht, die das real existierende unipolare Zentrum ausmache.

153 Dafür stehen Texte wie Christopher Layne: The Unipolar Illusion: Why New Great Powers Will Rise, in: *International Security* 4/1993, S.5-51; Charles Krauthammer: The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs* Nr. 70 (1990-91); Michael Mastanduno: Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy, in: *International Security* 4/1997, S. 49-88; Robert Jervis: International Primacy. Is the game worth the candle?,

ton-Administration sei, so die neokonservative Kritik, zu einem solchen Bruch hin zugunsten einer klaren *primacy* außerstande. Diese Frage des Bruchs aber war für sie essentiell. Darauf kam es den Neokonservativen an. Dies war dementsprechend in den frühen 90er Jahren der *zentrale Diskurspunkt* in der US-Elite, die Frage, auf die sich alle Auseinandersetzungen zentral konzentrierten: konnte der Zusammenbruch des globalen Konkurrenten Sowjetunion genutzt werden, auf *Dauer* bereits die *Entstehung* eines tendenziell konkurrierenden Hegemon zu verhindern? Hatten die USA die Macht zur *dauerhaften* Intervention? Waren sie also imstande, die klassisch-geopolitische *imperialistische* Frage zu beantworten? Und konnten sie sich – in der Tradition des Liberalismus der Kennedey-Zeit und darüber hinaus – an das Geschäft des *liberalen Re-engineering* der Nationalstaaten in der Welt machen? Waren sie, wie Cheney während der Zeit der ersten Bush-Administration sagte, imstande »die Zukunft zu gestalten, das Ergebnis der Geschichte zu bestimmen«, und, wie Kagan es später formulieren sollte, weltweit »in jeder kritischen Region entscheidend zu intervenieren«, ob »dort nun eine sichtbare Bedrohung existiere oder nicht«¹⁵⁴ – waren sie also willens und imstande, die Welt zu gestalten? »Wir haben eine Möglichkeit ohnegleichen«, erklärte der republikanische Senator Richard Lugar 1996, »die Welt zu managen.«¹⁵⁵ Für Donald Rumsfeld schuf 9/11 die Chance »to refashion the world« und George W. Bush sprach eine Woche nach 9/11 von der »Gelegenheit die Welt in Richtung Freiheit zu restrukturieren«.¹⁵⁶ Die Ambition, eine haltbare Antwort auf die *imperiale* Frage zu geben, war zweifellos da. So könnten Frieden und die (für die USA vorteilhafte) Gestalt der internationalen Ordnung gesichert werden. »Die amerikanische Hegemonie«, so die Neokonservativen William Kristol und Robert Kagan in ihrem frühen programmatischen Text, »ist die einzige verlässliche Verteidigung gegen einen Zusammenbruch des Friedens und der internationalen Ordnung. Das geeignete Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist es daher, diese Hegemo-

in: International Security 4/1993; Barry R. Posen, Andrew L. Ross: Competing Visions of U.S. Grand Strategy, in: International Security 3/1996-7, S. 5-53; William C. Wohlforth: The Stability of a Unipolar World, in: International Security 1/1999, S. 4-41; Robert Kagan, William Kristol: The Present Danger, in: The National Interest 59 (2000), S. 57-69; Zalmay Khalilzad: Losing the Moment? The United States and the World After the Cold War, in: Washington Quarterly 2/1995; John G. Ikenberry: After September 11: America's Grand Strategy and International Order in the Age of Terror, in: Survival 4/ 2001-02, S. 19–34; Steve E. Miller: The End of Unilateralism or Unilateralism Redux?, in: The Washington Quarterly, 1/ 2002, S. 15–29; Kenneth Waltz: Structural Realism After the Cold War, in: International Security 1/2000; Ethan Kapstein, Michael Mastanduno (Hrsg.): Unipolar Politics: Realism and State Strategies After the Cold War, New York 1999; Robert Jervis: Doomed to Failure: Grand Strategy in a Weak State, Lecture v. 2. 2. 2000 in Yale. Zur Kritik siehe Charles William Maynes: The Perils of (and for) an Imperial America, in: Foreign Policy Nr. 111 (1998), S. 36-49; Clyde Prestowitz: Rogue Nation: American Unilateralism and the Failure of Good Intentions, New York 2003; Michael Hirsh: At War With Ourselves: Why America Is Squandering Its Chance to Build a Better World, New York 2003. Zuvor bereits sehr einflussreich Zbigniew Brzezinski: The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, New York 1997.

154 Zit. nach Robin, Endgame, S. 27 f.

155 USA Today v. 4. 1. 1996.

156 Zitiert nach Bacevich: American Empire, S. 227 sowie Frank Bruni: For President, a Mission and a Role in History, in: New York Times v. 22. 9. 2001.

nie so weit wie nur möglich in die Zukunft hinein zu sichern. Um dieses Ziel erreichen zu können, benötigten die Vereinigten Staaten eine neoreaganitische Politik der militärischen Überlegenheit und der moralischen Zuversicht.«¹⁵⁷

C Der Grundkonsens über Imperialität

Nachdem mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und der globalen Niederlage der Linken die erste außenpolitische Aufgabe (»to make world safe for capitalism«) auf absehbare Zeit hin gelöst und damit auch ihr Tauschwert im Machtpoker der Staaten rapide entwertet worden war (und es war die wichtigste Münze im Kalten Krieg und bei der Durchsetzung der zweiten Aufgabenstellung), rückte die zweite Zielsetzung der Sicherung der Dominanzposition der USA im neuen Globalkapitalismus in den Vordergrund – ein Vorhaben, das Giovanni Arrighi charakterisierte als »das ambitionierteste politische Projekt, das jemals in der Menschheitsgeschichte ersonnen wurde.«¹⁵⁸

Im Kern müssen hierzu zwei Aufgaben gelöst werden: es geht um die *besondere* Dominanz in der jeweiligen Konkurrenzbeziehung zwischen den zentralen kapitalistischen Staaten (dem »Kern«) und um die *allgemeine* Dominanz der USA im internationalen System. Wie bereits mehrfach angedeutet, geht es hier um eine veränderte Lage: in der *unipolar* gewordenen Situation nach 1989 geht es für die USA nicht mehr nur um »Abschreckung« eines Konkurrenten, Gegners oder Feindes, sondern darum, durch Blockade, Inklusion oder präventive Intervention *bereits im Ansatz die Entstehung einer Situation der Konkurrenz selbst zu verhindern*. In militärstrategischer Sicht bricht eine solche Position mit der jahrzehntelang gültigen Strategie der Abschreckung, die sich im Kern mit der Frage befasste, wie mit dem Problem der Eskalation umzugehen sei. Sie ging davon aus, dass in einer Situation der wechselseitigen Verteilung von Machtressourcen die Kontrahenten imstande sind, Ressourcen aufzubringen oder zu erwerben, die gegebenenfalls in eine eskalierende Auseinandersetzung eingebracht werden können. Aggressionen werden dadurch verhindert, dass der Wille, diese Ressourcen einzusetzen, beeinflusst (»containment«) oder auch gebrochen wird. Aggressionen werden nicht dadurch verhindert, dass diese Ressourcen beseitigt werden. Jetzt aber, wenn Abschreckung nicht mehr das strukturierende Prinzip der internationalen Beziehungen ist, geht es darum, die neuartige militärische Überlegenheit der USA und die hieraus kommende Interventionsfähigkeit zu nutzen, bereits den Besitz oder die Fähigkeit zur Akquisition solcher Ressourcen zu verhindern, so dass bereits die Möglichkeit zur Eskalation ausgeschaltet wird. Gegenüber dem Konzept der Abschreckung, bei der es um die Erzielung von Eskalationsdominanz ging, ist dies die weitaus radikalere Konzeption, die gleichsam imperialistischen Utopis-

157 William Kristol, Robert Kagan: Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy, in: Foreign Affairs 4/1996.

158 Arrighi, Adam Smith, S. 249.

mus mit Machthybris verbindet. Die Durchsetzung eines planetaren – durchaus variantenreichen – Musters amerikaaffinen oder amerikaähnlichen Kapitalismus ist die einzige Methode, auf Dauer Konkurrenz, aber auch Terrorismus auszuschalten: »Das Endziel der amerikanischen Außenpolitik ist es, diese Macht zu nutzen – notfalls alleine – um die Demokratie der freien Marktwirtschaft auf den ganzen Globus auszudehnen.«¹⁵⁹ Einer solchen Konzeption ist die Bereitschaft und Fähigkeit zur Intervention funktionell eingeschrieben. Jervis hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dieses radikale Konzept sich nicht ausschließlich gegen Russland und China richtet, sondern gleichermaßen gegen Europa.¹⁶⁰

Dies also ist die erste qualitativ neue Problemstellung, auf welche das seit den 70er Jahren sich formierende *neuimperiale* Projekt des *neoliberalen Kapitalismus* nun zu reagieren versuchte und die mit einer Politik der klaren Präemption beantwortet wurde. Wo es keinen real existierenden konkurrierenden Hegemon mehr gibt, geht es darum, durch den *Aufbau von interventionsfähigen geopolitischen Konstellationen und militärischen Ressourcen* bereits eine mögliche *Entstehung* solcher mit den USA konkurrierenden Hegemonen zu verhindern. »*Enter-tainment*« nannte jüngst Peter Gowan diese Verbindung von Eindämmung und Eingriff – »die Vereinigten Staaten (können) es sich nicht leisten«, erklärte etwa Wolfowitz, »dass eine feindliche Macht Europa, Asien oder den Persischen Golf beherrscht.«¹⁶¹ Weiter muss in Zonen, in denen der neue global werdende Kapitalismus noch »unsicher« und instabil ist und die kapitalistische Ordnung wie die Hegemonie der USA zwar nicht gefährdet, aber doch gestört und irritiert werden können, *Sicherheit exportiert* werden. Und wo *Terrorismus* zu einem globalen Phänomen wird, das auf neue Weise unmittelbar die USA als kapitalistische Primärmacht bedroht, ist ein neuer wesentlicher Grund für eine globale Projektion militärischer Macht entstanden. Dies alle summiert sich zu dem, was Colin S. Gray eine »Große Strategie der präventiven Aktion«¹⁶² genannt hat.

159 Council on Foreign relations: A New National Security Strategy in an Age of Terrorists, Tyrants, and Weapons of Mass Destruction, New York 2003, S. 6.

160 Siehe S. Robert Jervis: Understanding the Bush Doctrine, in: Political Science Quarterly 3/2003, S. 377.

161 Paul Wolfowitz: Remembering the Future, in: The National Interest 59 (2000). Der Satz »Der Präsident beabsichtigt nicht, irgend einer ausländischen Macht zu erlauben, den riesigen Vorsprung einzuholen, welche die USA seit dem Fall der Sowjetunion erlangt hat« stand in der am 20.9.2002 vormittags verteilten Version einer Presseerklärung des Weissen Hauses, am Nachmittag war er entfernt worden, siehe das Press-Briefing des Pressesprechers Fleischer, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/09/20020920-2.html>. Ähnlich C. Rice, die in einer Rede am 1. 10. 2002 zur Nationalen Sicherheitsstrategie erklärte: »Wir werden danach streben jeden potentiellen Gegner davon abzuhalten eine militärische Aufrüstung zu betreiben in der Hoffnung, die Macht der Vereinigten Staaten und unserer Alliierten zu überholen oder ihr gleichzukommen.« Etwas roher formuliert von neokonservativer Seite bei Ben Wattenberg: die Aufgabe sei es »wachsam zu sein gegen die Entstehung feindlicher regionaler Supermächte – zum Beispiel Irak oder China. Amerika ist die Nummer 1. Wir stehen für etwas Anständiges und Wichtiges. Das ist gut für uns und für die Welt. So wollen wir es halten.« Washington Times v. 12. 4. 2002.

162 Colin S. Gray: The Sheriff. America's Defense of the New World Order, Lexington 2004, S. 25. Prävention – auch militärische – gehörte immer zum Handlungsrepertoire der Staaten, auch der USA, auch jenseits der Bereinigung unmittelbar bevorstehender Gefahrensituationen. Gray trat in den 80er Jahren mit seinem Plädoyer für ein unverholten offensives SDI-System in der Öffentlichkeit hervor (»Victory is possible«).

Im Kern geht es um die Sicherung und Nutzung *konkurrenzloser militärische Überlegenheit*. Im Inneren erfordert dies den Aufbau des eigenen Potentials: Rüstung, Stärkung der Militärs und der Kultur des Militärischen. Extern geht es darum, die Entstehung militärischer und politischer Konkurrenzfähigkeit mit allen notwendigen Mitteln zu verhindern: »Amerika hat militärische Stärken, die nicht herausgefordert werden können und beabsichtigt, sie zu behalten«, erklärte Bush in seiner West-Point-Rede. Der Wandel von der »strategischen Defensive« des Kalten Krieges zu der komplexen »strategischen Offensive« wurde bereits im Februar 1992 in einem strategischen Schlüsseldokument sehr explizit formuliert: *es war nicht 9/11, sondern 11/9, der Fall der Mauer, in deren Zeichen das zentrale Dokument der imperialen Offensive geschrieben wurde*. In dem an die Presse durchgesickerten geheimen 46-seitigen Entwurf des »Defense Planning Guide« für 1994-1999 des damals von Cheney geleiteten Pentagons hieß es: »Unser erstes Ziel ist es, die Wiederauferstehung eines neuen Konkurrenten entweder auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo zu verhindern, der eine Bedrohung in der Größenordnung der einstigen Sowjetunion darstellen könnte.« Die USA, so hieß es in dem Dokument, »muss die Mechanismen sichern, potentielle Wettbewerber davon abzuhalten, auch nur danach zu streben, eine größere regionale oder globale Rolle zu spielen.«¹⁶³ Es gehe um eine Zukunft, in der »die Welt letztlich von den USA gestützt wird« – und nicht von den UN. Das Dokument, formulierte die *New York Times*, »argumentiert für eine Welt, die durch eine Supermacht dominiert wird.«¹⁶⁴ Der Text trug die politische Handschrift von Wolfowitz, Libby und Eric Eldeman. Nachdem er bekannt wurde, zogen ihn die Verfasser auf Druck der »Realisten« in der damaligen Bush-Administration (James Baker, Brent Scowcroft, Lawrence Eagleburger) zurück¹⁶⁵. Damals wie heute wurden dieses Dokument und sein diskursives Repertoire begriffen als

163 Siehe »Excerpts from Pentagon's Plan: »Prevent the Emergence of a New Rival««, in: *New York Times* v. 8. 3. 1992 sowie die *Washington Post National Weekly Edition* v. 16.-22. 3. 1992, S.19. Cheney hatte bereits im Januar 1990 Wolfowitz den Auftrag gegeben, die Militärstrategie der USA umfassend zu bewerten.

164 NYT v. 8. 3. 1992.

165 Erstaunlicherweise erklärte Wolfowitz erst in einem Vanity Fair-Interview mit Sam Tannenhaus am 9. 5. 2003, die Vorversion sei von seinem Stab verfasst worden und er habe den von der NYT publizierten Text nicht gesehen, s. Defenselink v. 9. 5. 2003. Immerhin sei der Text auf ein Briefing Wolfowitz' durch Cheney zurückgegangen, das dann Bush zur Kenntnis gebracht worden sei. Verfasst wurde der Text von Wolfowitz' damaligem Assistenten Zalmay Khalilzad auf Basis der Briefings von Wolfowitz und Libby. An den vorbereitenden Expertengesprächen nahmen u. a. auch Perle, Marshall und Wohlstetter teil. Der Entwurf Khalilzads zirkulierte in den höchsten Kreisen des Pentagon, bevor er an die *New York Times* und die *Washington Post* durchsickerte. Die am 23. Mai 1992 bekanntgemachte Revision des Dokuments trug die Handschrift von Cheney und Powell – »Es war eine sanftere Version derselben strategischen Vision.« (Gary Dorrien: *Imperial Designs: Neoconservatism and the New Pax Americana*, New York 2004, S.42). Nachdem Bush die Wahlen 1992 verloren hatte, publizierte Cheney die endgültige Version des Plans – die Verhinderung des Aufstiegs einer neuen Supermacht und einer neuen Situation der feindlichen Konkurrenz waren markante Elemente dieser Fassung. Colin Powell forderte übrigens ebenfalls 1992 vor dem Kongress, dass Amerika genügend Macht akquirieren müsse, um »jeden Herausforderer davon abzuschrecken auch nur davon zu träumen, uns auf globalem Niveau herauszufordern«, zit. nach David Ray Griffin: *Global Imperialism or Global Democracy: The Present Alternatives* (Vortrag an der Drew-Universität 25. 9. 2003), S. 10.

»die Doktrin einer Welt, die von Washington beherrscht wird.«¹⁶⁶ Mann bezeichnet es als »eines der wichtigsten Dokumente der Außenpolitik des letzten halben Jahrhunderts. Es entfaltete eine neue Vision einer Welt, die von einer einzigen amerikanischen Supermacht dominiert wird, die aktiv daran arbeitet, dass kein Rivale und keine Gruppe von Rivalen jemals entstehen.«¹⁶⁷ Nach Aussagen des Verfassers Kahlilzad gegenüber Mann scheint die Deutlichkeit der Formulierung (Bacevich sprach von der »Wolfowitz Indiscretion«) das politische Selbstverständnis maßgeblicher Akteure der amerikanischen Außenpolitik sehr beeindruckt zu haben. Cheney habe ihm gesagt: »Du hast eine neue Begründung für unsere Rolle in der Welt entdeckt.«¹⁶⁸ Libby erklärte gegenüber Mann, dass Kahlilzads Formulierungen im Kern nicht weit genug gingen: Ziel könne nicht bloß sein, große regionale Mächte wie China, Indien, Russland oder Europa daran zu hindern, sich zu global agierenden Weltmächten weiterzuentwickeln oder die Entstehung eines neuen kommunistischen Sowjetstaates zu verhindern, was vielen Neokonservativen (wie auch Wolfowitz) durchaus nicht unwahrscheinlich schien. Auch gehe es nicht nur darum zu verhindern, dass Länder wie Irak, Nordkorea, Pakistan oder Indien in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kämen oder Indien, Japan, Südkorea und Deutschland zu gewichtigen Regionalmächten aufstiegen. Vielmehr ginge es darum, bereits den Anfang einer solchen Konkurrenzbildung zu verhindern – und so Amerikas Überlegenheit auf Dauer zu stellen. Es geht darum, jede feindliche Macht davon abzuhalten, eine Region zu dominieren, deren Ressourcen für die Ausbildung einer globalen Machtposition ausreichen könnten. Daher verwandte der DPG auch das Wort »preempt«¹⁶⁹. Diese strategische Option – die weit über die massive Revision der räumlichen Richtung der Militärpolitik nach Asien hinausging – bildete gleichsam die Brücke, welche die politische Generation der Rumsfeld und Wolfowitz über die historische Scheide 1989/1991 hinweg trug. Sie formulierte die Quintessenz der Jahrhundertauseinandersetzung zwischen amerikanischem Kapitalismus und sowjetischem Staatssozialismus: einen solchen Konflikt dadurch zu verhindern, *dass man die Entstehung eines vergleichbaren Konkurrenten von Beginn an aktiv ausschloss*. Damit war zugleich eine explizite Begründung für die Beibehaltung und den späteren Ausbau des militärischen Potentials der Supermacht USA gegeben, wie Powell 1991 in einem Interview formulierte: »Wir haben nicht mehr länger den Luxus einer Bedrohung, für die wir planen müssen«, erklärte er. »Wir planen dafür, dass wir eine Supermacht sind. Wir sind der Hauptspieler auf der Weltbühne und haben Verantwort-

166 Siehe Anthony Lewis: Bus and Iraq, in: The New York Review of Books v. 7. 11. 2002. Siehe Michael T. Klare: Endless Military Superiority, in: The Nation v. 15.7.2002, Nicholas Lemann: The Next World Order, in: The New Yorker v.1. 4. 2002 und Frances FitzGerald: George Bush & the World, in: The New York Review of Books v. 26. 9. 2002.

167 James Mann: Rise of the Vulcans: the history of Bush's war cabinet, New York 2004 S. 199.

168 Mann, Vulcans, S. 211.

169 Siehe Washington Post v. 11.3.1992, S. A1.

lichkeiten und Interessen rundum die Welt.«¹⁷⁰ Dass die USA daher zukünftig auf ganz neue Weise eine flexible militärische »vorwärtsgerichtete Präsenz« (Powell) bewerkstelligen können müsse, war für ihn ausgemacht. Zwischen dem damaligen Textentwurf und der Nationalen Sicherheitsdirektive von 2002 existiert offenbar eine Kontinuität, die von Richard Perle in einem Interview am 25. 1. 2003 in PBS-Frontline betont wurde: »Ich denke dass es eine große Kontinuität gibt zwischen den Ideen des 1992 entstandenen Dokuments und den neuesten Dokumenten.« Der Report »Rebuilding America's Defense« des neokonservativen »Project for the New American Century« aus dem Jahr 2000 knüpfte explizit an diesen Entwurf an.¹⁷¹ Die über ein Jahrzehnt später publizierte Sicherheitsdirektive unterstreicht die damals formulierte Zielsetzung der Überlegenheit und Konkurrenzverhinderung: »Unsere Streitkräfte werden stark genug sein,« heißt es in der NSS, »um potentielle Gegner davon abzuhalten, eine militärische Aufrüstung zu betreiben in der Hoffnung, die Macht der Vereinigten Staaten zu übertreffen oder mit ihr gleichzuziehen.«¹⁷² In einem Interview im *Public Broadcasting Network* formulierte C. Rice noch unmissverständlicher: »Aber wenn es darum geht einem anderen Kontrahenten zu erlauben, militärische Gleichheit mit den USA zu erreichen so wie es die Sowjetunion tat – nein, die USA haben nicht die Absicht, dies zu erlauben, weil wenn dies geschieht, wird es kein Mächtegleichgewicht geben, das die Freiheit begünstigt.«¹⁷³ Ging es bei der klassischen Idee der »Gegenseitigen Abschreckung« darum, durch Androhung des Einsatzes militärischer Massenvernichtungswaffen einen Feind vom Gebrauch solcher Waffen abzuhalten, geht es nun darum, diesen bereits im Ansatz vom Erwerb oder der Entwicklung solcher Waffen abzuschrecken und sogar aktiv abzuhalten – und es geht zugleich darum, unabhängig von solchen militärischen Absichten oder Handlungen einen potentiellen Feind oder gar Konkurrenten auszuschalten.

Sicherung des amerikanischen Primats bedeutet aber nicht nur Verhinderung der Entstehung einer neuen Hegemonialkonkurrenz, wie sie für die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg bis 1989 typisch war. Sie bedeutet noch weit darüber hinausgehend, das spezielle Tauschgut der USA im globalen *Big Deal* – die »Sicherung der Welt für den Kapitalismus« – so zu gestalten, dass sie zugleich dieses Primat befördert, indem sie das politische und ökonomische System *global* offenhält (open door, free trade, access) und Schließungen, Merkantilismus oder Autarkiepolitiken verhindert. *Es geht nun tatsächlich erstmals um die unmittelbare Produktion von Weltordnung.* Operiert wird mit der Annahme, dass bei Sicherung militärischer Überlegenheit die Verhinderung der Herausbildung einer konkurrierenden

170 Zit. nach Washington Post v. 19. 5. 1991.

171 John Lewis Gaddis (Yale) bestätigt diesen auch personellen Zusammenhang in einem Interview ebenfalls in PBS-Frontline v. 16. 1. 2003: »Ich denke die Geschichte dieser speziellen Doktrin geht auf ein einziges bestimmtes Individuum zurück: Paul Wolfowitz (...) – eine Doktrin amerikanischer Hegemonie.«

172 NSS, S. 30.

173 The Times of India v. 26. 9. 2002. Siehe auch Robert W. Merry, Rome on the Potomax, in: The International Economy, Sommer 2003, S. 96.

Globalmacht letztlich nur mit einer Transformation des globalen Raums erreicht werden kann, so dass dieser gleichsam resistent gegen derlei Prozesse wird. Erreicht wird dies am besten durch die Adaption an die Grundelemente des amerikanischen Kapitalismus- und Gesellschaftsmodells, denn allein dieses bietet – Sicherheit. Für den amerikanischen Kapitalismus. Dazu bedarf es des Zugangs. Dies ist die zweite qualitativ neue Problemstellung, auf welche das neuimperiale Projekt in der Zeit des neoliberalen Kapitalismus zu reagieren versucht. Diese Zielsetzung eines Interventionismus, der auf die unmittelbare Produktion einer imperialen Weltordnung aus ist, ist für die Tradition der Imperialität neu und daher macht es Sinn, dieses sich nun auf der Grundlage eines expansiven Neoliberalismus entwickelnde Projekt neuimperial zu nennen. *Und dieses Projekt allerdings ist zumindest in mittlerer Sicht das alleinige amerikanische Projekt der Gegenwart.* Die atemberaubende Radikalvariante dieser Zielsetzung ist nicht aus der Welt, aber noch kaum in ihr: die Option, nicht mehr die Welt für Amerika sicher zu machen, sondern aus Amerika die Welt und aus der Welt Amerika zu machen: *globus americanus*¹⁷⁴.

Dieses neuimperiale Projekt, durch den Aufbau von interventionsfähigen geopolitischen Konstellationen und militärischen Ressourcen die Entstehung eines Hegemonialkonkurrenten zu verhindern und die Welt hierfür und für das Handeln der eigenen Akteure *interventionsoffen* zu halten bzw. zu machen und damit durch eine unipolar positionierte und vor allem im Zweifel auch unilateral handlungsfähige und – bereite USA *transformationsfähig* zu halten – *es ist nach 1989 zunehmend der herrschende Konsens unter den US-Eliten gewesen, der erst 2006 wieder unter Anpassungszwang geriet.* Sie sahen als das substantielle Signum der neuen postsowjetischen Gegenwart die qualitativ neue globale Disparität der Macht. Um die Position des Unterschieds und Abstandes zu allen anderen Mächten der Erde zu sichern, ist nach 1989 eine neue große global ansetzende Doktrin entwickelt, unter der zweiten Regierung Bush dann auch im innenpolitisch legitimierenden Windschatten des »Kampfes gegen den Terror« schrittweise und hörbar expliziert, legitimiert und schließlich in der Form der Sicherheitsdirektive im Herbst 2002 offiziellisiert worden. Imaginiert wird ein Empire, das dauert. Die strategische Idee der 2002 publizierten Nationalen Sicherheitsdirektive (NSS) operierte dementsprechend im großen historischen Bezug: sie konstatiert den Ausgangspunkt einer neuartigen qualitativen Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt (»american empire«), formuliert ein außerordentliches

174 Wie fragte doch 1997 der damalige Vorsitzende der New Yorker Börse Richard Grasso: »Erinnern Sie sich an den Song We are the World? In Sachen Finanzen und Politik, wenn nicht auch Kultur, sind wir die Welt geworden und ein Großteil dieser Welt will so werden wie wir.« Zit. nach L. Seabrooke: *US Power in International Finance*, New York 2001, S. 151. Access, Openness und Freedom haben eben einen Zweck, den der neokonservative (zuweilen auch zum Lager der Liberalimperialisten hin schwankende) Empire-Propagandist Niall Ferguson am Beispiel des Irak unverhohlen formulierte: »...das implizit imperiale Projekt die Institutionen des Iraks zu transformieren, sie ökonomisch, kulturell und vor allem politisch zu amerikanisieren.« Niall Ferguson: *Colossus: The Price of America's Empire*, Edited transcript of remarks v. 28. 4. 2004 Carnegie Council Books for Breakfast, New York.

Ziel, diese global auf Dauer zu stellen («pax americana») und hebt auch mit neuem Gewicht die Methodiken einer aktivistischen Politik hierzu hervor («Militärische Überlegenheit die nicht herausgefordert werden kann», «Krieg gegen den Terror», «Prävention», «Globale demokratische Revolution» [Bush]), die sie mit der neuen geopolitischen Großzählung des Krieges durch Terrorismus legitimiert. Die USA verstanden sich vollends als »revisionistische Macht« (Michael Mastanduno).

Imperialität ist also, was die politischen Eliten und Strömungen der USA angeht, zunächst ein unstrittiges, richtungsübergreifendes Basisparadigma. Alle zentralen Denkschulen und herrschenden Ideologien folgten seit jeher der Grundidee der Dominanz und differierten bloß in der Methodik – ob es um von sich eingenommene («assertive») sog. »internationalistische« *Liberale* wie Wilson, Roosevelt, Truman oder Kennedy ging, um »progressive« *Liberale* wie Wallace und McGovern (die Einfluss nicht durch Intervention, sondern durch Vorbildlichkeit erreichen wollten), um *Nationalisten* wie Taft oder Helms oder um *Realisten* wie Lodge oder Nixon.¹⁷⁵ Der häufige Vergleich Bushs mit Woodrow Wilson oder dem »Wilsonianismus« von 1913-1921 (der vielen als Gründungszeit der Doktrin des »liberalen Internationalismus« oder »progressiven Imperialismus« gilt) ist nur durch diesen Grundkonsens zu erklären. Der oft hervorgehobene Dissens über die Kosten des Uni- oder Multilateralismus zwischen den auf unilaterale oder multilaterale Handlungsstrategien orientierten Gruppen verdeckt, dass es hier zwar durchaus auch um substantielle taktische wie strategische Differenzen ging, alle Beteiligten aber diese grundsätzliche, also paradigmatische Selbstbeschreibung der USA als prägnant imperialer Macht auf der Grundlage ihrer unipolaren Position teilten¹⁷⁶. Nicht unwesentlich haben übrigens solche Unterschiede auch mit dem stark differierenden Wählerklientel zu tun, die es arbeitsteilig zu halten gilt. Auch im Feld der erfolgreich agierenden strategischen Intellektuellen wirkten in den 90ern und den frühen Jahren des neuen Jahrzehnts eben nicht nur Neokonservative wie Kagan, Kristol, Perle, Krauthammer oder Wolfowitz, sondern auch *Liberalimperiale* wie Michael Doyle, Bruce Russett, Ann-Marie Slaughter, Andrew Moravcsik, der späte John Rawls oder Larry Diamond, die gleichsam als außenpolitisches Spiegelbild der Neokonservativen als neoliberale Falken innerhalb der Partei der Demokraten in den Spalten der »The New Republic« oder im

175 Siehe Colin Dueck: *Reluctant Crusaders: Power, Culture, and Change in American Grand Strategy*, Princeton 2006. Dieser Grundkonsens wird in der öffentlichen Wahrnehmung in der Bundesrepublik weithin ignoriert und stattdessen wird eine tiefe richtungspolitische Differenz zwischen »Republikanern« und »Demokraten« unterstellt, die kaum existierte.

176 Ein Beispiel ist der Aufruf des damaligen Direktors für politische Planung Colin Powell's und späteren Präsidenten des Council on Foreign Relations Richard Haass an die Amerikaner im Jahr 2000, »ihre globale Rolle neu zu beschreiben als imperiale Macht und nicht mehr als traditionellen Nationalstaat.« Zit. nach Andrew J. Bacevich: *American Empire: The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy*, Cambridge 2002, S. 219. Stanley Hoffmann: *The Foreign Policy the US Needs*, in: NYRB v. 10. 8. 2006 spricht vom »imperialen Nationalismus beider Gruppen«. Siehe auch Karl K. Schonberg: *Paradigm Regained. The New Consensus in US Foreign Policy*, in: *Security Dialogue* 4/2001.

»Progressive Policy Institute« die neuen Kriegsgänge begründeten und die Vision der amerikanischen unipolar-imperialen Macht ausbreiteten: Amerika als »unverzichtbare Nation« und Kernkraft des transformativen Universalismus der liberalen Demokratie und des marktradikalen Kapitalismus.¹⁷⁷ Sie begründeten die von den Neokonservativen bereitwillig aufgenommene Theorie vom friedensfördernden Effekt der Ausbreitung liberaler Demokratie (Theorie des »demokratischen Friedens«) und entwickelten einen ganzen Korpus von moralisch-ethischer Rechtfertigungen für die Sinnhaftigkeit und Legitimität – ja die »Pflicht« (Slaughter) – humanitärer Interventionen, womit sie die klassisch liberalen Regeln der Souveränität der Nationalstaaten aushebelten. Endlich stellten sie die These auf, dass Demokratieexport eine geradezu einfache Sache sei, die nachgerade unschwer zu machen sei¹⁷⁸. Im gemeinsamen Willen zur Durchsetzung einer Politik der Expansion der liberalen Demokratie, militärischen Macht und des marktradikalen Kapitalismus spiegelte sich der Konsens der rechts- und liberalimperialen Richtung. Die administrativen Machtpositionen 2001/2008 besetzten freilich die Schlüsselakteure der rechtsimperialen Strömung.

D Wandlungen der liberalimperialen Richtung

Es gab aber eben auch Differenzen, die diese politischen Richtungen voneinander schieden. Welche Unterschiede gab es? Der Dominanzwechsel im politischen Richtungsgefüge, für den der »Reaganismus« der 80er Jahre und dann vor allem der »Bushismus« des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts stehen, reflektierte sich in der neuen *Dynamik, Trägerschaft und Legitimation* des Projekts einer zunehmend neoliberal geprägten Ordnung und vor allem in der neuen Präsenz eines *interventionistischen Unilateralismus*, für den nun ausreichend politischer Raum schien. *Dieses rechtsimperiale Projekt verfolgt bis heute den Übergang vom liberalimperialen, multilateral operierenden Globalismus, der nach 1945 installiert wurde, zum muskulösen globalen Unilateralismus. Zwei Varianten des American Way of Globalism zeigen sich hier.* Beide operieren mit einem unterschiedlichen Mischungsverhältnis von *Markets und Missiles*.¹⁷⁹ Auch wenn es also einen Grundkonsens zwischen den verschiedenen politischen Richtungen über das Grundparadigma der imperialen Mission der USA gab, so gibt es dennoch *unter-*

177 Dies zeigt im Detail Tony Smith: *A Pact with the Devil: Washington's Bid for World Supremacy and the Betrayal of the American Promise*, London 2007.

178 Smith identifiziert interessant fünf Phasen der Evolution der liberalen Ideologie: »vorklassisch« (1782 bis zum spanisch-amerikanischen Krieg), »klassisch« (Woodrow Wilson), »hegemonial« (von 1945 bis 1989), »imperialistisch« (die Zeit um 2001/2002) und »fundamentalistisch« (seit 2002)).

179 Siehe David Skidmore: *Understanding the Unilateralist Turn in U.S. Foreign Policy*, in: *Foreign Policy Analysis* 2/2005, S. 213. Die erste Formulierung stammt vom japanischen Botschafter Hisashi Owada. Der rechtsimperial-republikanische Flügel favorisierte immer mehr die Stärkung oder die Nutzung militärischer Macht, wie die regelmäßigen Umfragen des Chicago Council on Global Affairs zwischen 1998 und 2007 zeigten.

schiedliche imperiale Projekte dieser Richtungen, die bereits eine lange Geschichte haben.

Historisch war die Konzeption und Leitkultur des informellen American Empire ein *liberalimperial*es Projekt des hegemonialen Liberalismus. Die Begriffskombination »Liberalimperialismus« kommt in der historischen Literatur zu den USA bzw. zum Liberalismus kaum vor, noch weniger die Rede von liberal- oder rechtsimperialen Projekten der Positionierung der USA in der Welt. Liberalismus, Imperialismus und Imperialität zusammenzudenken ist da durchaus unüblich. Stattdessen ist seit jeher die angenehm klingende Rede vom liberalen »Internationalismus« zu hören.¹⁸⁰ Doch der amerikanische Kapitalismus und seine imperialen Projekte waren schon früh von den Farben eines hegemonialen Liberalismus geprägt. Frühzeitig konkurrierten mit ihm bei sehr unterschiedlichem Erfolg eine rechte politische Richtung und ein entsprechendes rechtsimperiales Projekt und beide Richtungen entwickelten im Laufe der Zeit starke innere Differenzierungen, Übergänge, Hybride, Dissidenten und Abspaltungen, eine Entwicklung, die sich letztlich auch im globalen Spektrum politischer Richtungen wiederfinden lässt.¹⁸¹

Als »liberaler Hegemon« operierte das informelle Empire USA dabei durch ein Set multilateraler Institutionen, das insbesondere seine militärische Dominanz vermittelte, legitimierte und zugleich verhüllte und damit seinem Primat eine Legitimation verschaffte: auch hierin zeigte sich die indirekte und informelle Natur des American Empire.¹⁸² Das klassische liberalimperial Regime der auf Disziplinierung und Integration der konkurrierenden kapitalistischen Staaten zielenden

180 Eine Ausnahme ist David Rieff: *Liberal Imperialism*, in: Andrew J. Bacevich (Hg.): *The Imperial Tense*, Chicago 2003. Zur selben Kultur sprachpolitischer Selbstzügelung gehört im übrigen, dass hierzulande durchgängig davor gescheut wird, die aktuell von Bush repräsentierte Strömung richtungspolitisch als »rechts« einzuordnen, so etwa Peter Rudolf: *Amerikapolitik. Konzeptionelle Überlegungen zum Umgang mit dem Hegemon*, SPW-Studie 22, Berlin September 2006. Rudolfs Analysen zu den USA sind ansonsten hierzulande herausragend. Auch die etwa von Benny Miller entwickelte Unterscheidung zwischen »offensivem« und »defensivem« Liberalismus im Anschluss an den »offensiven Realismus«, der maximalistische Ziele auf unilateraler Basis verfolge und den »defensiven Realismus«, der moderate (»minimalist«) Ziele auf multilateraler Grundlage anziele hat keine große Resonanz gefunden, geht aber in Richtung der hier skizzierten Unterscheidung zwischen »rechtsimperial« und »linksimperial«, siehe Benny Miller: *The Rise (and Decline?) of Offensive Liberalism*, Paper Annual Meeting ISA Montreal 2004.

181 Zum politischen Großspektrum imperialer Projekte jenseits des liberalen Feldes gehörten seit Ende des vorletzten Jahrhunderts auch transformatorische Großraumprojekte der Linken, die bis zum staatssozialistischen Gewaltexzess der Stalinzeit reichten und völkisch-terroristische, imperialkapitalistische Ordnungsprojekte auf der Rechten, die in der mörderischen Raumbereinigungspolitik des Faschismus kulminierten. Auch innerhalb des liberalen Feldes existiert ein weit differenziertes Spektrum, das etwa Koppelungen mit der sozialdemokratischen Rechten (»Sozialliberalismus« und seine imperialen Projekte) einschloss, die schon in den 60er Jahren in der Dissertation von Reinhard Opitz skizziert wurden, siehe Reinhard Opitz: *Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933*, Köln 1973. Diese Dimension imperialer Ordnungspolitik wird verfehlt durch die Referenz auf die Methodiken der klassischen Imperialismustheorien (die einen sehr straffen Zusammenhang zwischen politischer Form und ökonomischer Grundverfassung des Kapitalismus behaupten) wie auch erst Recht auf die von einem Teil der politischen Linken verfolgten (kapital-)formanalytischen Ansätze, die ein letztlich immer gleiches Wechselspiel von Weltmarkt und Nationalstaat hin und her wenden.

182 John Gerald Ruggie: *Multilateralism: The Anatomy of an Institution*, in: ders. (ed.): *Multilateralism Matters: The Theory and Practice of an Institutional Form*, New York 1993, S. 11, charakterisiert Multilateralismus sehr simpel als »eine institutionelle Form, die Beziehungen zwischen drei oder mehr Staaten auf der Basis allgemeiner Verhaltensprinzipien koordiniert.«

US-amerikanischen Hegemoniesicherung war darauf aus, im wesentlichen nur die außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der Staaten direkt bilateral zu kontrollieren, die militärische Hochtechnik und die Finanzsphäre indirekt zu regulieren und ansonsten auf die Attraktivität der indirekten und konsensorganisierenden Medien der »Wohltätigkeit« und *soft culture* (»Hollywood«) zu bauen, welche die Globalisierung der in den USA entwickelten Elemente des modernen fordistischen Produktions-, Konsumptions- und Technikmodells begleiteten und die auszubalancieren schwierig, zeitraubend und riskant ist. Die globale Präsenz amerikanischer *soft culture* ist keineswegs ein Ergebnis überlegener Manipulation, auch wenn sie ohne strategisch-instrumentelle Handlungszusammenhänge nicht vorhanden wäre¹⁸³. Hinter ihr verbirgt sich ein qualitativ neues Wechselverhältnis von Kultur und Ökonomie: durch die Kommodifizierung der Kultur und die Kulturalisierung der kapitalistischen Warenwelt wurden die neuen Weltmärkte zugleich Märkte globaler Visiotypen (Pörskens) und vor allem politischer Zeichen. Trademarks galten als Signifikanten von »individueller Freiheit«, »Teilhabe«, »Berechtigung« und »Inwertsetzung«. Es gab eine warenweltlich vermittelt Politisierung des Alltags, die gesellschaftliche Vorbildwirkung und politische Folgebereitschaft begründete. Diese Zeit allerdings ist seit den 70ern immer deutlicher zu Ende gegangen: Waren, Werte und politische Botschaft sind weitgehend entkoppelt, das Missionarische der Produkte hat an Kraft verloren – freilich haftet auch dem gegenwärtigen Konsumismus noch die in den USA traditionell dominante Ästhetik der *Performanz* an, des Spektakels, des Thrills und der Außerordentlichkeit. Deren Bindung an politische Botschaften ist bestenfalls weit vermittelt. In der neuen Zeit weitet sich auch deshalb das Feld des direkten Eingriffes deutlich aus. Ein *global political engineering* verbreitete sich, welches die Rolle internationaler Institutionen als Medien zur Globalisierung US-amerikanischer Interessen (»instrumenteller Multilateralismus«) zugunsten unmittelbarer Interventionen und einer Aufwertung eines US-amerikanischen »prototypischen Globalstaats« (Leo Panitch) deutlich abwertete¹⁸⁴.

Nachdem es der hegemoniale Liberalimperialismus war, der nach 1945 eine erste für Jahrzehnte nachhaltig herrschaftsfähige Antwort auf die Frage nach der globalen Form der Sicherung eines amerikanischen Primats gefunden hat, setzte sich in den 90er Jahren mit Clinton eine radikalisierte, interventionistische Ant-

183 Es geht nicht nur um »Hollywood« oder das Verständnis politischer und rechtlicher Ideale, sondern auch profan um Unternehmenskultur, internationale Geschäftsstandards und Kommunikationspraxen, um Rechnungswesen und Managementpraktiken, Business Schools und Beratungseinrichtungen, die ein American way of management internationalisierten. Schon Mitte der 80er Jahre waren rund 700 US-Management-Beratungsfirmen in über 100 Ländern tätig.

184 Inwieweit diese Veränderung der Politik die Krise des US-amerikanischen Neoliberalismus reflektiert und auf eine Beschleunigung der Selbstadaptation der verschiedenen europäisierten Varianten des Neoliberalismus an das (in sich durchaus auch heterogene) US-Modell abzielt, soll hier offen bleiben. Ebenso wie die im Zusammenhang mit der Studie von Hardt/Negri zentrale Frage, ob diese – von ihnen nicht gesehene – neue Dynamik der Profilierung eines US-amerikanischen Proto-Globalstaats (»American Empire«) nicht als Katalysator der Bildung eines neuen »Empire der Postmoderne« verstanden werden muss.

wort durch, die mit der aufkommenden rechtsimperialen Strömung konkurrierte und sich dabei immer stärker an deren Positionen anglich (»assertive multilateralism« – Madeline Albright). Die Basis dieser Entwicklung war nicht nur der Zusammenbruch des Staatssozialismus, sondern auch die Stärkung der ökonomischen Position der USA, ablesbar an der Zunahme ihres Anteils am *world economic product* von 25 Prozent auf 30 Prozent und einem 107 Monate andauernden Wirtschaftswachstum, das dann erst nach der Jahrtausendwende im Bubble der *new economy* zusammenbrach. Zugleich entstand neuer fiskalischer Spielraum der Politik – erstmals seit 1969 wurde das Budgetdefizit eliminiert und das ökonomische Wachstum ermöglichte eine Wende zu expansiven Militärausgaben ohne erwähnenswerte Legitimationsprobleme. Unter diesen Bedingungen war Mitte der 90er Jahre klar: die politische Klasse der USA optierte fast geschlossen für eine prononciert eben *nicht* multilaterale *world leadership* zu Lasten der UNO – 1995 plädierten 98 Prozent der vom *Council for Foreign Relations* befragten Mitglieder der politischen, medialen und akademischen Elite der USA für eine »world leadership« der Vereinigten Staaten von Amerika und nur ein Drittel sprach sich für eine Stärkung der Vereinten Nationen aus.¹⁸⁵ Parallel hierzu nahm der Anteil derjenigen unter der außenpolitischen Elite der USA, die glaubten, dass Japan ein aussichtsreicher Hegemonialkonkurrent sei, rapide ab: ihr Anteil sank von 63 Prozent in 1990 über 21 Prozent in 1994 auf 14 Prozent in 1998.¹⁸⁶ Nicht nur für die Neokonservativen war ebenso deutlich geworden, dass Europa dieser Rolle nicht übernehmen konnte und ebenfalls eine Macht im Abstieg war: »Die 90er Jahre bezeugten nicht den Aufstieg einer Supermacht Europa, sondern den Niedergang Europas in den Zustand relativer Schwäche(,) ...militärischer Unfähigkeit und politischen Durcheinanders.«¹⁸⁷ So bildete sich in den 90er Jahren immer prononciert die Überzeugung heraus, dass sowohl Russland als auch Japan und Europa ihren Anspruch auf den Kandidatenstatus eines Hegemonialkonkurrenten für die Vereinigten Staaten verloren hätten und sich langsam eine reale Chance auf eine einmalige Dominanzposition der USA herausbildete. Das Verhältnis von »Multilateralismus« und »Unilateralismus« in der Außenpolitik wurde sukzessiv neu justiert.¹⁸⁸ Eine neu *erweiterte Ambition imperialer Politik* ging nun geradezu nahtlos zusammen mit der *grenzenlosen Spekulation einer new economy*, deren Konturen sich abzeichneten und die zum Motor einer grundlegenden Neuorganisation des global gewordenen Kapitalismus hypostasiert wurde. *Die Wirklichkeiten – vor allem aber die Optionen und Zukunftsträume – von Ökonomie und Poli-*

185 Siehe William Pfaff: *The Future of the United States As a Great Power*, New York 1996, S. 9.

186 Bruce Cumings: *The American Ascendancy*, in: *The Nation* v. 8.5.2000.

187 So später im Rückblick Robert Kagan: *Power and Weakness*, in: *Policy Review* Juni 2002, S. 3ff. Deutlich auch Richard Perle nach 9/11 zu den Europäern: »Wir brauchen die nicht mehr länger so wie einst. Sie sind für die Verteidigung unserer Interessen in der Welt nicht länger von vitaler Bedeutung.« Zit. nach Stefan Halper, Jonathan Clarke: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge 2004, S. 95.

188 John Van Oudenaren: *Unipolar Versus Unilateral*, in: *Policy Review* 124 (2004). Hier findet sich eine detaillierte Skizze der Zunahme unilateraler Politiken in den 90ern.

tik bewegten sich auf seltene Weise in zeitgleichem Rhythmus neuimperialer Macht.

Clintons erster Nationaler Sicherheitsberater Anthony Lake, der 2008 außenpolitischer Chefberater B. Obamas wurde, hob in seiner ersten zentralen Rede über die *grand strategy* der USA als grundlegendes Merkmal der Ära hervor, »dass wir ihre dominante Macht sind... Überall in der Welt stellt Amerikas Macht, Autorität und Beispiel unvergleichliche Chancen zur Führung bereit«. Im Zentrum der Politik dieser dominanten Macht stand zunächst die Bearbeitung des Verlaufs und der Folgen der Auflösung und des schließlichen Zusammenbruchs des Warschauer Pakts. Es galt, die Grundlagen des Kapitalismus unter möglichst weitgehender Führung der USA in die neuen Räume zu bringen. Die sich daher rasch globalisierende Außenpolitik hatte somit eine klare Zielsetzung: *Transformation*. Hier bestand also bemerkenswerterweise keine Differenz zwischen Clinton und den neokonservativen »Revolutionären«, die auf Umwälzung aus waren. Lake formulierte: »Die Nachfolgerin einer Doktrin der Eindämmung muss eine Strategie der Expansion (»enlargement«) sein – der Ausdehnung der Weltgemeinschaft freier Marktdemokratien«¹⁸⁹. Lake kündigte mit einer ganz außergewöhnlichen Formulierung an, dass die »defensive Phase der US-Strategie, die niemals mehr als zeitlich befristet sein sollte, beendet ist.«¹⁹⁰ Der operativ-offensive Aktivitätsfokus unter Clinton lag trotz des einsetzenden militärischen Aktivismus auf der *Ökonomie* und dem Gedanken der *globalen Expansion* der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Mastanduno spricht sogar von dem »aggressiven Unilateralismus«¹⁹¹, der die Außenwirtschaftspolitik der USA gekennzeichnet habe. Unter Clinton wurden über 300 Handelsverträge mit Entwicklungs- und Schwellenländern über freien Waren- und Kapitalverkehr abgeschlossen. Dementsprechend spielte in der Clinton-Administration das Finanzministerium eine herausragende Rolle.

Kurz gesagt: Zwischen der neoliberalen Wirtschaftspolitik Clintons und jener der folgenden Bush-Administrationen gab es keinen wesentlichen Bruch – es ging um freien Handel und Zugang, um Protektionismus (nicht nur in der Landwirtschaft), um liberalisierte Kapital- und Finanzmärkte, um die weltweite Anerkennung US-amerikanischer betriebswirtschaftlicher Rechnungsführung und um die globale Anwendung amerikanischen Rechts vor allem auf dem Feld der Ökonomie. Insbesondere setzte sich der Aufstieg der Finanzmärkte zum Zentralmotor des neoliberalen Akkumulationsregimes ungebrochen fort. Auch der sektorale Aufstieg der Rüstungsindustrie, der Unterhaltungsindustrie und des Elektronik- bzw. Telekommunikationssektors hielt an. Diese Kontinuität des ökonomischen

189 From Containment to Enlargement, School of Advanced International Studies, Johns Hopkins University, Washington 21.9.1993. Zit. nach der ausgezeichneten Studie von Peter Gowan: *The American Campaign for Global Sovereignty*, in: *Socialist Register* 2003, London 2002, S. 9.

190 Zit. nach Bacevich: *American Empire*, S. 98.

191 Michael Mastanduno: *Hegemonic order, September 11, and the consequences of the Bush revolution*, in: *International Relations of the Asia - Pacific* 5/2005, S. 191.

Neoliberalismus verdeutlicht die richtungsübergreifende Kraft des ökonomischen Paradigmas des gegenwärtigen amerikanischen Kapitalismus.

Im Rückblick wird deutlich, dass die 90er Jahre in den USA auch in der Politik ein Jahrzehnt des *Übergangs* waren oder, politisch formuliert: eine Zeit, in der die Achse der Politik nach *rechts* rückte und ein neuer außenpolitischer Konsens in den US-Eliten entstand, der eine neue Qualität in der *dauerhaften* Ausdehnung der *globalen* Macht der Vereinigten Staaten *thematisierte*, zunehmend *avisierte* und am Ende dann unter Bush 2 in eine *neuimperiale* Perspektive *radikalisierte*.

Am Ende der zweiten Clinton-Administration waren *aktivistische* und *interventionistische* *Offensivkonzepte* im Zeichen des Menschenrechtsbezugs und des *democratic enlargement* immer mehr in den Vordergrund getreten, allerdings ohne dass unter diesem Präsidenten eine breite humanitär begründete Mobilisierung der Bevölkerung für Auslandseinsätze versucht worden wäre, deren Zweck die Sicherung der US-Dominanz war.¹⁹² Dem von Clinton praktizierten Irak-Embargo fielen weitaus mehr Menschen zum Opfer als den Kriegen der Bush-Dynastie. Bacevich verweist darauf, dass in den Clinton-Jahren die USA 48 Mal intervenierten. Die Clinton'sche liberalimperiale Geopolitik des »enlargement« marktdemokratischer Allianzen im Zweifel mittels humanitärer Intervention und die Rhetorik der global zu implementierenden Menschenrechte wurde unter der zweiten Bush-Regierung dann ad acta gelegt – *die dabei implizierte Relativierung des Souveränitätskonzepts und die Politik der »Demokratieförderung« jedoch nicht*: gegenüber übergreifenden Werten und Normen wird Souveränität weiterhin relativiert und Intervention so legitimiert. Ohne eine solche weitreichende *Entwertung des Souveränitätskonzepts* sind Präventivinterventionen zum Zweck der frühzeitigen Verhinderung der Bildung eines Machtkonkurrenten von vornherein legitimierungsschwach.

Doch auch neue zusätzliche Legitimationen werden aufgebracht. Hier liegt der breite Konsens des *neuen Interventionismus der Macht*, der die Regierungen der 90er Jahre und danach miteinander ebenso verbindet wie die Staaten der NATO, Russlands, Japans oder Australiens – die Legitimationsmuster und die jeweiligen nationalen Kapazitäten unterscheiden sie dabei voneinander. Doch insgesamt gilt: *die Ausbreitung der Kultur des Interventionismus und einer vertikalen Geopolitik ist eine der dramatischsten Entwicklungen der Zeit nach 1989*¹⁹³. Auch wenn dabei die Unterscheidungen zwischen Intervention, Hilfe und Zwang verwischt wer-

192 »Die US-amerikanische Sicherheitselite (Demokraten und Republikaner) setzte irgendwann in den späten 1990ern auf eine Politik der Hegemonie. Das Volk der Vereinigten Staaten spielte bei dieser Entscheidung keine signifikante Rolle (...) Debatten zwischen den Demokraten und Republikanern fokussieren sich jetzt auf die Modalitäten der Hegemonie – ob die Vereinigten Staaten sich multilateraler Institutionen bedienen sollten um ihre Macht auszuüben und zu steigern oder ob sie außerhalb von ihnen arbeiten sollten.« Barry P. Rosen: Command of the Commons. The Military Foundation of U.S. Hegemony, in: International Security 1/2003, S. 5 f. Siehe auch Andrew J. Bacevich: Bush's Grand Strategy, in: The American Conservative 4/2002.

193 Dies hebt zu Recht auch G. John Ikenberry: America as a Liberal Leviathan, Working Paper der Grand Strategic Choices Working Group, Princeton v. 16. 9. 2004, S. 2 hervor. Siehe auch Karin von Hippel: Democracy by Force: U.S. Military Intervention in the Post-Cold War World, New York 2000.

den, ist sie auch eine Komponente *formeller* Imperialität: es ging und geht auch um das interventionistische *Überschreiten*, nicht nur mehr um das osmotische *Durchdringen* von Grenzen, in aller Regel nur oberflächlich legitimiert durch das UN-Regime. In der Endphase der Clinton-Administration war die Einschätzung verbreitet, dass die militärische Dominanz der USA auf Jahrzehnte hinaus nicht gebrochen werden könnte – so vermerkte der 1999 vorgelegte Report *New World Coming: American Security in the 21st Century*: »... es ist unwahrscheinlich dass ein globaler Konkurrent für die Vereinigten Staaten im Laufe der nächsten 25 Jahre auftauchen wird...«.¹⁹⁴

Die neue Kultur des Interventionismus bereitete – ungeachtet ihrer immerhin teilweise grundsätzlich andersartigen (humanistischen) Motivation, Zielsetzung und Legitimation – faktisch den Boden für die rechtsimperiale Strömung vor, welche mit George W. Bush an die Regierung gelangte und im Bewusstsein großer militärischer Dominanz operierte, deren Grundlagen nicht nur durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus, sondern auch durch die neue Priorisierung des Militärischen unter Clinton in der zweiten Hälfte der 90er Jahr geschaffen worden waren.

2008 entfallen auf die USA rund 48 Prozent der Weltmilitärausgaben. Auf sie entfallen 29 Mal so viel Militärausgaben wie die sogenannten Schurkenstaaten Kuba, Iran, Libyen, Nordkorea, Sudan und Syrien ausgeben werden und doppelt so viel wie die nächsten sechs größten Militärmächte der Welt ausgeben (Japan, Deutschland, Frankreich, England, Russland, China).¹⁹⁵ Seit Mitte der 90er Jahre haben sich die Militärausgaben der USA mehr als verdoppelt. Ihre Militär- und Sicherheitsausgaben (unter Einschluss der Mittel für »Homeland Security«, die Geheimdienste und Schuldendienst sowie Renten für Militärpersonal) werden 2008 bei ca. 1,2 Billion Dollar¹⁹⁶ liegen und zugleich verwandelte sich das Land USA in das *Homeland*, die »Heimat«. Das US-amerikanische Militärbudget im engeren Sinne übertrifft das Bruttosozialprodukt von Ländern wie Indien oder Brasilien, Holland oder Russland. Anders formuliert: *das amerikanische Militär steht auf Platz elf der größten Ökonomien der Welt*. Die USA wenden rund 70-80 Prozent der weltweiten Ausgaben für Rüstungs- und Kriegsforschung auf. Das Pentagon besaß schon 2003 dreimal so viel Land wie die zehn größten privaten Landbesitzer in den USA zusammengenommen – was etwa der Größe Nordkoreas entspricht¹⁹⁷. Ihre militärische Dominanz war bereits Anfang dieses Jahrzehnts spektakulär: 63 Prozent

194 »New World Coming: American Security in the 21st Century« (Phase I Report of the US Commission on National Security in the 21st Century, Hart/Rudman I), 15 Sept 1999, S. 4, www.nssg.gov/Reports/reports.htm.

195 Torbjorn L. Knutsen: Unipolarity and Its Varieties, Vortrag ISA 19.3.2004, S. 4. Die sowjetischen bzw. russischen Militärausgaben fielen dramatisch von 257 Mrd. \$ (1987) auf 24,1 Mrd. \$ (1997), siehe SIPRI-Jahrbuch 1998, Oxford 1998 Anhang 6D. Die US-Ausgaben dagegen verblieben trotz kurzzeitiger Absenkung auf dem Niveau des Kalten Krieges zwischen 250 Mrd. \$ und 300 Mrd. \$.

196 Siehe www.warresisters.org.

197 Größer auch als Bulgarien, Ungarn, Portugal, Israel, Dänemark oder Österreich, siehe Nick Turse: Planet Pentagon, Tom Dispatch.com v. 11. 7. 2007.

der militärischen Schiffstonnage, 46 Prozent der landbasierten und 91 Prozent der seegestützten Luftstreitkräfte sowie 39 Prozent der Bodentruppen weltweit. Die USA hat zehnmal so viel unmittelbar einsetzbares Militärpersonal als alle anderen NATO-Staaten zusammengenommen.¹⁹⁸ Ein Fünftel der US-Streitkräfte war in einem globalen Archipel von fast 400 größeren Basen stationiert. Umfangreichere militärische Kontingente der USA waren in 40 Ländern stationiert, in zehn Ländern gab es Stützpunkte der Marine. Der »Base Structure Report« für 2003 nennt 702 Basen mit 250 000 Militärpersonen, die in 130 Ländern aufrechterhalten werden und weitere 6 000 Militärbasen auf dem Territorium der USA.¹⁹⁹ Im März 2004 waren rund 350 000 US-Militärpersonen außerhalb der USA stationiert, davon 257 692 nicht in NATO-Staaten. Mittlerweile dienen 37 000 Ausländer im US-Militär und ihr Anteil wächst. Die offenbar rasch wachsende Anzahl der formell vertraglich gebundenen privaten Söldnerkräfte ist nicht bekannt. Knapp die Hälfte der im Ausland stationierten US-Soldaten sind auf dem Territorium der NATO stationiert, etwas mehr als ein Drittel in Japan und Südkorea. Kein anderer Staat hat jemals zuvor so viele eigene Truppen so lange auf dem souveränen Territorium so vieler anderer Staaten stationiert gehabt. In diesem »Empire of Bases« reflektiert sich nichts anderes als eine offenbar unverzichtbare territorialimperiale Dimension – keineswegs aber ein globales Archipel imperialer Forts, die den unmittelbaren lokalen oder regionalen Raum beherrschen sollen; das »Imperium der Militärbasen« war immer in allererster Linie Gerüst und Medium globalen Zugriffs auf den Raum und damit unverzichtbares Skelett der Raumhoheit.²⁰⁰ Bereits Mitte der 90er Jahre machten die USA klar, dass ihr politisches und militärisches Engagement in Ostasien auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden würde – also in Korea, Japan, Indonesien, Singapur, Malaysia, Philippinen. Diese Relation wiederholt sich unter den heutigen Bedingungen im Inneren der Staaten: jene rund 8000 Amerikaner in Afghanistan sind dort nicht nur stationiert, um landesweit unmittelbare Militärmacht zu realisieren; vielmehr reicht eine solche schmale Ressource aus, in kurzer Frist ausreichend Macht zu projizieren. Seit Anfang des neuen Jahrhunderts dehnten die USA ihre militärischen Aktivitäten (etwa im Vergleich zu Europa) massiv aus²⁰¹.

198 Siehe Michael O'Hanlon, P. W. Singer: The Humanitarian Transformation: Expanding Global Intervention Capacity, in: *Survival* 1/2004, S. 84.

199 Basen in Kosovo, Israel, Afghanistan, Irak, Kuwait, Qatar, Usbekistan oder Kirgistan werden allerdings nicht erwähnt, siehe Chalmer Johnsons »America's Empire of Bases«. Der entsprechende Report für das Jahr 2004 spricht von 860 militärischen Installationen der USA in 46 Ländern. Andere Schätzungen sprechen von mittlerweile fast 1000 US-Installationen und Basen. In Deutschland gab es 2007 287 Stützpunkte mit insgesamt 64.000 Militärangehörigen und knapp 10.000 Zivilangestellten. Der Bericht des DoD »Worldwide Manpower Distribution by Geographical Area v. 30. 9. 2004, S. 2 ff. führt aus, dass von 4,12 Mio. Personen im aktiven militärischen sowie zivil-militärischen Dienst 589 494 im Ausland stationiert seien, davon damals noch allein in Deutschland 222 331 und in Japan 108542 Personen.

200 »Das sind keine Kolonien«, erklärte einst der US-Kriegsminister Stimson, »das sind Außenposten«, nach Porter, *Empire and Superempire*, S. 82. Zur Verbindung von Souveränitätstransfer und militärischen Basen siehe Alexander Cooley: *Base Politics* New York 2008.

201 S. das Schaubild »Brawny and scrawny« im *Economist* v. 29. 3. 2008.

Von den weltweit 34 Flugzeugträgern fahren 24 unter amerikanischer Flagge. Die »Special Forces« der USA führen jährlich tausende von Operationen in 170 Ländern der Welt durch. Sie streben die Suprematie im Weltraum an²⁰², können ein Äquivalent von 140 000 Hiroshimabomben einsetzen²⁰³, haben den Zusammenbruch des Nonproliferationsregimes klar befördert und damit auch die Konventionalisierung, Normalisierung und Enttabuisierung der Nuklearwaffen²⁰⁴. Sie haben ihren Nuklearkomplex ständig modernisiert mit Ausgaben die jene der USA zur Zeit des Kalten Krieges übertreffen und nähern sich dramatisch einer Erstschlagskapazität gegenüber Russland und China.²⁰⁵ Die »neuen Kriege«, von denen in den letzten Jahrzehnten so viel die Rede war, sind vor allem Kriege der hauptbeteiligten Macht USA. Deren größeren neuen Kriege seit den 90er Jahren sind differenzierte Kampfprojekte, welche die Tötungskette (*kill chain*) umgebaut und geradezu verkehrt haben. In ihrem Zentrum stehen selektive Entmachtung und sukzessive Demodernisierung: vorweg die Enthauptung der zentralen Körper der militärischen und zivilen Macht (»shock and awe«), dann Beseitigung und Vergiftung der Lebensmittel (Energie, Wasser, Lebensmittelproduktion und -distribution etc.), Zerstörung von Infrastrukturen und der Physis des Zivilen (Straßen, Strom, Telekommunikation etc.), die von militärischen Nutzungen nicht ferngehalten werden kann. Unmittelbare zivile *und* militärische Opfer stehen am Ende und sind dabei nachgerade randständige Ereignisse – Kollateralschäden. Die Losung solcher neuen Kriege ist: *Bomb now, kill later*.²⁰⁶

Das Militär hat in der amerikanischen Bevölkerung einen großen Rückhalt. Nach dem Ende der Invasion in den Irak ergab eine Gallup-Umfrage, dass 76 Prozent der Amerikaner dem Militär mehr oder weniger Vertrauen schenkten (aber

202 General Lord vom Air Force Space Command: »Die Überlegenheit im Weltraum ist unsere alltägliche Mission. Souveränität im Weltraum ist unsere Vision für die Zukunft.« Siehe www.globalsecurity.org.

203 Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 128 000 nukleare Waffenköpfe gebaut, davon über die Hälfte in den USA. Gegenwärtig haben die 9 Nuklearstaaten noch 27 000 Waffenköpfe, davon 97 Prozent in Russland und den USA; England und China verfügen jeweils über 200 Köpfe, Frankreich über 350, Indien und Pakistan über gemeinsam 110 und Israel zwischen 60 und 200, siehe Dieter Senghaas: Abschreckung nach der Abschreckung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2007, S. 825-835.

204 Unter Ausklammerung von Hiroshima und Nagasaki starben in den letzten fünf Monaten des Zweiten Weltkrieges 900 000 japanische Zivilisten – mehr als doppelt so viel wie US-Soldaten in allen Kriegen von der Revolution bis heute starben. Dabei starben allein in einer Nacht in Tokio mit über 80 000 Zivilisten mehr als im Vietnamkrieg und Koreakrieg zusammengenommen US-Soldaten zu Tode kamen, siehe Walter Russell Mead: *American Grand Strategy in a World at Risk*, in: *Orbis* 4/2005, S. 59 ff.

205 »Es wird wahrscheinlich für die USA bald möglich sein, die russischen und chinesischen Nukleararsenale von langer Reichweite mit einem Erstschlag zu zerstören. Diese dramatische Verschiebung im nuklearen Gleichgewicht resultiert aus einer Serie von Verbesserungen in den Nuklearsystemen der Vereinigten Staaten, weiterhin aus dem dramatischen Niedergang des russischen Arsenal und dem immer noch gemächlichen Modernisierungsfortschritt der nuklearen Streitkräfte Chinas. Insofern Washingtons politische Strategien sich nicht wandeln oder Moskau und Peking nicht Maßnahmen ergreifen, um die Größe und Einsatzbereitschaft ihrer nuklearen Streitkräfte zu erhöhen, werden Russland und China – und der Rest der Welt – viele kommende Jahre lang unter dem Schatten der nuklearen Vorherrschaft der USA leben müssen.« (Keir A. Lieber, Daryl G. Press: *The Rise of U.S. Nuclear Primacy*, in: *Foreign Affairs* 2/2006 S.42-54; dies., *The End of MAD? The Nuclear Dimension of U.S. Primacy*, in: *International Security* 4/2006, S. 7-44.)

206 Siehe Stephen Graham: *Cities and the »War on Terror«*, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 2/2006, S. 255-76.

nur 45 Prozent den Religionsführern und 29 Prozent den Kongressmitgliedern.)²⁰⁷ Die militärische Position der USA und ihre bemerkenswerte Legitimationsbasis ist die Grundlage für die Rede vom Empire.

Unmittelbare Kriegführung geschieht angesichts der großen militärischen Überlegenheit der USA zwar auch in Form von *fast* imaginären »Spektakelkriegen«²⁰⁸, von »virtuous wars«²⁰⁹ und kurzzeitigen Interventionen. Die territoriale Platzierung der militärischen Ressourcen ändert sich jedoch seit 1989 dramatisch. Nach Johnson hat das Pentagon die Existenz von 725 Militärbasen außerhalb der USA konzediert.²¹⁰ Von den 952 Einrichtungen (darunter auch Militärbasen), die in der ersten Hälfte der 90er Jahre reduziert oder geschlossen wurden, lagen allein 878 in Europa; zwischen 1988 und 1997 sank die Zahl der in Übersee landstationierten US-Truppen von 480 000 auf 210 000 – 80 Prozent dieser Verringerung geschah in Europa; im August 2004 wurde auch eine substantielle Verringerung der US-Streitkräfte in Deutschland angekündigt. Ein weiterer Schwerpunkt der Reduzierungen ist Südkorea.²¹¹ *U.S. Special Operation Forces* sind in 125 Ländern aktiv. Bereits Mitte 1999 wurde die oberste Entscheidungsgewalt über den Einsatz amerikanischer Streitkräfte in Zentralasien vom pazifischen Militärkommando (zuständig für China, Japan, Korea) auf die zentrale Ebene zurückverlagert, die damit die gesamte Zuständigkeit für den Ölgürtel an sich zog. Wie keine andere Entscheidung indizierte sie frühzeitig die neue Rolle geo- und insbesondere ressourcenökonomischer Maximen für die Militärpolitik, deren Aufwertung charakteristisch für die 90er Jahre war²¹². Die Sicherung der Energie- und Wasserversorgung, des Zugriffs auf nutzbaren Boden oder biologische Ressourcen sowie Konflikte um knappe oder wertvolle Mineralien und Exportgüter (z. B. die Diamantenkriege) traten in diesem Jahrzehnt neben der klassischen Rolle der Logistik und Überwachung als zentrale Aspekte militärischer Sicherheitspolitik immer deutlicher in den Vordergrund²¹³. Mitte 2003 wurden Planungen des DoD bekannt,

207 Kevin Baker: »We're In The Army Now: the GOP Plan to militarize our culture«, in: Harper's Magazine Oktober 2003, S. 37.

208 Michael Mann: *The roots and contradictions of modern militarism*, in: *States, war and capitalism*, Oxford 1988, S. 166-87; aufgegriffen dann von Mary Kaldor: *American power: from »compellance« to cosmopolitanism?*, in: *International Affairs* 1 / 2003, S. 9. Wenigen größeren Kriege des letzten Jahrhunderts lag eine ähnliche Ressourcen disparität zugrunde wie dem Krieg der USA gegen den Irak.

209 Also Kriege, die virtuell sind und zugleich für eine noble Sache ausgefochten werden, siehe James Der Derian: 9/11: before, after and between, in: Craig Calhoun, Paul Price, Ashley Timmer (Hg.): *Understanding September 11*, New York 2002, S. 180.

210 Chalmers Johnson: *The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic*, New York 2004, S. 4.

211 Barry R. Posen: *Command of the Commons. The Military Foundation of U.S. Hegemony*, in: *International Security* 1/2003, S. 17; Jim Lobe: *US Military on the Move*, Inter Press Service v. 17. 6. 2004.

212 Bekannte Ressourcenkriege fanden jüngst oder finden statt in Sierra Leone und Angola (Diamanten), Angola, Sudan, Indonesien, Tschad, Nigeria, Irak (Öl), Marokko/Westsahara (Phosphat), Tadschikistan, Afghanistan, Kaukasus, Peru, Kolumbien, Kurdistan (Drogen).

213 Vgl. Michael Klare: *The New Geography of Conflict*, in: *Foreign Affairs* Juni 2001. Grundsätzlich hierzu auch Simon Dalby: *Ecological Politics, Violence, and the Theme of Empire*, in: *Global Environmental Politics* 2/2004, S. 1-11.

Basen auszubauen oder einzurichten in Dschibuti, Algerien, Marokko, Tunesien, Senegal, Ghana, Mail, Nordaustralien, Thailand, Singapur, den Philippinen, Kenia, Georgien, Aserbajdschan, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Qatar, Vietnam und Irak. An die Stelle weniger großer Basen sollen zahlreiche kleine Stützpunkte treten. Unterschieden wird zwischen »Main Operating Bases«, »Forward Operating Sites« und »Cooperative Security Locations«. Die Befehlshaber der Kampfgruppen haben keine »eigenen« Einheiten mehr, diese sind regionalen Befehlshörnern flexibel und zeitweilig zugeordnet. Diese Veränderungen stehen für ein neues, global ausgerichtetes Verständnis des Arrangements militärischer Ressourcen. Die Ausrüstung für 3,5 US-Divisionen (10 Brigaden) wurden in den 90er Jahren in Asien, Europa und im Persischen Golf deponiert und eine Flotte von 20 riesigen Materialtransportschiffen wurde aufgebaut. Kein Land der Welt befindet sich außerhalb der Reichweite der USA – in 132 Ländern der Erde befinden sich Einrichtungen des Pentagon. Die Welt ist inzwischen in amerikanische Militärbezirke aufgeteilt (»Commanders Map of the World«)²¹⁴, deren Kommandos weit über 1000 Personen beschäftigen und die seit 1985 (*Defense Reorganization Act*) große Autonomie haben. So geht das Aktionsdesign des US-Militärs nicht nur auf »full-spectrum dominance«, sondern erinnert auch in gewisser Weise an die Kanonenbootpolitik Großbritanniens im 19. Jahrhundert: was damals Polizeiaktionen in der kolonialen Peripherie waren (»gunboats and Gurkhas«) ist heute die Kombination überwältigender Luftmacht mit bodennaher Kampfhochtechnik (Cruise Missiles, Drohnen) und Vassallen (in Afghanistan die Warlords, im Irak die Kurden und Polizei- bzw. Militärkräfte der amerikanisch kontrollierten Regierung). Das neue Management des Imperiums braucht gleichsam keine kasernierten Garnisonsarmeen: wieder geht es um *Expeditionskorps*, in der alten historischen Mischung aus Soldateska und technisch hochgerüsteter Avantgarde. Truppen sind in dieser imperialen, kolonialen Imaginationen anrufenden Kartographie des Pentagon dazu da, in den *wilden, ungezähmten, barbarischen, nichtintegrierten Zonen des Chaos* in der Welt zu patrouillieren und die Grenzzonen zu pazifizieren²¹⁵. Sie sind professionell: Soldat oder Söldnertum sind Beruf und Lebensweisen und keine unangenehme biografische und temporäre Abweichung, die durch eine Wehrpflicht wie zu Zeiten des zweiten Weltkriegs oder des Vietnamkrieges erzwungen wird.²¹⁶

Der zwei Wochen nach dem 11. September vorgelegte *Quadrennial Defense Review* sah die Möglichkeit von Kriegen vor, um »ausländisches Territorium bis zur Erreichung der strategischen Ziele der USA zu besetzen.«²¹⁷ Während die

214 USNORTHCOM, USEUCOM, USPACOM, USCENTCOM, USSOUTHCOM – übrigens gehört seit 9/11 auch die Antarktis zum Kommandobereich der USPACOM. Die langjährigen Debatten um die Demilitarisierung dieses Kontinents scheinen da wie ein schlechtes Schattenboxen.

215 So Simon Dalby: *Regions, Strategies and the Global War of Terror*, Vortrag an der Universität Bielefeld im Februar 2006.

216 Siehe Robert D. Kaplan: *How We Would Fight China*, in: *Atlantic Monthly* 5/2005, S. 49-64.

217 Zit. nach Mann, *Supermacht*, S. 17. Mann spricht folgerichtig vom »Streben nach einem neuen, zeitlich begrenzten, territorial gestützten Imperialismus« (S. 18).

Clinton-Administration die Fähigkeit zur Führung zweier großer Kriege plante, sah die Bush-Administration nun eine 4-2-1-Metrik vor: vierfach abschrecken, an zwei Orten *counterattack* und im Bedarfsfall an einem dieser Orte Okkupation der Hauptstadt des Feindes (option des »regime change«). Die Fähigkeit zu rascher militärischer Aktion und die Beherrschung der Informationssphäre, Basen global im Raum und Stellvertretermächte, endlich unstrittig dominante Luft- und Seestreitkräfte sind die Hauptelemente einer amerikanischen imperialen Machtprojektion. Im Zentrum steht dabei, wie Rosen entwickelte, das US-amerikanische *Command of the Commons Sea, Weltraum und Raum*, [aber nicht das Territorium/der Boden] welche als Schlüssel für die globale militärische Machtposition der USA gelten kann.²¹⁸ Mit dem kontrollierenden Zugriff auf den Weltraum ist es in den letzten Jahrzehnten gelungen, den Aufstieg der Land- gegenüber der Seemacht wieder in gewissem Umfang rückgängig zu machen, der einst für die Erosion des britischen Empire verantwortlich war. Einige wenige Systeme sichern das US-amerikanische Kommando über die *Commons*: auf See sind es die atomaren Unterseeboote, deren Stückkosten von ca. 2 Mrd. \$ prohibitiv hoch sind, sowie die Kampfgruppen um die »Super«-Flugzeugträger (Stückpreis 5 Mrd. \$), von denen die USA gegenwärtig zehn haben (darunter einer noch in Konstruktion) – niemand sonst hat solche mit 4-6 000 Personen bepackten mobilen Kampfzentralen; im Weltraum sind es die der »space control« (Rumsfeld) dienenden Satelliten²¹⁹ und Antisatellitensysteme; der Luftraum endlich wird ab 5 000 km Höhe singular von den USA kontrolliert – mit den drei Typen von »unsichtbaren« Stealth-Flugzeugen, unübertroffener Auftankkapazität, Raketenarsenalen und Radar. Die USA haben 6 000 operational eingesetzte Nuklearwaffen (darunter 2 000 auf Interkontinentalraketen und 3 500 auf U-Booten). Seit Mitte der 90er Jahre betrieben sie die Zerstörung der internationalen Nuklearordnung, die seit 1945 unter ihrer Beteiligung aufgebaut worden war: *counterterrorism* und *counterproliferation* statt *containment* und *deterrence* waren nun die aktivistische Zielsetzung einer neuen, die Nuklearmittel nun einschließenden Politik.²²⁰ Sie kontrollieren den Weltmarkt der Rüstungswaren. Und endlich: die globale ideologisch-kulturelle Rahmung des Militärischen hat sich verändert: gab es nach dem Ende des Kalten Krieges kurzzeitig die verbreitete Hoffnung auf eine breite Abwertung und

218 Barry R. Posen: *Command of the Commons. The Military Foundation of U.S. Hegemony*, in: *International Security* 1/2003, S. 5-46, hier: S. 8.

219 Die USA stellen rund die Hälfte aller aktiven Satelliten im Weltall; der Irakkrieg wurde von über 50 Satelliten unterstützt.

220 Diese radikale »kulturelle Wende« (Eagleton) der 90er Jahre in der nuklearen Sicherheitspolitik hat William Walker: *Nuclear enlightenment and counter-enlightenment*, in: *International Affairs* 3/2007, S. 431-453 klug geschildert. Nukleare Abschreckung, Verifikation und Kontrolle gelten nun als unzuverlässige Instrumentarien – es gelte, auch durch Regimewechsel und notfalls mit nuklearen Mitteln, die Ursachen (Schurkenstaaten, Terrorismus) auszurotten. Von der intrinsischen Illegitimität der nuklearen Waffen weiß diese Position nichts. Blicke zum Kontext zu erwähnen, dass im Oktober 2001 (als der Krieg gegen Afghanistan begann) zwischen 30 und 45 Prozent aller Amerikaner den Einsatz von Atomwaffen befürworteten, siehe Walter Russell Mead: *American Grand Strategy in a World at Risk*, in: *Orbis* 4/2005, S. 595.

Entfunktionalisierung des Militärs, so hat sich dies mittlerweile weitgehend geändert: Gewalt, Krieg und Militär drangen nicht nur mit ihrer Privatisierung in bislang vorbehaltene Räume und Kulturen ein, sondern sie werden auch immer mehr als notwendiges und unverzichtbares Merkmal der Weltordnung des neuen Jahrhunderts akzeptiert. Die rasch wachsende Privatisierung des Militärischen hat dazu geführt, dass etwa in Irak mehr private militärische Sicherheitskräfte operierten als britische Militärs. Auf der Grundlage der verführerischen Kraft und Kultur dieses spektakulären, singulären Spektrums militärischer Dominanz agieren alle wesentlichen politischen Richtungen in den USA. Eine Abwendung ausgerechnet der einst und jetzt von Clinton repräsentierten politischen Richtung, die in den 90ern diese Dominanz neu härtete, ist nicht zu erwarten.

E Profile und Politiken der rechtsimperialen Richtung

Der Aufstieg der politischen Krieger

Gleichwohl bestehen zwischen einer stark interventionistischen und nach rechts gerückten liberalimperialen und einer militaristischen rechtsimperialen Richtung mehr als graduelle Unterschiede. Erst mit der in den 60er Jahren neu entstehenden und in den 80er Jahren dann erstmals mitregierenden Strömung einer neuen Rechten war in den USA eine neue mächtige *und* hegemoniefähige *rechtsimperial*e Richtung entstanden, die gleichsam das äußere Moment der starken Politik in der neuen Zeit des postfordistischen Neoliberalismus der starken Ökonomie repräsentierte. Während auf der einen Seite die 70er Jahre den Durchbruch des neoliberalen Marktfundamentalismus und seiner antipolitischen Apologie des radikal freien Marktes und der ökonomischen Deregulierung, also der konsequenten Liberalisierung der Waren-, Finanz- und Kapitalmärkte brachte, bildete sich zugleich eine neue – konkurrierende wie korrelierende! – Linie der starken militaristischen Politik mit einer eigenen ideologischen Agenda, die gegen die politisch herrschende liberale Richtung antrat, die mit Vietnam und Iran ihr erstes Waterloo erlebt hatte.²²¹ Diese vom Reaganismus geprägt politische Generation unterschied sich von den zwei anderen herausragenden politischen Generationen der US-Außenpolitik: den »Wise Men« (Isaacson/Thomas) wie Dean Acheson, George Kennan, Averill Harriman, John McCloy, die nach 1945 die globale liberalimperialistische Ordnung des Kalten Krieges errichteten und den »Best and Brightest« (Halber-

221 Es waren der Dixie Capitalism des Südens, das Wallstreet-Dollar-Regime des Nordens, die staatsverwobene Militärökonomie und Kriegerkultur des Cold War und die Ideologen aus der Mont-Pelerin-Society oder der Chicago School und ihrer Vorläufer mit ihrer marktenthusiastischen Zielkultur, die den global werdenden Neoliberalismus der 80er und 90er als ein neues politisches Projekt konfigurierten und ihm seinen politischen Muskel und Reichweite gaben, siehe Rainer Rilling: Über starke Ökonomie und starke Politik, in: UTOPIE kreativ 169 (2004), S. 975-985. Der Faktor des Militärischen bzw. Militaristischen allein macht den Unterschied nicht aus in einem Land, in dem zehn frühere Generäle Präsidenten wurden und andere wie Roosevelt, Kennedy oder Bush ihre als heroisch inszenierten Militärkarrieren politisch ummünzen konnten.

stam) wie den Kennedys, Robert McNamara, den Bundys oder Rostows, die in den 60er Jahren für den Vietnamkrieg verantwortlich waren und versuchten, den Einfluss der USA in der Dritten Welt und gegen den Kommunismus auszudehnen. Die erste Generation stammte aus den Welten des *Business*, der Banken und des Rechts. Die Wallstreet war ihre spirituelle Heimat. Sie konzentrierte sich auf den Aufbau internationaler ökonomischer, diplomatischer und rechtlicher Einrichtungen wie UN, IMF, Weltbank. Die zweite Generation hatte einen *akademischen* Hintergrund, ihre spirituelle Welt waren Cambridge, Harvard und Yale. Die dritte Generation war dann die Reagan/Bush – Generation der Cheney, Rumsfeld, Powell, Wolfowitz, Rice, Armitage, Libby, Feith, Khalilzad, Hadley oder Perle. *Sie ist die militärische Generation der »politischen Krieger«* (Corey Robin). Ihre spirituelle Heimat ist das Pentagon – zum außenpolitischen Team der zweiten Bush-Regierung gehörten zwei frühere Verteidigungsminister (Cheney, Rumsfeld), ein früherer Generalstabschef (Powell), ein früherer stellvertretender Verteidigungsminister (Wolfowitz) und ein Staatssekretär des DoD (Armitage). Diese Generation einte der gemeinsame Glaube an die überragende Relevanz der militärischen Macht Amerikas. In ihrem Dienst wurde sie gebildet und formierte sie sich. Sie war überzeugt von der positiven Rolle der amerikanischen Macht (»großmütige Hegemonie«) und es gab für sie keinen Zweifel an der weltpolitischen und historischen Stärke der USA. In den 70er und 80er Jahren arbeitete diese Generation daher am Wiederaufbau der amerikanischen Militärmacht nach Vietnam und kämpfte gegen die Rede vom *american decline*. Sie plädierte nicht für *détente* oder *containment*, sondern für aktives *roll-back*. Die Wende zu den 90er Jahren erlebte sie als den größten Triumph in der amerikanischen Geschichte: die USA hatten den dritten, den Kalten Krieg gewonnen. In den 90er Jahren konzipierte sie eine neue Rolle des militärischen Faktors und begann eine neue eigene Architektur der Macht aufzubauen, in deren Zentrum ein *shadow defense establishment* stand. Nach 9/11 ging sie daran, ein militärimperiales Projekt durchzusetzen. In diesen drei Jahrzehnten war ihr Aufstieg zur Macht verbunden mit dem (Wieder-) Aufstieg des amerikanischen Militärs zu einer exzeptionellen Machtposition »beyond challenge«. Die Republikaner gewannen sechs von neun Präsidentschaftswahlen und errichteten nach der Jahrtausendwende eine fast einmalige parlamentarische Dominanz. Diese Generation erlebte diese Zeit als Erfolgsgeschichte und als Zeit, in der sie nicht scheiterte, sondern gewann. Es war die neue, jüngste *belle époque* der Vereinigten Staaten. *Nicht schien am Ende unmöglich – auch nicht ein amerikanisches Imperium*. Die heute noch andauernde Zeit dieser Generation überbrückt die zwei Einschnitte 1989/1991 und 2001. Ihre Geschichte ist erst nach 9/11 ins Blickfeld geraten: »Es ist die Geschichte des allmählichen Aufstiegs eines Amerika, dessen Stärke in der Weltgeschichte ohne Vorbild ist... Zwischen den frühen 70er Jahren und 2003 stieg die amerikanische Macht von ihrem Tiefstand am Ende des Vietnamkrieges auf eine Position unanfechtbarer militärischer Macht.«²²² Der Blick auf diese Generation erhellt daher das zentrale Signum

222 Mann, Vulcans, S. XIV.

der Zeit dieser drei Jahrzehnte: den neuen Aufstieg der USA im internationalen System. Diese Allianz repräsentiert diese Geschichte und die neue Krise dieser Generation spiegelt zugleich die neue Krise dieser Aufstiegszeit.

Der Direktor des neokonservativen *Olin Institute for Strategic Studies* an der Harvard University Stephen Peter Rosen, der im Pentagon und dem Nationalen Sicherheitsrat der USA sowie im *Naval War College* arbeitete und auch Gründungsmitglied des 2006 aufgelösten einflussreichen *Project for a New American Century* war, hat Mitte 2002 die Grundannahmen der rechtsimperialen, insbesondere neokonservativen militärischen Weltansicht zusammengefasst:

»Die Vereinigten Staaten haben keinen Rivalen. Überall in der Welt besitzen wir die militärische Dominanz. Unsere Militärausgaben übertreffen jene der nächsten sechs oder sieben Mächte zusammengenommen und wir haben ein Monopol in vielen fortgeschrittenen oder nicht so modernen Militärtechnologien. Wir, und nur wir, formen und führen Militärkoalitionen in den Krieg. Wir benutzen unsere militärische Dominanz um in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu intervenieren, weil die Einheimischen einander umbringen, Feinden der Vereinigten Staaten Zuflucht bieten oder atomare oder biologische Waffen entwickeln. Eine politische Einheit, die eine überwältigende militärische Überlegenheit besitzt und diese benutzt, um die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu beeinflussen, wird Empire genannt. Da die Vereinigten Staaten nicht darauf aus sind, Territorien zu kontrollieren oder die überseeischen Bürger des Empire zu regieren, sind wir sicherlich ein indirektes Empire – aber nichtsdestotrotz ein Empire. Wenn dies zutrifft, dann ist auch Ziel nicht der Sieg über einen Rivalen, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Position und der imperialen Ordnung. Die Planung für imperiale Kriege unterscheidet sich von der Planung konventioneller internationaler Kriege. Im Verhältnis zur Sowjetunion musste Krieg vermieden werden: kleine Kriege durften nicht eskalieren oder uns von der Hauptaufgabe abhalten, Europa oder Japan zu verteidigen. Im Ergebnis wurde militärische Macht nur inkrementell angewandt. Imperiale Kriege zur Wiederherstellung der Ordnung sind dagegen nicht so eingeschränkt. Maximale Gewalt kann und sollte aus psychologischen Gründen so schnell wie möglich eingesetzt werden um zu demonstrieren, dass bestraft wird, wer das Empire herausfordert. Während des Kalten Krieges haben wir uns nicht sonderlich bemüht, kommunistische Regierungen zu stürzen. Nun allerdings stecken wir mitten im Geschäft feindliche Regierungen zu stürzen und Regierungen zu schaffen, die günstig für uns sind. Die einst üblichen internationalen Kriege wurden beendet und die Truppen gingen nachhause. Imperiale Kriege enden ebenfalls, aber Garnisonen des Empire müssen noch Jahrzehnte lang bleiben, um Ordnung und Stabilität zu sichern. Das ist es, das wir erstmals auf dem Balkan und nun in Zentralasien zu sehen bekommen. Zusätzlich zu fortgeschrittener Waffentechnologie verlangt eine imperiale Position

eine große, leichtbewaffnete Bodentruppe als Garnisonskraft und Rückversicherung für Verbündete, die aus symbolischen Gründen amerikanische Streitkräfte auf ihrem Territorium haben möchten. Und endlich konzentriert sich imperiale Strategie darauf, die Entstehung mächtiger und feindlicher Herausforderer für zu verhindern: durch Krieg, wenn nötig, durch Assimilierung in das Empire, wenn möglich.« (Stephen Peter Rosen: *The Future of War and the American Military*, in: *Harvard Magazine* 5/2002.)

Im politisch-operativem Zentrum dieser *rechtsimperialen Herausfordererlinie* stand die mächtige Bush-Dynastie, die zwar nicht unmittelbar im militärischen Raum operierte, sondern ihren kulturell-politischen Schwerpunkt im Finanzbereich und ihr geopolitisches Zentrum im Spielerkapitalismus von Texas hatte, aber im übrigen eine Dynastie ohne Reformer und Philanthropen war. Für sie galt der Satz von Karl Polanyi: »Macht hatte Vorrang vor Profit. Wie sehr die beiden Bereiche einander durchdringen mochten, letztlich war es der Krieg, der dem Geschäft das Gesetz aufzwang.«²²³ Die Generation der Hohen Priester des marktradikalen Neoliberalismus in WTO, IMF und Weltbank ist dieselbe Generation wie diese *political warriors* des Kriegskabinetts Bush. *Die politische Geschichte des letzten Vierteljahrhunderts in den USA könnte geschrieben werden als Geschichte des Aufstiegs der rechtsimperialen Richtung und ihres Kampfes gegen die liberalimperiale Richtung, wobei beide Richtungen zugleich immer mehr von der veränderten Grundkonstellation des sich neoliberal transformierenden Kapitalismus durchdrungen wurden.* Dass sich diese Auseinandersetzung zugleich als wechselseitig Funktionalität, Nützlichkeit und Voraussetzung vollzog, hängt damit zusammen, dass Neoliberalismus auch eine Freisetzung des Gewaltpotentials der Politik bedeutet. Er deklariert zum einen und überwältigend die Anschlussfähigkeit an den Markt und den Kapitalkreislauf, also das wirtschaftliche Motiv, zur Funktionsvoraussetzung gesellschaftlicher Systeme. Wo immer Politik agiert, ist die Ökonomie schon da, nicht bloß als Fernwirkung oder Kontext, sondern als bestimmende Präsenz des zumindest normativ durchgestellten monetären Kalküls, das beansprucht unmittelbarer Sinn und geltende Funktionsbedingung im Dienste einer komplett marktbürgerlichen Gesellschaftsverfassung des neu expandierenden Kapitalismus zu sein. Diese reduktionistische Selbstfesselung der Politik durch die auch politisch arrangierte Entfesselung der Märkte vermarktlacht auch die Politik und den Staat. Eine solche Ausdünnung der Politik bedeutet nun zum Anderen nicht ihr »Absterben«, sondern offenbar ein Hervortreten und Mobilisieren ihres »reinen« Zwangscharakters – die Stichworte sind *Arbeitszwang, Vertrags-, Sicherheits- und Interventionsstaat*. Der neoliberale »Imperialismus des ökonomischen Motivs« geht also nicht einfach mit einer »linearen« Schwächung der Politik zusammen, sondern verändert diese selbst – auch als Entfesselung des interventionistischen und diszipli-

223 Polanyi, Karl: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. 2. Aufl. Frankfurt am Main 1978, S. 31.

nierenden, also Gewaltpotentials der Politik. So ist der Neoliberalismus auch aufbauend und gestaltend: sein Problemlöser für alle Fälle ist der Präventiv-, Sicherheits- und Polizeistaat, den er stark macht, um praktische Alternativen ökonomisch und geopolitisch zu marginalisieren. Markt und Macht, Geld und Krieg sind also Entgegensetzung und Korrelat gleichermaßen, *in dem die ganz unterschiedlichen Entgrenzungspraxen des Ökonomischen und Politischen (hier also des Militärischen) zusammengehen und sich im Ernstfall totalitär miteinander verschlingen.*

Diese im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts entstehende neuimperiale Struktur des durchbrechenden Neoliberalismus operierte gegenüber den Nationalstaaten mit einer weitaus breitbandigeren und strafferen Politik der asymmetrischen Kooperation und der Alleinentscheidung als in der Zeit zuvor, auch wenn das Instrument der *Kontextsteuerung* weiterhin starkes Gewicht hatte. Die Durchsetzung dieser Entwicklungsform eines informellen American Empire – vor allem auf die Strukturierung internationaler Regimes bzw. Staatensystemen fokussiert – setzt die Existenz relativ stabiler und effizient operierender formeller Staatsorganisationen voraus – weshalb es durchaus in die Tradition des liberalimperialen Globalismus passt, dass durch direkte Intervention und formelle Übernahme territorialer Staatsfunktionen (wie z. B. als Besatzungsregime im Irak) die Ausbildung einer solchen Struktur forciert wird. Solche Formen unmittelbarer oder direkter imperialer Okkupation sind für diese Richtung aber *Übergangerscheinungen* und ressourcen- wie legitimationspolitisch über größere Zeiträume *extrem problematisch*. Ihre Ratio besteht nur darin, den spezifischen Herrschaftsmodus informeller Imperialität – nicht über, sondern *durch* Staaten zu herrschen – *zu restaurieren* und *global zu implementieren*, sei es durch Transformation eines Staates, der sich einer informellen Penetration sperrte (dies ist der eigentliche Grund der aggressiven Wende der amerikanischen Politik gegen den iranischen »Gottesstaat« und zuvor gegen das irakische Regime eines Regionaldiktators Hussein), sei es noch grundlegender durch *state-building* eines *failed state*.

Nur aufgrund dieser operativen Funktionalität für das liberalimperiale Herrschaftsprojekt konnte das rechtsimperiale Projekt eine so breite politische Akzeptanz in der herrschenden Klasse der USA erreichen und einen Elitenkonsens errichten für die sie gegenüber der bisher dominierenden Richtung *spezifisch auszeichnenden Politiken*. Bei diesen Politiken geht es um drei zentrale Sachverhalte eines eigenen großen politischen Paradigmas über die Stellung der USA in der Welt und ihre darauf bezogene politische Praxis.

Neue Entgrenzungen des Krieges

Vor allem nach *Nineelevan* war charakteristisch für die rechtsimperiale Richtung der schnelle Übergang zu einer räumlich wie zeitlich *entgrenzten* Kriegskonzeption durch die Referenz auf den »Krieg gegen den Terror«, die folgenreiche, ja dramatische *Öffnungen für militärisches Handeln* ermöglichte. Indem ein Bezug

auf in der Tendenz nicht *vorher identifizierbaren* Terror stattfindet, *koppelt man sich von den wirklichen Handlungen eines Feindes ab*. Damit wird faktisch eine Definition des »Feindes« im Sinne einer Teilmenge aufgegeben. *Die Kategorie wird globalisiert*. Feind kann jede/r sein, denn jede/r sein kann in der Tendenz als Terrorist geeignet sein. Damit wird auch der Notwehrgedanke aufgegeben, welcher die Basis des Präemptionskonzepts darstellte. Was zuvor als letzte Ausnahme galt, soll nun zur Norm werden – eine »Lizenz zum permanenten Vorbeugekrieg«²²⁴ wird da angestrebt. Die Option des permanenten Ausnahmezustandes eröffnet sich. Raum für *Ausnahmemacht* entsteht und *Ausnahmeräume* werden konstituiert²²⁵. Plötzlich werden Legitimationen für Präventivschläge ins Spiel gebracht, die mit »Terror« oder »Massenvernichtungswaffen« vollends nichts mehr zu tun hatten. Eine hohe Beliebigkeit der Kriegsrechtfertigungen verbreitet sich. Richard Perle etwa äußerte sich Mitte Oktober 2001 zu Saddam Hussein: »Er ist wahrscheinlich das gefährlichste Individuum in der heutigen Welt...Die Frage Saddam Hussein steht mitten im Zentrum des Krieges gegen den Terrorismus. Es kann keinen Sieg im Krieg gegen den Terrorismus geben wenn am Ende Saddam Hussein immer noch an der Macht ist... nicht nur weil er den Terrorismus unterstützt, nicht nur weil er Terroristen ausbildet und ihnen Zuflucht gibt – sondern weil er das Symbol des Abfalls von allen westlichen Werten ist. Er gewinnt. Und weil er gewinnt und weil er schreckliche Fähigkeiten besitzt, stellt er eine dauerhafte Gefahr für uns und für andere dar.«²²⁶ Die hohe Informations- und Entscheidungsunsicherheit und damit Destabilisierungsgefahr, die für eine Politik der Prävention charakteristisch ist, wird in diesem Diskurs nicht mehr thematisiert. Weiter wird ein breiter Spielraum für sehr verschwommene und unklare Erfolgskriterien eröffnet, so dass die Konstruktion eines *Kriegszustandes ohne zeitliches Ende* (»infinite war«) erleichtert wird. Kriege *im endlosen Krieg* werden möglich und legitim, ob im Irak, in Kaschmir oder in Tschetschenien. Das Ende des Irakkrieges wird so zum Ende einer bloßen Schlacht (»major combat«) erklärt und – wie Bush am 1. Mai 2003 erklärte – zu »einem Sieg in einem Krieg gegen den Terror, der am 11. September 2001 begann und weitergeht.«²²⁷

Indem zudem von »Krieg« die Rede ist, kann der Präventivgedanke in das Traditionsmuster des Krieges mit der ganzen Skala seiner Gewaltmittel eingebaut werden. So wurde die Doktrin mit der Legitimationsverschiebung auf Staaten, die Terroristen unterstützen, anschlussfähig an die traditionell auf Feindstaaten fokussierte Militärpolitik. Entgrenzung vollzog sich noch in eine andere Richtung: die im Januar 2002 formulierte *Nuclear Posture Review* erlaubt einen Einsatz von *Nuklearwaffen* auch gegen Staaten (»Schurkenstaaten«), die keine Nuklearwaffen besitzen sondern im Verdacht stehen, die Entwicklung oder den Besitz solcher

224 FAZ v. 2. 3. 2002.

225 S. Huysmans, Jeff: International Politics of Exception, Paper SGIR Den Hague 2004.

226 Mann, Supermacht, S. 13.

227 Elizabeth Drew: The Necons in Power, in: NYR Books v. 12. 6. 2003.

Waffen auch nur anzustreben. Mit einer wenig beachteten Erklärung des damaligen stellvertretenden Staatsministers für Rüstungskontrolle John Bolton vom 21. Februar 2002 beendete die Bush-Regierung eine alte Zusicherung der USA, Staaten mit Atomwaffen nur anzugreifen, wenn diese selbst Atomwaffen besitzen oder sich in einem Bündnis mit einer Atomwaffenmacht befinden²²⁸. Unterstrichen wurde dies durch eine Neuaktzentuierung der Entwicklung bunkerbrechender, tief in die Erde eindringender Nuklearwaffen²²⁹. Der Rückzug vom ABM-Vertrag und der Aufbau der Raketenabwehrsysteme explizierten nun ihre innere Logik: Kriegsführungsfähigkeit, auch nuklear, ohne politische Selbstbindung.

Indem weiterhin ein Bezug auf die *Globalität* des Terrors geschieht (Bush sprach von »60 Staaten« die in ihn involviert seien), *wird die räumliche Einhegung des militärischen Agierens aufgegeben*: die Lizenz zum Präventivkrieg wird geradezu *global* ausgestellt. Da der Terror neuer Qualität, gegen den man sich im Krieg befindet, ein globales Phänomen ist – worüber in der NATO Konsens besteht²³⁰ – wird der Rubikon zu einem globalen Souveränitätsanspruch überschritten: Die USA habe das singuläre Recht auf Intervention überall auf der Welt – vorbeugende (»preemptive«, »anticipatory«, »anti-access-denial«) militärische Aktion eingeschlossen: »...unsere beste Verteidigung ist ein guter Angriff«²³¹. Möglich gemacht wird eine solche Politik durch eine militärtechnologische Revolution, die Zeit und Raum auf eine Weise verdichtet, dass Reaktionszeiten extrem verkürzt und unschwer in präventive militärische Aktion umgesetzt werden kann. Mit dem Wegfall der territorialen oder politischen Unterscheidung zwischen »Innen« und »Außen« ist die Beschreibung des Feindes unscharf und in hohem Maße willkürlich geworden. Es gibt keinen einzelnen Feind mehr. Präventive militärische Intervention ist in der Auseinandersetzung nach 9/11 weitgehend *von den*

228 Siehe auch Stephen Blank: The Return of Nuclear War, Vortrag auf der 41. Jahrestagung der International Studies Association. Los Angeles 14.-18. 3. 2000.

229 Die Ausweitung der Zielliste auf »Schurkenstaaten« geschah freilich bereits unter Clinton, s. Walter Pincus: U.S. Nuclear Arms Stance Modified by Policy Study, in: WP v. 23.3. 2002, A14; Thomas E. Ricks, Vernon Loeb: Bush Developing Military Policy of Striking First, in: WP 10. 6. 2002, A1; Anatol Lieven: The End of the West?, in: Prospect 78 (2002). Die »National Strategy to combat Weapons of Mass Destruction« vom Dezember 2002 thematisiert diese Veränderung jedoch nicht. S. Edward M. Kennedy Our Nuclear Talk Gravely Imperils Us Notion of a First-Strike Use in Iraq Carries The Seed of World Disaster, in: Los Angeles Times v. 29. 1. 2003.

230 So Gerhard Schröder: »Es gibt jetzt die asymmetrische Bedrohung ...Dagegen kann man sich nicht mehr auf klassische Weise verteidigen, sondern nur so, wie wir es in Afghanistan machen.« Wolfgang Schäuble: »Unsere Sicherheit kann zu jedem Zeitpunkt an jedem Punkt der Erde herausgefordert sein.« Oder Peter Struck: »Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt.«, siehe FR v. 18. 1. 2003.

231 NSS, S. 6. »Wir müssen die Bedrohung abschrecken und bekämpfen, bevor sie wirksam geworden ist« (NSS, S. 14). »Amerika wird gegen solche Gefahren, die entstehen, handeln, bevor sie voll entwickelt sind.« (Geleitwort Bush zum NSS, S. 2). Siehe auch Richard Perle im Daily Telegraph v. 9. 8. 2002 und Michael J. Glennon, Preempting Terrorism: The case for anticipatory self-defense, in: Weekly Standard v. 28. 1. 2002. Die Grenze der Teilrationalität dieser Argumentation liegt darin, dass der Widerspruch zwischen unvergleichlicher militärischer Überlegenheit und gleichzeitig gesteigerter Verwundbarkeit nicht aufgelöst werden kann, denn der Lösungsversuch – die Welt nach dem Bilde Amerikas formen zu wollen – ignoriert, dass ein globalisiertes American Empire ständig dann nach innen verlagerte Formen der Selbstbedrohung hervorbringt. Die Rede von der »antizipatorischen Selbstverteidigung« erinnert im Übrigen an die sagenhafte juristische Figur vom »Putativnotwehrzess« und wäre eine eigene Analyse wert.

ursprünglichen sicherheits- und militärbezogenen Legitimationen losgelöst worden; es gehe um die Beseitigung eines undemokratischen Regimes oder um die Verbreitung von Freiheit und Demokratie. Auch dies unterscheidet die Politik der Bush-Administration von der früheren Praxis. Damit dünnt sich mittlerweile die auf eine neue terroristische Bedrohung bezogene Legitimation des Präventionskonzepts aus und ein paralleler Diskurs wird möglich: vorbeugend, also *präventiv die Entstehung einer Konkurrenz, eines globalen Rivalen zu verhindern – Präventivkrieg, um nicht mehr herausgefordert werden zu können.*

Wo die Einhegung des Krieges so durchbrochen wird, droht somit endlich ein weiterer Dambruch, der sich aus der Asymmetrie solcher Militäraktion ergibt: erleichtert wird ein *Anknüpfen an die klassisch amerikanische Art und Weise Krieg zu führen.*²³² Das Modell dieses Krieges war der Bürgerkrieg, der die in Europa teilweise existierenden Begrenzungen ignorierte (wie etwa die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten) »In beiden Weltkriegen,« schreibt Hassner, »findet man wieder was ›die amerikanische Art und Weise der Kriegführung‹ genannt worden war, ein radikales Konzept, das den Charakter eines aggressiven, fokussierten Kreuzzuges hatte und die Formierung einer massiven militärischen Kraft und eine Operationspraxis einschloss, die angesichts des einzigen Ziels – nämlich den ›Sieg‹ – alle politischen Erwägungen über die Konsequenzen des Krieges beiseite schob (...) Die amerikanische militärische Tradition ist eine des vollständigen Engagements. Es geht tatsächlich um die Kunst siegreicher Schlachtenführung, nicht um den Sieg im Krieg. Diese amerikanische Art und Weise der Kriegführung ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern eine Alternative zur Politik. Krieg soll etwas leisten, was die Politik nicht leisten kann. Die Frage ob ein Krieg gerecht ist entsteht hinsichtlich seiner Ziele (*jus ad bellum*), nicht aber hinsichtlich der Art und Weise wie er geführt wird (*jus in bello*).«²³³ In den letzten fünf Monaten des Zweiten Weltkriegs starben 900 000 Japaner – ohne die Opfer der US-Atombomben; über eine Million Nord-

232 Siehe Russell F. Weigley: *The American Way of War*, Bloomington 1983 sowie Richard Lock-Pullan: *The U.S. Way of War and the »War on Terror«*, in: *Politics & Policy* 2/2006, S. 374-399 und Antulio J. Echevarria II: *Toward an American Way of War*, Strategic Studies Institute, U.S.Army War College, Carlisle 2004. Nach Vietnam fokussierte sich unter dem Einfluß der U.S. Army die militärstrategische Kultur auf die Idee von »technowars« und deren Gewinnbarkeit; sie vernachlässigte fast alle anderen sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Aspekte kriegerischer Konflikte.

233 Hassner, *United States*, S. 17, 28. Zu dieser Tradition gehört auch eine gewisse Kultur der Gewalt, für die eine Äußerung Joseph Goldbergs vom neokonservativen Magazin *National Review* stehen mag: »Alle zehn Jahre oder so müssen sich die Vereinigten Staaten irgendein kleines verrücktes Land schnappen und es an die Wand werfen einfach nur um zu zeigen, dass wir es Ernst meinen.« http://www.pittsburghlive.com/x/search/s_126234.html.

Farrell diskutiert den *American way of war* und verweist auf »technologischen Fetischismus, die Vermeidung eigener Gefallener und rechtlichen Pragmatismus«, d. h. ein pragmatisches »Umgehen rechtlicher Einschränkungen des Gebrauchs von Gewalt.« Theo Farrell: *Strategic Culture and American Empire*, in: *SAIS Review* 2/2005, S. 8, 13. Für die damit einhergehende Glorifizierung des Krieges und von Werten wie »Offensive«, »Attacke« oder »Kampf« stehen prominente Autoren wie Robert Kaplan, Victor David Hanson oder Michael Ledeen. Die rechtsimperiale Strömung operierte frühzeitig mit einer neuen moralischen Grammatik des Krieges, in dessen Zentrum ein militarisierter Nationalismus steht.

koreaner starben im Koreakrieg und etwas mehr als 36 000 US-Amerikaner; im Vietnamkrieg starben über 3 Millionen Vietnamesen und 58 000 Amerikaner.²³⁴ Die Gleichgültigkeit der Suprematie gehört dazu: nachdem der Beschluss gefasst worden war, den Irak anzugreifen, ging Bush hinaus auf den Rasen, um mit seinem Hund zu spielen.²³⁵

Die Wendung zur Politik der Prävention als Aggression

Die rechtsimperiale Strömung setzte zweitens deutlich auf die Doktrin der »preemption« (»Zuvorkommen«, »aktives Verhindern«) und vor allem der »prevention« (»Vorbeugen«, »Verhüten«). Die Begriffe haben ihre Wurzeln in den lateinischen Verben *praevenire* (zuvorkommen) und *praemere* (»das Recht, anderen beim Kauf zuzuvorkommen«), haben aber ihren Sinngehalt im militärischen Verwendungszusammenhang verändert. Im alltäglichen Sprachgebrauch wurden und werden sie oftmals austauschbar verwandt²³⁶. Beide Begriffe setzen jedoch Dominanz voraus. Dominanz macht Präemption wie Prävention möglich. Während Präemption eine völkerrechtlich legitimierte Handlung der Selbstverteidigung gegen einen nachweisbar und daher weitestgehend zweifelsfrei unmittelbar bevorstehenden oder sogar bereits stattfindenden Angriff meint (daher keine Deliberation und keinen Rückgriff auf andere Mittel erlaubt, insofern für eine Situation der Ausweglosigkeit steht), verzichtet der Präventionsgedanke auf diese Konditionen der Zweifelsfreiheit und nachweisbaren Realitätshaltigkeit²³⁷. Das Kriterium der Unmittelbarkeit einer Bedrohung, das die völkerrechtliche Zulässigkeit eines »vorbeugenden« Handelns bisher begründete, wird nun abgelehnt – denn die neue Spezifik terroristischer Angriffe ist, dass sie ohne Ankündigung und ohne Vorbereitung erfolgten, weshalb eine solche Unmittelbarkeit einer Bedrohung faktisch nicht existiere und daher auch nicht erkannt werden könne²³⁸. Der Präventionsgedanke operiert also mit einem weit größeren Zukunftshorizont und

234 John O'Loughlin: The political geography of conflict: Civil wars in the hegemonic shadow, MS Boulder 2004, S. 4. Hannah Fischer u. a.: American War and Military Operations Casualties: Lists and Statistics, CRS-Report for Congress, Washington v. 29. 6. 2007.

235 John Micklethwait, Adrian Wooldridge: The Right Nation: Conservative Power in America, New York 2004, S. 138.

236 Siehe Francois Heisbourg: A Work in Progress: The Bush Doctrine and Its Consequences, in: The Washington Quarterly 2/2003 S.75-88.

237 Vgl. Carl Kaysen u. a.: In Search of Balance, in: War with Iraq, Cambridge 2002, S. 3 f.

238 Vgl. Anthony Clark Arend: International Law and the Preemptive Use of Military Force, in: The Washington Quarterly 2/2003, S. 89-103 sowie Adam Roberts: Law and the Use of Force After Iraq, in: Survival 2/2003, S. 31-56. Paul Wolfowitz hat dies bereits in einer Rede vom 2. 12. 2002 vor dem IISS bekräftigt, siehe www.dod.gov/speeches/2002/s2002/s.20021202.depsecdef.html; s. a. Robert Jervis: Understanding the Bush Doctrine, in: Political Science Quarterly 3/2003, S. 371; Paul W. Schroeder, »Iraq: The Case Against Preemptive War«, American Conservative, 21. 10. 2002, http://www.amconmag.com/10_21/iraq.html. Siehe demgegenüber James J. Wirtz, James A. Russell: U.S. Policy on Preventive War and Preemption, in: The Nonproliferation Review 1/2003, S. 113-123, die keine bedeutsame Veränderung der Strategie sehen. Eine historischen Überblick gibt Mathew Baldwin: In Search of U.S. Grand Strategy: National Security Strategy since Goldwater-Nichols, Duke University 2003.

nimmt somit weit größere Unsicherheit und Zwiespältigkeiten in Kauf – und setzt politisch damit zugleich auf die *Handlungsfreiheit*, die sich aus solcher Unsicherheit ergibt. Präventivkriege zielen – soweit sie militärisch begründet werden – darauf ab, eine Bedrohung in statu nascendi zu beseitigen, bevor sie signifikant ausgeprägt ist, beispielsweise durch die »defense-by-denial« Strategie der präventiven Zerstörung der Rüstungs- und Kriegstechnikressourcen eines Kontrahenten. Sie kalkulieren auf Vorteil. *Präventive Kriegspolitik ist tendenziell von Aggression nicht mehr zu unterscheiden*. In den Worten des Präsidenten Bush im Begleitschreiben zur NSS: »Amerika wird gegen solche entstehenden Bedrohungen handeln bevor sie sich voll formiert haben.« Am Vorabend des Krieges im März 2003 äußerte sich Bush: »In einem Jahr, oder in fünf Jahren würde die Macht des Irak allen freien Nationen Schaden zufügen zu können um ein Vielfaches zugenommen haben...auf solche Feinde erst nachdem sie zugeschlagen haben zu reagieren wäre Selbstmord.«²³⁹ Wenn sich der Aspekt der Unmittelbarkeit der Bedrohung mithilfe einer Kosten-Nutzen-Kalkulation auf einen Zeitraum von fünf Jahren erstrecken kann, dann ist das Argument der Zeit als Rechtfertigung für eine militärische »Präventions«handlung ganz offensichtlich völlig außer Kraft gesetzt. Zudem ist in beiden Fällen unklar, ob und wie Bedrohungen als »ausreichend« bestimmt werden können. Im Kontext der Grundsituation seit 1989 geht es freilich um etwas völlig anderes: es gilt die Entstehung oder Konsolidierung einer starken Regionalmacht durch präventive Intervention zu verhindern. »Dieser neue Ansatz ist revolutionär«, urteilte der in Sachen Liberalimperialismus höchst erfahrene Henry Kissinger und formulierte deutliche Kritik: »Ebenso steht die Bereitschaft der USA zu »gerechtfertigten Präventivschlägen« im völligen Gegensatz zum modernen Völkerrecht.«²⁴⁰ Eine solche Auffassung verstößt gegen den NATO-Pakt und die Regelungen der UNO. Art.51 der UN-Charta lässt Gewaltanwendung durch einen Staat nur zu, wenn ein Angriff stattfindet oder unmittelbar bevorsteht. Es geht also nicht nur um Unilateralismus, sondern um seine Durchsetzung mit dem Mittel des Rechtsbruchs.²⁴¹

Das Mittel des Präventivkrieges war eine in den USA zuvor eher im Hintergrund gehaltene und selten artikulierte Option – Beispiele hierfür waren die Ein-

239 Zit. nach FR v. 20. 6. 2005, S. 7.

240 Henry Kissinger: Die USA brauchen eine Strategie für die Zeit nach Saddam, in: Welt am Sonntag v. 11. 8. 2002. Nach 9/11 hatte Kissinger freilich ganz gegenteilig formuliert, dass eine »präemptive Aktion gegen Bedrohungen der nationalen Sicherheit gerechtfertigt sein könnte«, zit. nach Saki Ruth Dockrill: Dealing with Fear: Implementing the Bush Doctrine of Preemptive Attack, in: Politics & Policy 2/2006, S. 348. Zur Unterminierung des kollektiven Sicherheitssystems s. Gerhard Stuby: Kollaps des kollektiven Sicherheitssystems? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2002, S. 1479 ff.

241 Vgl. Mary Ellen O'Connell: Pre-Emption and Exception: The US Moves Beyond Unilateralism, in: S+F 3/2002, S. 136. Israel bombardierte 1981 ein im Bau befindliches Atomkraftwerk im Irak und stelle dies als legitimen Präventivschlag dar; der Sicherheitsrat wie die USA verurteilten dies als Völkerrechtsbruch. Hier entwickelte sich auch eine heftige Kritik in den USA selbst, siehe z. B. Al Gore, für den diese Doktrin »eine Welt, in der sich die Staaten als dem Recht unterworfen betrachten« ersetzen würde mit »der Ansicht dass es kein Gesetz gibt sondern die Einsicht des Präsidenten der Vereinigten Staaten«, zit. nach Seymour M. Hersh: Who Lied to Whom?, in: The New Yorker v. 31. 3. 2003.

richtung eines *Office of Counterproliferation* unter Clinton, die Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen gegen Nordkorea²⁴² oder die Begründungen der Cruise-Missile-Attacken auf Afghanistan oder den Sudan unter Clinton. Im weit größeren Maßstab stand die Frage von Präventivkriegen freilich schon viel früher im Falle der Sowjetunion²⁴³, Chinas (unter Kennedy und Johnson) und bei zahlreichen »vorbeugenden« Interventionen der USA in Ländern der Dritten Welt von der Dominikanischen Republik bis Grenada oder Haiti und, vor allem, Kuba. Auch im Entwurf des »Defense Planning Guide« von 1992 ist die Rede von »Präemption« und Neokonservative wie Robert Kagan plädierten schon vor Bushs Regierungsübernahme für präventive Interventionen. Das Plädoyer für Präemption für eine schmale, seltene, aber äußerst gewichtige Klasse von Vorkommnissen und Situationen ist daher kein Spezifikum der Bush-Administration – sicherlich aber die Aufnahme einer Politik der *strategischen* Prävention in die militärische *Doktrin*²⁴⁴. Neu ist auch in der liberalen Öffentlichkeit der große Krieg gegen den Irak, der als erster großer Präventivkrieg einer liberaldemokratischen Großmacht gilt,²⁴⁵ wie auch die breite Umstellung auf eine Nuklearpolitik diesseits von Abschreckung und Eskalationskontrolle. Der Irakkrieg war gleichsam ein Dammbruch und führte zu weiterreichenden Vorschlägen wie zum Beispiel der Forderung nach allgemeiner Durchsetzung einer kollektiven »Pflicht zur Prävention«.²⁴⁶ Auch seitens prominenter amerikanischer Liberaler wurde an dieser Ausweitung der »Präemption« auf »Prävention« nur der Unilateralismus kritisiert und eine

242 Siehe Gu Guoliang: Redefine Cooperative Security, Not Preemption, in: *The Washington Quarterly* 2/2003, S. 136. Seit Nagasaki drohten die USA rund 20mal mit dem Einsatz von Nuklearwaffen, s. Joseph Gerson, *Ulysses or Icarus? The Bush Administration's Global Agenda and U.S. Resistance*, Rede auf der Konferenz des Europäischen Netzwerks für Frieden und Menschenrechte am 26. 6. 2003 in Brüssel. John Crouch, unter Bush Staatssekretär für internationale Sicherheitspolitik im Pentagon, plädierte für einen Erstschlag gegen die nuklearen Anlagen Nordkoreas.

243 Siehe Russell D. Buhite u. Wm. Christopher Hamel: *War for peace: The Question of American Preventive War against the Soviet Union, 1945-1955*, in: *Diplomatic History* 3 (1990), S. 367-385; Gregory F. Mitrovich: *Undermining the Kremlin: America's Strategy to Subvert the Soviet Bloc, 1947-1956*, Ithaca 2000; Peter Grose: *Operation Rollback: America's Secret War Behind the Iron Curtain*, Boston 2000; Marc Trachtenberg, *History and Strategy*, Princeton 1991, Kap. 3; William Burr, Jeffrey Richelson: *Whether to »Strangle the Baby in the Cradle«: The United States and the Chinese Nuclear Program, 1960-64*, in: *International Security* Winter 2000/01, S. 54-99 und Richard F. Grimmett: *Congressional Research Service Report for Congress*, Washington 2003.

244 Siehe zur verbalen Ablehnung von Präventivkriegskonzepten Truman's Äußerung »Sie verhindern nichts durch Krieg, außer den Frieden.« (Zit. nach Burns, *Preemption*, S. 11) oder von Eisenhower: »Jeder von Ihnen hat von dem Begriff »Präventivkrieg« seit den frühesten Tagen Hitlers gehört... Heutzutage glaube ich nicht, dass es so etwas gibt; und offen gesagt würde ich nicht einmal jemandem ernsthaft zuhören der hereinkäme und über so etwas reden würde.« (Zit. nach Jonathan Schell: *The Case Against the War*, in: *The Nation* v. 3. 3. 2003).

245 Siehe Randall Schweller: *Domestic Structure and Preventive War: Are Democratic More Pacific? In: World Politics* 2/1992, S. 235-269.

246 Lee Feinstein, Anne-Marie Slaughter: *A Duty to Prevent*, in: *Foreign Affairs* 1/2004, S. 136. Natürlich steht hier der russische Generalstabschef Baluyevsky nicht zurück, der im Januar 2008 erklärte: »Wir haben nicht die Absicht irgend jemandem anzugreifen, aber wir glauben es ist nötig, dass alle unsere Partner in der Weltgemeinschaft klar verstehen ... dass zur Verteidigung der Souveränität und territorialen Integrität Russlands und seiner Verbündeten militärische Kräfte eingesetzt werden, auch präventiv, einschließlich des Gebrauchs nuklearer Waffen«, siehe *BBC News* v. 19. 1. 2008. Ähnliches war schon vor Jahren vor allem von britischen, japanischen, französischen und australischen Regierungsvertretern zu hören.

multilateral arrangierte Präventionspolitik für durchaus akzeptabel erklärt.²⁴⁷ Oft wird auch eine Veränderung übersehen: galt die Politik der Prävention einst ganz wesentlich Akteuren *mit* nuklearen Fähigkeiten, so geht es heute auch in der Nuklearpolitik der USA um Kontrahenten, die *noch keine* nuklearen Kapazitäten haben.

Unter Bush wurden beide Optionen zu Lasten der Optionen der Eindämmung und Abschreckung aufgewertet und die Differenz zwischen Präemption und Prävention zugunsten der Ausweitung des Gedankens der Prävention verwischt²⁴⁸. Präventivkriegshandlungen werden nun explizit und extensiv als strategisches Mittel gedacht und zugelassen. Indem Präemption/Prävention von der taktischen auf die strategische Ebene verlagert wurden, wandelte die Doktrin eine Politik des letzten Auswegs in eine primär offensive Strategie.²⁴⁹ Der *Angriff auf Verdacht* – die *counterproliferation*, also gewaltsame Erzwingung – gilt als zulässig, wenn es um Militärschläge gegen terroristische Gruppen, diese unterstützende Staaten sowie gegen Staaten geht, die entweder bereits im Besitz von Massenvernichtungswaffen seien, dabei sind, solche zu erlangen oder gar nur danach streben: »Wir müssen«, heißt es in der NSS, »den Begriff des »unmittelbaren Drohens« anpassen an Fähigkeiten und Ziele unserer heutigen Gegner.«²⁵⁰ Plädoyers für die Politik der Prävention häuften sich nach *Nineeleven* massiv. Für ihren Tenor kann der Vortrag von Wolfowitz auf der 38. Münchner Konferenz zur Sicherheitspolitik am 2. Februar 2002 stehen: »Unser Ansatz muss sich auf Prävention und nicht nur auf Bestrafung konzentrieren. Wir befinden uns im Krieg. Selbstverteidigung erfordert Prävention und manchmal Präventivmaßnahmen. Man kann sich nicht gegen jede Bedrohung an jedem Ort zu jeder denkbaren Zeit verteidigen. Die einzige Verteidigung gegen den Terrorismus ist, den Krieg zum Feind zu bringen. (...) Wie Präsident Bush eindeutig klargestellt hat, weiß jetzt jede Nation, dass wir Staaten nicht akzeptieren können und werden, die die Agenten des Terrors finanzieren, ausbilden oder ausrüsten. Sie sind gewarnt worden; sie werden beobachtet, und sie werden zur Rechenschaft gezogen.«²⁵¹ Auch Rumsfeld erklärte kurz und bündig in einem PBS-Interview zwei Tage später: »Und der einzige effektive Weg

247 Siehe den Debattenbeitrag von Joseph Nye zu: *The Reluctant Empire: In a Time of Great Consequence*, in: *The Brown Journal of World Affairs* 1/2003, S. 23. Massenvernichtungswaffen im Besitz Saddam Husseins legitimierten für ihn Krieg. Die frühere Außenministerin Madeleine Albright formulierte, »(es) wäre hilfreich wenn jetzt die Doktrin der Präemption still aus dem amerikanischen Lexikon der nationalen Sicherheit verschwinden würde und in Reservestellung zurückkehren würde«, siehe Madeleine K. Albright: *Bidges, Bombs, or Bluster*, in: *Foreign Affairs* 5/2003, S. 18 f. Eine Reserve freilich – bleibt eine Reserve, die dazu da ist, gegebenenfalls wieder hervorgeholt zu werden.

248 Der frühere Außenminister Shultz plädierte für eine »hot preemption«, in: *Hoover Digest* 3/2002.

249 Siehe Daniel F. Marca: *Preemption in U.S. Strategic Culture*, Diss. Monterey Juni 2004, S. 3.

250 Formulierungen der NSS im Originalton sind etwa: »The U.S. can no longer solely rely on a reactive posture as we have in the past.« – »We cannot let our enemies strike first.« – »We must adapt the concept of imminent threat to the capabilities and objectives of today's adversaries.« – »To forestall or prevent hostile acts by our adversaries, the U.S. will, if necessary, act preemptively.« – »We must build and maintain our defenses beyond challenge« and »dissuade future military competition.«

251 <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Sicherheitskonferenz/wolfowitz.html>.

der Verteidigung ist es, den Kampf dorthin zu tragen, wo die Terroristen sind...«²⁵² In seiner Rede in West Point hob Bush diese Veränderung klar hervor. Die klassische Politik versage in der Situation des Terrors: »Für einen großen Teil des letzten Jahrhunderts baute die Verteidigung Amerikas auf die Doktrinen des Kalten Krieges der Abschreckung und Eindämmung. In einigen Fällen können diese Strategien weiterhin angewandt werden. Aber neue Bedrohungen verlangen auch neues Denken. Abschreckung – die Aussicht auf massive Vergeltung gegen Nationen – bedeutet nichts für terroristische Schattennetzwerke, die keine Nation oder Bürger verteidigen müssen. Eindämmung ist nicht möglich wenn unberechenbare Diktatoren mit Massenvernichtungswaffen diese Waffen mit Raketen einsetzen können oder sie versteckt ihren terroristischen Alliierten zur Verfügung stellen.«²⁵³

Imperiale Souveränität als Projekt

Die deutliche Umstellung auf eine von Aggression kaum noch unterscheidbare Politik der Prävention repräsentiert den *Übergang zu einer Politik der souveränistischen Prävention*. Sie steht für eine neue Dynamik des »hegemonialen Völkerrechtsnihilismus« (Norman Paech) der Bush-Administration und der rechtsimperialen Richtung, insbesondere der Neokonservativen. Dahinter steht die Idee, *dass in der zukünftigen Weltordnung allein den USA eine Souveränität zukommt, die sich global realisieren kann*: »Der Kurs dieser Nation hängt nicht von den Entscheidungen anderer ab« (Bush).²⁵⁴ Neben einer *Doktrin und Politik des entgrenzten Krieges* und der *Politik der strategischen Prävention* hat sich als drittes Moment des politischen Paradigmas der rechtsimperialen Richtung ein neues *souveränistisches Projekt* etabliert, das vorgab, die Institutionen Amerikas zu verteidigen gegen die in seiner Sicht expansionistischen Regeln einer multilateralen Weltordnung, die allerdings ihrerseits von eben diesem Amerika geschaffen worden war.²⁵⁵ Diese Verträge und Konventionen haben in dieser Sicht in erster Linie (wenn nicht gar ausschließlich) den Zweck, »amerikanische Macht einzuengen und zu kontrollieren«.²⁵⁶ Dementsprechend entstand im Rechtswesen eine »nationalistische« (Koh) Schule, die zu begründen versuchte, dass die USA in hohem Maße inter- bzw. transnational ausgerichtete und basierte Regelungen umgehen

252 http://www.pbs.org/newshour/bb/military/jan-june02/rumsfeld_parttwo_2-4.html.

253 George W. Bush, »Remarks at 2002 Graduation Exercise of the U.S. Military Academy«, West Point, NY v. 1. 6. 2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html>. Dreizehn Tage nach dieser Rede sprach Bush bei einem Gelddinner in Texas bereits von »unserer neuen Strategie der Präemption«, John Micklethwait, Adrian Wooldridge: *The Right Nation: Conservative Power in America*, New York 2004, S. 213. Siehe auch Nicholas Lemann: *The War on What?*, in: *The New Yorker* v. 16. 9. 02. Die Reden Bushs in West Point und Fort Drum im Juni 2002 basierten auf zwei geheimen Direktiven, die der Präsident ebenfalls im Juni 2002 zeichnete: die National Security Presidential Directive 17 und die Homeland Security Policy Directive 4 (NSPD-17/HSPD-4), deren nicht-klassifizierten Teile am 12. 12. 2002 bekanntgegeben wurden.

254 Am 28.1.2003, siehe NYT v. 29.1.2003.

255 Siehe Jeremy Rabkin: *Why Sovereignty Matters*, Washington 1998.

256 Jeane J. Kirkpatrick: *American Power – For What?*, in: *Commentary* 1/2000, S. 34; siehe auch Nicholas Thompson, *John Bolton vs. the World*, www.salon.com v. 16. 7. 2003.

oder ignorieren müssen.²⁵⁷ Der Neokonservative Bolton nannte die nationalistischen »neuen Souveränisten« schlicht »Americanists«, die den »Globalists« gegenüberstünden.²⁵⁸ Diese Positionierung zeigte sich am deutlichsten am Irakkrieg. Seine Propagandisten waren sich durchaus im Klaren darüber, dass er internationalem Recht widersprach: nach dem Krieg konzedierte Richard Perle: »Ich denke, dass in diesem Fall das internationale Recht einem richtigen Handeln im Weg stand.«²⁵⁹ Die imperiale Dimension der souveränistischen Kampagne nun zeigt sich im Gedanken der globalen Souveränität. Er meint, dass die USA international *unilaterale Regeln* (z. B. über Allianzen und Blockbildungen) setzen, *universell gültige Zielsetzungen* formulieren (»expand liberty«), den Krisenfall (»Notstand«) bestimmen und die *Unterscheidung zwischen Freund und Feind* wie die damit verknüpfte Entscheidung über den Einsatz von *Gewalt* treffen. Auf neue Weise basiert die Macht der USA im internationalen System dabei auf ihrer Rolle bei der *Definition des Terrorismus und der Terroristen* als den »Feinden«, die sie letztlich exklusiv und souverän beansprucht. Die globale Definition des Feindes »Terrorist« liegt heute faktisch souverän bei den USA, welche diesen Feind »Terrorist« auf spezifische Weise definieren, indem sie ihn als partiell bereits als *outlaw* charakterisieren, als Subjekt, das außerhalb des Rechts steht. Im rechtlichen Raum, der nach 9/11 aufgebaut wurde, entwickelte sich unter dem Einfluss von John Yoo daher eine Schule, die Folter rechtfertigte und die Einhegungen der Kriegsführungen versuchte außer Kraft zu setzen²⁶⁰. Die USA allein ist hiernach zur Disziplinierung des neoliberalen Globalkapitalismus imstande. Sie geht höchstens temporäre, begrenzte Allianzen zwischen Ungleichen ein. Die Ordnung der Welt, um die es geht, ist kein gemeinsames Werk großer Mächte, sondern das Ergebnis militärischer Hegemonie der USA. Sie ist der Systemadministrator der Globalisierung²⁶¹, wieder ein moderner Leviathan also. Sie repräsentiert zuallererst eine Kultur der globalen Dominanz und Autorität, wie der »Gottvater« des amerikanischen Neokonservatismus – Irving Kristol – schon im Jahr 2000 in einem Gespräch mit Corey Robin ausführte: »Was macht es für einen Sinn die größte, mächtigste Nation in der Welt zu sein und doch keine imperiale Rolle zu

257 Beispielsweise hatte der US-amerikanische Senat bis zum Juni 2003 nur 14 von 7147 Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert, darunter gerade 2 der 1205, die von der ILO als »fundamental« definiert wurden, siehe Ruggie, *Exceptionalism*, Anm. 75.

258 John Bolton: *Should We Take Global Governance Seriously?*, in: Ruggie, *Exceptionalism*.

259 <http://www.guardian.co.uk/Iraq/Story/0,2763,1089158,00.html>. Schließlich, so Charles Krauthammer, sei die Welt nicht von »der Herrschaft des Rechts«, sondern vom »Recht des Dschungels« beherrscht und letztere in erstere zu verwandeln sei schlicht verrückt (»crazy«): siehe Charles Krauthammer: *Democratic Realism. An American Foreign Policy for a Unipolar World*, AEI Washington 2004, S. 8 f. Eine vom Gesetz des Dschungels beherrschte Welt kann nur von den USA zusammengehalten werden: »Was hält das internationale System zusammen? Was verhindert seine Degeneration in die totale Anarchie? (...) In der unipolaren Welt, in der wir wohnen, ist jegliche Stabilität die wir heutzutage genießen der überwältigenden Macht und Abschreckungspotenz der Vereinigten Staaten zu verdanken.« (ebd., S. 10).

260 John Yoo: *The Powers of War and Peace: The Constitution and Foreign Affairs After 9/11*, Chicago 2005.

261 So der Begriff in Thomas P.M. Barnett and Henry H. Gaffney Jr., *Global Transaction Strategy*, in: *Early Bird Supplement* v. 30. 4. 2003.

spielen? Von so etwas hat man in der Geschichte noch nicht gehört. Die mächtigsten Nationen spielten immer eine imperiale Rolle. (...) Ich denke es wäre für die Vereinigten Staaten ganz natürlich...eine weitaus dominierendere Rolle in der Welt zu spielen. Nicht das was wir jetzt tun, sondern zu kommandieren und Anordnungen über das zu geben, was getan werden muss. Die Völker brauchen das. Es gibt viele Teile in der Welt – Afrika ganz besonders – wo eine Autorität die bereit ist, Truppen einzusetzen, einen sehr guten Unterschied macht, einen gesunden Unterschied.«²⁶² Bei diesem Gedanken eines *exklusiven* Rechts auf präventive militärische Intervention überall auf der Welt geht es um den *Übergang von einem unipolaren hegemonialen zu einem unipolaren imperialen System*. Dass sich ein solches rechtsimperiales Projekt seit 1989 langsam in den Vordergrund geschoben hat, machtfähig wurde und nun mit dem bisherigen hegemonialen Projekt konkurriert, ist das Neue. Im Endergebnis fasst sich in ihm die imperiale Variante einer Überwindung des klassischen, an den Territorialstaat gebundenen Souveränitätsgedankens und seiner Ordnungsidee zusammen, in deren Zentrum die souveräne Gleichheit aller Nationalstaaten, das Gewaltverbot und das Interventionsverbot standen, deren Elemente der Gewalteinhegung – so schwächlich sie auch sein mochten – nunmehr relativiert und letztlich beseitigt werden sollen.

Die aus militärischer Überlegenheit kommende Risikolosigkeit macht Regellosigkeit zur Verlockung. Unkalkulierbarkeit als chaotisches Moment politischer Macht kann sich breitmachen, *Ausnahmeräume der Regellosigkeit* können gebildet werden und vor allem: es geht um die Etablierung formeller Ungleichheit im Staatensystem. Die USA beanspruchen eine exzeptionelle Position, die anderen nicht zusteht: *double standard* (Koh) oder *American exemptionalism* (Ruggie). *Hier ist ein wesentlicher Übergang von einem unipolaren hegemonialen zu einem unipolaren imperialen System gegeben, denn damit wird die Norm der formalen souveränen Gleichheit von Staaten zurückgewiesen, auf welcher das internationale Recht beruht*. Ein Konzept differenzierter Souveränität wird explizit verfochten. Dies läuft auf die Bildung eines hegemonialen Rechtssystems hinaus, welches übrigens auch das »Recht« anschließt, die Oberhäupter anderer Staaten mit militärischen Mitteln zu töten oder die frappante Ungleichheitseffekte der Regelungen des Atomsperrvertrages oder der Rechtskonstellation im Weltsicherheitsrat zu zementieren. Die USA weigern sich, denselben Regeln zu folgen wie die anderen Staaten – das ist der Preis, den die Welt für die unipolare Bereitstellung von militärischer Sicherheit bezahlen muss. Eine Option wurde eröffnet für einen Weg zurück in eine Zeit, in der staatliche Souveränität auch uneingeschränkte Kriegsführungssouveränität bedeutete. Die Souveränität globaler Macht wird dabei militärisch, oft geradezu manichäisch und mit einem dauernden

262 Corey Robin: *Endgame. Conservatives after the Cold War*, in: *Boston Review* 1/2004 S. 26. Ähnlich Niall Ferguson: *Colossus: The Price of America's Empire*, New York 2004. Derlei imperialer Enthusiasmus ist natürlich unappetitlich für jene, die nicht so hoch springen können, siehe etwa Alexander Gauland in der FAZ v. 16. 3. 2003 »Amerika ist das neue Rom, ein amerikanisches Imperium ... deren militärische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanz sich wie ein Alb auf die Welt legt.«

Einsatz moralischer Kategorien gedacht – das Konzept einer vermittelnden Friedensmacht kommt hier nicht ins Blickfeld.

Hiermit aber öffnet sich ein Weg zur Entwicklung und Ausarbeitung einer konstitutionellen Struktur eines (eben nicht nur informellen) Empires. Denn die neu legitimierte Form der Kriegführung, um die es geht, ist begrenzt auf eine Macht: die USA. Eine Ausnahme soll es geben und die Etablierung dieser Ausnahme wird betrieben. Niemand sonst, warnt die NSS, soll das Recht auf Präventivkriegshandlungen beanspruchen.²⁶³ Die USA verweigern sich zugleich dem neu entstandenen Regelwerk, für »fragwürdige« militärische Handlungen in Rechenschaft gezogen zu werden, indem sie sich nicht nur dem Mechanismus des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) entziehen, sondern ihn zugleich aktiv zu unterlaufen versuchen – zweifellos der größte Erfolg der »new sovereigntists« (Spiro). Es geht hier um die Beanspruchung von Sonderrechten für Bürger der USA und diese selbst und um das alleinige Recht der USA, Rechte jenseits des eigenen Territoriums zu beanspruchen. Zur Durchsetzung dieser Zielsetzung verabschiedete der Kongress einen Gesetzeszusatz, wonach die USA ihre Militärhilfe allen Ländern versagen können, die den ICC ratifizierten. Im Juli 2003 froren die USA die Militärhilfe für 35 Länder ein, die sich weigerten, US-Soldaten aus der Rechtsprechung des ICC auszunehmen. Schließlich zeichneten über 60 Länder bilaterale Verträge mit den USA, in denen sie zusicherten, vor dem ICC nichts gegen amerikanische Truppen vorzubringen – die Liste dieser Länder steht recht klar für den gegenwärtigen Umriss des American Empire.

Der analoge Gedanke der Rechtsbeugung liegt übrigens der Praxis zugrunde, »Verdächtige« an Drittstaaten abzugeben, um diese solchen Befragungs- und Folterpraxen auszusetzen, die nach amerikanischem Recht verboten sind – dazu gehören Länder wie Ägypten, Saudi Arabien, Jordanien, Pakistan, Usbekistan und Syrien.²⁶⁴ Eine entsprechende Order des Präsidenten gab ihm das Recht, mit der Genfer Konvention eine internationale Konvention zu ignorieren, die seit 140 Jahren Regeln der Kriegführung fixierte. Zuvor schon war eine Militärorder ergangen, welche Gefangenen des US-Militärs in Afghanistan den Kriegsgefangenenstatus verweigerte, so dass sie unbeschränkt und ohne anwaltlichen Schutz gefangen gehalten werden konnten.

263 Siehe Peter Spiro: *The New Sovereigntists: American Exceptionalism and Its False Prophets*, in: *Foreign Affairs* 6/2000, S. 9-16. Derlei Verwandlung des Reich des Rechts in ein Recht des Reichs wird diskutiert in S. Amy Bartholomew (Hg.): *Empire's Law: The American Imperial Project and The »War to Remake the World«*, London 2006. Hier ist – nach dem US-Militärsouveränismus, der fieberhaften Arbeit an differenzierten US-Grenzregimes überall in der Welt und dem Handels- und Rohstoffbilateralismus – ein Schritt von einem informellen zu einem formellen Empire am deutlichsten sichtbar. Dies ist freilich kein »Rückfall« in einen alten territorialen Kolonialimperialismus. Siehe dazu Mansell, Wade/Haslam, Emily: *John Bolton and the United States' Retreat from International Law*, in: *Social & Legal Studies* 4/2005.

264 Zu dieser modernen Praxis des outsourcing siehe Tony Judt: *The New World Order*, in: *NYRB* v. 14. 7. 2005. In den eigenen Befragungsstätten im Irak, Afghanistan und auf Guantanamo Bay starben bis Mitte 2005 mindestens 27 Verdächtige. Im Herbst 2006 konzedierte Bush ungerührt die Existenz von CIA-Gefängnissen.

Ein weiteres Element dieser Politik der Souveränitätssicherung ist die schon von Clinton nach dem Desaster in Mogadischu Anfang Mai 1994 unterzeichnete *Presidential Decision Directive 25*, welche die Möglichkeiten der Kommandierung von US-Streitkräften durch Ausländer strikt begrenzte. Weiter geht es darum, Interventionen zu realisieren, die auf »Regimewechsel« zugunsten eines genehmen politischen Regimes zielen – im Unterschied zu »humanitären« und »menschenrechtlichen« Interventionen, die auf extrem gravierende Verletzungen von Menschenrechten (z. B. durch Genozide) zielten oder auf die Beseitigung der aktuellen Gefährdung einer regionalen oder internationalen Sicherheitsstruktur, ggf. auch zur Wiedereinsetzung eines legitimen Regimes durch Beseitigung eines de facto illegalen Regimes, keineswegs aber vordergründig auf politisch opportunen Regimewechsel – und die im übrigen über ein internationales (multilaterales) Regelwerk implementiert werden²⁶⁵.

Die Öffnung der Option, dass Mächtige ihnen nicht genehme schwache Regimes mit militärischer Gewalt beseitigen, ist im Sog der Bush-Politik mittlerweile sogar wieder für den klassischen Liberalismus und Linke akzeptabel geworden.²⁶⁶ Diese Entwicklung ist weitreichend: bislang verbieten die weltrechtlichen Regelungen »nicht nur symmetrische bewaffnete Konflikte von Staaten gegen Staaten, sie verbieten »bewaffnete Konflikte« schlechthin, sie machen keinen Unterschied zwischen Staaten- und Bürgerkriegen, zwischen einem Kampf gegen Staatsterrorismus und gegen privaten Terrorismus...das heißt eben auch: von keinem Staat der Welt (...) darf Gewalt ausgehen, sei es durch Private, deren Tun vom Staat geduldet wird, sei es durch territoriale öffentliche Gewalt...der einzige Fall von gerechtfertigter Gewaltanwendung ist in der Weltgesellschaft der der »Verteidigung«...was eine »Verteidigungshandlung« ist, bestimmt das Recht. So ist nicht die Linie zwischen Freund und Feind, sondern die Linie zwischen (verbotenem) Angriffskrieg und (erlaubter) Verteidigungshandlung die dünne Brücke über dem Abgrund der Moderne.«²⁶⁷ Die Frage nach dem *ius ad bellum* ist klar beantwortet worden: Angriffskriege sind geächtet. Auch die Frage nach dem humanitären Kriegsrecht (*ius in bello*) galt lange Zeit als beantwortet. Nun aber wird das Ende einer Zeit eingeläutet, in der die Rechtsgleichheit zwischen den Nationen nicht nur die reale Ungleichheit zwischen dem Zentrum und der Peripherie maskierte, sondern auch die neuen Formen der Hierarchisierung zwischen den entwickelten Staaten selbst und ihren Bündnissen.²⁶⁸

265 Mit Samantha Poewer: *A Problem from Hell. America and the Age of Genocide*, New York 2002 ist festzuhalten, das zahlreiche Genozide des letzten Jahrhunderts für die USA kein Anlass für Interventionen waren. Siehe dazu im Übrigen Pascal Boniface: *What Justifies Regime Change*, in: *The Washington Quarterly* 3/2003, S. 61-71.

266 Siehe Stanley Hoffmann: *America Goes Backward*, in: *NYRB* v. 12. 6. 2003, der die Bush-Politik scharf kritisiert – und dann dafür plädiert, solche Regimewechsel von einer Assoziation liberaler Demokratien zu besorgen. Ebenso Dick Howard: *Chances for a Left Foreign Policy*, in: *Logos* 2.1. (Winter 2003): »Die Linke sollte für Interventionen eintreten, um die Demokratie zu unterstützen.«

267 Andreas Fischer-Lescano: *Angriff auf die Verteidigung*, in: *FR* v. 18. 1. 2003

268 So Leo Panitch, Sam Gindin: *Superintending Global Capital*, in: *New Left Review* 35 (2005), S. 104.

Die Kehrseite des souveränistischen Projekts ist eine *Politik der Abwertung*. Eine weitreichende Bindung an internationale Allianzen und insbesondere an die UNO bzw. an Konzepte multilateralen Konfliktmanagements wird als Einengung der Handlungsfreiheit der USA abgelehnt: »Die Vereinigten Staaten sind darauf eingerichtet, unabhängig zu handeln, wenn eine kollektive Aktion nicht arrangiert werden kann.«²⁶⁹ Kooperation mit Alliierten soll nur eine Sache der Wahl, nicht der Notwendigkeit sein. Der sich artikulierende Anspruch auf globale Souveränität (»freedom from attack and freedom to attack«) schließt ein die Abwertung internationaler Einbindungen durch multilaterale Verträge, internationale Institutionen und Bündnisse, die möglichst weitgehende Durchsetzung amerikanischen Rechts im internationalen Maßstab und eine Art US-amerikanischer Breschnew-Strategie der »begrenzten Souveränität«. Der ehemalige *Director of Policy Planning* des Powell-Außenministeriums Richard Haass hat dies ungewöhnlich klar formuliert: »Was man bei dieser Administration beobachten kann ist die Entstehung eines neuen Prinzips oder eines Ideenkörpers – ich bin nicht sicher, ob wir es damit schon mit einer Doktrin zu tun haben – über das, was man die Grenzen der Souveränität nennen könnte. Souveränität beinhaltet Verpflichtungen. Eine ist, nicht deine eigenen Leute umzubringen. Eine andere ist, in gar keiner Weise den Terror zu unterstützen. Wenn eine Regierung diese Verpflichtungen nicht einhält, dann wird sie mit dem Entzug einiger der normalen Vorteile von Souveränität bestraft, einschließlich des Rechts, innerhalb seines eigenen Territoriums alleine zu bleiben. Andere Regierungen, die Vereinigten Staaten eingeschlossen, gewinnen dann das Recht auf Intervention. Im Falle des Terrorismus kann dies sogar zu einem Recht auf präventive oder vorbeugende Selbstverteidigung führen. Man kann präventiv agieren wenn man Gründe hat zu glauben, dass die Frage des Angegriffenwerdens nur noch um eine Frage des Wann und nicht des Ob ist.«²⁷⁰

Steht somit auf der einen Seite die Relativierung des Souveränitätsprinzips und die Inanspruchnahme eines US-amerikanischen Rechts auf Intervention in andere Nationalstaaten, so steht auf der anderen Seite die Ab- und Entwertung trans- und internationaler Regime. Es gibt eine Fülle von abwertenden Äußerungen aus dem Kreis der Neokonservativen um Bush. Von Bolton ist der Satz überliefert: »es gibt kein solches Ding wie die Vereinten Nationen... wenn das UN-Gebäude in New York 10 Stockwerke verlieren würde, würde das nicht den geringsten Unterschied

269 NYT v. 22. 9. 2002. Siehe auch Robert Kagan, *Multilateralism, American Style*, in: WP v. 13. 9. 2002: »Für die meisten amerikanischen Multilateralisten ist der UN-Sicherheitsrat nicht die letzte Autorität. Das ist so eine Art Beratungseinrichtung. Wenn sie die richtige Empfehlung macht, stärkt sie unsere Sache. Wenn nicht, kann man sie immer ignorieren.«

270 Zit. nach Nicholas Lemann: *The Next World Order*, in: *The New Yorker* v. 1. 4. 2002. Dahinter steht ebenfalls, dass ein »intelligenter Unilateralismus« der USA beansprucht, unter militärischen Aspekten in die Innenpolitik anderer Länder zu intervenieren, siehe Anne Appelbaum: *The New World Order*, *Hoover Digest* 3/2002: »... Was wir brauchen, ist nicht arroganter, sondern intelligenter Unilateralismus... mit der Zeit werden wir nach meiner Meinung nicht nur an den Atomprogrammen anderer Völker interessiert sein, sondern auch an ihrer Einwanderungs- und Asylpolitik; an ihren Polizeikräften; und vor allem an ihren Bildungssystemen.« Haass verließ 2003 das Außenministerium und wurde Präsident des ältesten US-Think Tanks Council of Foreign Relations (CFR). Der Gedanke der abgestuften Souveränität aber hat sich weit verbreitet.

machen« und: »Es gibt eine internationale Gemeinschaft, die von der einzigen Wirklichen geführt werden kann, die in der Welt übrig geblieben ist, und das sind die Vereinigten Staaten – sofern es unseren Interessen dient und wenn wir andere dazu bringen können, sich uns anzuschließen.«²⁷¹ Bush selbst gab seiner Befürchtung Ausdruck, der Sicherheitsrat sei »ein hohler Diskutierclub«²⁷². Rice verspotete bereits im Wahlkampf die Annahme, Macht werde durch Zustimmung der UN oder vieler Staaten legitimiert.²⁷³ Richard Perle schrieb unter anderem, dass »Sicherheit durch internationales Recht, garantiert durch internationale Institutionen« eine in »intellektuellen Trümmern« liegende »liberale Eitelkeit« sei.²⁷⁴ Folgerichtig wurde der Posten des US-Botschafters bei den Vereinten Nationen herabgestuft und verlor den bisherigen Kabinettsrang.

Eine Entwertung oder gar Auflösung der Kerninstitutionen der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen internationalen Ordnung (UN-System, NATO), deren Wurzeln 1941 gelegt wurden, ist von einem solchen »unilateralen Internationalismus« nicht immer unmittelbar intendiert – aber immer öfter. Die Destabilisierung internationaler Sicherheitsregimes wird nicht nur in Kauf genommen, sondern vielmehr aktiv betrieben mit dem Ziel, die geschichtliche Errungenschaft der Einhegung des Krieges durch die UN-Charta aufzuheben und die Selbstbindung des Staates USA an das Völkerrecht zu relativieren. Regelungen einer multilateralen Rüstungskontrolle wurden geschwächt: der ABM-Vertrag wurde im Dezember 2001 aufgekündigt, eine Stärkung des Biowaffen-Abkommens auf der 5. Überprüfungskonferenz Ende 2001 scheiterte am Widerstand der USA²⁷⁵. Die Privatisierung des Militärs und einzelner militärischer Funktionen ist ein wesentliches Element der Destabilisierung politisch-juristischer Kontrollregimes. Im Effekt ist die Abwertung der NATO als Vehikel zur Durchsetzung US-amerikanischen Einflusses offensichtlich und die Renationalisierung der Militär- und Sicherheitspolitik ein allorten sichtbarer Prozess, so dass eine NATO mit vier Millionen Soldaten unter Waffen und die transatlantischen Beziehungen insgesamt sich mittlerweile in der größten Krise ihrer Geschichte befinden²⁷⁶. Im Verlauf des Jahres

271 Zit. nach Frances FitzGerald: *George Bush & the World*, in: *The New York Review of Books* v. 26. 9. 2002; siehe auch die Website des Council for a Livable World.

272 *Berliner Zeitung* v. 5. 2. 2003.

273 Rice amüsierte sich über die Ansicht, »dass die Unterstützung von vielen Staaten – oder, besser noch, von Einrichtungen wie den Vereinten Nationen – für die legitime Ausübung von Macht essentiell sei«, zit. nach Robert Kagan: *America's Crisis of Legitimacy*, in: *Foreign Affairs* 2/2004.

274 *Spiegel-Online* v. 28.3.2002. Siehe auch seinen Beitrag vom 2. 12. 2002 vor der Trilateralen Kommission.

275 Peter Rudolf: *Wie der 11. September die amerikanische Außenpolitik verändert hat. Bilanz nach einem Jahr*, in: *swp-aktuell* 33, September 2002.

276 Javier Solana vermerkte zu den Konsequenzen der Anrufung des Bündnisfalles nach 9/11 (Art. 5 NATO-Vertrag): »Die NATO rief ihre geheiligste Formel an, die in der Vergangenheit niemand anzurühren gewagt hatte, und es war nutzlos! Absolut nutzlos! Zu keiner Gelegenheit hat Gen. Tommy Franks auch nur mit irgend jemandem von der NATO gesprochen.« Zitiert nach James Kitfield, »Pox Americana?«, in: *National Journal*, v. 6.4.2002 S. 986. Clintons Krieg im Kosovo sollte zeigen, dass die Unterstützung der UNO für einen durch die NATO unterstützten US-Krieg unnötig sein; der Irakkrieg sollte zeigen, dass auch die NATO für solches nicht gebraucht wird.

2003 dann trat die Abwertungsrhetorik in den Hintergrund, statt dessen ging es um die Frage der Transformation vorhandener internationaler Einrichtungen zu Organisationen, die Träger revisionistischer Politik im Dienste der »Freiheit« sein können.

In einem souveränistischen Projekt korreliert mit der Kultur und Politik der *Abwertung* der Kontrapunkt der *Selbststärkung* und der *Suprematie*. Hinter der massiven Akzentuierung der militär- und sicherheitspolitischen Handlungsfreiheit der USA unter Bush verbirgt sich eine Ideologie der Suprematie: »Jene Nation ist einzigartig, aber Amerika ist die Einzigartigste« schrieb dazu recht spöttisch *US News & World Report* am 28. Juni 2004.

Das souveränistische Projekt neuimperialer Überlegenheit hat einen ungewöhnlich stabilen, traditionsstarken Hintergrund, der seine Alltagswirksamkeit und hohe Akzeptanz, seinen *Normalismus* also erst ermöglicht. Es reaktivierte nämlich in ungewöhnlicher Weise weniger den Rassismus der Weißen als den patriarchalen Maskulinismus und die religiös eingefärbte Moralideologie des zivilreligiösen »American Creed« (Lipset) und damit des US-amerikanischen *exceptionalism*.

Der Begriff »American Exceptionalism« soll von Alexis de Tocqueville eingeführt worden sein, popularisiert wurde er jedoch von Max Lerner in seinem Buch *America as a Civilization* (New York 1957). Selbstverständlich ist die amerikanische Geschichte voller Selbstbilder der Überlegenheit, Besonderheit und Auserwähltheit – dafür stehen etwa Formeln wie »Gottes neues Israel«, »City upon a Hill«, »Manifest Destiny«, »Pax Americana«, »Arsenal der Demokratie«, »Führer der Freien Welt«. Dieser Ideologie liegt zunächst ein teleologisches Geschichtsverständnis zugrunde, für das Begriffe wie »Fortschritt« und »Verbesserung« Sinn machen. Es gibt eine Traditionslinie von Tom Paine's »Wir haben es in unserer Macht die Welt von Neuem zu beginnen« oder Thomas Jefferson's Glaube dass das amerikanische System sich weltweit ausbreiten werde (»in einige Teile früher, in andere später, aber letztendlich in alle«) über Woodrow Wilsons Erklärung dass »jede Nation der Welt unter die Schutzherrschaft Amerikas genommen werden muss« bis hin zu George W. Bushs Formulierung in seiner Rede in West Point in Worten, die später in der NSS aufgenommen wurden: »Das zwanzigste Jahrhundert endete mit einem einzigen überlebenden Modell des Menschheitsfortschritts, das basiert auf den nicht-verhandelbaren Forderungen nach menschlicher Würde, den Gesetzen des Rechts, den Begrenzungen des Staates, dem Respekt für Frauen und Privateigentum und freier Rede und gleichem Recht und religiöser Toleranz.«²⁷⁷ Dementsprechend gehe es darum, die Welt als Ganze nicht nur sicherer, sondern auch *besser* zu machen – nach dem amerikanischen Modell, das sich als das erfolgreichste herausgestellt habe und das Menschheitswerte am exzellentesten repräsentiere (eben nicht nur die der USA oder der westlichen Zivilisation), wie beispielsweise ein Tony Blair am 1. Oktober 2002 auf ei-

277 Zit. nach Michael Hirsh: Bush and the World, in: Foreign Affairs September / October 2002. Auffällig, dass die Forderung nach Demokratie nicht zu diesem Katalog gehört. Wilson wird zitiert in der NYTBR v. 12. 9. 2004, Paine von Halper / Clarke, *America Alone*, S. 159.

nem Parteitag der Labour-Party hervorhob. Amerika, so Bush, sei »auserwählt von Gott und beauftragt von der Geschichte ein Modell für die Welt zu sein.«²⁷⁸ Mit einem imperialen oder imperialistischen Design hat dies im Selbstverständnis der Akteure nichts zu tun. Herman Melville, der Autor von *Moby Dick*, hat 1850 in *White-Jacket* die Grundelemente der amerikanischen Zivilreligion der Exzeptionalität, Auserwähltheit und der Reinheit der Absichten mit großer Pathetik und Intensität umrissen.²⁷⁹ Am Ende des ersten Weltkriegs hat Woodrow Wilson diesen elitistischen Exzeptionalismus kurz und bündig expliziert: »Amerika hatte das unbegrenzte Privileg sein Schicksal zu erfüllen und die Welt zu retten.«²⁸⁰ Amerika steht im Mittelpunkt – und wer schon im Zentrum des Universums steht, hat es zum *Master of the Universe* nicht wirklich weit. Als auserwählte Vermittler zwischen Himmel und Erde zu wirken war schon die Bürde der Protagonisten der frühen imperialen Projekte (der »Söhne des Himmels«).

Edward Said hat im Vorwort zu seinem Buch *Orientalism* darauf hingewiesen, dass bei aller Spezifik der *american exceptionalism* ein besonders ausgeprägter und relevanter Unterfall einer allgemeinen Erscheinung ist: Imperien nehmen immer Exzeptionalität für sich in Anspruch, wenn sie ihre ganz besondere Position in der Welt denken.²⁸¹ Das ist sicherlich richtig, doch es bleibt die Frage der Besonderheit. Die Spezifik der amerikanischen Außergewöhnlichkeit hat ohne Zweifel sehr viel mit Religion zu tun. Es gibt ein ganzes Bündel von ideologischen Artefakten, die den *American Creed* und damit auch den amerikanischen Nationalismus ausmachen (»Freiheit«, »Konstitutionalismus«, »Recht«, »Demokratie«, »Individualismus«, »Egalitarismus«, »Auserwähltheit«, »Überlegenheit«, »Fortschritt«) und die sich als Zivilreligion konstituieren. Samuel Huntington hat diese Besonderheit des amerikanischen Nationalismus gut beobachtet: »Es ist möglich von einem politischen Ideenkörper zu sprechen der einen »Americanism« auf eine Weise konstituiert, wie man niemals von »Britishism«, »Frenchism«, »Germanism« oder »Japaneseism« sprechen könnte. In diesem Sinne ist Amerikanismus vergleichbar mit anderen Ideologien und Religionen... Die Zurückweisung der zentralen Ideen dieser Doktrin bedeutet unamerikanisch zu sein... Diese Identifikation der Nationalität mit politischen Glaubenssätzen oder Werten macht die Vereinigten Staaten buchstäblich einzigartig.«²⁸²

278 In einer Rede am 28.8.2000, zit. nach Porter, *Empire*, S. 192.

279 Herman Melville, *White-Jacket or The World in a Man-of-War*, New York 1983 (1850), S. 506: »Und wir Amerikaner sind das besondere, auserwählte Volk – das Israel unserer Zeit; wir tragen den Schrein der Freiheiten der Welt...Gott hat vorbestimmt und die Menschheit erwartet große Dinge von unserer Rasse; und große Dinge fühlen wir in unseren Seelen. Die restlichen Nationen müssen bald in unsere Reichweite kommen. Wir sind die Pioniere der Welt; die Avantgarde, die ausgesandt wurde durch die Wildnis der noch nicht versuchten Dinge um einen neuen Pfad in die Neue Welt zu brechen, welche die unsrige ist...«

280 Zit. nach NRYB 3/2005.

281 Edward Said: *Orientalism*, New York 2003, S. XXI. »Jedes einzelne Imperium hat in seinem offiziellen Diskurs gesagt, dass es nicht wie die anderen sei, dass seine Bedingungen besonders seien, dass es eine Mission habe aufzuklären, zu zivilisieren, Ordnung und Demokratie zu bringen und dass es Gewalt nur als letztes Mittel einsetze.«

282 Samuel Huntington: *American Politics: The Promise of Disharmony*, Harvard 1981, S. 2-3, 25, zit. nach Anatol Lieven: *Wolfish Wilsonians: Existential Dilemmas of the Liberal Internationalists*, in: *Orbis* 2/ 2006, S. 251.

Von diesen Gedanken des Neuanfangs, historischen Fortschritts und der Exzellenz ist der Weg zu einem stark moralisch durchdrungenen Politikverständnis und damit vor allem zu einer exzeptionellen Referenz auf *religiöse Auserwähltheit* als »Gottes eigenes Land« kurz – und bei Bush gängig: »Diese Nation ist auserwählt von Gott und von der Geschichte beauftragt, für die Welt ein Modell für Gerechtigkeit, Integrationsfähigkeit und Vielfalt ohne Spaltungen zu sein« oder wir »glauben, dass unsere Nation auf der richtigen Seite der Geschichte steht – der Seite der Menschenwürde und der Gerechtigkeit Gottes« oder – verknüpft mit den Versprechen des Interventionismus – in der »State of the Union Adress« vom 29. 1. 2002: »Ihr werdet dem Gericht dieser Nation nicht entgehen.«²⁸³ Derlei oft manichäischer Fundamentalismus verknüpft sich mit dem alten nationalistischen Glauben an den exzeptionellen Charakter der USA und begründet so nachhaltig politischen Unilateralismus. Die Besonderheit der USA ist hier Indiz und Ergebnis religiöser Auserwähltheit. Zahlreiche heftige Konflikte des politisch-sozialen Lebens in den USA entwickelten sich an Fragen wie Empfängnisverhütung, Abtreibung oder Homosexualität, die in religiös-moralischen Kontexten interpretiert wurden. Die religiösen Bindungen der Mitglieder der ersten Bush-Regierung waren sehr unterschiedlich: Methodisten (Ucheney), Presbiterianer (Rice), WASP (Rumsfeld) oder Born-again Evangelisten (Bush). Sie sind offensichtlich intensiv und lebensprägend.²⁸⁴

Angesichts der moralischen Verfassung der US-Gesellschaft der 90er war die religiöse Rede sicherlich ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der Bush-Kampagne 2000 in einem Land, in dem 95 Prozent der Bevölkerung an Gott glaubt, ca. 60 Prozent ein- bis zweimal im Monat, 25 Prozent die Kirche einmal die Woche besucht und Millionen die Erzählung von der Welterstehung in sechs Tagen buchstäblich nehmen. Jeder vierte Amerikaner besitzt gleich fünf Bibeln und mehr.²⁸⁵ Jeder dritte Amerikaner ist ein evangelikaler Christ und gehört zur fundamentalistisch orientierten Kerngruppe des Bush-Blocks, unter den »engagierten« Evangelikalen stieg zwischen 1964 und 2000 der Anteil der bekennenden Republikaner von 42 Prozent auf 74 Prozent, unter den »anderen« von 30 Prozent auf 49 Prozent und bei den Katholiken verdoppelte sich der Anteil der Republikaner²⁸⁶.

Lieven hält zu Recht die USA des 21. Jahrhunderts für »die am meisten wirklich ideologische Nation der Welt.«, ebenda, S. 252.

283 George W. Bush: Remarks at the Simon Wiesenthal Centre, (2000); George W. Bush: »A Distinctly American Internationalism«, (1999) s. www.georgewebush.com/speeches/. Der für die religiösen Töne hauptverantwortliche Redenschreiber Bushs Michael Gerson wurde später vom ebenfalls konservativen Journalisten William McGurn vom Wall Street Journal abgelöst.

284 George W. Bush: »You know, I had a drinking problem. Right now I should be in a bar in Texas, not the Oval Office. There is only one reason that I am in the Oval Office and not in a bar. I found faith. I found God. I am here because of the power of prayer.« Zitiert nach Joan Didion, NYRB v. 6. 11. 2003; The New York Times, Editorial, 9 September 2003. S. Josef Braml: Die religiöse Rechte in den USA. Basis der Bush-Administration? Berlin 2004, S. 7.

285 Siehe John Langmore: The Bush Foreign Policy Revolution, Its Origins, and Alternatives, Global Policy Forum August 2004, S. 38.

286 Siehe Braml, Rechte, S. 7 f. Andererseits aber hat sich der Anteil der säkular orientierten Bevölkerung seit Mitte der 60er Jahre auf 16,3 Prozent fast verdoppelt!

»Um für einen Krieg einzutreten«, schrieb schon 1996 der Soziologe Lipset, »und die Menschen aufzurufen andere zu töten und für das Land zu sterben, müssen Amerikaner ihre Rolle in einem Konflikt so interpretieren, dass sie an der Seite Gottes gegen den Teufel stehen, für die Moral gegen das Böse – nicht, dass sie nationale Interessen verteidigen.«²⁸⁷ Diese vor allem unter Bush dem Jüngeren massive Akzentuierung des religiösen Faktors, hat Fritz Stern zu der Prognose veranlasst, dass sich das Land »einer christlich-fundamentalistisch verbrämten Plutokratie (nähere«).²⁸⁸ Die Idee eines *evangelikal*en Kapitalismus hat nirgendwo soviel Kraft gewonnen wie im *american way*.

Wer auserwählt und daher etwas Besonderes ist und wer etwas Besonderes und daher auserwählt ist, hat in aller Regel eine Mission. Dass die USA gleichsam indirekt die Fortsetzung der Ausweitung Europas in die nichteuropäische Welt repräsentierten, war eine günstige Bedingung dafür, ihr besonderes nationales Interesse zugleich als Ausdruck eines allgemeinen Interesses darzustellen. Dies aber war der eigentliche Kern des Exzeptionalismus: den Amerikanismus außerhalb der USA messianisch replizieren zu können. »Unser Nationalismus,« schrieben Kristol und Brooks über die Weltmission Amerikas, »ist jener einer außergewöhnlichen Nation, die auf einem universellen Prinzip begründet ist, das Lincoln »eine abstrakte Wahrheit, die auf alle Menschen zu allen Zeiten angewandt werden kann« nannte.«²⁸⁹ Eine moralische Verpflichtung, die universell gültigen politischen Werte wie Konstitutionalismus, Individualismus, Demokratie und Gleichheit zu verbreiten, welche die USA definieren, ist der Gehalt dieses zivilreligiösen Exzeptionalismus, der seine frühen ideologischen Wurzeln im calvinistischen Puritanismus hatte.²⁹⁰ Er band ideologisch-kulturelle Muster zusammen (eine nichtsolidarische Konzeption ökonomischer Rechte im Zeichen des Liberalismus, Moralismus, Antietatismus usw.). In der Doktrin der *manifest destiny* entstand um die 1840er die Idee der Ausdehnung von Gottes eigenem Land und der Freiheit auf eine nicht näher bestimmte Region – die nordamerikanische Landmasse, den Pazifik, die Hemisphäre – eine Idee, die spätestens beim Krieg gegen Mexiko als Begründung einer eigenen Eroberungspolitik erhalten musste und sich dann neu in der Moralgeographie der Grenze (»frontier«) kristallisierte, die es immer neu zu überwinden galt. Dieses Konstrukt der ständig neuen Grenzüberwindung (genauer: einer sich immer weiter ausdehnenden

287 Seymour Martin Lipset: *American Exceptionalism: A Double-edged Sword*, New York 1996, S. 20. Für George Bush mobilisieren konservative Evangelikale wie selbst der Jesus-Darsteller in Mel Gibsons umstrittenem *The Passion of the Christ*. Das entsprechende Selbstverständnis von Bush skizziert Jervis: *Bush Doctrine*, S. 380; siehe auch John Langmore: *The Bush Foreign Policy Revolution, Its Origins, and Alternatives*, Global Policy Forum August 2004, S. 6 f.

288 FAZ v. 20. 1. 2005, S. 31.

289 William Kristol and David Brooks, »What Ails Conservatism«, in: *Wall Street Journal* v. 15. 9. 1997.

290 Vgl. auch John Gerard: *American Exceptionalism, Exemptionalism and global Governance*, in: Michael Ignatieff (Hg.): *American Exceptionalism and Human Rights*, Princeton 2005; Bülent Diken & Carsten Bagge Laustsen, »We two will never twin«: fundamentalism and the politics of security, Lancaster University, Lancaster LA1 4YL, UK, <http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/papers/diken-laustsen-fundamentalism-politics-security.pdf>; Clifford Longley: *Chosen People: the big idea that shapes England and America*, London 2002.

Zone) hat nie an Wirksamkeit verloren, von der Ausdehnung der Märkte und der Chancen der mobilen Individuen bis hin zur Frontstellung gegenüber der »Barbarei« des Kommunismus im Kalten Krieg und die Zähmung der Grenze durch den Krieg gegen den Terror der neuen religiösen Barbaren des Islam.

9/11

Kriegertum und Entgrenzung des Krieges, aggressive Politik der Prävention und zivilreligiös fundierter Souveränismus sind Schlüsselkennzeichen des rechtsimperialen Projekts, wie es sich seit Mitte der 90er Jahre profilierte. Während es ihr aufs Erste gelang, diese Grundorientierungen im klassischen Einflussraum der USA weitgehend durchzusetzen und dabei auf einer Politik der politischen Polarisierung in den USA selbst zu bauen, für welche die Formel »Es gibt keine Mitte!« des langjährigen, mächtigen Bush-Beraters Karl Rove stand²⁹¹, schwächelte sie nach wenigen Jahren im Lande selbst. Die heterogene Konfiguration der neuimperialen politischen Rechten in den USA um die Jahrhundertwende war ja eine geradezu beispiellose politische Innovation, in der sich zusammenband, was bislang in gar keiner Weise zusammenzugehen schien – diese Allianzbildung war die Besonderheit im politischen Richtungsgefüge der regierenden Macht und nicht der »Putsch« einer neokonservativen Clique, wie viele Beobachter des politischen Fraktionslebens in Washington mutmaßen²⁹². Die politische Besonderheit der Regierungszeit Bush in der Machtteilhabung der Neokonservativen zu sehen und eine zentrale Gegenüberstellung von Liberalen und Neokonservativen aufzumachen, wie dies auch David Harvey oder Giovanni Arrighi tun²⁹³, greift daher zu kurz und ignoriert die Existenz einer breiten rechten Allianz, die auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik einen Konsens über eine eigene rechtsimperialen Position repräsentierte. Die Bildung eines solchen gemeinsamen Machtkörpers aus den neokonservativen »politischen Kriegern« (Robin) mitsamt ihren zuweilen megalomanischen Wilsonisten und den reaganitischen Militärs, nationalistischen und theokratisch-fundamentalistischen Christen, marktradikalen Neoliberalen, der altrepublikanischen und oft säkularen prolife und profamily ausgerichteten Mainstreamrechten und den militant antietatistischen »small-government«-Konservativen aus anti-tax-Kreuzzüglern, den Waffenthusiasten um die National Rifle Association und Eigentumspropagandisten (die Front gegen das Staatseigentum etwa an Land machten oder wie das libertäre Constitution in Exile movement versuchten durch eine Neuinterpretation der Verfassung den »sozialistischen« Wohlfahrtsstaat abzuschaffen²⁹⁴), endlich am Rande weithin einflusslos oszillierend die militant rassistische und nazistische Rechte vom Ku Klux Klan bis hin zu terroristischen Gruppen vom Zuschnitt des Oklahoma City

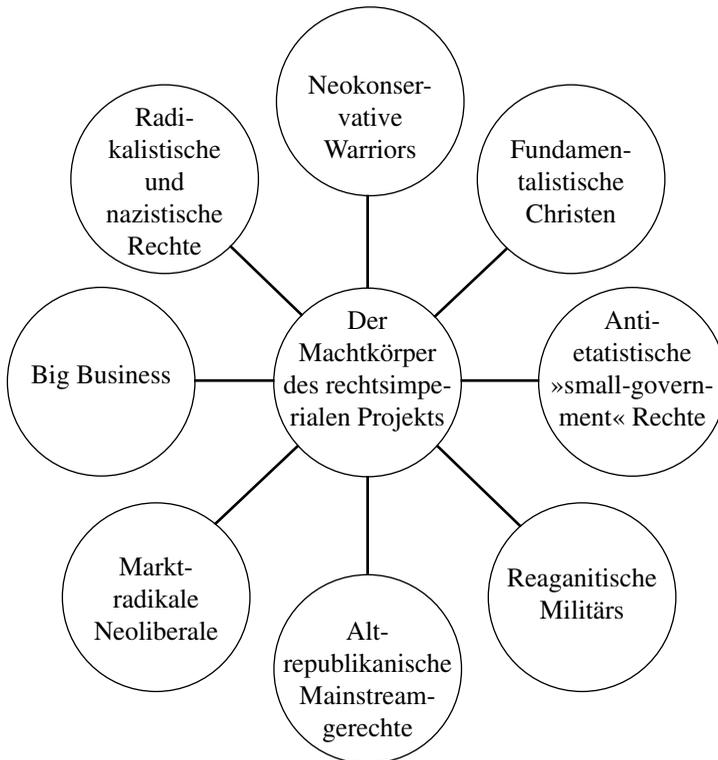
291 Siehe Nicholas Lehmann: *The Controller*, in: *The New Yorker* v. 12. 5. 2003.

292 Siehe etwa Steven Hurst: *Myths of Neoconservatism: George W. Bush's »Neo-conservative« Foreign Policy Revisited*, in: *International Politics* 42 /2005, S. 74-96.

293 Siehe Arrighi: *Adam Smith*, S. 178 sowie Harvey, *New Imperialism*, a. a. O.

294 Siehe Jeffrey Rosen: *The Unregulated Offensive*, in: *The New York Times* v. 17. 4. 2005.

Bombers Timothy McVeigh – diese lockere Verbindung von sieben Gruppen und Richtungen im politischen Raum mit der seit den 70ern sich zunehmend nach rechts wendenden Big Business-Koalition aus Energiekapital, extraktiven Industrien, Agrobusiness, Medien, Bauwirtschaft, Teilen der Wallstreet und dem Militär-Industrie-Komplex war also kein klassisches Bündnis zwischen konservativen Strömungen, sondern eine Kopplung von Richtungen ganz ungewöhnlicher Diversität, die sich großenteils in einem langen Vierteljahrhundert des Einflussgewinns und politischen Aufstiegs herausbildete²⁹⁵.



295 Siehe Fred Block: Understanding the Diverging Trajectories of the United States and Europe: A Neo-Polanyian Analysis, in: Politics & Society 1/2007, S. 3-33. Der gemeinsame politisch-ideologische Raum, in dem sie über Jahrzehnte hinweg sich formierten und dann aufstiegen, war geprägt vom Aufblühen des gegen die liberals gerichteten Konservatismus. Ein Eisenhower nannte sich vor fünf Jahrzehnten noch einen »Liberalen« und Mitte der 60er erklärte ein John Kenneth Galbraith »We are all liberals now«. Der Präsident der damaligen Tage John F. Kennedy brüstete sich damit, dass er in Europa bei dem prominenten Marxisten Harold Laski studiert und den Film »Letztes Jahr in Marienbad« des linken Franzosen Alain Resnais zu seinem Lieblingsstreifen erkoren habe. Anfang des neuen Jahrhunderts aber sahen sich bereits 41 Prozent der US-Amerikaner als »Konservative« und nur noch 19 Prozent als »Liberalen«. In knapp einem halben Jahrhundert war in den USA eine exzellent organisierte, optimistische, populäre und ideologische rechte Bewegung entstanden, deren Macht und Dynamik ihresgleichen in den reichen kapitalistischen Staaten suchte.

Die zentrale *ideologische* Verschiebung bei der Bildung dieser Koalition dürfte dabei die Übernahme des »unilateralen Internationalismus« durch das häufig eher isolationistisch orientierte sozialkonservative republikanische Milieu und die christliche Rechte gewesen sein. Sie schloss sich der offensiven Thematisierung der Notwendigkeit einer aktivistischen »Globalisierung unter amerikanischem Vorzeichen« an, welche die Neokonservativen propagierten, plädierte für ein Primat der USA, starke Rüstung und Militärkraft, Interventionismus statt Isolationismus, offensive Raketenabwehr und moralbegründete Politik. Dramatisch war hierbei der in den 70ern beginnende Aufstieg der christlichen Rechten²⁹⁶ zum Machtfaktor einer unilateralen Außenpolitik, aufbauend auf den Traditionen des religiösen Antikommunismus, der Positionierung gegen die UN und die neuen Institutionen ökonomischer Governance, auf die Entfaltung organisatorischer Macht und auf das unschätzbare Gut eines weißen *born-again* Präsidenten, der als der ihre gelten konnte. In diesem Prozess wandelte sich die Identität der christlichen Rechten von der antikommunistischen und antiliberalen Sekte über die familienfokussierte Allianz hin zu einem Verständnis als evangelikale Strömung innerhalb einer republikanischen Partei, die von ihr in den 90er Jahren faktisch unterwandert wurde. Dieser *backbone* der politischen Rechten in den USA existiert heute kaum gebrochen und bildet die Grundlage für die gegenüber den 70er wie 80er Jahren des letzten Jahrhunderts stark nach rechts verschobenen politischen Gesamtgestalt der USA, die auch bei der Wahlkonstellation 2008 von keinem der führenden Demokraten in Frage gestellt wurde.

Doch auch der Aufstieg der *Neokonservativen* in außenpolitische Machtpositionen war eine nicht nur politisch, sondern auch kulturell kaum zu unterschätzende Veränderung. Eine moderne amerikanische Rechte entstand ja in ihren ersten Ansätzen seit Mitte der 50er Jahre. Bereits damals gab es zwei Hauptziele: Rollback des New Deal und Mobilisierung gegen die Sowjetunion. Für die intellektuell-politische Wende zu einem ideologischen, aggressiv internationalistischen und antikommunistischen, militärisch expansiven Konservatismus stand in den 1950ern William F. Buckley's »National Review«, die im »Struggle for the World« (so der Titel von James Burnham's Bestseller aus dem Jahr 1947) deziert für ein *American Empire* nach dem klassischen Modell direkter, unmittelbarer Herrschaft plädierte und nicht auf Bewahrung einer existierenden Ordnung, sondern auf Restauration einer moralischen und freien Gesellschaft aus war – also einen Transformationsimpetus an den Tag legte, die bis dahin der Linken vorbehalten war.

Das Ereignis, das dann eine ganz neue politische Dynamik bei der Konstitution einer sich modernisierenden Rechten freisetzte und eine rechte politische *Bewe-*

296 1980 waren fast alle der zwei Dutzend größten Kirchen der USA evangelikal und die Zahl der Konsumenten des evangelikalen Radios und Fernsehens war seit 1970 von 10 Millionen auf 61 Millionen angewachsen. Mit der Bildung der »Moral Majority« (1979) kamen Sozialkonservative und religiöse Rechte dann erstmals organisatorisch zusammen.

gung ins Leben rief, war die Präsidentschaftskandidatur Barry Goldwater's im Jahr 1964. Für ihren machtpolitischen Durchbruch stand dann die Administration Ronald Reagans. »Ultrakonservative« oder »neokonservative« Strömungen dominierten aber auch unter Reagan nicht. Zwar erlangten Kirkpatrick, Abrams oder William Bennett hohe Positionen, zum innersten Machtzirkel der Reagan-Administrationen jedoch gehörten sie nicht. Unter Reagan gelangten 32 Mitglieder des »Committee on the Present Danger« in den Regierungsapparat und seine neue Beratungsstruktur, die höchsten Positionen im Pentagon und Außenministerium gingen aber an Mainstreamrepublikaner wie Alexander Haig oder Caspar Weinberger. Dennoch: die Liste neokonservativer Politiker, die relevante Positionen in der Reagan-Administration besetzen konnten, war beeindruckend. Es gehörten dazu Abrams, Adelman, Bennett, Chavez, Finn, Kagan, Kampelman, Kirckpatrick, Kristol, Perle, Pipes, Rostow und Wolfowitz. Eine Reihe Neokonservativer schied dann freilich vor allem in Reagans zweiter Amtsperiode aus der Administration aus. Die dritte Generation der Neokonservativen kam ins Spiel – allerdings in einer Situation des Machtverlustes und des Ausschlusses. In der ersten Amtsperiode Clinton verloren sie so dramatisch an Einfluss und politischer Sichtbarkeit, dass selbst ihre führenden Vertreter wie Kristol oder Podhoretz den Neokonservatismus als nunmehr beendetes Projekt einer politischen Generation für tot erklärten: Neokonservatismus »existiert nicht mehr länger als ein eigenständiges Phänomen«²⁹⁷. Seine Themen schienen veraltet, seine Macht zerbrochen und seine Unterscheidbarkeit vom konservativen Mainstream nahm ab. Die Linke sah Mitte der 90er Jahre im Neokonservatismus nur noch bloße »kulturelle Nostalgie« (John Judis).

Doch überraschenderweise nutzten die Neokonservativen das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts um sich selbst neu zu erfinden und eine dramatische Politikidee zu kultivieren. Und da die klassisch extremkonservative Rechte um Pat Buchanan schon unter Reagan stark an Einfluss verloren hatte, war zu dieser Zeit bereits der Raum für ein neues Bündnis zwischen christlichen Evangelikalen und Neokonservativen geschaffen, das sich in den 90ern dann auch immer deutlicher kristallisierte. Auch in der zweiten Regierung Bush dominierten sie allerdings keineswegs – in der ersten Reihe standen andere. Die von Rice und Wolfowitz geprägte achtköpfige Beratergruppe zur Außenpolitik freilich, die im Wahlkampf von George W. Bush entstand, bestand durchweg aus Unilateralisten. Rund

297 So Norman Podhoretz: Neo-Conservatism: A Eulogy, in: Commentary 3/1966, S. 19-27, zit. nach Stefan Halper, Jonathan Clarke: America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order, Cambridge 2004, S. 74. Entsprechende Nachweise zu Norman Podhoretz und Irving Kristol für 1995/6 in Adam Wolfson: Conservatives and Neoconservatives, in: Public Interest 154 (2004). In Reaktion auf das sie zutiefst deprimierende Ende des ersten Golfkrieges plädierten einige Neokonservative wie Woolsey, Muravchik, Luttwak und Kagan sogar für die Wahl Clintons – ein depressives Liebbäugel, das kein Jahr dauerte. In der ersten Präsidentschaft Clintons wurde mit James Woolsey (CIA) nur ein einziger rechter hawkish political warrior aus der Carter-Administration in eine einflussreiche außenpolitische Position berufen, war aber schnell persona non grata im Weißen Haus und trat nach zwei Jahren zurück.

20 Neokonservative gelangten in die Administration, die Schlüsselfiguren waren Wolfowitz, Feith, Libby, Bolton, Woolsey, Perle oder Adelman. Die »texanischen« Techniker der Macht Karl Rove oder Karen Hughes gehörten nicht zu dieser neokonservativen Gruppe, deren Mitglieder durchaus auch intensive soziale Beziehungen untereinander pflegten. »Du kannst mit Wolfowitz beginnen und wirst entdecken, dass er, Perle und Woolsey befreundet sind und allesamt Schüler des Nukleartheoretikers (und angeblichem Vorbild für Dr. Strangelove) Albert Wohlstetter waren und alle in Chevy Chase, Maryland leben. Du kannst mit Abrams (Bush's Mann für den Nahen Osten) beginnen und wirst entdecken, dass er Norman Podhoretz's Schwiegersohn ist und dass er, wie auch Perle und Frank Gaffney vom Center for Security Policy, für den Hardliner Henry »Scoop« Jackson der Demokraten gearbeitet hat. Oder du kannst versuchen, eine Beziehung zwischen den Cheneys und der Gruppe herauszufinden und wirst auf Lynne's Arbeit am AEI kommen und feststellen, dass sie den Jahrestag ihrer Hochzeit mit den Adelmans feiern.«²⁹⁸

Nicht der Begriff Neokonservatismus, aber seine durchaus pejorative Verwendungsweise für eine Gruppe einstiger Gesinnungsgenossen stammt von Michael Harrington und den Kreis um das linke Journal *Dissent*. Insinuiert werden sollte, dass es hier nicht um den rechten Flügel der Linken, sondern um den linken Flügel der politischen Rechten ginge – tatsächlich ließe sich mit Dorrien sagen: »Neokonservatismus steht für die letzte Etappe der alten Linken, welche die letzte Bewegung in der amerikanischen Politik war, die sich grundsätzlich aus ihrer Opposition zum Kommunismus heraus definierte.«²⁹⁹ Die Neokonservativen selbst redeten von sich zuweilen als »amerikanischen Internationalisten«, »demokratischen Realisten« oder »demokratischen Globalisten« – oder sie stellen sich sogar in die Tradition der »liberalen Internationalisten«, die besser als »liberale Imperialisten« zu charakterisieren wären. Sie werden aber keineswegs nur durch die in diesem Jahrzehnt extrem sichtbaren neokonservativen Ideologen auf dem Feld der Außenpolitik vertreten, was durch die verbreitete Rede vom »neokonservative(n) Putsch, getragen von Etappenfalken«³⁰⁰ verschleiert wird. Deren Präsenz in der globalen politischen Öffentlichkeit macht vergessen, dass Sozialwissenschaftler oder Philosophen wie Irving Kristol, Norman Podhoretz, Nathan Glazer, Daniel Bell, James Q. Wilson, Paul Berger, Daniel Patrick Moynihan, Michael Novak, Philip Selznick, Gertrude Himmelfarb, Seymour Martin Lipset und Ökonomen wie Martin Andersen das intellektuelle Feld des Neokonservatismus konstituierten und sich deren frühe wissenschaftliche Identität am einflussreichsten in Irving

298 John Micklethwait, Adrian Wooldridge: *The Right Nation: Conservative Power in America*, New York 2004, S. 205.

299 Gary Dorrien: *Imperial Designs: Neoconservatism and the New Pax Americana*, New York 2004, S. 15. Frühe Skizzen der neokonservativen und reaganitischen Rechten sind Sidney Blumenthal: *The Rise of the Counter-Establishment*, New York 1986; John Ehrman: *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945-1994*, New Haven 1995; Peter Steinfeld: *The Neoconservatives*, New York 1979.

300 Michael Mann, *Supermacht*, a. a. O., S. 314.

Kristol's Projekt der vorwiegend sozialwissenschaftlichen Zeitschrift »Public Interest« manifestierte, deren Hauptkampflinie sich gegen den Wohlfahrtsstaat des New Deal und die egalitären »Sozialreformutopien« der Demokraten richtete, welche sie durch eine Utopie der *Anreize* durch den Markt ersetzen wollte. Ökonomie, Soziologie und Kultur sind die genuinen Interessenfelder des Neokonservatismus gewesen – keineswegs aber die Außenpolitik. Sein politischer Oppositionsdiskurs in den 70er Jahren setzte Maßstäbe und war in hohem Maße innovativ. Von der Linken übernahmen sie das Verständnis, dass Theorie eine Form politischen Kampfes sei und zugleich Politik theorieinstruiert sein müsse. Ihre intellektuellen Schlüsselpersonen haben viel mit der Ostküste der USA, mit New York oder Boston zu tun, es gibt aber auch manche Außenposten in Stanford oder Chicago.

»Neokonservatismus« ist sicherlich keine Massenbewegung der Strasse: »Neokonservatismus war meistens eine Bewegung mit einem Kopf – aber ohne Körper. Man trifft selten einen Neocon auf der Straße.«³⁰¹ Er ist auch weder eine Verschwörung noch eine Washingtoner Kabale – »Wenn es eine Verschwörung ist, ist es die sichtbarste Verschwörung die es je gab.« (Kristol). Er hat keine kanonischen Texte, aber ein Bündel Leitideen, in denen er sich wiedererkennt. Er ist eine gut sichtbare, mächtige und über ein halbes Jahrhundert alte *ideologische* Überzeugung und eine politikkulturelle Bewegung, deren machtpolitisch avancierteste Gruppe sich im außen- und militärpolitischen Staatsapparat der USA festsetzen konnte – im Ergebnis der langen Arbeit an einer neuen Architektur der Macht und eines Ideenkorpus, den immer eine Sicherheit verband: »Hinter all dem steht eine Tatsache: die unglaubliche militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten über die Nationen des Restes der Welt, in welcher Kombination man sie sich auch vorstellen mag.«³⁰² Ihre in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts sichtbarsten Akteure gehörten bereits zur zweiten und dritten Generation des Neokonservatismus. Ihre Kultur hatte neue Brücken zur Religion geschlagen und gegenüber der ersten Generation, die ihre Reproduktion in der Welt der *akademischen* Elite organisierte, optierten diese zweiten und dritten Generationen des Neokonservatismus fast durchgängig für die *Politik* (der republikanischen Administrationen Reagan und Bush). Dabei überrascht nicht, dass diese Gruppe es in aller Regel vermeidet, sich explizit als Gruppe zu verstehen und den Begriff »Neokonservatismus« anzunehmen (so etwa Wolfowitz: »Ich denke ich würde mich einen demokratischen Realisten nennen. Ich weiß nicht ob mich das zu einem Neokonservativen macht oder nicht.«)

Die Hauptrepräsentanten der richtungs- und stilbildenden Gründungsgruppe kamen aus einer zuweilen trotzistisch-sozialistischen, auch linksradikalen, anti-stalinistischen und dann linksliberalen Tradition der 30er Jahre her und verließen

301 Edward Crane und William Niskanen, Upholding liberty in America, in: Financial Times v. 24. 6. 2003.

302 Irving Kristol: The Neoconservative Persuasion, in: The Weekly Standard v. 25. 8. 2003.

seit etwa Mitte der 60er Jahre das liberale Umfeld der Demokratischen Partei, da sie Übergänge vom Kalten Krieg zum friedlichen Koexistenz als inakzeptable Annäherung an die Sowjetunion empfanden («appeasement») und Front bezogen gegen die Sozialpolitik der liberalen »Great Society« unter Lyndon Johnson. Aus den Organisationen und der Kultur der (oft antikommunistischen und trotzlistischen) Linken rekrutierten sie sich noch bis weit hinein in die 70er Jahre. Ihr Liberalismus war zunächst und vor allem expansionistisch, nationalistisch und anti-kommunistisch – und auch ihr Sozialismusverständnis baute in erster Linie auf der Frontstellung gegen die Sowjetunion und die kommunistische Bewegung auf. Der Israel-Palästina-Konflikt brachte sie in Frontstellung zur UNO. Ihnen schlossen sich damals mit Hubert Humphrey, Henry Jackson, Jeane Kirkpatrick oder Ben Wattenberg liberale bzw. liberalimperialistische »Falken« der demokratischen Partei an, die mit diesem linken Hintergrund nichts zu tun hatten. Auch von der »Neuen Linken« rekrutierte die neue Strömung Anhänger (Richard Neuhaus, Michael Novak, Norman Podhoretz) und ebenso aus dem Feld der parteipolitisch freischwebenden Konservativen (Peter Berger, James Q. Wilson). Freilich schwenkte sie nicht auf den klassischen Bewegungskonservatismus nach dem Vorbild Goldwaters ein, wie er in diesen Jahren noch vorherrschte. Der Regierung Carter standen sie von Beginn an feindlich gegenüber, da seine Außenpolitik in ihrer Sicht aus einer Kette von Niederlagen bestand; in der *Detente* sahen sie *Appeasement*. Für sie bedurfte die Sicherung der Hegemonie westlicher Ideen vor allem eines gut geschliffenen Bajonetts und der Bereitschaft, es dann auch deutlich einzusetzen. Das Ende der Carter-Administration und der Übergang zu Reagan markierte dann auch den Abschluss des Zerfalls des neokonservativen Flügels der Demokraten und ihres Wechsels in das republikanische Lager, wobei die Mehrheit allerdings vermied, der Republikanischen Partei beizutreten. Einzelne, auch profilierte Politiker in der demokratischen Partei repräsentierten weiter neokonservative Position (etwa Daniel Patrick Moynihan, Joseph Lieberman oder Richard Holbrooke). Die neue Bindung an die republikanische Partei – erstmals und prominent von Irving Kristol eingegangen – und die gleichzeitige Wendung zu einer emphatisch kapitalistischen Ideologie wurde nicht von allen wichtigen Akteuren des politischen Feldes nachvollzogen – Bell oder Moynihan etwa distanzieren sich von diesem politischen Realignment.

Die Selbstetikettierung der Neokonservativen zielte auf Abgrenzung vom klassisch-traditionalen »Neokonservatismus« der Nachkriegszeit, wie ihn etwa ein Russell Kirk repräsentierte, vom »neuen« *Neoliberalismus* (dessen neuer Aufstieg in den 70ern begann) und vom *libertären* Konservatismus. Vietnam und die anti-nationalistische Wendung der Neuen Linken trieb diese zunächst durchaus kosmopolitische Gruppe in eine Position des hegemonialen, militaristischen und anti-isolationistischen Nationalismus, die ihren Aufstieg unter Reagan und dann Bush erst ermöglichte. Die libertär-liberale oder gar radikale »Gegenkultur« der 70er (mit Drogen, Rassennivellierung, Promiskuität, Korruption, Anti-Autoritarismus,

Hedonismus, Zynismus, Libertinage, Abtreibung, Immigration, Affirmative Action, zersetzendem Pluralismus – also den »Schwächen« einer fehllaufenden, degenerierten und dekadenten liberalen »Moderne«) war und blieb ihr Alptraum³⁰³, der radikale, jedem *Appeasement* fremde und moralisch durchtränkte Antikommunismus die selbstverständliche Triebkraft ihrer außenpolitischen Weltanschauung und die moralische Überzeugung von der Überlegenheit eines Landes, das viele von ihnen (bzw. deren Eltern) verteidigt, als Emigranten aufgenommen und oft auch akzeptiert hatte, war für sie unanfechtbar. In der nationalen Größe der USA und ihrer Moderne fühlten sie sich ganz anders zuhause als die klassischen, oft nostalgischen und rückwärtsgewandten Konservativen, weshalb sie sich als genuine oder gar erste amerikanische Variante des Konservatismus verstehen konnten. Daher zu unterscheiden zwischen »Tugenden« und »Lastern«, dem öffentlichen Interesse und dem individualistisch-privaten Egoismus, dem »Guten« und dem »Bösen« und dann für das Gute gerade auch militärisch zu mobilisieren³⁰⁴ war und ist für sie tief verwurzelte Lebensanschauung, ein »globaler Unilateralismus« (Irving Kristol) die genuine Politikform Amerikas – schließlich war und ist für sie weder Kultur noch Geschichte oder Ökonomie, sondern *Politik* der große Bewegter. Tugendhafte Politik und eine Politik der Tugenden, der Werte und großen Moral, des Charakters und der geschichtlichen wie politischen Weisheit gehören zu diesem Verständnis. »Big Government« war ihnen daher keineswegs zuwider, da für sie anders als für Hayek oder die klassischen Konservativen der starke Staat die Bedingung einer starken, also militärischen Politik war. Die Niederlage der USA im Vietnamkrieg prägte ihr Bild von der amerikanischen Außenpolitik und der Beziehungen Amerikas zur Welt, mit der man sich nicht akkommodieren, sondern die man nur politikpraktisch verändern könne, damit sie kompatibel zu Amerika werde: *regime change* als *world change*. Ihr Bild der Außenpolitik war nicht nur geprägt von der Vergangenheit des Vietnamkrieges, sondern auch vom neuen Diskurs der 70er Jahre, der eine »Krisenbogen« von Afghanistan bis nach Somalia und den Südwesten Asiens als neue geopolitische Schlüsselregion für die USA identifizierte. Die Welt dieser Bilder ist hobbesianisch, in ihr wird mit Gewalt um Dominanz gekämpft – und es wäre daher falsch, ihr Stabilität zu verleihen: »Was es brauchte war eine Revolution.«³⁰⁵ So geht es ihnen um tief greifende Veränderung durch starke Politik – weshalb sie vielen klassischen *Cold War Republicans* als »Verräter« an ihrer Politik des Pragmatismus und der Politik der Austeriarung galten.³⁰⁶ Die Ökonomie des Kapitalismus

303 »Der Feind des liberalen Kapitalismus ist nicht so sehr der Sozialismus als vielmehr der Nihilismus«, Irving Kristol: *Two Cheers for Capitalism*, New York 1978, S. 66. Die culture wars vor allem gegen den »Kulturrelativismus«, die auf das ideologiepolitische Konto der Neocons gehen, sind zahllos.

304 Vgl. William Bennett: *Why We Fight: Moral Clarity and the War on Terrorism*, Washington 2003. Die antikomunistische Positionierung repräsentierte am einflussreichsten Norman Podhoretz.

305 Martin Durham: *The American Right and the Iraq War*, in: *The Political Quarterly* (2004), S. 257.

306 So Stefan Halper, Jonathan Clarke: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge 2004, S. 15.

ist für sie zwar eine selbstverständliche Handlungsprämisse, doch Markt, Geld und Unternehmertum und die Idole des wohllebenden *bourgeois* sind nicht alles, schon gar nicht die höchste Errungenschaft der Zivilisation, wie sie sie verstehen – worin sich nicht zuletzt die ideologischen Wurzeln einer deutlichen Kapitalismuskritik in der Weber'schen Tradition widerspiegeln, wie sie etwa ein Daniel Bell formulierte³⁰⁷. Ihre ideologische Welt fokussiert sich auf die epische Größe Roms, die Kultur des Kriegers und politische Moral. Sie sind eben »politische Krieger«³⁰⁸, zuweilen diplomatisch und pragmatisch (Powell), zumeist aber martialisch (Rumsfeld) – ihr Projekt einer *Remoralisierung des Politischen* läßt sich durch ein paar Folterphotos nicht erschüttern. In der Utopie neuimperialer Macht verbanden sich unterschiedliche Gruppen unter der Etikette des Neokonservatismus: auf der einen Seite die Wolfowitz, Perle, Libby, Abrams, Khalilzad, Bennett, Bolton, Feith, Gaffney oder Fukuyama, die von Leo Strauss oder Albert Wohlstetter beeinflusst wurden; auf der anderen Seite die Irving und William Kristol, Norman und John Podhoretz, Max Boot, Frum, Brooks und die Robert und Donald Kagan, die als Neokonservative bekannt wurden oder sich selbst zuweilen als solche bezeichneten und sich so vom republikanischen Mainstream und seinen Idolen unterschieden: »Ihre Heroen des 20. Jahrhunderts waren in aller Regel TR, FDR, und Ronald Reagan. Solche republikanischen und konservativen Schätze wie Calvin Coolidge, Herbert Hoover, Dwight Eisenhower, and Barry Goldwater wurden höflich übersehen«³⁰⁹.

Ebenso wie in den 90ern die »Globalisierung« das imperialistische Codewort der ökonomischen Neoliberalen war, wurde im Folgejahrzehnt das »Empire« das imperialistische Codewort der militanten *Warriors*, gleichgültig ob sich damit die Idee eines demokratischen Globalismus oder ein nationalistischer Unipolarismus verband. Den Anforderungen aus *Nineeleven* konnte diese Anschauung der Welt besser gerecht werden. In Ergebnis von 9/11, schrieb Brooks im Zentralblatt des Neokonservatismus *Weekly Standard*, »das wirtschaftliche Leben scheint weniger wichtig als das öffentliche Leben ... wenn ein Kampf um Leben oder Tod sich abspielt fällt es schwer, sich Bill Gates oder Jack Welch als sonderlich heldenhaft vorzustellen.«³¹⁰ Und anders als für die Konservativen oder Libertären ist den politischen *Warriors* ein (militärisches) Big Government kein Objekt der Kritik, sondern der politischen Begierde. So pessimistisch ihre Weltdiagnose auch war, so optimistisch ihre Lösungsstrategie: unilaterale Gewaltanwendung zur Verbreitung traditioneller amerikanischer Werte, kapitalistischer Ökonomie, eines stark reduzierten Wohlfahrtsstaates und der Herrschaft gemäßigt modernisierter säkularer städtischer Eliten und Militärs zumal im Nahen Osten. »Exporting Demo-

307 Daniel Bell: *The Cultural Contradictions of Capitalism*, New York 1978 und Irving Kristol: *Two Cheers for Capitalism*, New York 1978.

308 Corey Robin: *Endgame. Conservatives after the Cold War*, in: *Boston Review* 1/2004.

309 So Irving Kristol: *The Neoconservative Persuasion*, in: *The Weekly Standard* v. 25.8. 2003.

310 Zit. nach Robin, *Endgame*, S. 26.

crazy: Fulfilling America's Destiny« war der Titel eines Buches von Joshua Muravchik, das 1991 vom neokonservativen Think – Tank *American Enterprise Institute* publiziert worden war. Diese politische Kultur ist keine momentane Verirrung, sondern konsistent mit der Tradition nationalistischer Ideologien, die ihre Wurzel im liberalimperialistischen Exzeptionalismus der Wende zum letzten Jahrhundert hatte: »die Neokonservativen sind die progressiven Imperialisten einer neuen Ära.«³¹¹

Die Dynamik dieser durchaus dramatischen Machtverschiebung provozierte freilich ungesehene Gegenreaktionen. Die neokonservative Führungsgruppe unterschätzte die Dynamik der außerparlamentarischen Anti-Kriegs-Opposition und die Gefahr der Dissidenz im Militärapparat. Sie vermochte nicht, Schlüsselfiguren des klassisch konservativen Lagers, die sich entweder isolationistisch oder realistisch positionierten, an sich zu ziehen (Buchanan, Schlesinger, Kurth, Huntington, Johnson, McDougall) oder eine stabile Kooperation mit oft antiinterventionistischen libertären Strömungen (Cato Institute, Jude Wanniski, Robert Novak) aufzubauen. Auch gelang es ihr nicht, die Mehrheit der Bevölkerung anderer Staaten hinter das Projekt eines American Empire zu bringen – mit der Ausnahme Israels stellte sich die Mehrheit der Bevölkerung sogar jener Staaten, die zur »Koalition der Willigen« gehörten, gegen den Krieg der USA. Sie unterschätzte somit die neu auftauchende Legitimationsproblematik und musste dann alles auf die riskante problemeliminierende Kraft des Erfolgs setzen.

Kultur, Rhetorik, Konzeption und Strategie dieser Gruppe waren also radikal. Ihr Ziel war ein Ausbruch aus dem bisherigen, Jahrzehnte alten strategisch-politischen Konsens der herrschenden US-Eliten. Ihre Dynamik zog sie aus der zielgerichteten Kriegsmobilisierung – »Wir sind in einem Weltkrieg, wir befinden uns im Vierten Weltkrieg.«³¹² Ihr taktisches Versprechen war: die neuen technisch revolutionären Kriege, welche die USA führen würden, seien Spaziergänge. Ihre Überzeugung war: was gut für die USA ist, ist auch gut für die Welt.³¹³

311 Jonathan Monten: *Nationalism and Neoconservative Perspectives on the Promotion of Democracy*, APSA 2004.

312 James Woolsey, ehemaliger CIA-Direktor, SAIS-Mitglied, auf einem Symposium des Institute of World Politics am 24. 7. 2002 in Washington, später ebenso auf einem Seminar am 2. 4. 2003. Er griff auf eine Formulierung Eliot Cohens kurz nach 9/11 zurück; Norman Podhoretz, eines der neokonservativen Urgesteine, publizierte »How to Win World War IV« in: *Commentary* 10/2002, S. 19-29 S. a. William Kristol: »Es ist immer ein gutes Zeichen, wenn das amerikanische Volk bereit ist, Krieg zu führen.« (Zit. nach *le monde diplomatique* 3/2003, S. 20).

313 Kenneth Adelman, einst Assistant bei Rumsfeld, schrieb im Februar 2002: »die Zerstörung der militärischen Macht Husseins und die Befreiung des Irak wird ein Spaziergang sein.« *Washington Post* v. 13. 2. 2002, S. A.27, zit. nach David Corn: *The Hubris of the Neocons*, in: *Capital Games* v. 31.3.2003. Der frühere Redenschreiber Bushs David Frum prophezeite in seinem Buch *The Right Man*, dass der Irak mit »zehntausend Männern und ein paar Hundert Flugzeugen« eingenommen werden könnte. Richard Perle riet dazu, den Irak mit 40 000 Soldaten zu erobern, Kaplan und Kristol plädierten für eine 75 000 Personen starke Okkupationstruppe und legten die Besatzungskosten auf 16 Mrd \$ im Jahr. Derart dann auch die Interventionen Rumsfelds in die Kriegsplanung, der auf einen billigen Hochtechnikluftkrieg insistierte, siehe Seymour M. Hersh: *Offense and Defense*, in: *The New Yorker* v. 7. 4. 2003. Die tatsächliche Kriegsplanung des Pentagon folgte solchen Annahmen nur noch in Ansätzen, ignorierte dafür weithin die Sicherheitsproblematik einer Okkupation. Zur Spaziergangsthese gehörte auch die Behauptung Wolfowitz, »wir haben es mit einem Land zu tun das seinen eigenen Wiederaufbau selbst finan-

Die »republikanischen Revolution« (1994) und der »Krieg gegen den Terror« (2001 ff.) banden diese verschiedenen Gruppen der Bush-Allianz ideologisch-kulturell wie politisch zusammen. Dieses Netzwerk der Macht hatte vieles gemeinsam: den Berufsverlauf in politischen Feld, oft Geschlecht und Generationszugehörigkeit, vor allem aber die ideologische Orientierung, politische Schlüsselprojekte, Reichtum und ähnliche oder gar dieselben institutionellen Vernetzungen. Zu ihm gehörten Intellektuelle, Wissenschaftler, Ideologen, Strategen, Demagogen, Visionäre, Politiker, Wirtschaftler, Machtbroker, Organisatoren und Netzwerker, Medienarbeiter und reiche rechte Finanziers.

Nineeleven war die Chance für sie, einen Unterschied zu machen. Und *Nineeleven* machte tatsächlich einen Unterschied, einen Bruch in der Entwicklung. Die Attentate vom 11. September 2001 – »die an einem Tag buchstäblich genau so viele Amerikaner töteten wie sich ansonsten gegenseitig in einem Jahr umbringen«³¹⁴ – änderten zwar nichts an den *grundsätzlichen* Zielsetzungen amerikanischer Politik. Terror ändert auch nichts an traditionellen militärischen Kräfteverhältnissen. *Nineeleven* wirkte gleichwohl massiv als Veränderungsfaktor bisheriger Politik, welche klar an Überzeugungskraft und Gefolgschaft verlor. Vorhandene Optionen einer Politik der (relativen) Zurücknahme wurden verworfen (polizeiliche Definition des Antiterrorismus; multilaterales Agieren; defensiver Rückzug aus dem Mittleren Osten), Sicherheit schien nunmehr nur erreichbar durch exzessive Machtsteigerung – ein zentraler »Mythos des Empire«.³¹⁵

Die Attentate machten aber deutlich, wo die eigentliche Differenz der Politik der Bush II-Administration gegenüber der Clinton-Politik und deren Vorläufern lag: es schien nun schlagartig möglich, eine Reihe von strategischen Problemen anzufassen, mit denen die USA seit 1989 konfrontiert waren. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus und die Veränderung der globalen politischen Kräftekonstellation hatten neue Probleme und *drei mittelfristige, operative Aufgabenstellungen* für die USA hervorgebracht:

- In Zonen, in denen der neue global werdende Kapitalismus noch »unsicher« und instabil ist und die kapitalistische Ordnung wie die Hegemonie der USA zwar nicht gefährdet, aber doch gestört und irritiert werden können, muss *Sicherheit exportiert werden*.
- Wo Terrorismus zu einem globalen Phänomen wird, das auf neue Weise unmittelbar die USA als kapitalistische Primärmacht bedroht, ist ein neuer wesentlicher Grund für eine *globale Projektion militärischer Macht* entstanden.

zieren kann«, zit. nach Stefan Halper, Jonathan Clarke: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge 2004, S. 222.

314 Perry Anderson: *Force and Consent*, in: *New Left Review* 17 Sept/Oct 2002, S. 11. Der Zweite Weltkrieg kostete in den USA nur 7 Zivilisten das Leben, im Korea- und Vietnamkrieg niemand. Im Jahr des 11. September starben in den USA ca. 25 000 Menschen an Gewaltverbrechen. Im Bürgerkrieg des Kongo sind seit 1998 zwischen 3,1 und 4,7 Millionen Menschen gestorben. Die Zahl der Toten spielt keine Rolle in der Relevanzskala der Weltpolitik.

315 Jack Snyder: *Myths of Empire: Domestic Politics and International Ambition*, Ithaca 1991 sowie ders.: *Imperial Temptations*, in: *The National Interest* 71 (2003).

Wo es keine real existierenden *konkurrierende* Hegemonen mehr gibt, geht es darum, durch den Aufbau von *interventionstfähigen geopolitischen Konstellationen und militärischen Ressourcen* bereits eine mögliche Entstehung solcher mit den USA konkurrierenden Hegemonen zu verhindern. Colin S. Gray spricht in diesem Sinne von einer »großen Strategie der präventiven Aktion«³¹⁶.

Nineeleven beeinflusste die *Art und Weise* der Lösung dieser Aufgaben und ihre Legitimationen. Schon der im Jahr 2000 publizierte Report »Rebuilding America's Defense« des neokonservativen »Project for the New American Century« lieferte eine bemerkenswert konzise Lageeinschätzung: »Während des Jahrzehnts nach dem Kalten Krieg hat sich fast alles geändert. Die Welt des Kalten Krieges war eine bipolare Welt; die Welt des 21. Jahrhunderts ist – zumindest im Moment – entschieden unipolar, mit Amerika als der Welt »einziger Supermacht«. Einst war Amerikas strategisches Ziel die Eindämmung der Sowjetunion; heute ist die Aufgabe, eine internationale Sicherheitsumgebung zu sichern, die amerikanischen Interessen und Idealen dienlich ist. Die Aufgabe des Militärs im Kalten Krieg war es, den sowjetischen Expansionismus abzuschrecken. Heute ist seine Aufgabe, die »Zonen des demokratischen Friedens« auszudehnen; die Entstehung einer konkurrierenden Großmacht zu verhindern; Schlüsselregionen in Europa, Ostasien und im Mittleren Osten zu verteidigen; und die amerikanische Vorherrschaft in den kommenden technologiebedingten Veränderungen des Krieges zu sichern – »eine Position Amerikas zu realisieren, in der es sich selbst als eine europäische Macht, als eine asiatische Macht, als eine Macht des Nahen Ostens und, natürlich, als eine Macht der Westlichen Hemisphäre versteht«, wie es das Vorwort von »Present Danger« formulierte. Zwischen 1945 und 1990 bereiteten sich die US-Streitkräfte auf einen einzigen globalen Krieg vor, der auf vielen Schauplätzen geführt werden könnte; im neuen Jahrhundert wird es um eine ganze Reihe von Kriegsschauplätzen auf der ganzen Welt gehen, gegen verschiedene und besondere Feinde, die verschiedene und besondere Ziele verfolgen. Während des Kalten Krieges lag der Hauptort der Rivalität der Supermächte in Europa ... das neue strategische, besorgniserregende Zentrum scheint nun nach Ostasien zu wandern.«³¹⁷

Diese Sicht auf ein »unipolares 21. Jahrhundert« fasste der »Report« handlich in einer Tabelle zusammen:

316 Colin S. Gray: *The Sheriff. America's Defense of the New World Order*, Lexington 2004, S. 25.

317 S. 2 f. In diesen Konzepten ist vom nicht-staatlichen Terrorismus nur völlig peripher die Rede; Donald Kagan's Buch *While America Sleeps*, New York 2000, erwähnt ihn nur an einer Stelle.

	Kalter Krieg	21. Jahrhundert
Sicherheitssystem	Bipolar	Unipolar
Strategisches Ziel	Eindämmung der Sowjetunion	Sicherung der <i>Pax Americana</i>
Hauptsächliche militärische Aufgaben	Abschreckung des sowjetischen Expansionismus	Sicherung und Ausdehnung von Zonen des demokratischen Friedens; die Entstehung eines neuen Großmacht-Konkurrenten verhindern; Schlüsselregionen verteidigen; die Veränderung des Krieges ausnutzen
Hauptsächliche militärische Bedrohungen	Potentieller globaler Krieg auf vielen Kriegsschauplätzen	Potentielle Kriegsschauplätze überall auf dem Planeten
Fokus der strategischen Auseinandersetzung	Europa	Ostasien

Was nach Nineeleveln zum Durchbruch kam, hatte in dieser Situationsinterpretation seinen Bezug. Imperiale wie hegemoniale Politik benötigen *Macht*, brauchen eine *Zielsetzung* und verlangen politische *Unterstützung*, wobei die regierende Rechte lange Zeit ihre Optionen durchsetzen konnte:

(1) mit Nineeleveln wurde der Weg zur einer lang andauernden Politik der *Massenmobilisierung* im Zeichen *kriegerischer Rhetorik* zugänglich. Vor allem in der *rechtsimperialen Diskurs- und Ideologienpolitik* rückte seit 1989 der Terrorismus als Moment der Feindbildbestimmung in den Vordergrund – 2001 aber wurde dieser dezidiert nicht mehr als Verbrechen, sondern als *Krieg* definiert, wodurch die klassische Freund-Feind-Unterscheidung und eine Grundannahme des totalen Krieges – die Rede vom »universellen Gegner« (so das Heimatschutzministerium im Juni 2003) – eingeführt werden konnte.³¹⁸ Aus der Einfachheit dieser Unterscheidung zwischen *friends and foes* (Kristol) folgt auch eine scheinbar zwingende Reduzierung der Handlungsoptionen, die Richard Perle und David Frum in ihrem Anfang 2004 erschienen Buch so formulierten »für die Amerikaner gibt es keinen Mittelweg: es geht um Sieg oder um den Holocaust.«³¹⁹ Allerdings: was

318 »Entweder du bist mit uns, oder du bist mit den Terroristen«, so George W. Bush, »Address to a Joint Session of Congress and the American People,« Washington, 20. 9. 2001 (vergleichbar seine Formulierung vor der UN: »Die Ereignisse der letzten zwei Jahre haben uns vor die klarsten Unterscheidungen gestellt: zwischen jenen, die Ordnung wollen, und solchen, die Chaos verbreiten«). Weniger Tage später kommentierte der frühere republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich: »In diesem Krieg gibt es nur zwei Akteure (>teams<) auf diesem Planeten. Es gibt das Team, das die Zivilisation repräsentiert, und das Team, das den Terrorismus repräsentiert. Sagen Sie uns einfach, zu welchem Sie gehören. Es gibt keine Neutralen.« Zit. nach Steven E. Miller: *The End of Unilateralism or Unilateralism Redux?*, in: *The Washington Quarterly* 1/2002, S. 19.

319 David Frum, Richard Perle: *An End to Evil: How to Win the War on Terror*, Random House 2004.

»Sieg« konstituiert, ausmacht und bestimmt, bleibt *offen* – eine *grundsätzliche* Differenz zur klassischen Unterscheidung von Sieg und Niederlage im Krieg. Die Bedeutung dieser oft wenig beachteten Differenz des »Krieges gegen den Terror« gegenüber dem klassischen Staaten- oder Bürgerkrieg kann kaum überschätzt werden, denn dies ermöglicht die Verlängerung des Krieges in ungesehenem Maß: »Unser Krieg beginnt mit al-Quaeda, aber er endet nicht ... bis jede terroristische Gruppe mit globaler Reichweite gefunden, gestoppt und besiegt worden ist.«³²⁰ Mit dem Übergang zur Kriegsoption konnte die Bush-Regierung die tiefe Legitimationskrise beenden, die seit ihrer fragwürdigen Inthronisation vorhanden war und die sich seit der ökonomischen Krise – beginnend Anfang 2001 – vertieft hatte. Das »give war a chance« (Friedman) fruchtete. Damit wurde die zentrale Voraussetzung dafür geschaffen, die Wahl 2004 mit dem zu gewinnen, was noch am Wahlabend fälschlicherweise als »moralische Werte« kommuniziert wurde: tatsächlich ging es um die Inszenierung von Patriotismus, »nationaler Sicherheit« und Verlässlichkeit im Krieg gegen den Terror – für jeden dritten Wähler war dies der ausschlaggebende Grund für ihr Votum und die Themen Krieg und Terror waren ausschlaggebend für das Anwachsen der Wählerschaft um fast 17 Millionen WählerInnen – »Wir werden die Terroristen überall auf dem Globus bekämpfen, so dass wir sie nicht zuhause bekämpfen müssen!« (Bush)³²¹. Dementsprechend waren bei den Wahlen 2004 fast drei von vier Anhängern Bush fälschlicherweise der Ansicht, dass der Irak Massenvernichtungswaffen gehabt (47 Prozent) oder ein Militärprogramm zu ihrer Entwicklung aufgelegt hatte (26 Prozent); drei von vier waren ebenso fälschlicherweise der Ansicht, dass der Irak unmittelbar in 9/11 involviert war (20 Prozent) oder Al-Qaida substantielle Unterstützung gegeben hatte (55 Prozent). Und ebenso viele stimmten »nachdrücklich« zu, dass zuweilen Krieg notwendig sei um Gerechtigkeit zu sichern – in Europa waren es nur 18 Prozent.³²² Die Kultur der Gewalt ist in den USA stark verankert.³²³ Das Kalkül

320 So Bush in der Woche nach 9/11, zit. nach John Langmore: The Bush Foreign Policy Revolution, Its Origins, and Alternatives, Global Policy Forum August 2004, S. 18.

321 Siehe Mark Danner: How Bush Really Won, in: NYRB 1/2005.

322 John Micklethwait, Adrian Wooldridge: The Right Nation: Conservative Power in America, New York 2004, S. 298. Lüge ist keine sinnvolle Kategorie der politischen Kommunikation, da deren durchgängig instrumenteller Charakter die (wie auch immer zu treffende) Unterscheidung zwischen »wahr« und »nicht-wahr« prinzipiell, nicht aber taktisch ignoriert. Daher ist es nur von begrenztem Wert, den Wahrheitscharakter der Kommunikation der Macht einzuklagen. Dennoch ist die Untersuchung des Center for Public Integrity »The War Card. Orchestrated Deception on the Path to War« vom Februar 2008 (http://www.publicintegrity.org/WarCard/Default.aspx?src=project_home&context=overview&id=945) bemerkenswert: sie dokumentiert Äußerungen von acht Mitgliedern der Regierung Bush im Zeitraum zwischen dem 11. 9. 2001 und dem 11. 9. 2003 zu den Fragen des irakischen Besitzes von Massenvernichtungswaffen und der Verbindungen des Irak zu Al Qaeda. Untersucht wurden Äußerungen von G.W. Bush, R. Cheney, A. Fleischer, S. McClellan, C. Powell, C. Rice, D. Rumsfeld, P. Wolfowitz. Im Ergebnis vermerkt die Studie 532 Vorgänge (Reden, Interviews, Anhörungen usw.), bei denen die genannten Personen insgesamt 935 »false statements« zu den genannten Sachverhalten äußerten, darunter G.W. Bush mit 260 und die vorgebliche »Taube« Powell mit 245. Entsprechende Äußerungen nahmen ab August 2002 dramatisch zu.

323 Ein Ausdruck davon ist, dass die USA in knapp dreißig Jahren die Zahl der Eingesperrten vervierfacht hat. 2003 waren 700 von 100 000 Einwohnern der USA im Gefängnis – das Fünffache der Quote in England. Einer von zwanzig Amerikanern war irgendwann einmal im Gefängnis und einer von acht ist eines Kapitalverbrechens

auf die Überdetermination alle anderen Konflikte durch diese binäre Konstruktion »USA versus Terror« ging ausreichend auf: während das *Empire* als Sachzwang globaler Grenzwertung legitimiert wurde, konnte der Kandidat Bush als Repräsentant der nationalen Einheit, des *homeland* reinszeniert werden – eine widersprüchliche Wende in der bushistischen Rhetorik des Nationalen, die mit der ikonographischen Metapher *Homeland* (die in den 90er Jahren vom Pentagon eingeführt wurde, um das Territorium der USA als eine Untereinheit eines globalen Kommandos zu fixieren) erstmals eine massive Frontstellung gegen Immigranten einführte³²⁴. Damit baute die Wahlkampagne der neuimperialen Allianz auf den Erfahrungen auf, welche die realen und so gut sichtbaren Veränderungen des amerikanischen Alltags in der nur kurzen Zeit seit 9/11 reflektierten: öffentliche Räume, Gedenkstätten und brisante Events standen unter Bewachung durch Militärpersonal, Regierungsgebäude und Kirschen waren mit Zementstoppfern gesichert, defensive Architekturen entstehen und die Architekturen der Macht werden neu gehärtet, »intelligente« Überwachungen florieren, militärische Übungen fanden in wirklichen US-amerikanischen Städten statt, nicht nur der Luftverkehr wird kontrolliert, kaum eine zentrale öffentliche Rede kam ohne die Referenz auf den Terrorismus aus, die Medien verkündeten täglich die Farbe der terroristischen Gefahr und auf ständige Wachsamkeit gegenüber Verdächtigen und Abweichlern wurde gedrungen, um so an die neue Kultur und Technologien der *surveillance* zu gewöhnen: »Wenn Du etwas siehst, sage etwas!« lautete eine Aufforderung in der New Yorker U-Bahn nach 9/11. *Große Landschaften der Angst und Furcht* entstanden vor allem in den Städten. Der imperiale Geschmack blühte auf.

Auch wenn der »Krieg gegen den Terror« sich nicht in Metaphorik (»Krieg gegen Armut«, »Krieg gegen Drogen«) erschöpft und klare, klassisch militärische Konnotationen hat, so steht der Vorgang, den er abbildet, für eine globale Wendung gegen Verbrechen, für Bürgerkrieg, Polizeigewalt und Durchsetzung rechtlicher Regeln, also für das Wirksamwerden eines globalen Souveräns. In der Ambivalenz dieser Wendung reflektierte sich das Weiterwirken *und* Verschwinden des klassischen, auf Hobbes zurückgehenden Verständnisses von Sicherheit, wonach jenseits der Staatsgrenzen die Barbarei beginnt. Diese Tradition operiert mit orientierenden Unterscheidungen wie Freund/Feind, Innen/Außen, Bürgerkrieg/Staatenkrieg, Polizei/Militär, Ordnung/Chaos, Sicherheit/Unsicherheit, Gewis-

schuldig gesprochen worden. Einer von zehn 2001 geborenen Männern wird irgendwann einmal im Gefängnis landen – heute ist es schon jeder fünfte Schwarze, der eingesperrt wurde und jeder dritte der wegen eines Kapitalverbrechens verurteilt wurde. Die Dauer des Gefängnisaufenthaltes stieg zwischen 1986 und 1996 von 39 auf 55 Monate – und wer freigelassen wurde, hat oftmals kein Wahlrecht (2003 waren es 5 Millionen Amerikaner) und zwei von drei sind innerhalb von drei Jahren wieder – eingesperrt. Siehe John Micklethwait, Adrian Wooldridge: *The Right Nation: Conservative Power in America*, New York 2004, S. 300f. Mit der massiven Einführung des Terrorbegriffs wird die staatliche Gewalt positiv sanktioniert bzw. normalisiert und die nicht-staatliche Gewalt wird diskriminiert.

324 Darauf verweist in einem exzellenten Beitrag Amy Kaplan: *Violent Belongings and the Question of Empire Today*. Presidential Address to the American Studies Association v. 17. 10. 2003, in: *American Quarterly* 1/2004, S. 8 ff.

sheit/Ungewissheit, Schutz/Schutzlosigkeit, Zivilisation/Barbarei, und verbindet sie in immer neuen Kombinationen. Und vor allem: die Bedrohung hat einen Ort – das Außen. Ohne Grenzziehung ist hier eine Unterscheidung zwischen Sicherheit und Unsicherheit nicht möglich. Die Grenzziehung selbst verweist hier auf eine staatsbasierte Geographie der Identität (»Territorialvolk«) und Differenz (das »Außen«, »Fremde«). Daher gab es in der sicherheitspolitischen Praxis der USA nach 9/11 zunächst ein Revival aller Themen, die mit Grenzziehungen und -fragen zusammenhingen. Das Gesetz *Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism* (PATRIOT) vom 26. 10. 2001 war hier bahnbrechend. Er regelte u. a. den Aufbau einer umfangreichen Datenbasis über Grenzbewegungen von Menschen und Sachen (Container) und einschlägige Erfassungs- und Verwahrungspraxen. Es folgte der *Enhanced US Border Security and Visa Entry Reform Act*, der die biometrische Identifikation von ausländischen Besuchern oder die Kontrolle ausländischer Studierender und damit Identität/Differenz fixierte.

Doch jenseits dieses Typus von Geopolitik gibt es auch eine soziale Ordnung von Raum und nicht, wie einst, eine bloß staatsterritorial ausgemessene und getragene Unterscheidung. Wo Kapitalismus und Empire globalisiert sind, gibt es keine solche Unterscheidung mehr, es »gibt kein Außen mehr« (Hardt/Negri). Und wo die für 9/11 stehende Form des antiimperialen Terrors aktiv ist, lösen sich zugleich die Unterscheidungen zwischen Freund/Feind, innen/außen, zivil/militärisch, Ordnung/Anarchie, Krieg/Frieden auf. Wer den Terror »in« den und »gegen die« USA verhindern will, muss ihn überall verhindern.³²⁵ Gegenüber dem Staatensystem ist der Terrorismus »das Andere«. Der Terrorismus revitalisierte die alte territorialstaatliche Geographie des »zivilen Inneren« und der äußeren Anarchie und er untergrub sie zugleich. In der Politik der Bush-Administration kommen somit klassisch *territoriale wie imperiale Modi* zum Ausdruck und dementsprechend rufen sie oder ihre Freunde auch die alten Feindbilder (»Islamic Bolshevism« – Niall Ferguson)³²⁶ auf.

325 Bülent Diken & Carsten Bagge Laustsen: »7/11, 9/11, and Post-Politics«, Lancaster LA1 4YL, UK at <http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/papers/diken-laustsen-7-11-9-11-post-politics.pdf> (o. J. [2004]); Mat Coleman: The Naming of »Terrorism« and Evil »Outlaws«: Geopolitical Place-Making After 11 September, in: *Geopolitics* 3/2003 S. 87 ff.

326 Wall Street Journal v. 21. 6. 2004; siehe auch Jeffrey Herf: Das mußte sie wissen, in: FAZ v. 11. 1. 2005, »...das faschistische Erbe..., das in abgewandelter Form in Al-Qaida und in Saddam Husseins Irak fortlebte.« So auch, gestützt auf Paul Berman (Terror and Liberalism, New York 2002), die Rede von den zwei Formen des arabischen Faschismus, des sakulären Faschismus eines Saddam Hussein und einer »neuen Form des europäischen Faschismus«, des »weißen Faschismus« des Bin Laden. So Walter Russell Mead, Power, Terror, Peace, and War, Edited transcript of remarks v. 27. 5. 2004 Carnegie Council Books for Breakfast, New York. Hier fügt sich im Kopf eines intellektuellen Shooting-Stars der US-Politikwissenschaft leichtfüßig begrifflich zusammen, was CIA und Pentagon bei der Suche nach der Irak-Connection empirisch einfach nicht zusammenbrachte. Zu Walter Russell Mead siehe das Stück »I Still wanted to be a generalist« von Hans-Jürgen Krysmanski in W&F 4/2004.

2005/6 setzte sich diese Neuzeichnung des Feindbildes nach altvertrautem Muster dann immer klarer durch³²⁷. 2005 zog Bush starke Parallelen zwischen dem »Krieg gegen den Terror« und dem »Krieg gegen den Kommunismus«: »Die mörderische Ideologie der islamischen Radikalen ist die große Herausforderung unseres neuen Jahrhunderts... Wie die Ideologie des Kommunismus ist der islamistische Radikalismus elitär, geführt von einer selbsternannten Avantgarde die vorgibt für die muslimischen Massen zu sprechen... Wie im Falle der Ideologie des Kommunismus lehrt unser neuer Feind dass unschuldige Individuen im Dienste einer politischen Ideologie geopfert werden können... Wie die Ideologie des Kommunismus verfolgt unser neuer Feind totalitäre Ziele.«³²⁸ Nachdem Donald Rumsfeld Ende August 2006 von einem »neuen Typ des Faschismus« gesprochen hatte, sprach Bush am 5. 9. 2006 vom »totalitären islamischen Empire« und verglich den Kampf gegen den islamistischen Extremismus mit dem Kämpfen gegen Faschismus und Kommunismus³²⁹. James Kurth hat bereits 2005 versucht, die Bedrohungen der USA durch Kommunismus und Islamismus und ihre strategischen Gegenreaktionen (»vorbeugende Antwort«) zu parallelisieren,³³⁰ und Joshua Muravchik hat dann 2007 in einer Verteidigung des Neokonservatismus der Zeitschrift *Commentary* es nicht bei einer Parallelisierung belassen, sondern den Islamismus als die weitaus gefährlichere Bedrohung charakterisiert: »Die Terroristen sind die Stoßtruppen der Jihadisten oder radikalen islamistischen Bewegung, einer Bewegung, deren Stärke begrenzt aber substantiell ist – weitaus größer als, zum Beispiel jene der Kommunisten zum Zeitpunkt als Lenin die Macht in Russland ergriffen hatte. Der Jihadismus hat ein Mehrfaches an Unterstützern, seine Reichweite ist weitaus größer, er hat bei weitem mehr Ressourcen und er hat eine natürliche Gefolgschaft, die der Kommunismus zu besitzen nur behauptete.«³³¹

Imperialität schließt immer ein die wechselseitige Beeinflussung und Diffusion von Praktiken, Anschauungen und Identitäten zwischen Zentrum und Peripherie, Innen und Außen, Metropole und Kolonie, Kern und Rand. Der »Krieg gegen den Terror« hat dieser Interaktion auf globaler Ebene eine neuartige Dynamik gegeben. Die Dynamik dieser Wendung und ihrer diskursiven Praxen speiste sich im übrigen auch aus einer neu mobilisierten *patriarchalischen Kriegskultur*: 9/11 war und blieb ein geschlechterpolitischer Exzess in Sachen Hypermaskulinität und des *macho imperialism*, dessen unappetitlichster medialer Höhepunkt jene Inszenierung des »Sieges im Irakkrieg« auf dem Flugzeugträger mit eingeflogenen Präsidenten war, die der Historiker Fritz Stern als »Leni-Riefenstahlisierung der amerikani-

327 Bush wurde dabei von Natan Sharansky's Position beeinflusst, wonach autoritäre arabische Regimes inhärent aggressiv und nicht vertrauenswürdig seien, s. Joel C. Rosenberg: Two Great Dissidents: Natan Sharansky's vision, and President Bush's, in: National Review Online, 19. 11. 2004.

328 President Discusses War on Terror at National Endowment for Democracy, Washington 6. 10. 2005.

329 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,434342,00.html> sowie IHT v. 6. 9. 2006.

330 James Kurth: Global Threats and American Strategies: From Communism in 1955 to Islamism in 2005, in: *Orbis* Fall 2005, S. 631-648.

331 Joshua Muravchik: The Past, Present, and Future of Neoconservatism, in: *Commentary* October 2007, S. 28.

schen Politik« bezeichnete.³³² Nicht nur die Akteure des Ereignisses *Nineeleven* waren männlich – also die Entführer, Helfer, Feuerwehrleute, Retter, Sicherheitsleute, Politiker und Militärs. Auch die mediale Widerspiegelung machte keinen Unterschied - allein in den ersten sechs Wochen nach 9/11 publizierte die New York Times 50 Meinungskommentare, von denen gerade 2 davon von Frauen verfasst worden waren.³³³ »Real Men Are Back« kündigte das Titelbild des neokonservativen AEI-Monatsmagazins im September 2003 an³³⁴ und avisierte die Losung des »tot oder lebendig« (Bush) und wenn Robert Kagan erklärte, dass Amerikaner vom Mars, Europäer dagegen von der Venus kämen, meinte er nichts anderes als eben dies: nur Amerikaner sind wirkliche Männer und die Europäer sind weibisch. Frauen wurden sichtbar als Opfer und klagende Verwandte der Opfer oder als passive Opfer islamischer Männerkultur, vor der sie zu bewahren unsere umtriebigen weißen Männer das Afghanistan der Taliban bombardierten – ein menschenrechtliches Motiv, das im Falle des Irak freilich nicht mobilisiert werden konnte.

Der »Krieg gegen den Terror« ist daher nicht nur ein Bündel institutioneller Praktiken (militärische und diplomatische Operationen, Organisationsaktivitäten, Standardprozeduren der Gewaltproduktion und -einhebung), sondern auch ein parallel laufendes *diskursives* Projekt, das eine besondere Sprache des Antiterrorkrieges mit eigenen Annahmen, Texten, Symbolen, rhetorischen Figuren, Bildern, Metaphern, Gleichnissen, Vereinfachungen, Erzählungen und Bedeutungen praktiziert. Das Ziel eines solchen Projekts ist es, Legitimation zu gewinnen durch die Konstruktion von Zustimmung und damit durch Konsensbildung. Damit wird zugleich bestimmt, was nicht legitimationsfähig ist, in den unvermeidlich binären Konstruktionen und deren Bedeutungsgeschichte negativ konnotiert ist, somit keinen Konsens finden soll und »nicht normal« ist. Diskurse Projekte funktionieren, wenn ihre Wörter normal und Bedeutungen selbstverständlich werden. Diskurse Praxen schaffen und reproduzieren so Beziehungen der Macht, indem sie Meinungsdominanzen generieren³³⁵. Zu solchen dominanzrelevanten Diskurspraxen im Rahmen des Projekts »Krieg gegen den Terror« gehören etwa: das »Schreiben« von Identitäten (»selbst«/»anders«), die Unterscheidung zwischen »gut« und »böse« (die nur Austreibung des dämonischen »Bösen« und Reinigung als Handlungsoptionen lässt) und die Unterscheidung von »menschlich« und »unmenschlich« (die moralische Abwägungen beim Umgehen mit dem Inhumanen und den »terroristischen Aliens« (John Ashcroft) oder den »terroristischen Schmarotzern«

332 In einem Interview in der FAZ v. 20.1.2005. Das schloss die virile Verpackung des Präsidenten in eine so engliegende Militärhose ein, dass Spekulationen über einen »sock job« nicht ausblieben, siehe Richard Goldstein: Bush's Basket, in: Village Voice 21.5.2003. Das massive Photo wurde vom Weissen Haus zur Verfügung gestellt.

333 Siehe Jan Jundy Pettman: Feminist International Relations After 9/11, in: The Brown Journal of World Affairs 2/2004, S. 85-96.

334 »Everyone wants to go to Baghdad. Real men want to go to Teheran.« New Yorker 14. 4. 2003.

335 Siehe Richard Jackson: Language Power and Politics: Critical Discourse Analysis and the War on Terrorism, in: 49^{er} Parallel 1/2005.

(George W. Bush) unnötig macht). Neben solchen Basisunterscheidungen stehen schwächere Codierungen wie jene zwischen »Heldentum« und »Feigheit« oder die Zuordnung von »Gefahr« und »Bedrohung«. Im Ergebnis steht ein Diskurs, welcher einen »schmutzigen Krieg gegen den Terror« als normale Praxis rechtfertigt. Dieser Diskursaufbau geschah mit großer Geschwindigkeit und begleitete eng die Grundkonfiguration der neuen institutionellen Praxis des »Krieges gegen den Terror«.

(2) Mit dem Aufstieg der imperialen Rechten wurde der *Einsatz von militärischer Gewalt* als Instrument der Außenpolitik und »Erzwingungsdiplomatie« (*coercive diplomacy*) neu normalisiert, gewann gegenüber den Prognosen vom »abnehmenden Gebrauchswert militärischer Gewalt«³³⁶ an Kraft und es trat gegenüber hegemonialer immer mehr

(3) *imperiale Rhetorik* in den Vordergrund, die nunmehr auf einer starken Zielsetzung, und, wie es sich zeigen sollte, mehr noch auf einem rasch profilierten *Projekt* aufbaute. In den 90er Jahren hatten die USA ihre Streitkräfte nach einer Militärstrategie strukturiert, welche die zeitgleiche Führung zweier großer regionaler Kriege vorsah. Der *Quadrennial Defense Review* vom 30. 9. 2001 modifizierte diese Strategie insofern, als sie die Fähigkeit zur Abschreckung auf vier Kriegsschauplätzen, zum Sieg über zwei Angreifer und zur Eroberung der Hauptstadt eines Aggressors (»regime change«) vorsah. *Keine* dieser Strategien forderte die Fähigkeit, politische Gegner von vornherein davon abbringen zu können, schon den *Aufbau* einer vergleichbaren militärischen Fähigkeit zu verfolgen. Während bis 9/11 die (potentiellen und aktuellen) Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten im Vordergrund standen, trat dieser Gesichtspunkt in der Folgezeit scheinbar hinter die Rede vom »Kampf gegen den Terror« zurück – dieser transformierte sich aber in Wirklichkeit in das dominante Medium zur Gestaltung dieser Auseinandersetzung.

Darüber hinaus aber können durch ein Projekt der Imperialität grundsätzliche Ziele erreicht und aktuelle Bedrohungen beseitigt werden: allein ein amerikanischen Empire ist in dieser Sicht imstande, *neue militärische Bedrohungen* zu konterkarieren, die in großer Vielfalt entstanden seien: Terror, Schurkenstaaten, »failed states«, Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Eine Strategie des Aufbaus eines guten Empires verspricht, diese neuen schweren Probleme zu lösen: terroristische Gruppen können nicht abgeschreckt, aber durch harte vorbeugende Schläge zerstört werden; Staaten, die den Besitz oder die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen anstreben, können nicht mit diplomatischen Mitteln davon abgebracht werden – aber durch vorbeugende militärische Intervention kann ein entschiedener struktureller Regimewandel durchgesetzt werden; poten-

336 Siehe Robert Keohane, Joseph Nye: *Power and interdependence: world politics in transition*, Boston (1977) 2000 sowie das Resümee von Caroline Kennedy-Pipe, Nicholas Rengger: *Apocalypse now? Continuities or disjunctions in world politics after 9/11*, in: *International Affairs* 3/2006, S. 539-552, hier: S. 552: »...Weltpolitik scheint durch 9/11 nicht radikal geändert worden zu sein.«

tielle Hegemonialkonkurrenten können durch den Aufbau eines engmaschigen Netzes von Militärstützpunkten und weitreichende Schlagkraft im Zaum gehalten und sogar notfalls durch direkte Intervention unterdrückt werden. Ein Empire hat in dieser Sicht ein hohes Lösungspotential für die neuen Fragen der nationalen *Sicherheit*. Daher ist für viele nicht nur Neokonservative klar: ein deutlicher imperialer Amerika hätte *Nineeleven* verhindert.³³⁷ *Die Unordnung der Welt ist so groß, dass sie nur durch ein gutes Imperium neu gestaltet und befriedet werden kann.* Wo die Staaten zerfallen und Bürgerkriege millionenfach Opfer bringen, wo »ethnische Säuberungen« und Völkermorde als normale Rechtfertigungen humanitärer Interventionen herhalten, ist die Neigung zu imperialer Politik gleichsam selbstverständlich.

(4) Weiter wurde die Nutzung einer *risikoreduzierten Kriegstechnologie* ermöglicht, deren Möglichkeiten in den Kriegen der 90er (Irak, Jugoslawien) im Ansatz ausgetestet werden konnten und die langfristig den USA eine militärische Machtprojektion ermöglichen soll, die nicht mehr auf territorialen Plattformen in Europa, Asien und dem Mittleren Osten angewiesen ist, da sie sich auf Langstreckenbomber, Präzisionsraketen, Weltraumwaffen und Raketenverteidigungssysteme verlassen kann. Mit dem »Krieg gegen den Terror« entstand schließlich

(5) ein neuer *Modus der Integration regionaler Mächte* (Russland, China); im Spiel um Hegemonie durch »Korruption«, »Konsens« und »Zwang« werden diese Formen in ein neues Muster gebracht. Russland traf eine strategische Entscheidung, indem es den USA Zugang zu der zentralasiatischen Region gab. Das Ziel, die anderen im globalen Machtspiel zählenden Staaten für die Akzeptanz einer Weltordnung zu gewinnen, die von den USA geprägt wird, schien nahe.

9/11 verknüpfte somit die Situation des Krieges mit einem Verständnis der USA als nunmehr explizit *revisionistischer Macht* (Michael Mastanduno), die eine Veränderung des internationalen Systems anstrebt: »Die nächste Phase des Krieges gegen den Terror«, schrieb Michael McFaul bereits 2002, »muss die Ausdehnung der Freiheit auf diese Gebiete sein. Die Vereinigten Staaten können sich nicht damit zufrieden geben, die gegenwärtige Ordnung des internationalen Systems zu bewahren. Die Vereinigten Staaten müssen vielmehr wieder eine revisionistische Macht werden – ein Land, das bestrebt ist das internationale System zu verändern als ein Mittel seine eigene nationale Sicherheit zu vergrößern. Mehr noch: diese Mission muss von Natur aus offensiv sein. Die Vereinigten Staaten können es sich nicht leisten zu warten und auf den nächsten Angriff zu reagieren.«³³⁸ Die Militärmacht der USA soll nicht reaktiv und passiv, sondern aktiv und

337 Siehe Ivan Eland: *The Empire Strikes Out: The »New Imperialism« and Its Fatal Flaws*, in: *Policy Analysis* Nr. 459 (2002), S. 1-27.

338 Michael McFaul: *The Liberty Doctrine*, in: *Policy Review* 2/2002. Ähnlich auch der beredete Neokonservative Max Boot im *Weekly Standard* v. 6.10.2005 und Jonathan Monten: *Unilateralism, Grand Strategic Beliefs, and Logics of Primacy*, Vortrag auf der Konferenz der ISA in Montreal am 20.3.2004. Gegen die Einschränkung des »Revisionismus« auf die Bush-Zeit vermerkt Hurrell zu Recht: »In einem wichtigen Sinn waren die USA immer ein revisionistischer Staat, ob sich dies in Kreuzzügen oder in der Politik des Vorbilds gezeigt hat.« Andrew

offensiv genutzt werden – die »beste Verteidigung ist eine gute Offensive« formulierte die NSS.³³⁹ Internationalistischer Unilateralismus als tragfähiger *Normalmodus* eines souveränistischen Projekts und nicht mehr bloß als Politik des letzten Ausweges schien für die rechtsimperiale Richtung nun eine ins Machbare verwandelbare Utopie zu sein: »Das 21. Jahrhundert wird amerikanisch sein.«³⁴⁰

F Machtkrise rechtsimperialer Politik

Will man also die »Politik Bush« beurteilen, geht es nicht nur darum, ob es eine »Abweichung« in der Außenpolitik gab (Ikenberry, Tony Smith), der früher oder später die Rückkehr zu dem folgen würde, was die Liberalen ohnehin als »normales« multilaterales Politikmuster verstanden. Es gibt einen voraussetzungsschweren und sich langfristig vorbereitenden *Bruch*, der zwar begrenzt war – sich jedoch gleichwohl ganz grundlegend aus dem überragenden, absolut zentralen Ereignis der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte: dem Zusammenbruch des real existierenden staatssozialistischen Systems 1989-1991. Nicht Differenzen in der grundsätzlichen Zielsetzung (Sicherung des Weltkapitalismus und des amerikanischen Primats, also des *American Way of Globalism*), erst Recht kein gravierender Ordnungswechsel hin zu einem grundsätzlich neuen Kapitalismus oder Imperialismus, auch nicht eine Aufgabe einer Politik der *markets and missiles*, sondern substantielle *politikmethodische* und *verfahrenspolitische*, aber auch *moralische* und *rhetorische* Unterschiede markieren den Bruch zwischen der Bush-Regierung und ihren Vorgängern. Die zentralen Wortführer des Neokonservatismus sahen daher eine grundlegende Veränderung auch in der Regierung und im Profil des Präsidenten: »Bush hat sich vom Mainstream seiner Partei entfernt und ist in der wahren Bedeutung des Begriffs ein Neokonservativer geworden.«³⁴¹ 9/11 warf eine Reihe von Fragen neu auf: die neue, gewachsene Rolle von »schwachen Staaten«; die Bedeutung des religiösen Faktors in der internationalen Politik; Terrorismus und seine Auswirkungen auf die Politik der Großmächte; die atlantischen Beziehungen und, natürlich, die Frage planetarer Macht. Vor allem aber erkannten die Einschätzungen und Strategien der Bush-Administration *die neuen Aufgabenstellungen*, die sich aus der Situation nach 1989 und 2001 ergaben: der Wegfall des Konkurrenten erforderte den Übergang zu einer Politik der Verhinderung einer solchen Situation der Konkurrenz durch neue Mächte, die

Hurrell: Pax Americana or the empire of insecurity?, in: International Relations of the Asia-Pacific 2/2005, S.164.

339 NSS, S. 6. Siehe auch Donald Rumsfeld in einer Rede am 31. 1. 2002: »Die beste und in einigen Fällen einzige Verteidigung ist ein guter Angriff.« (zit. nach Mann, Vulcans, S. 404).

340 A. Valladao: The Twenty-First Century Will Be American, London 1996 – »Primat war der Name des Spiels und ein neues amerikanisches Jahrhundert der Preis.« Siehe Fareed Zakaria: From Wealth to Power, zit. nach Michael Cox: The Empire's Back in Town: Or America's Imperial Temptation – Again, in: Millenium 1/2003.

341 So Robert Kagan und William Kristol im Weekly Standard v. 1. 12. 2003, S.7.

Machtdifferenz ist zu sichern, es geht um das Projekt eines planetaren Primats und damit einer realen *american world order*, die Giovanni Arrighi ein »wirklich universelles US-Empire« nennt. Die USA sind anders als andere Nationen, also exzeptionell – und diese Nationen sollen sich ihr anähneln. Diese Einschätzungen und Strategien, deren weitläufige ideologische Disposition sich bis auf den klassischen Komplex des Exzeptionalismus zurückverfolgen lässt und die durch die neue unipolare Position der USA im internationalen Kräftefeld dynamisiert und neu legitimiert werden konnten, waren durch 9/11 neu machtfähig geworden. Ihre Vertreter konnten sie als die (bislang) Bestimmenden durchsetzen. Dies gelang vor allem auf dem dann zentralen Politikfeld – dem Militärischen.

Doch im Unterschied zum fordistischen New-Deal-Liberalismus gelang es der rechten Strömung in den USA offenbar nicht, ein vergleichbares *dauerhaftes Realignment* zu einer hegemonialen, ihren Konkurrenten marginalisierenden politisch-ideologischen Formation durchzusetzen, in deren Zentrum Militarismus, Kriegertum und Illiberalismus³⁴², religiöser Fundamentalismus und prokapitalistisch-neoliberal mobilisierter, ja enthusiastischer Marktradikalismus standen. Es gelang nicht, dieses politische *Realignment* zu einer mit dem Projekt des liberalen New Deal vergleichbaren Reorganisation der staatlichen Regulationsweise und des sozialstaatlich akzentuierten Vergesellschaftungsmodus auszuweiten. Dazu waren die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Präferenzen der einzelnen Gruppierungen der Allianz der Rechten unter Bush zu unterschiedlich. Außerdem fehlte es an einer verbindenden strategischen Kultur, die eine Duldung unterschiedlicher Positionen weitergetrieben hätte zu einer Identifizierung mit einem Bündel moralischer Werte, sozialer Priorisierungen und politischer Zielsetzungen, die dann eine stabile soziale Basis für die Akzeptanz und Unterstützung des Kurses der Administration Bush geschaffen hätten. Die Wendung der *imperialen Republik* zum Autoritarismus unter Bush ist gleichwohl beträchtlich, wofür vor allem die Etablierung des schon bei seiner Gründung 2003 mit 170 000 Beschäftigten und einem Jahresbudget von 37 Mrd. \$ ausgestatteten ungewöhnlich machtvollen *Department of Homeland Security* (DHS) steht, weiter der Aufbau eines sehr weitreichenden Zwangs-, Überwachungs- und Verwahrungssystems seitens der Einwanderungsbehörde und des Justizministeriums über den »US Patriot Act« (2001) und die neuartige Ausgrenzung von Ausländern und Minderheiten³⁴³ –

342 Neoliberalismus und Neokonservatismus divergieren ideologisch, aber konvergieren politisch. Der Neokonservatismus hat eine moralpolitische Rationalität, der Neoliberalismus eine marktpolitische. Der eine verfolgt ein Businessmodell des Staates, der andere ein theologisches Modell des starken Staats und des Politischen. Der eine pflegt die Partei der moralischen Werte, der andere die Partei des Big Business, beutet Wünsche aus, entleert die Welt ihrer Bedeutungen und ist amoralisch hinsichtlich der Ziele und Mittel menschlichen und politischen Handelns. Beide widersprechen sich in Bezug auf Grenzen der Nation und Kultur, also des Patriotismus, des »Westens«, der Religiosität. Beide aber betreiben die Kannibalisierung der liberalen Demokratie, siehe Wendy Brown: Neo-liberalism and the End of Liberal Democracy, in: *Theory & Event* 1/2003 sowie dies., *American Nightmare*, in: *Political Theory* 6/2006, S. 690-714.

343 Bedeutsam hier in erster Linie die Suspendierung der Genfer Konvention, die Folterpolitik, Aufwertung der Militärtribunale, elektronische Überwachung von Zehntausenden, Grenzkontrollen und weiträumig Verhaftungen von Ausländern, siehe NYRB v. 9. 3. 2006.

wobei die Trennung zwischen innerer und äußerer Überwachung bzw. zwischen Aufklärung und Polizei deutlich aufgeweicht wurde, während zugleich die Grenzkontrollen des Nationalstaates USA massiv ausgebaut wurden – sowie endlich der rapide Machtzuwachs der Exekutive und die Abwertung des Parlaments³⁴⁴. Massiv wurde unter Bush die Ausweitung der Kriegserklärungs- und -führungsbefugnisse des Präsidenten gegenüber dem Kongress betrieben³⁴⁵. Rechtspolitisch betrieb die rechtsimperiale Fraktion nachdrücklich die Etablierung einer Präsidialmacht, in deren Zentrum das Recht steht, ohne Zustimmung des Kongresses Kriege aller Art (bis auf den »totalen« Krieg) zu erklären und internationale Verträge zu interpretieren, zu beenden und zu verletzen.³⁴⁶ Damit sollten rechtliche Einschränkungen der Präsidialmacht vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik ausgehebelt werden. Materiell bedeutete Imperialität im Paradigma des Neokonservatismus eine disziplinierende Politisierung des Staates: der *militärische Faktor* wird nicht nur als *last resort*, sondern auch als frühes operatives Instrument und zentrales Politikfeld hochgeschätzt, wobei im Falle Bush/Rumsfeld zwar der Generalstab als militärische Spitze weitgehend entmachtet wurde, daneben aber eine starke Politisierung des Offizierskorps durch die politische Rechte betrieben wurde. Der *nationale Sicherheitsstaat* mit einer starken Exekutive (»unified command«), einer Entwertung parlamentarischer Teilhabe und zivilstaatlicher Legitimationsagenturen, Geheimhaltung – die Geheimhaltungspraxis im Lande expandierte massiv: in jeder Minute klassifizieren die US-Bundesbehörden 125 Dokumente³⁴⁷ – und Limitierung der Bürgerrechte ist die Form dieser Disziplinierung, die zudem weitaus stärker als einst sich verkoppelt mit dem Moment der *Privatisierung* des Sicherheitsstaates und Militärs, also zugleich zum militärischen *Kontraktstaat* mutiert. Ökonomisch taucht der Staat nur als Organisationsmedium der Korruption, große Bereicherungskasse vor allem für die Rüstungsindustrie und wissenschaftlich-technisches Innovationszentrum auf. Die Umverteilung »von unten nach oben und von außen nach innen« ist der innere Bewegungsmodus der politischen Ökonomie imperialer Aneignung, die sich durch Kulturen der Exklusion, Superiorität und Ungleichheit realisiert. Die Finanzierung des imperialen Projekts

344 Detailliert bei Richard S. Conley: Reform, Reorganization, and the Renaissance of the Managerial Presidency: The Impact of 9/11 on the Executive Establishment, in: *Politics and Policy* 2/2006, S. 304-342 sowie Nancy Kassop: Law vs. Presidential Power in the Bush Administration's Anti-terrorism Policies: one at the expense of the other, Vortrag an der LSE (London) v. 20.2.2006, <http://www.lse.ac.uk/collections/LSEPublicLecturesAndEvents/pdf/20060220-Kassop.pdf> sowie James P. Pfiffner: George W. Bush and the Abuse of Executive Power, Vortrag auf der APSA Tagung Chicago 2007.

345 Mithilfe der sog. Signing Statements beanspruchte der Präsident George W. Bush, bis Mitte 2006 mehr als 750 Gesetze zu ignorieren. Sie hängen zusammen mit der recht obskuren Doktrin der »unitären Exekutive«, wonach diese die Beschlüsse der Gerichte und des Parlaments auf der Grundlage der präsidialen Verfassungsinterpretation übergangen könne, siehe Elizabeth Drew: Power Grab, in: *NYRB* v. 22. 6. 2006.

346 So David Cole: What Bush Wants to Hear, in: *NYRB* v. 17. 11. 2005. Der Kongress erklärte nur fünf Mal den Krieg – in der Zählweise von John Yoo, der diese Rechtspositionen einflussreich entwickelte, waren die USA aber in 125 militärische Konflikte seit dem Koreakrieg verwickelt.

347 CQ Researcher Nr. 42 v. 2. 12. 2005. In 2004 stellte die US-Regierung 15,6 Millionen geheime Dokumente her – 81 Prozent mehr als im Jahr 2000. Zugleich ist im letzten Jahrfünft die Rate der Deklassifizierung geheimer Dokumente rapide gefallen.

geschieht – so der Gedanke – durch Staatsverschuldung und modern maskierte Tributsetzung (andere Staaten, Ressourcen). Der materielle Umbau des Staates nach diesen Linien wurde bis 2006 weit vorangetrieben, über weite Strecken ohne substantiellen Dissens mit der Opposition.

Insgesamt hielt jedoch die deutliche ideologische Polarisierung zwischen Republikanern und Demokraten in einem nach rechts verschobenen Feld an; allerdings änderten sich die Mehrheitsverhältnisse in zentralen Fragen (Irakkrieg, Rolle des Staates, Sozialpolitik, Ökologie, soziale Gerechtigkeit) seit 2005 zu Lasten der Republikaner. Mit der Niederlage der Republikaner bei den Zwischenwahlen 2006 sind die Kraft und Dynamik dieses originellen ideologischen Formats wie der rechtsimperialen Richtung insgesamt deutlich geschwächt worden und es bildet sich seitdem ein neues Bündnis an der Macht heraus, dessen Profil und innere Kräfteverteilung noch unklar ist, in dem aber die mittlerweile relativ heterogene, insgesamt aber stark nach rechts gewendete »realistische« liberalimperiale Richtung erneut dominieren wird.³⁴⁸ Ihre aktuelle Politik der Beseitigung mancher Kollateralschäden aus einer knappen Dekade regierender rechtsimperialer Politik kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie Kernelemente dieser Politik übernommen hat. Das Vierteljahrhundert Rechtswende und die Entstehung der weltweit stärksten bewegungs- und parteipolitischen Rechten in den USA hat mehr als bloß Spuren im Liberalismus und seinen alten imperialen Projekten hinterlassen. Es ist nicht zu erkennen, dass die offenbare Dynamik der inneramerikanischen Kriegskritik in eine grundsätzliche Infragestellung der bisher dort hegemonialen Positionen übergehen würde: wo geht es um die Akzeptanz gemeinsamer Regimes kollektiver Sicherheit? Wer gibt den Anspruch auf, global zu definieren, wen die »Weltgemeinschaft« als »Feind« zu betrachten habe? Wer verzichtet auf die Fähigkeit und Chance militärischer Alleingänge? Gibt es grundlegende Differenzen im Weltbild und der Aufteilung dieser Welt in Hegemonialrivalen (z. B. Russland und China), *swing states* (z. B. Türkei), »Problemstaaten« (z. B. Venezuela) und »Feindstaaten« (z. B. Iran)? Wer verzichtet auf atomare Kriege oder gar nukleare Bewaffnung selbst? Wer nimmt die beträchtliche Zerstörung der Rüstungskontrollregime durch die Vereinigten Staaten seit den 1990ern zurück? Wer optiert für ein dezidiertes Projekt der Ab- und Entrüstung? Bei der Sicherung der imperialen Kampfzone und ihrer Gewaltmittel sind keine tiefen Risse zu erkennen. Der Wunsch nach Veränderung variierte seit 2005 nur in einem einzigen Manöver: wie die Niederlage der USA im Irakkrieg doch noch in einen Machtgewinn umgemünzt werden könne.

Mit dem Zurückdrängen führender Neokonservativer ist der Boden für einen neuen Konsens bereitet. Ihre pragmatische Grundlage ist der richtungsübergrei-

348 Siehe Rilling: *Option*, S. 49 ff. sowie Davis, *Democrats*, S. 5ff. Die Rechtswendung gilt nicht für ihr kulturelles Profil, weshalb sie für die stark politischen Milliardäre von Silicon Valley und Hollywood unvergleichlich attraktiver sind. Diese Fraktion ist aber global weiter aufsteigend, s. *Forbes* v. 26. 3. 2007 »The World's Richest People«.

fende Konsens zum neoliberalen marktpolitischen Grundansatz und zur Ressourcensicherungspolitik sowie zur Verhinderung einer neuen Hegemonialkonkurrenz mit Russland, China oder sogar Europa. Ein *neoliberaler New Deal* deutet sich an, der im Einlang mit vergleichbaren Korrekturen in Europa sich zu einer neuen dominanten Figur des Neoliberalismus entwickeln könnte.

Bei dieser Kompromisskonstellation geht es eher um eine Machtteilung zwischen politischen Strömungen und den von ihnen vertretenen zentralen Projekten als um eine Aufteilung der Repräsentanz unterschiedlicher Elitegruppen oder Kapitalfraktionen. Die Ausnahme hiervon bildet die stabile Präferenz der Rüstungsindustrie, des Agrobusiness und der extraktiven Industrie für die politische Rechte und der Schlüsselkonzerne der Technik- und Inhaltsabteilungen der Kommunikationsindustrie sowie des Sektorkapitals für die Liberalen. Dass ein umstandsloser, gar unmittelbarer Kurzschluss zwischen imperialen Entwicklungskonzepten und -strategien und den Zyklen der Kapitalreproduktion bzw. die sie repräsentierenden sozialen Akteursgruppen gezogen werden kann, ist nicht haltbar. Weder die Wandlungen in der Staatsintervention und der Regulierungsweise, noch die Brüche in den Konfigurationen des Imperialismus oder tief greifende historische Schocks wie die Weltwirtschaftskrise 1929, die Finanzmarktkrise 2007/8, die beiden Weltkriege oder weit reichenden Sprünge in der Produktivkraftentwicklung (Nuklearenergie, Mikroelektronik, Internet) haben die Strukturierung der imperialen Dimension des Raumes der »auswärtigen« oder »internationalen« oder »globalen« oder »planetaren« Politik durch »rechts«- und »liberalimperial« Projekte nachhaltig beeinflusst. Es gibt in der übergreifenden Langzeitdimension der Imperialität offenbar gleichsam dauerhafte Strukturen und Projekte, (Konkurrenz-) Beziehungen und Zyklen, die sich weitgehend autonom auf den Bereich des Politischen selbst beziehen. Diese bestimmen allerdings entscheidend die Kräfteverhältnisse zwischen ihnen und ihre jeweilige Legitimationskraft.

7 Optionen und Grundlinien

Zweifellos bedeutete der Zusammenbruch des Staatssozialismus einen tiefgreifenden Bruch. Und er setzte die Frage nach dem »Empire« wieder und neu auf die politische Tagesordnung, denn parallel zur weltweiten ökonomischen Transformation der staatssozialistischen Wirtschaft in eine kapitalistische Ökonomie (»Globalisierung«) rückte die Frage nach der Neugestaltung des internationalen Systems und damit der Politik in den Vordergrund. Es entstand eine Situation, die sich der Begriffswelt des Kalten Krieges (»Hegemonie«, »Supermächte«) nicht mehr fügte.

Eine globalisierte kapitalistische Ordnung wirft, ob man will oder nicht, die Frage nach einem planetaren Arrangement der politischen Gestalt dieser Ordnung

auf. Globalisierung meint ja nicht einfach bloß Austausch von Materialien, Waren und Arbeitskraft oder Interaktion und Akteursvernetzung, sondern Globalisierung der Waren-, Geld- und Kapitalmärkte, des Kapitalverhältnisses (zwischen Eigentümern und Nicht-Eigentümern an Produktionsmitteln) und der Konkurrenz also, das diese Tauschprozesse und Interaktionen zu vermitteln vermag und hierzu eine global wirksame rechtliche und politische Form benötigt, in der sich zugleich staatliche und private Herrschaftsverhältnisse und eine entsprechende Positionierung ihrer Repräsentanten im globalen Machtraum der Politik ausdrücken.

Auf den ersten Blick findet sich hier seit den 90er Jahren geradezu ein Tohuwabo von widersprüchlichen Akteuren, Strukturen und Prozessen: der starke nationale Sicherheitsstaat und »small government«, der Shareholderkapitalismus und ein neu erstarkter staatsalimierter Militär-Industrie-Komplex, die Unendlichkeit der globalen Finanzmärkte und die Begrenztheit territorial ansetzender Geopolitik der Militär-, Rüstungs- und Extraktionsindustrie (Öl!), der Multilateralismus und der Unilateralismus, die Disziplin des freien Marktes und die Disziplin des Militärischen und der neuen *landscapes of fear*, die politischen Krieger, die für eine starke Politik kämpfen und die Marktradikalen, die auf Schwächung des Staates und der Politik aus sind, die Besitzbürger und Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft und die Besatzer.

Hinter dieser Vielfalt freilich verbergen sich übergreifende Trends, deren Machtrepräsentanten um die planetare Vorherrschaft kämpfen. Es steht zur Frage,

- ob sich in dieser geschichtlich neuartigen Situation des Globalkapitalismus *ein neues planetares politisches Subjekt* (z. B. eine »transnationale Bourgeoisie«) und *eine neuartige globale politische Ordnung* (»Empire«) etablieren können,³⁴⁹
- ob es zur Neubildung eines »anarchisch-konkurrenzförmigen«, gleichsam »pluralen«³⁵⁰, wenngleich durchaus ungleich verfassten, hierarchisch geordneten und mehr oder weniger koordinierten Systems mit kooperativen Grundelementen kommen werde in dem ein *zentraler Akteur* (etwa China) oder *eine Allianz* (der transatlantische oder gar planetare »Norden« oder eine neue »asiatische Allianz«, die dem Westen gegenüberstehen oder ihn als dominanten Faktor ablösen würde – »A World without the West« also) oder die »Supermächte« USA, China und die EU als die »Big Three« (Khanna) dominieren oder endlich ein »globales Direktorium« (Kupchan) aus USA, EU, Japan, Russland und China arrangiert eine dominierende oder hegemoniale Rolle spielen würden, dabei aber im heftigen Kampf um ein, zwei Dutzend machtpolitisch relevanter swing states liegen, deren Orientierung darüber entscheidet, wer das Primat in der globalen Machtstruktur erlangt³⁵¹,

349 So etwa William I. Robinson: *A Theory of Global Capitalism*, Baltimore 2004. Für Hardt/Negri ist das »Empire« die postimperialistische und postmoderne Form transnationaler Souveränität.

350 Das ist theoriegeschichtlich (nicht politisch) ein unglücklicher Begriff. Aber »ultraimperial« ist theoriegeschichtlich belastet und politisch obskur.

351 Der Anteil der sieben großen kapitalistischen Industrieländer (G7) an der Produktion fiel – gemessen an den Kaufkraftparitäten – von 55 Prozent (1980) auf weniger als 40 Prozent (2007), wogegen der Anteil von China

- ob ein *einzelner traditioneller Akteur* aufgrund seiner hegemonialen Position (»Hypermacht«) im historisch gewachsenen Machtfeld diese globale Rolle (»American Empire«) zu übernehmen vermag und konkret die USA imstande wären, ihr imperiales Projekt neu – eben global und mit neoliberalen Zuschnitt – zu initiieren (»neuimperial«) und aufgrund der unipolaren Position, in die sie versetzt worden waren, durch eine primär unilaterale Politik ein Projekt der Ordnung der Welt nach eigenem Maß durchzusetzen
- oder ob schließlich in bestenfalls mittelfristiger Sicht Wirklichkeiten eines *alternativen*, kooperativen, nichthegegonial-demokratischen, radikal friedlichen und antiimperialen *Projekts der »Selbstordnung« der Welt* geschaffen werden können.

Die *Auseinandersetzung um diese Optionen prägt die gegenwärtige Weltordnung*³⁵². Wir haben es gegenwärtig nicht mit einer *imperialen Endzeit* zu tun, wie es die Utopien der Hardt/Negri oder Fukuyama diagnostizierten. Auch geht es nicht um eine einsinnige Zeit des Übergangs von der Supermachtzeit zum neuen Multilateralismus, wie viele diagnostizieren.³⁵³ Wir leben vielmehr in einer langen Zeit der *offenen Übergänge und strategischen Auseinandersetzungen*. Zugleich macht die liberale (»realistische«) Rede von der »anarchischen« Staatenordnung Sinn weniger denn je: es geht um die Qualität der Hierarchie in dieser Ordnung. Und ein Blick, der allein auf die Konflikte und Kräfteverschiebungen zwischen Nationalstaaten und den auf diesen basierenden Machtbündelungen fokussiert ist, verfehlt die Vielfalt und Tiefendimensionen der Kämpfe im globalen Raum, die in der Machtstrukturforschung identifiziert wird.

Unversehens sind also zentrale politische Konflikte inmitten der scheinbar so festgefühten Konstellation des Neoliberalismus entbrannt. *Die neue Delegitimation des Neoliberalismus ist nicht das einzige Zeichen der Zeit – mehr noch geht es um die strategischen politischen Richtungskämpfe, die im Rahmen und Raum*

von 3,2 Prozent auf 15, 8 Prozent anstieg und seine Überschüsse im Außenhandel gegenüber der EU und den USA 230 Mrd \$ bzw. 260 Mrd \$ betragen. Siehe zu den Großen Drei Parag Khanna: *Waving Goodbye to Hegemony*, in: NYT v. 27. 1. 2008

352 Siehe dazu aus den paar tausend neueren wissenschaftlichen Texten zur Empirefrage etwa Jan Nederveen Pieterse: *Globalization or Empire?* New York und London 2004; Robinson, *Global Capitalism*; Michael Cox: *Still the American Empire*, in: *Political Studies Review* 1/2007 S.1-10; Porter, *Empire and Superempire*; sowie Colás, *Empire*. Es gibt zahlreiche andere Unterscheidungen zur Charakterisierung des globalen Kräftefeldes und seiner Akteurskonstellationen. Peter Gowan: *Triumphing toward International Disaster: The Impasse in American Grand Strategy*, in: *Critical Asian Studies* 1/2004 verweist etwa darauf, dass im Falle der USA im Jahr 2000 rund eine halbe Billion Dollar an Profiten aus Operationen im Ausland stammten. Er geht davon aus, dass nur noch rund 60 Prozent der Einnahmen des Unternehmenssektors im Inland generiert werden. Diese Gruppen des (dominierenden) amerikanischen transnationalen Kapitalismus und des »Inlandskapitalismus« seien »hinsichtlich der Wirtschaftspolitik, sozialer Interessen und politischer Positionen in den USA zunehmen polarisiert.« Ähnlich auch John Foran: *Global Marxism: Imperialism and Hegemony: Some Thoughts on My Colleague Bill Robinson*, in: *From the Left* 2/2004, S. 3 f. Hier repräsentiert das »alte Europa« plötzlich eine transnationale Elite, die gegen den US-Militär-Industrie-Komplex ficht. Häufiger noch die sehr einfache Unterscheidung zwischen Nationalismus mit starker militärischer Akzentuierung und Kosmopolitismus mit Präferenz auf Ökonomie und internationales Recht, deren Entstehung auf die 70er Jahre datiert wird; etwa Richard K. Betts: *The political support system for American primacy*, in: *International Affairs* 1/2005, S. 5.

353 Siehe etwa Pierre Conesa: *Die USA – Sicherheitsrisiko für Europa*, in: *Le Monde Diplomatique* 4/2008.

des neoliberalen Kapitalismus zwischen seinen imperialen (»planetaren«, »pluralen«, »singulären«) Akteuren ausgebrochen sind – die schwachen »nichtimperialen« Protagonisten agieren hier noch in einer anderen Liga. Dieser Konflikt wird aller Voraussicht nach die nächsten Jahrzehnte bestimmen und durchaus ungeklärt ist, welche sozialen Gehalte und welche politische Qualität dabei am Ende bestimmend sein werden. Eine Fülle von heterogenen Konstellationen und widersprüchlichen, fragmentierten Formationen der Übergänge existieren schon heute, die das Aufeinanderstoßen dieser Akteure und ihrer Projekte reflektieren.

Mit der jahrhundertlangen Dominanz des angloamerikanischen Kapitalismusmodells ist der Verlauf dieser Auseinandersetzung nicht festgelegt: die Welt ist akteursbestimmendes System und Arena für die Handlungen dieser Akteure der Macht gleichermaßen. Aus der planetenweiten Globalität des Kapitalismus resultiert keineswegs gleichsam im Selbstlauf der Trend zu einem einheitlich global aufgestellten politischen Subjekt, aus der aktuellen unipolaren Dominanz des imperialen Akteurs USA und seiner weitreichenden Fähigkeit zu unilateraler Politik ergibt sich keineswegs eine stabile und nachhaltige globale politische Konfiguration, wie die Zeit nach 2001 zeigt und aus der schieren Ressourcenkraft Europas oder Chinas entsteht noch lange kein zwingendes hegemoniales Regime. Das bedeutet auch: *Chaos* ist eine Zukunftsoption, deren Wahrscheinlichkeit ebenso zur Debatte steht.

Imperiale Ordnungen dauerten einst Jahrhunderte. Sie sind eine grundlegende Institution der politischen Moderne wie des postmodernen Kapitalismus. Nicht nur dass imperiale Projekte und Ordnungen sehr differenziert sind und ihren Charakter im Verlauf der Geschichte oft variierten. Ebenso wie es sie in vorkapitalistischer Zeit gab und in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus, so gab es sie in der Zeit des Imperialismus. Festzuhalten ist, dass die Wandlung mancher kapitalistischer Gesellschaften in imperialistische Ordnungen dann immer wieder auch imperiale Projekte hervorgebracht hat. Doch ebenso wie es viele kapitalistische Staaten gab, die kaum imperialistisch genannt werden konnten oder solche Qualitäten nur schwach ausgebildet hatten, gilt dies für den Zusammenhang von »Imperialismus« und »Imperialität«. Einst existierten Imperien, aber sie hatten kapitalistische oder vorkapitalistische Ordnungen, keineswegs aber einen »Imperialismus« als Grundlage.³⁵⁴ Und es gab imperialistische Staaten, deren imperiale Qualität kaum ausgebildet war (eine Situation, die heutzutage kaum anzutreffen ist und deshalb auch kaum noch bedacht wird). Die kapitalistisch geprägte Weltordnung der Gegenwart hat die politische Ökonomie des imperialistischen Kapitalismus nicht abgeworfen, sondern immer wieder verändert. Wo es um die Beziehungen zwischen den vielen und den starken imperialistisch organisierten

354 Darauf zielt die Unterscheidung zwischen »Empire of Property«, »Empire of Commerce« und »Empire of Capital« ab, die Ellen Meiksins Wood: *Empire of Capital*, London und New York 2003 entwickelt hat. Worauf Imperialität dann jeweils letztlich aus war, wer sie hauptsächlich trug und prägte und wer durch sie geplagt und geopfert wurde, hängt essentiell von diesen Grundlagen ab.

Kapitalismen geht, kommt Imperialität ins Spiel – zwingend, aber immer auch inkohärent. *Die Beziehung oder Eigenschaft des Imperialen meint die Stellung und aktive Positionierung eines sozialen, ökonomischen oder politischen Subjekts zur Welt und ihrer herrschaftlichen Gestaltung.* Die Qualitäten, welche eine imperiale Unternehmung ausmachen, haben unterschiedliches Gewicht und jedes dieser Merkmale für sich genommen findet sich auch in anderen Kapitalismusvarianten und Nationalstaaten: Imperien und (große) Nationalstaaten trennt keine chinesische Mauer, diese haben vielmehr historisch jene vermittelt. Eine abschließende, scharfe Abgrenzung des Begriffs »Imperialität« (»notwendig«, »hinreichend«) ist deshalb fehlleitend – Änderungen historischer Konstellationen führen auch zu neuen Merkmalsgewichtungen und -verknüpfungen, die es dann sinnvoll machen, von »Imperialität« zu sprechen. Die Frage ist, ob es *heute* solche *spezifischen* Konstellationen gibt, die das erlauben.

Es ist auch durchaus fraglich, Imperialität einfach als Reflex der »Erfindung« und des »Aufstiegs« veränderter kapitalistischer Betriebs- und Regulationsweisen zu sehen und »moderne« Imperialität daher nur dort zu vermuten, wo solche entstehen. Der Fordismus etwa brachte keine eigene Form der Imperialität hervor, sondern fand die seit Anfang des letzten Jahrhunderts sich entfaltende *liberalimperial* (welche die Form eines »nicht-territorialen«, »informellen« Empire annahm) wie die *rechtsimperial* (dann faschistische) stark formell und mit unmittelbarem Zwang operierende, kolonial-territoriale Richtungsoptionen gleichsam als passende historische Bewegungsformen vor, die ihn prägten. Beide konkurrierten mit der Sowjetunion als einem weiteren Projekt großräumlicher Neugestaltung, das den Gedanken des Imperialen keineswegs ignorierte, sondern sich explizit als postimperial und daher antiimperial(istisch) verstand und etikettierte – dabei aber zugleich (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) als zentralistisches, stark formelles, antiliberales und sozialökonomisch konträr aufgestelltes Empire agierte. In der Zeit zwischen der Oktoberrevolution 1917 bis 1942/43, als sich der Ausgang des zweiten Weltkriegs entschied, konkurrierten somit drei imperiale und »entfernt verwandte« Projekte mit globalem Anspruch³⁵⁵. Zunächst 1945, dann 1989 war diese Konkurrenz zugunsten des Projekts eines informellen Empire des Liberalismus entschieden, als dessen unbestrittener Repräsentant sich nach dem Ende des zweiten Weltkriegs die USA etabliert hatten.

Imperiale Projekte reflektieren auch nicht in erster Linie alternative *varieties of capitalism*, sondern zunächst grundlegende, untereinander konkurrierende *politische* Richtungen, die sich in Optionen für unterschiedliche Positionen und *Entwicklungspfade* kristallisieren, sie aber auch in modifizierter Form überdauern können. Der Begriff »Imperialität« soll daher beschreiben ein oszillierendes Bündel von richtungsnahen Eigenschaften vor allem, aber eben nicht nur der *Politik* kapitalistischer bzw. imperialistischer Ordnungen im Bezug auf deren *Stellung in*

355 Im Anschluss an die Formulierung von Wolfgang Schivelbusch: *Entfernte Verwandtschaft*, München und Wien 2005.

der Welt und ihrer herrschaftlichen Gestaltung im Unterschied zum »Imperialismus« als Etappe, Stadium, Formation (»System«) oder bloße Politik des Kapitalismus³⁵⁶. Seit weit über einem Jahrhundert existieren sehr hartnäckig traditionsstarke liberal- und rechtsimperiale Projekte, deren kulturelles Set, politisches Design und partiell sogar soziale Trägerschaft die verschiedensten formativen Konstellationen überdauerten und auch keineswegs notwendig für spezifische Akkumulationsregimes oder -typen stehen, *sondern unterschiedliche politische Räume besetzen*. Zur anhaltenden neoliberalen Transformation des fordistischen Kapitalismus gehören daher unterschiedliche imperiale Projekte, die sich nun seit über drei Jahrzehnten am deutlichsten in der Auseinandersetzung zwischen liberal- und rechtsimperialen Richtungen verdichten. Beide Projekte installieren auf ihre Weise eine zentrale Figur der Ungleichheit im internationalen System. Die Auseinandersetzung fokussiert sich auf jenes Land, das als Einziges gegenwärtig ein »realistisches« imperiales Projekt verfolgt – eben die USA.

Das Neue am rechtsimperialen Projekt in der Zeit des globalen Kapitalismus der Gegenwart ist sein neoliberaler Charakter und seine auf die Bearbeitung von Weltordnung bezogene souveränistische, interventionistische und entgrenzte Anlage; das Neue am Neoliberalismus dieses Jahrzehnts ist auch die Entfaltung eben dieser Imperialität und die Ausbildung eines anderen Typus von Informalität, als er bis in die 70er Jahre charakteristisch war. Zwei Sätze lassen diesen doppelten Zusammenhang ahnen: während Thomas Friedman formulierte: »Die verborgene Hand des Marktes wird niemals funktionieren ohne eine verborgene Faust. McDonalds kann nicht gedeihen ohne McDonnell Douglas, dem Entwickler der U.S. Air Force F-15. Und die verborgene Faust welche die Welt sichert für die Technologien Silicon Valley's trägt den Namen U.S. Army, Air Force, Navy und Marine Corps«, sprach Robert Kagan ähnlich von der »unilateralen Faust, die im multilateralen Handschuh steckt«. ³⁵⁷ Als die liberalen Eliten der USA nach 1945 das Projekt des Aufbaus eines multilateral-informellen Empire verfolgten, war in die US-dominierte Formierung der Nachkriegsstaaten Deutschland und Japan zugleich eine spezifische Variante des Projekts des fordistischen Wohlfahrtsstaates eingeschrieben. Das rechtsimperiale Projekt der Staatsformierung im Irak dagegen verfolgt und reflektiert einen postfordistischen, neoliberalen Ökonomie-, Gesellschafts- und Politikzuschnitt und steht daher für eine Veränderung des Imperialen selbst. ³⁵⁸ Das Projekt eines US-amerikanischen rechtsimperialen Neolibe-

356 Arrighi, Adam Smith, S. 211, stellt bei seiner Definition von Imperialismus auf die staatliche Ebene ab: »Seine allgemeinste Bedeutung ist eine Ausweitung oder ein Oktroi von Macht, Autorität oder Einfluss eines Staates über andere Staaten oder staatenlose Gemeinschaften.« Der Zweck der Anwendung solcher Gewaltmittel bestehe darin, dass kapitalistische Staaten die räumlichen Verlagerungen zu ihren Gunsten nutzen wollen, die mit der »endlosen« Akkumulation von Kapital und Macht verbunden sind (S. 239).

357 Thomas Friedman: *The lexus and the olive tree: understanding globalization*, New York 1999, S. 373; Robert Kagan: *Multilateralism, American style*, in: *Washington Post* v. 13. 9. 2002.

358 Siehe Carl Davidson, Jerry Harris: *Globalisation, theocracy and the new fascism: the US Right's rise to power*, in: *Race & Class* 3/2006, S. 47-67. Ob auf die USA der Gegenwart die Konzepte eines neoliberalen Faschismus oder eines faschistischen Neoliberalismus angewandt werden könnten, kann hier nicht debattiert werden. Sie ist

ralismus ist sicherlich dabei auch «ein Versuch, das Amerika, dessen Geschäft das Business ist, zu verschmelzen mit dem Amerika, dessen Business der Krieg ist»³⁵⁹. In ihm kontiniert sich die Kultur der Zusammenballung und neuen Zentralität der Macht, die der Neoliberalismus und seine Kontrollindustrie für die weltweit verteilte Produktion seit drei Jahrzehnten hervorbringt und verdichtet sich in einem politisch imperialen Zugriff zu einer neuen Vereinheitlichung des nunmehr globalen politischen, sozialen und ökonomischen Raums. Die neoliberale »neue amerikanische Art der Kriegführung« baut auf dem postfordistischen Modell der kurzen Produktionslinien, spezialisierten Hochtechnologie und flexibler Betriebsweisen auf. Eine hochkonzentrierte militärstaatliche Kernzone ist umgeben von einem rasch wachsenden Ring privatisierter militärischer Dienste. Der flexiblen »just-in-time« Produktion entspricht eine »just-in-time« Politik der flexiblen Allianz- und Koalitionsbildung, wie sie im Falle der Irakkriege sich ausbildete (Steinmetz), im Inneren legitimiert durch die Träume der neuen Kriegergeneration der Zeit nach Vietnam. Die Reorganisation der informalen Imperialität und der postfordistischen Subjektivität, Kultur und Ästhetik begann ökonomisch mit dem Übergang zur flexiblen, zunehmend *enteignenden* Akkumulation in den 70er (und zum finanzgetriebenen Modus in den 80er und 90er) Jahren und militärisch wie kulturell im Reaganismus der 80er Jahre; nach 9/11 immer stärker begleitet von postmodernen Formen des »inverted totalitarianism« (Sheldon Wolin)³⁶⁰.

Seit 2006/7 aber gewinnen die Argumente an Kraft, die an der Nachhaltigkeit des rechtsimperialen Projekts zweifeln. Die USA scheinen in ihrer gegenwärtigen Kriegssituation wieder ebenso merkwürdig machtlos, wie sie es im Vietnamkrieg waren, als eine Bauernarmee eine Nuklearmacht vertrieb. Für manche sind sie als alleinige Macht mit planetarer Reichweite heute weniger durchsetzungsfähig als zu Zeiten bipolarer Konfrontation im Kalten Krieg. Es scheint so, dass die Umsetzung ihrer vielfachen Ressourcenmobilisierungsmacht in das erwünschte Resultat der Vergrößerung dieser Ressourcen und ihrer Macht nicht mehr so einfach gelingen will. Welche operativen oder mittelfristigen politischen Effekte hat die überragende Selbstvernichtungsmacht der Nuklearwaffen? Im Irak scheint sich militärische *hardware* hartnäckig nicht in geneigte kapitalisierbare politische *software* umsetzen zu lassen³⁶¹: Kapitalsorten lassen sich offenbar nicht so bruchlos umwandeln und mit der Beständigkeit der *soft power* ist es so eine Sache – sie ist

nachvollziehbar, aber wird nicht geteilt, da Faschismus als terroristisches Regime eines entwickelten (monopolistischen) Kapitalismus verstanden wird. Überzeugende Darstellungen allerdings, wonach das politische Regime der USA als überwiegend oder ausschließlich terroristisch anzusehen wäre, stehen aus – zu nennen ist immerhin das Buch von Naomi Klein: *Die Schock-Strategie*, Frankfurt 2007. Zum Faschismusbegriff weiterhin substantiell die Arbeiten von Reinhard Opitz.

359 Pieterse, *Globalization*, S. 45.

360 Sheldon S. Wolin: *Politics and Vision: Continuity and Innovation in Western Political Thought*, Princeton 2004. Siehe auch Geoffrey Gershenson: *Dynamics of Postmodern Empire: Politics and Culture in the Age of Global Capital*, Papier APSA-Tagung 2005.

361 »Ich weiß nicht, was »soft power« ist« antwortete Donald Rumsfeld auf eine Frage von Joseph S. Nye, siehe ders., *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York 2004, S. IX.

extrem volatil. Keines der drei zentralen Versprechen des Angriffs auf den Irak konnte eingehalten werden: stabile Erweiterung der Kontrolle des Ölmarktes und Wiedergewinnung eines ökonomischen Unilateralismus durch energieökonomische Suprematie, Schwächung der Position potentieller Hegemonialkonkurrenten, Aufschließung des Weges zu einem planetaren Souveränismus. Doch ist freilich trotz des dramatischen Scheiterns dieses Vorstoßes der Weg zu einer Einlösung dieser Versprechen noch nicht versperrt. Oder ist sogar, weiter noch, das Zukunfts- und Ermöglichungspotential (*potentia*) *des informal empire* selbst ausgelaut, gar erschöpft? Die Macht zum *Empowerment*, zur Selbstermächtigung des Empire, dünnt womöglich aus, die Transformation von *potentia* in *potestas*, der Macht über Menschen, Staaten und Ideen wird schwächlich? Bleibt dem amerikanischen Imperium nur noch das kluge Management seines eigenen Niedergangs?³⁶²

Die zunehmende Verwunderung mündet meist in die profane Annahme ein, dass wir zwar noch durchaus beträchtlich entfernt sind von einer Situation der Tripolarität (USA/China/EU) und erst recht von einem Machtwechsel zu einer Hegemonie Chinas – dass aber gleichwohl der Prozess der Ausweitung der imperialen Macht der USA ins Stocken geraten sei oder sich sogar bis auf weiteres erschöpft habe.

Militärisch ist auf der Seite des Ressourceneinsatzes die Situation zwar kaum verändert: 2006 bestritten die USA 45,7 Prozent der Weltmilitärausgaben und nur sieben weitere Staaten gaben mehr als 2 Prozent der globalen Rüstungsaufwendungen aus.³⁶³ Noch Jahrzehnte wird sich an dieser Situation nichts verändern. Die Entwertung militärischer Macht liegt auf anderen Gebieten: es geht um die Verbreitung der avancierten kleinen Militärtechnologie, welche die Macht des David gegen den Goliath stärkt, und um die evidenten Probleme einer längerfristigen militärischen Okkupation im Irak; um die neue Brüchigkeit der alten *victory culture*, die seit dem Vietnamkrieg mühevoll restauriert worden war; und es ist offenbar schwierig, eine imperiale Demokratie zu sein, ohne von woanders entlastende Steuermittel zu bekommen und die *Nationbuilding* auszulagern, sei's an private Akteure oder an andere Staaten. Doch auch hinsichtlich der außerordentlichen militärischen Ressourcen der USA gibt es deutliche Begrenzungen. Russland, Frankreich, China und Großbritannien sind zu einer nuklearen Abschreckung imstande, weitere vier Staaten kommen hinzu (Israel, Indien, Pakistan, Nordkorea) und haben – begrenzte – Trägerkapazitäten, die allerdings die USA nicht erreichen können. Zwischen 16 und 25 Staaten besitzen B- und/oder C-Waffen. Die beeindruckende Position der USA – deutlich vor allem an ihrer konkurrenzlosen Feuerkraft und weltweiten Einsatzbereitschaft – relativiert sich weiter, wenn jenseits der Kriegführung der Aspekt des Bodenkrieges und des Regimewechsels berücksichtigt wird: im Irak waren Anfang 2004 direkt oder indirekt acht von

362 So die Prognose in Stephen Burman: *The State of the American Empire. How the USA Shapes the World*, Berkeley/Los Angeles 2007, S. 15.

363 Siehe *Economist* v. 28. 6. 2007.

10 Divisionen der Army gebunden und ein Drittel der Kampfbrigaden der Nationalgarde mussten aktiviert werden³⁶⁴. Von den 37 Kampfbrigaden bzw. Regimenten der US-Armee sind 12 im Ausland präsent und 10 sind erst jüngst von Auslandsmissionen zurückgekommen. Die USA haben zwar rund 1,45 Millionen Menschen unter Waffen – dies sind aber nur 5 Prozent aller Soldaten weltweit. In Afghanistan waren es die lokalen *warlords* der Nordallianz, die den Bodenkrieg führten. Während 1995 nach dem Kriegsende in Bosnien die USA, England und Frankreich mit 60 000 *peacekeepers* agierten, waren es 2003 in Afghanistan gerade mal 5 000 (und weitere 12 000, die auf Bin Laden aus waren), obwohl das Land zwölf Mal größer ist und sieben Mal soviel Einwohner zählt. Und im Unterschied zu den Militäreinrichtungen der Imperien der Vergangenheit unterliegen die US-Basen in der Welt zumindest in gewissem Umfang dem lokalen Recht. Eine deutliche Reaktion auf diese Probleme besteht darin, dass das US-Militär zunehmend Funktionen übernimmt, die bisher zivile Staatsapparate hatten: die Politik der Treuhänderschaft gewinnt rasch an Bedeutung. Von einem »Sieg im Krieg gegen den Terror« sind die USA weiter entfernt denn je.³⁶⁵ Ungeachtet der wahlpolitischen Manöver kann man von einer Fortsetzung der Politik in Fragen der NATO-Ausweitung insbesondere mit dem Ziel der Einkreisung Russlands und Chinas sowie der immer deutlicheren Militarisierung der Rohstoffpolitik ausgehen. Dasselbe gilt für die offensive Nuklearpolitik, die Stützpunktpolitik und auch die Politik der militärischen Präsenz im Irak. Die *politischen* Schranken der US-Politik jedoch sind unübersehbar. Die USA mögen manchen oder gar alle – bis auf die atomaren – Kriege gewinnen, nicht aber den Frieden. Sie mögen in internationalen Verhandlungen als der weitaus mächtigste Akteur Platz nehmen – aber, um mit Tabb zu sprechen: »das bedeutet nicht, dass sie immer das bekommen was sie wollen oder sogar dass sie es so oft bekommen wie in der Vergangenheit.«³⁶⁶ Zwar sind sie aufgrund ihrer einzigartig insularen ökonomischen Größe weiterhin das Zentrum des internationalen Kapitalismus, doch sie sind dennoch auf die Kooperation subordinierter Staaten angewiesen. In den 50er Jahren reichte eine Geheimdienstaktion aus, um die iranische Regierung unter Mossadegh zu stürzen; in den 1970ern wurde das amerikanische Militär von einer Bauernarmee aus dem Drittweltland Vietnam verjagt; nunmehr sind – wie die New York Times Mitte 2005 schätzte – eine Billion Dollar und Hunderttausende Militärs außerstande, ein klei-

364 148 000 Soldaten im Irak, 30 000 im Golf, 10 000 in Afghanistan; die Army hatte 2003 nur 3 von 33 Brigaden, die für zusätzliche »Missionen« hätte eingesetzt werden können, da 21 Brigaden in Übersee stationiert waren. Insgesamt hatte die Army 370 000 Soldaten in 120 Ländern stationiert, siehe James A. Russell: Occupation of Iraq: Geostrategic and Institutional Challenges, in: Strategic Insight v. 1. 8. 2003 sowie Baltimore Sun v. 21. 1. 2004. Schon Anfang Januar 2004 skizzierten Charles Knight und Marcus Corbin die Problematik: um eine Okkupation des Iraks mit 65 000 regulären und 35 000 Reservekräften zu sichern, ist eine Rotationsbasis von 260 000 aktiven Truppen (= 65 Prozent der einsetzbaren Bodentruppen) und von 315 000 Reservetruppen (= 63 Prozent der einsetzbaren Reservistenbodentruppen) notwendig, siehe Asia Times v. 13. 2. 2004.

365 Eine detaillierte Übersicht zu den entsprechenden Resultaten dieses Krieges schon bei David Cole: Are We Safer?, in: NYRB 4/2006.

366 William K. Tabb: Capital, Class and the State in the Global Political Economy, in: Globalizations 1/2005, S. 56.

nes Land an der Peripherie des Empire neu zu ordnen – und das mächtigste Militär der Welt kann keineswegs »dorthin gehen, wohin es will«: weder nach China noch nach Indien, Mexiko, Russland oder Brasilien. Im Gegenteil: es gibt nur sehr wenige Orte auf dem Planeten, wo das US-Militär relativ risikolos intervenieren kann.

Ökonomisch gibt es ebenfalls grundlegende gegenläufig wirkende oder begrenzende Sachverhalte: die Integration der globalen Ökonomie³⁶⁷ und die deutliche Veränderung zentraler ökonomischer Indikatoren zu Lasten der USA³⁶⁸, die einhergehen mit einer schweren Infrastrukturkrise im größten kapitalistischen Land (Bildung, Gesundheit, Verkehrssystem). In der internationalen politischen Ökonomie gibt es nachhaltige strukturelle Kräfteverschiebungen. 2006 waren die zehn größten Ökonomien die USA, Japan, Deutschland, China, Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada, Spanien und Brasilien. Betrachtet man jedoch das Brutto-sozialprodukt nach Kaufkraftparität, dann fiel der Anteil der USA nach Angaben der Weltbank leicht von 21,3 Prozent (1980) auf 19,8 Prozent (2006) und der Anteil der G6 (USA, Japan, Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien) sank von 47,4 Prozent auf 38,8 Prozent. China ist mittlerweile die größte nationale Ökonomie nach den USA, ihr Anteil stieg von 3,1 Prozent auf 15,0 Prozent.³⁶⁹ Unter diesem Blickwinkel spielt China mittlerweile in derselben Liga wie die USA. Differenziertere Indices zur Entwicklung von machtrelevanten Ressourcen zeigen ähnliche Ergebnisse. Ein Beispiel ist der »Composite Index of National Capabilities« (CINC) des »Correlates of War«-Projekts der Universität Michigan, der gesamte und städtische Bevölkerung, Eisen- und Stahlproduktion, Energieverbrauch, Militärpersonal und -ausgaben zusammenfasst. Hiernach gab es unter den großen G5 sowie den BRICS – Staaten zwischen 1978 und 2001 wenige Veränderungen, sieht man von dem starken Bedeutungsverlust Russlands ab.³⁷⁰ Weiterhin sind die USA zwar imstande, rund die Hälfte ihrer Profite aus der ganzen Welt zu »erwirtschaften« und dies zu doppelt so hohen Raten als ausländische Investoren in den USA.³⁷¹ Zwar gehört Einwohnern der USA ein Drittel des weltweit ausgegebenen Aktienwerts und in den USA hat jedes dritte multination-

367 Siehe Paul K. MacDonald: *Is Imperial Rule Obsolete? Assessing the Barriers to Overseas Adventurism*, MS v. 23. 5. 2007.

368 Das Leistungsbilanzdefizit betrug 2007 rund 800 Mrd. \$, siehe FAS v. 25. 11. 2007. Ein Blick auf die sinkende Rolle der amerikanischen Automobilkonzerne, den neuen Aufstieg der City of London als Finanzmacht und die soziale Krise der amerikanischen Mittelklasse zeigt, wie Michael Cox vermerkt, »dass fast alle ökonomischen Indikatoren im frühen 21. Jahrhundert nach unten zeigen. Mehr noch: dieser Niedergang konnte in den letzten Jahren nicht aufgehalten werden ...« siehe Michael Cox: *Is the United States in decline – again?*, in: *International Affairs* 4/2007, S. 651 f.

369 Siehe Jörg Goldberg: *Aufschwung und Restrukturierung der Weltwirtschaft*, in: *Z 71* (2007), S. 7 ff.

370 Siehe www.correlatesofwar.org. Pro-Kopf-Einkommen oder technikbezogene Indikatoren würden das Bild zugunsten der USA verändern, die Einbeziehung von Rohstoff- und Umweltindikatoren würden es beträchtlich verschlechtern z. B. zugunsten Brasiliens.

371 Siehe Gérard Duménil, Dominique Lévy: *The economics of US imperialism at the turn of the 21st. century*, in: *Review of International Political Economy* 4/2004 S. 657-676.

nale Unternehmen seine Basis (ohne Finanzsektor).³⁷² Noch 1998 waren 244 der 500 größten Unternehmen US-amerikanisch, 46 japanisch und 173 europäisch. Doch »Forbes« zählte unter den 2 000 größten Firmen 2004 751 US-amerikanische Firmen, im Jahr 2007 waren es nur noch 598. Die Abhängigkeit anderer Länder von den USA ist immer noch unverkennbar: die USA sind etwa der zweitwichtigste Abnehmer deutscher Exporte und die BRD erwirtschaftet mit den USA mehr als ein Sechstel ihres gesamten Exportüberschusses – die USA »agieren als ein Markt des letzten Auswegs«³⁷³. Doch nicht erst seit 2001, sondern im gesamten letzten Vierteljahrhundert ist ihr Vorsprung hinsichtlich der durchschnittlichen Produktivität, dem Prokopfeinkommen und den Anteilen auf zahlreichen zentralen Schlüsselmärkten gegenüber Japan und Deutschland geschrumpft. Ihr Anteil an der weltweiten Fertigung fiel von 40 Prozent (1963) auf 25 Prozent (1999). Ihr Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen ist von über der Hälfte in der Nachkriegszeit auf rund ein Viertel gesunken³⁷⁴. Während 2003 US-Bürger rund 7,9 Billionen \$ im Ausland besaßen, konnten Nichtamerikaner rund 20 Prozent aller privaten, und öffentlichen, realen und imaginären Assets der USA als ihr Eigentum betrachten – mit einem Gesamtwert von 10,5 Billionen Dollar. U.S. – Firmen machen gegenwärtig rund ein Drittel ihres Profits im Ausland – verglichen mit 5 Prozent vor fünfzig Jahren.³⁷⁵ Der zentrale Wandel aber ist, dass sich die USA von der Hauptquelle der Liquidität in der Welt und der Investitionstätigkeit im Ausland – so in den 50er und 60er Jahren – in die größte Schuldnation des Planeten und die größte Vernutzerin von Liquidität verwandelt haben. Sie verbrauchen dauerhaft mehr als sie produzieren und absorbieren insofern einen Teil

372 Siehe John Langmore: *The Bush Foreign Policy Revolution, Its Origins, and Alternatives*, Global Policy Forum August 2004, S. 32.

373 Ray Kiely: *Capitalist expansion and the imperialism-globalization debate: contemporary Marxist explanations*, in: *Journal of International Relations and Development* 1/2005, S. 48.

374 Der Anteil der USA (bzw. ihrer Staatsangehörigen) an den weltweit vorhandenen Anlagen (Geld, Kredite, Anleihen etc.) betrug 1945 43 Prozent, 1960 51 Prozent, 1980 28 Prozent, 1990 21 Prozent und 2000 25 Prozent; der Umfang dieser Assets im Vergleich zum globalen BSP hat sich gleichzeitig dramatisch verändert und stieg von 5 Prozent über 6 Prozent auf 25 Prozent, 49 Prozent und 92 Prozent an, s. Jonathan Nitzan, Simshon Bichler: *New Imperialism or New Capitalism?* Montreal / Jerusalem 2004, S. 51. Der beträchtliche Abstand zu China zeigt sich darin, dass bis 2005 16 Prozent der globalen Investitionen im Ausland in den USA getätigt wurden und die USA 19,2 Prozent dieser Investitionen bestritten hatten; die entsprechenden Daten für China sind 2,0 und 0,4 gewesen – steigen allerdings rapide, siehe UNCTAD, *World Investment Report* 2006. Das 1990 einsetzende Handelsdefizit der USA gegenüber China stieg bis 2007 auf über 250 Mrd. \$, siehe *The Economist* v. 29. 3. 2008.

375 Jonathan Nitzan, Simshon Bichler: *New Imperialism or New Capitalism?* Montreal / Jerusalem 2004, S. 52. Die regionale Aufteilung der ausländischen Direktinvestitionen ist eindeutig: 2001 gingen 68,4 Prozent in die entwickelten Länder, 27,9 Prozent in die Entwicklungsländer (davon rund die Hälfte nach China und zwei Drittel in fünf Länder) und 3,7 Prozent in die östlichen Transformationsstaaten, siehe Ray Kiely: *Capitalist expansion and the imperialism-globalization debate: contemporary Marxist explanations*, in: *Journal of International Relations and Development* 1/2005, S. 42f. Das Gewicht dieser Investitionen ist kaum zu überschätzen: Gegenwärtig übertreffen die Verkäufe amerikanischer Tochtergesellschaften im Ausland die US-Exporte um das Fünffache. Mittlerweile sind die zentralen Konkurrenten der USA aus dem Kreis der BRICS-Staaten jedoch in eine Größenordnung hineingewachsen, bei der das Gewicht amerikanischer Investitionen in diesen Ländern deutlich an Bedeutung verliert: China bekam zwar 2005 mit 72 Mrd. Dollar weltweit am meisten Direktinvestitionen aus dem Ausland, investierte aber fast 1000 Milliarden Dollar.

der weltweiten Überproduktion; sie entwickeln einen ständigen Hunger nach Geldkapital, um den über der Produktion liegenden Verbrauch – einschließlich ihrer Kriege – zu finanzieren. Seit über einem Vierteljahrhundert sind die Importe realer Werte (Güter und Dienste) in die USA nicht durch Exporte realer Werte ausgeglichen worden; statt dessen wurde Papiergeld exportiert, das so lange »wertlos« ist, als es nicht zum Kauf von Realwerten verwandt wird. Dies ist möglich, weil der Dollar Weltwährung ist, also als internationale Reservewährung und als internationales Medium von Zahlungsvorgängen fungiert. Das bedeutet, dass die Dollars von Ausländern nicht genutzt werden, um amerikanische Güter und Dienste zu kaufen, sondern als Reserven gehalten werden, sei es in cash oder in Form US-amerikanischer Staatspapiere. Zwischen 60 und 70 Prozent der Reserven, die von Zentralbanken gehalten werden, sind Dollars oder US-Staatspapiere – 2004 wurden 66 Prozent der Währungsreserven in Dollar gehalten. Bei dem Fluss nicht ausgeglichener Waren in die USA handelt es sich um eine Aneignung realer Werte – die Seignorage des Dollars. In historisch kurzer Zeit wurden sie vom globalen Kreditor zum Schuldner. Die Verschuldung der USA betrug schon 2002 zwischen 450-500 Mrd. \$ und sie musste Importe im Wert von 2,7 Mrd. täglich realisieren, um das Defizit zu auszugleichen. Allein im Monat November 2004 lag dieses Defizit bei 60,3 Mrd \$. Berücksichtigt werden muss hierbei freilich, dass die Verkäufe der US-Firmen im Ausland sich z. B. 2002 auf 3 Bio. Dollar summierten – mehr als doppelt soviel wie die Exporte aus den USA, die bei der Beurteilung des ökonomischen Defizits der USA in aller Regel stark herangezogen werden.³⁷⁶ Da unter solchen Bedingungen die Position des Dollars als dominierende Weltwährung rein ökonomisch nicht möglich ist, da eine dauerhaft hohe Außenverschuldung ökonomisch »eigentlich« zur Abwertung des verschuldeten Landes bzw. seiner Währung führen müsste – hat die Dominanzsicherung des Dollars mit politischen und militärischen Mitteln zweifellos an Bedeutung gewonnen – die Umsätze der Wallstreet machen fast zwei Drittel des globalen Börsenhandels aus. Dass der Dollar die Währung bleibt, in der der Ölhandel abgewickelt wird, dürfte daher eines der wichtigsten Ziele und eine der stärksten Triebkräfte für die zunehmend offene Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik und für den Krieg gegen den Irak sein – auch wenn entscheidend nicht die Handelswährung, sondern die Währung ist, in der Kapitalanlagen erfolgen. Diese Politik zielt gleichzeitig darauf ab, durch die Sicherung des Zugriffs auf den größten Teil der Ölreserven in der Welt die eigene energieintensive Produktions- und Lebensweise zu stabilisieren und im gleichen Zug den Zugang der europäischen und chinesischen Konkurrenz auf diese Energiequelle zu kontrollieren³⁷⁷. Die Do-

376 Leo Panitch, Sam Gindin: Superintending Global Capital, in: *New Left Review* 35 (2005), S. 113-115. Das Handelsbilanzdefizit der USA stieg von 25,5 Mrd. \$ in 1980 auf 782,7 Mrd. \$ in 2005, siehe Burman, *The State of the American Empire*, S. 34.

377 Jörg Huffschild: Neoliberalismus, Gewalt und Krieg – Zusammenhänge und Alternativen, Vortrag Juli 2003. Die Rohstoff- und Ressourcenabhängigkeit der USA steigt rapide. Allein die Importabhängigkeit bei Öl wird von gegenwärtig 60 Prozent auf 75 Prozent im Jahr 2030 ansteigen.

minanz des privaten vor allem US-amerikanischen Öl-Kapitals über die zentrale Energieressource des Gegenwartskapitalismus ist bereits geschwunden. Da die Dollars, welche die ausländischen Zentralbanken halten und die beim Kauf von US-Staatspapieren wieder in die USA fließen dort dann auch zur Militär- und Rüstungsfinanzierung genutzt werden, dient die Seignorage zur Aufrechterhaltung der militärischen Macht der USA. Im Laufe der Jahre 2007/8 wurde aber der Trend der Schwächung des Dollars und eines Überwechsels auf den Euro immer deutlicher³⁷⁸. Insgesamt stehen diese Indikatoren zwar keineswegs dafür, dass die USA »im Niedergang« seien, aber sie müssen bereits heute ihre dominante ökonomische Machtposition in einem zunehmend multipolaren Feld von »major powers« und dort insbesondere gegenüber China behaupten. Entscheidend wird dabei sein ob es den USA gelingt, Brasilien, Russland und womöglich auch Indien dauerhaft in das Kräftefeld des US-dominierten »Westens« zu ziehen und, zuvor-derst, Europa und Japan dort zu halten – was bislang nicht mehr so gelang und aller Voraussicht nach auch nicht mehr so gelingen wird wie dies zu Zeiten des Kalten Krieges der Fall war. Die Finanzkrise 2007/09 zeigt aber, dass die sich seit den 60er Jahren ausfaltende dominante Rolle der USA bzw. des amerikanischen Staates bei der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte und ihres Managements (auch des Managements ihrer Krisen!) bislang nicht erschüttert ist. Dazu orientiert sich die auf absehbare Zeit in den USA dominierende Kompromisslinie auf ein Modell der Entwicklung des globalen Kapitalismus, das als ein hochtechniko-orientierter, die Steuerpolitik zu Lasten der reichen Haushalte und zugunsten der inneren Märkte und Akkumulation etwas revidierender und ansonsten sozial modifizierter und ökologisch modernisierter neoliberaler New-Deal-Finanzmarktkapitalismus bezeichnet werden könnte. In keiner der relevanten großen politischen Richtungen in den USA *und im internationalen Raum* sind darüber hinausgehende Modelle bislang hegemoniefähig – nicht zuletzt, weil ohne ein starkes Moment des Bruchs eine solche Veränderung nicht möglich sein wird.

Sozial ist es in den USA als Resultat der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einer wachsenden Ungleichheit gekommen, die zunehmend zu sozialer Desintegration und Polarisierung geführt hat, welche die politische Akzeptanz der regierenden Rechten immer mehr verringert und ihre politischen Handlungsspielräume eingeengt hat. Ebenso sind die nationalstaatsübergreifenden Effekte der imperialen Ökonomie evident: die Polarisierung zwischen geographischen *haves* und *have-nots*, globalen Städten und ressourcenstarken Agrarzonen oder Rohstoffzentren und verwüsteten, extrahierten oder stoffarmen, ausgeschlossenen oder »bloß« abhängigen Regionen, Orten und Räumen. Ungeachtet der fort existieren-

378 Nachdem am Ende des Zweiten Weltkrieges die internationalen Reserven fast vollständig in Dollar gehalten wurden, sank dessen Anteil bis 1989 auf rund 55 Prozent ab, stieg dann bis 1998 wieder auf ca. 70 Prozent an und sank bis 2005 dann wieder auf 66 Prozent ab. Auch der US-Anteil an Goldreserven ist dramatisch gefallen. Der Anteil des Euro im Ölhandel steigt. Ein »Angriff« auf den Dollar freilich würde auf absehbare Zeit negative Effekte auf die globalen Finanzmärkte haben und insofern auch die »Angreifer« beträchtlich in die Bredouille bringen, also ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen.

den globalräumlichen Ungleichheit zwischen Nord und Süd und West und Ost ist dieses neue Mosaik der Ungleichheit des globalen Kapitalismus über den ganzen Planeten verstreut. Geoökonomisch und -politisch liegt das organisierende Kommando dieser neuen Ungleichheiten eindeutig in Nordamerika, Europa, Ostasien und in einigen Machttaschen Lateinamerikas und Russlands³⁷⁹. Doch während noch bis in die 70er Jahre hinein die amerikanische Hand auf der globalen Ökonomie im Innern der USA ökonomisch-soziale Ungleichheiten in Balance hielt, zuweilen auch verringerte und *upward mobility* sicherte, zerbrach in der Zeit des Neoliberalismus dieser gleichläufige Zusammenhang. Immer mehr Plätze, Regionen, Städte und Menschengruppen in den USA selbst profitieren nicht mehr von dieser Kommandorolle über Schlüsselzusammenhänge des globalen Kapitalismus, sondern werden ihre Opfer.

Ideologisch ist die Öffentlichkeit in den USA gegenüber den Kriegsprojekten deutlich ambivalent geworden und auch deutlich widerständig eingestellt. Die Zahl jener, die sich gegen Besatzungspolitik und Okkupation wenden, steigt kontinuierlich an: das *imperial mindset* lässt zu wünschen übrig. Nach außen lässt die Wirksamkeit der *sanften Macht* der amerikanischen Variante einer Kultur des guten Lebens nach. Sie wird herausgefordert und Alternativen gewinnen an Macht: Ethnonationalismus, antiimperialer religiöser Fundamentalismus und die Stimmen der Opfer, die ein globales Kommunikationssystem transportiert. Tatsächlich aber hat es ja in der Geschichte der Imperialismen nur ausnahmsweise einen stabilen Mehrheitsenthusiasmus für den Charme imperialer Expansion und kolonialer Abenteuer gegeben – hier ist die fast sechs Jahre andauernde Unterstützung der Kriegsverwaltung Bush eher die Ausnahme.³⁸⁰ Zudem gehört zu einem imperialen Projekt der imperialer Blick, eine Art die Welt zu sehen – beispielsweise in den imperialen Beschreibungen, in der Konstruktion von Reisen, Werbung, Film, Journalismus, Erzählungen und Ereignissen. Es sind Blicke der Aneignung und Grenzziehung, Ausschließung und Verortung, Abwertung und Nutznießung. Solche Blicke freilich entstanden als kulturelle Praxis in den USA zwischen 1840 und 1920 und sind seitdem unerschüttert³⁸¹. Ihre neue Kraft wurzelt in den Ideen und der Sprache der humanitären Intervention, der Förderung der Menschenrechte und der Verbreitung von Freiheit und Demokratie – den modernisierten Ideologiefassungen der gütigen Imperien, der »gütigen globalen Hegemonie«, von der 1996 Kristol und Kagan sprachen. Dieser Aspekt der inneren Fundierung imperialer Politik durch Praxen kultureller Superioritätsbehauptung ist von grundlegender ideologischer Bedeutung und baut ständig neue Kraft auf

379 Zwischen 1998 und 2000 zogen die USA, die EU sowie Japan 75 Prozent der weltweiten Auslandsinvestitionen an sich und realisierten selbst 85 Prozent dieser Investitionen, siehe John Agnew: *Hegemony: The New Shape of Global Power*, Philadelphia 2005, S. 174. Dort auch Detailliertes zur Entwicklung der globalen Einkommensverhältnisse.

380 Tony Chafer, Amanda Sackur (Hg.): *Promoting the Colonial Idea: Propaganda and Visions of Empire in France*, New York und Hampshire 2002.

381 Siehe Amy Kaplan: *The Anarchy of Empire in the Making of U.S. Culture*, Harvard 2002.

aus der *globalen* und klugen Verarbeitung der vielfältigen Konfigurationen des Nationalismus, der ja keineswegs, wie etwa Michael Mann annimmt, im Zentrum jener Ideologien steht, die »jedem Imperialismus widersprechen«³⁸² – ganz im Gegenteil. Aus der schwindenden Zustimmung der Wählerschaft für die Bush-Administration kann nicht kurzerhand auf die Krise dieser ideologischen Praxis geschlossen werden: *der neuimperiale Bürger ist kein massengesellschaftlicher Aktivbürger, für den die altimperialistische Kultur ständiger Mobilisierung des politischen Fanatismus steht*. Freilich: in der amerikanischen Bevölkerung konnte der Unilateralismus zu keiner Zeit eine mehrheitliche Unterstützung gewinnen und in dieser Hinsicht zeigte sich durchaus, dass die USA eine »behinderte Imperialmacht« (Peter Bender«) sind.³⁸³

In der neoliberalen Zeit haben Faktoren, die lange Zeit als Barrieren gegen imperiale Projekte wirken, an Kraft verloren: die Ablehnung der Praxis des Interventionismus und der »Einmischung in die inneren Angelegenheiten« der Nationalstaaten ist einer breiten Akzeptanz »humanitärer Interventionen« gewichen; die Verbreitung unkonventioneller Technologien und Kriegstechniken kommt keineswegs nur den Schwachen, sondern durchaus auch den Starken zugute; die Frage, ob die Untergrabung der Kraft der Nationalstaaten durch eine »Globalisierung« nicht zugleich eine Neuverteilung der Macht zugunsten der »starken« Staaten bringt, kann mittlerweile eindeutig bejaht werden. Daher ist Lievens Schlussfolgerung, das Zusammenbrechen des modernen Empires UdSSR stehe dafür, »dass sich Imperien in der Welt von heute nicht lohnen«³⁸⁴ durchaus unzeitgemäß: das Scheitern des sowjetischen Projekts hat damit zu tun, dass die UdSSR kein staatssozialistisches Modell der demokratischen Globalisierung der Welt zu entwickeln vermochte. Globalisierung untergräbt nicht die Tendenz zur Imperialität und ihre Struktur, sondern befördert sie neu.

Kräftepolitisch deutet sich somit zwar eine wirkliche Verschiebung an. Empires gehen sicherlich wegen einer Niederlage in einem Regionalkrieg nicht unter; aber die USA haben ein rasch wachsendes Macht-, Ressourcen- und Legitimationsproblem. Sie sind zudem mit anderen Mächten konfrontiert, die entweder eigene Regeln aufbauen (Europa) oder dieselben Regeln besser spielen (China). »Die Welt wird multipolar sein« ist daher die Prognose nicht nur der früheren Außenministerin Madeleine Albright und auch ein Michael Cox, der vor wenigen Jahren den USA noch eine große Zeit als *American Empire* voraussagte, resümiert nun: »wir könnten, letztendlich, am Anfang des Endes einer sehr langen amerikanischen Ära stehen«.³⁸⁵ Paul

382 Michael Mann: The First Failed Empire of the 21st Century, in: Review of International Studies 4/2004, S. 650.

383 Der Feststellung »Als einzige übrig gebliebene Supermacht sollten die USA weiterhin die herausragende Führungsmacht der Welt bei der Lösung internationaler Problem bleiben« stimmten Mitte 2000 11 Prozent, Mitte 2002 17 Prozent und Anfang 2003 12 Prozent der befragten Amerikaner zu, siehe PIPA/Knowledge Networks Poll v. 29. 4. 2003.

384 Dominic Lieven: Empire: The Russian Empire and Its Rivals, New Haven 2000, S. 410.

385 Michael Cox: American Exceptionalism or the case of the Empire that did not bark, Paper auf dem 103. Jahrestreffen der APSA, Chicago 2007.

Johnson erinnerte Anfang 2003 daran, dass die Qualität des *Souveränen* als auszeichnende Bestimmung des Begriffs sich im 17. Jahrhundert im englischen Sprachgebrauch einzubürgern begann. Es ging um die *unbegrenzte* legale *Macht* der Krone gegenüber dem Papst. Alle wesentlichen Statute der Reformation enthielten diesen Begriff.³⁸⁶ In den verbreiteten politikwissenschaftlichen Bestimmungen des Begriffs des Imperialen freilich spielt dieser Gedanke des Souveränen keine Rolle – er könnte aber zum Beispiel anschließend an den fruchtbaren Versuch Hardt/Negri's, staats- durch souveränitätstheoretische Erwägungen zu ergänzen, ein Schlüssel dazu sein: Souveränität als Eigenschaft des politischen Subjekts eines Empire³⁸⁷. Dann aber scheint klar: »Selektive Weltherrschaft« (Czempiel) *oder besser: selektive Souveränität scheint gegenwärtig das Äußerste, was ein Projekt »American Empire« zu leisten vermag.*

Hauptmächte der kapitalistischen Welt wie China, Indien, Russland, Südafrika oder Brasilien gehören ebenso wie eine Reihe von *swing states* wie die Türkei, Pakistan oder Malaysia nicht zu dem liberalen westlichen Block der Japan, Südkorea, Kanada, Australien und weiter Teile Europas – also zur Kernzone des American Empire. Sie betreiben vorsichtiges *hard balancing* (China, Indien, einzelne europäische Staaten) oder deutliches *soft balancing*, indem sie die Kosten unilateraler Politiken der USA in die Höhe treiben und deren politische Präferenzen in internationalen Organisationen konterkarieren – und ähnlich wie diese einer Abtretung nationalstaatlicher Kompetenzen an solche Organisationen möglichst widerstehen. Anderen Staaten bieten sie exit-Optionen. Der taktische Rückzug und die nicht nur leichthändig verbalen Kurskorrekturen, welche die USA mittlerweile vor allem gegenüber Europa (insbesondere die BRD) unternahmen, reflektiert die Effekte dieser Balancearbeit³⁸⁸.

Dementsprechend häufen sich die Mutmaßungen, dass die USA zwar auf kürzere oder mittelfristige Zeit hin weiterhin eine dominante Stellung als »Supermacht« einnehmen würde, diese aber mit China und der EU teilen oder sich zumindest zunehmend mit einer ganzen Reihe von »Großmächten« oder Machtblöcken auseinandersetzen müssten. Robert Kagan schrieb Ende 2007 in einer grundlegenden realistisch-neokonservativen Bilanzierung der Bush-Zeit: «Die Welt ist immer noch unipolar, in der die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht bleiben. Aber die internationale Konkurrenz zwischen Großmächten ist zurückgekehrt, in der die USA, Russland, China, Europa, Japan, Indien, Iran und andere um regionale Vorherrschaft kämpfen. Kämpfe um Ehre und Status und Einfluss in der Welt sind erneut zentrale Merkmale der internationalen Landkarte geworden. Ideologisch haben wir es mit einer Zeit der Divergenz und nicht der

386 So beginnt das Kapitel 12 des Statut 24 von Henry VII (1532/3) mit dem Satz: »This realm of England is an Empire«, zit. nach Paul Johnson: From the evil empire to the empire for liberty, in: The New Criterion 10/2003.

387 Siehe das Stichwort »Herrschende Klasse« im HKWM 7 (Berlin 2004) von Hans-Jürgen Krysmanski.

388 Siehe Andrew Hurrell: Hegemony, liberalism and global order: what space for would-be great powers? In: International Affairs 1/2006, S. 1-19.

Konvergenz zu tun. Der Wettbewerb zwischen Liberalismus und Absolutismus ist wieder erwacht...doch die amerikanische Vorherrschaft in den zentralen Dimensionen der Macht bleibt ein zentrales Merkmal des internationalen Systems (die) ... charakterisiert werden kann mit der Formel »eine Supermacht, viele Großmächte«.« Die USA »dehnten weiterhin ihre Macht und militärische Reichweite aus und zeigen kein Anzeichen für eine Verlangsamung dieser Expansion sogar nach den Wahlen von 2008. ... Ebenso wie das US-Militärbudget anwächst, so auch die Anzahl der amerikanischen Militärbasen in Übersee. Seit dem 11. September 2001 habe die USA Basen errichtet oder erweitert in Afghanistan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan in Zentralasien; in Bulgarien, Georgien, Ungarn, Polen, und Rumänien in Europa und auf den Philippinen, in Djibouti, Oman, und Katar. (...) Die Amerikaner haben an ihrer regionalen Vorherrschaft festgehalten in Ostasien, dem Nahen Osten, der westlichen Hemisphäre und, bis vor kurzem, in Europa; nunmehr auch zunehmend in Zentralasien. Dies war ihr Ziel nach dem Zweiten Weltkrieg und seit dem Ende des Kalten Krieges, beginnend mit der ersten Bush-Regierung und dann fortwährend in der Regierungszeit Clinton haben sich die USA nicht zurückgezogen sondern haben ihren Einfluss nach Osten ausgedehnt über Europa und in den Nahen Osten, Zentralasien und den Kaukasus ... Ist die USA einmal in einer Region aus welchen praktischen oder idealistischen Gründen auch immer, ist sie bemerkenswert zögerlich sich aus ihr wieder zurück zu ziehen bis sie glaubt, dass sie diese nach ihrem eigenen Bilde substantiell transformiert hat.«³⁸⁹ Ein »Balancing«, ein Ausbalancieren der Supermacht, das die »realistische« Theorie der internationalen Beziehungen seit 1989 erwartete, hat sich bislang zu keiner kooperativ-konzertierten Aktion verdichtet.

Zwar scheinen die USA trotz ihrer Stärkung nach dem Ende des Kalten Krieges gegenwärtig zu schwach, um eine globale Ordnung stabil zu institutionalisieren, die ihr ein dauerhaftes Primat sichert, das nicht herausgefordert werden kann. Doch andererseits sind sie zu stark, um konzedieren zu müssen, dass andere große Staaten und kapitalistische Zentren gemeinsam mit ihnen nach den Maßstäben eines kolle-

389 Robert Kagan: End of Dreams, Return of History, in: Policy Review Nr. 144 (2007) <http://www.hoover.org/publications/policyreview/8552512.html>. Ähnlich hinsichtlich der Entmachtung Russlands Lothar Rühl in der FAZ v. 30.4.2008: »Schon der Aufstieg Chinas zur Großmacht seit den siebziger Jahren veränderte die strategische Gleichung und die kontinentale Sicherheitslage Russlands zu dessen Nachteil. Das Ende der Sowjetunion mit der Unabhängigkeit der Randländer und der Auflösung des Warschauer Pakts, die Ausweitung der NATO nach Osten bis auf das Baltikum und auf den Balkan, die Umwandlung ganz Südosteuropas bis zum Schwarzen Meer in eine strategisch-politische Interessensphäre der westlichen Allianz haben die äußeren Voraussetzungen für das Verhältnis Russlands zum Westen fundamental verändert. Alle »roten Linien« der Begrenzung euro-atlantischer Bündnisweiterung vor den Grenzen, die Moskau seit 1992/93 gegenüber der Nato zu ziehen versuchte, wurden vom Westen her überschritten. Die letzte liegt jetzt vor der Ukraine mit der Krim als zentraler Schwarzmeerposition und dem Südkaukasus gegenüber der Türkei, dem Eckpfeiler der Nato und Anrainer des Schwarzen Meeres. Die Meerengen sind seit der Auflösung des Warschauer Paktes 1991 nicht mehr in militärischer Reichweite Russlands und nach dem Beitritt Bulgariens zur Nato fest unter euro-atlantischer Kontrolle, damit auch der gesamte Schiffsverkehr zwischen dem Kaukasus und dem Mittelmeer. Russland ist dort strategisch abgeschnitten und marginalisiert wie in der Ostsee, seit Polen und die baltischen Staaten Teil der Nato geworden sind.«

gialen Managements des Globalkapitalismus kooperieren. »Die (Vereinigten) Staaten behalten nicht nur viel *harte Macht*; noch für geraume Zeit bleiben sie der wichtigste internationale Akteur an den man sich wendet, wenn man Probleme hat. Sogar der zunehmend turbulente Nahe Osten ... wird weiterhin eher auf die Vereinigten Staaten als Bezugspunkt sehen als auf irgendeinen anderen Staat. Und die USA sind auf der Welt auch keineswegs so unpopulär wie manche anscheinend glauben.«³⁹⁰

Entscheidender aber ist: es existierte in Europa weder in den 90er Jahren noch nach der Jahrhundertwende eine elitengestützte und hegemoniefähige alternative Entwicklungskonzeption für ein nicht US-dominiertes System der internationalen Kapitalakkumulation oder für ein vom US-amerikanisch dominierten neoliberalen Modell unterschiedenes Kapitalismusmodell, das sich zudem explizit als Konkurrenz zu den USA positioniert hätte. Ob die Akzentsetzung auf internationales Recht im Unterschied zum Einsatz militärischer Gewalt tatsächlich als ein strategisches und spezifisches Konzept einer europäischen Weltordnungspolitik angesehen werden kann, ist deutlich umstritten und wenig überzeugend. Die EU war damals und ist bislang, was globale oder planetare Hegemonialpolitik und -strategie angeht, nicht konkurrenzfähig.³⁹¹ Andererseits existiert eine substantielle und qualitativ eigenartige transatlantische Kohärenz zwischen den USA und Europa fort – es gibt hier keine grundlegende militär-strategische Rivalität, wie sie für die anderen Mächte (Russland, Japan, China, Indien, Pakistan) charakteristisch ist, die sich alle wechselseitig als Mächte perzipieren, gegen die aufzurüsten sei. Die Erklärung dafür dürfte im Grad der historischen Amerikanisierung Europas liegen, die singular ist und die auch zunehmend ein wesentlicher Bestandteil der neu implementierten und sich entfaltenden Bourgeoisien in den Transformationsstaaten des Ostens ist. Sie begrenzt sozialstrukturell und kulturell die Fähigkeit der europäischen kapitalistischen Staaten oder des »Eurokapitalismus«, *gegenüber den USA einen alternativen kapitalistischen Entwicklungspfad* auszubilden. Gegenüber den USA gibt es für diese auf absehbare Zeit keinen »unipolaren Moment« – während die USA auf lange Zeit hin als externe Macht fungieren werden, die im Unterschied zu Europa imstande ist, die Rivalitäten und Machtverteilungen zwischen diesen regionalen Mächten auszubalancieren³⁹².

390 Siehe Cox, Decline, S. 652.

391 Siehe Valur Ingimundarson: The American dimension: Britain, Germany, and the reinforcement of US hegemony in Europe in the 1990s, in: Klaus Larres, Elizabeth Meehan (Hrsg.): Uneasy allies: British-German relations and European integration since 1945, Oxford 2000, S. 165-183. Die schlichte neokonservative Schlußfolgerung hieraus ist die Empfehlung einer »Arbeitsteilung, in der sich Europa auf Europa und die Vereinigten Staaten auf alles andere konzentrieren würden.« Europa in neokonservativer Sicht? »Es ist zu schwach um von essentieller Bedeutung zu sein aber auch zu selbstgewiss, um ein potentielles Opfer zu sein«, siehe Robert Kagan: America's Crisis of Legitimacy in: Foreign Affairs 2/2004, S. 66. Im Gegensatz dazu – aber völlig alleine mit seiner Prognose, dass nicht China sondern Europa der zukünftige Hauptkonkurrent der USA zumindest auf gleicher Augenhöhe sein werde – steht Charles A. Kupchan: The End of the American Era: U.S. Foreign Policy and the Geopolitics of the Twenty-First Century, New York 2002. Neuerdings hierzu Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf, Konkurrenz für das Empire, Münster 2007.

392 Arrighi, Adam Smith, ist ein aktueller wichtiger Versuch, in der chinesischen Entwicklung einen solchen anderen (nicht-kapitalistischen) Entwicklungsweg zu sehen.

Die USA sind nicht nur das, was man auf der Karte sieht, ein Land mit physikalisch identifizierbaren Grenzen, sondern sie sind ein Land, das in der Welt arrangiert wird³⁹³, ein Amerika des Americanism und seiner Vektoren global projizierter Macht, in der Zugehörigkeiten und Ausschlüsse und Ausnahmen, Teilsouveränitäten und Territorialansprüche, Präsenz und Verschwinden, Rechte und Ansprüche, Ausbeutung und Reichtum, Aneignung und Ungleichheit im Raum und in der Zeit platziert werden. Ein materieller Kern dieser Politik des Arrangements ist der Aufstieg oligarchischer Unternehmensordnungen, die zunehmend staatsähnliche Potenzen ausbilden und entsprechende Effekte bewirken, sich aber der Verpflichtungen und Teilhabekulturen der modernen Staaten entschlagen; die also gleichsam transterritorialisierte Formen entwickeln, keine Grenzen respektieren und die Markt- und Profitlogik aufwerten³⁹⁴. Der *angloamerikanische* Kapitalismus repräsentiert aktuell immer noch die hegemoniale Struktur des Neoliberalismus am mächtigsten und hat sie auch entscheidend hervorgebracht: wir leben gegenwärtig immer noch in einem zweiten amerikanischen Hegemoniezyklus (»USA II«), der Mitte der 70er begann [der erste – »USA I« – dauerte von 1850 bis 1974 und zehrte von seiner Dominanz in den Leitsektoren Stahl, Chemie, Elektrotechnik, dann Automobil, Flugzeugbau und Energie] und sich auf die US-amerikanische Überlegenheit in der Informationstechnik, dem Finanzwesen, der Rüstungs- und der Kulturindustrie stützt. Schon deshalb ist von außerordentlicher Bedeutung, welche Entwicklungsrichtung die nachgerade seit 1830 hegemoniale angloamerikanische Kapitalismusvariante einschlägt. Andererseits ist der angloamerikanische Kapitalismus durchaus eine *minoritäre* Kapitalismusform gegenüber solchen Marktökonomien, die weiterhin durch relativ große Staatsintervention und vergleichsweise größere Gleichheit geprägt sind (von den kontinentalen Wohlfahrtsstaaten bis zu asiatischen Entwicklungskapitalismen). Die sich seit 2005 profilierende explizite Wendung Deutschlands und der EU insgesamt gegen die »Staatsfonds« der »Herausfordererstaaten« Russland und China zeigt die neue Härte dieses Konflikts.

Wie lange freilich diese offene Situation andauert, in der rechts- und liberalimperiale, global- und pluralimperiale sowie alternative Projekte konkurrieren und wie sie sich dann lösen wird – darauf findet sich momentan keine überzeugende Antwort. Die Momente, Ambitionen, Kulturen und Praxen des Imperialen und der Imperialität finden sich zuhauf – aber sie sind noch nicht zu einem stabilen Welt-Ordnungsmuster verdichtet – oder wurden zersetzt. Die großen Mächte kämpfen vor allem um die *swing states*, nicht um die Drittweltperipherien. Das sind nicht nur die BRICS und nicht immer *emerging markets*, sondern aussichtsreiche Kno-

393 So im März 2004 Donald Rumsfeld in CNN: »how our country is arranged around the world«, zit. nach Aruif Dirlik: American Studies in the time of Empire, in: Comparative American Studies 3/2004, S. 288.

394 Kapferer sieht hier die Entstehung einer neuen, oligarchisch-unternehmerischen (corporate) Staatsformation. Siehe Bruce Kapferer: New formations of power, the oligarchic-corporate state, and anthropological ideological discourse, in: Anthropological Theory 5/2005 S. 291. Diesem Zugang sind auch die zahlreichen Arbeiten von Hans-Jürgen Krysmanski gewidmet.

tenpunkte mit Potential – also Länder wie der Iran, Brasilien, Indien, die Türkei, Russland (dessen Wirtschaft so groß wie die Frankreichs ist) oder Saudi Arabien. Es sind aber auch Kämpfe um Machtressourcen – ob Rohstoffe, Technologien der Macht, demografische Balancen oder geopolitische Vorteile.

Eine rasche Eindeutigkeit wäre daher eine Überraschung. Doch über die neue Rezentralisation globaler Macht besteht Einigkeit. Der Begriff des Empire ist deshalb keineswegs überholt. Er ist aber kein monolithisches System, wie das Wort »Empire« in seinem traditionellen Gebrauch nahelegt, sondern konturiert das Bild vielfach konkurrierender Projekte, eines *zerstreuten Empire* gleichsam, das Instabilitäten, Ambiguitäten und Differenzen zeichnet, also Unordnung ist, die jedoch nicht so einfach durch ökonomische Konvergenzen, ideologische Streitigkeiten oder militärische Rückschläge in eine Passage zu einer anderen Ordnung hineingedrängt werden kann. Dazu bedarf es geschichtlicher Umbrüche anderer Qualität. Wer allerdings nach dem letzten »amerikanischen Jahrhundert« nunmehr sein Subjekt und Formgeber sein wird, ist nicht entschieden. Wenn ein gediegener Historiker wie Bernard Porter solche Perspektiven erblickt – den Traum von der »full spectrum dominance« über die Welt, die Auserwähltheit durch Gott und Geschichte, die Befreiung gleich der ganzen Menschheit und deren Beförderung hinein in das Ende der Geschichte, dann ist seine Schlussfolgerung bedrückend: »dies lässt wirklich den »Imperialismus« der alten, gemässigeren Bedeutung des Wortes hinter sich.«³⁹⁵ Der imperiale Jahrhundertweg der Vereinigten Staaten von Amerika selbst ist offenbar noch nicht zu Ende.

Imperien freilich, gleich welchen Zuschnitts – sie nützen nie den Eingeborenen.

395 Porter, *Empire and superempire*, S. 131.

8 Literatur

Bücher

- Abernathy, David: *The Dynamics of Global Dominance: European Overseas Empires 1415-1980*, New Haven 2000
- Agnew, John: *Hegemony: The New Shape of Global Power*. Philadelphia 2005
- Agnew, John/Corbridge, Stuart: *Mastering Space: Hegemony, Territory, and International Political Economy*. London 1995
- Alcock, Susan E. u. a. (Hg.): *Empires: Perspectives from Archeology and History*. Cambridge 2001
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: *Konkurrenz für das Empire*. Münster 2007
- Anderson, Fred/Cayton, Andrew: *The Dominion of War: Empire and Liberty in North America, 1500-2000*, New York 2005
- Aron, Raymond: *The Imperial Republic. The United States and the World 1945-1973*. London 1975
- Arrighi, Giovanni/Silver, Beverly (Hg.): *Chaos and Governance in the Modern World System*. Minneapolis 1999
- Arrighi, Giovanni: *Adam Smith in Beijing. Lineages of the Twenty-First Century*. London/New York 2007
- Atzert, Thomas/Müller, Jost (Hg.): *Kritik der Weltordnung. Globalisierung, Imperialismus, Empire*. Berlin 2003
- Atzert, Thomas/Müller, Jost (Hg.): *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität: Analysen und Diskussionen zur Empire*. Münster 2004
- Bacevich, Andrew J.: *American Empire: The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy*. Cambridge 2002
- Bader, Tobias: *Neokonservatismus, Think Tanks und New Imperialism*. Köln 2005
- Balakrishnan, Gopal (Hg.): *Debating Empire*. London [u. a.] 2003
- Baldwin, Mathew: *In Search of U.S. Grand Strategy: National Security Strategy since Goldwater-Nichols*, Duke University 2003
- Barber, Benjamin R.: *Imperium der Angst: Die USA und die Neuordnung der Welt*. München 2003
- Barnett, Thomas P. M.: *The Pentagon's New Map: War and Peace in the Twenty-first Century*. New York 2004
- Bartholomew, Amy (Hg.): *Empire's Law: The American Imperial Project and The »War to Remake the World«*. London 2006
- Bell, Daniel: *The Cultural Contradictions of Capitalism*, New York 1978
- Bemis, Samuel Flagg: *The Latin American Policy of the United States: An Historical Interpretation*, New York, 1943
- Bender, Peter: *Weltmacht Amerika: Das Neue Rom*. Stuttgart 2003
- Bennett, William: *Why We Fight: Moral Clarity and the War on Terrorism*, Washington 2003
- Biermann, Werner/Klönne, Arno: *The Big Stick: Imperiale Strategie und globaler Militarismus – Die USA als Megamacht?* Köln 2003
- Bischoff, Joachim: *Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus*, Hamburg 2006
- Blumenthal, Sidney: *The Rise of the Counter-Establishment*. New York 1986
- Boggs, Carl: *Imperial delusions: American militarism and endless war*. Lanham 2005
- Bollmann, Ralph: *Lob des Imperiums. Der Untergang Roms und die Zukunft des Westens*. Berlin 2006
- Braml, Josef: *Die religiöse Rechte in den USA. Basis der Bush-Administration?* Berlin 2004
- Brenner, Robert: *The Boom and the Bubble. The US in the World Economy*. London/New York 2002
- Brie, Michael: *Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus*. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006
- Bright, Charles/Meyer, Michael: *Where in the World Is America? The History of the United States in the Global Age*. In: Thomas Bender (Hg.): *Rethinking American History in a Global Age*. Berkeley 2002
- Brock, David: *The Republican noise machine: right-wing media and how it corrupts democracy*. New York 2005
- Brzezinski, Zbigniew: *The choice: global domination or global leadership*. New York 2004
- Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chess Board*. New York 1997
- Burbach, Roger/Tarbell, Jim: *Imperial Overstretch. George W. Bush & the Hubris of Empire*. London [u. a.] 2004
- Burman, Stephen: *The State of the American Empire. How the USA Shapes the World*. Berkeley/Los Angeles 2007
- Callinicos, Alex: *The New Mandarins of American Power*. Cambridge 2003,
- Calhoun, Craig/Cooper, Frederick/Moore, Kevin M.: *Lessons of Empire. Imperial Histories and American Power*. New York 2005
- Candeias, Mario: *Neoliberalismus-Hochtechnologie-Hegemonie*. Hamburg 2004
- Candeias, Mario: *Die Politische Ökonomie der USA an der Wende zum 21. Jahrhundert: eine Analyse des US-amerikanischen Wachstumsmodells der 1990er Jahre*. Berlin 2000
- Candeias, Mario: *Imperiale Gewalt als Bearbeitungsform neoliberaler Widersprüche*. In: Badziura, Alexander u. a. (Hg.): *Hegemonie-Krise-Krieg*. Hamburg 2005
- Chafer, Tony/Sackur, Amanda (Hg.): *Promoting the Colonial Idea: Propaganda and Visions of Empire in France*, New York und Hampshire 2002

- Chernus, Ira: *Monsters to destroy: the neoconservative war on terror and sin*. Boulder 2006
- Coetzee, J. M.: *Waiting for the Barbarians*, New York 1982
- Colás, Alejandro/Saull, Richard (Hg.): *The War on Terror and the American »Empire« After the Cold War*. London/New York 2006
- Colás, Alejandro: *Empire*, Cambridge 2006
- Cooley, Alexander: *Base Politics* New York 2008
- Cooper, Robert: *The post-modern state*. In: Leonard, Mark (Hg.): *Re- Ordering the World*. London 2002
- Council on Foreign Relations: *A New National Security Strategy in an Age of Terrorists, Tyrants, and Weapons of Mass Destruction*, New York 2003
- Cox, Robert W.: *Beyond Empire and Terror: Critical Reflections on the Political Economy of World Order*. Sheffield 2003
- Cox, Robert W.: *Production, Power, and World Order*. New York 1987
- Daalder, Iva/Kagan, Robert: *America and the Use of Force*. Stanley Foundation Muscatine 2007
- David, C. P./Grondin, D. (Hg.): *Hegemony or Empire? The Redefinition of American Power under George W. Bush*. Ashgate, 2006
- Davis, Mike: *In Praise of Barbarians. Essays Against Empire*. Chicago 2007
- Deepak, Lal: *In Praise of Empires. Globalization and Order*. New York 2004.
- DeGrazia, Victoria: *Irresistible Empire: America's Advance Through Twentieth Century Europe*. Cambridge 2005
- Der Derian, James: *9/11: before, after and between*, in: Craig Calhoun, Paul Price, Ashley Timmer (Hg.): *Understanding September 11*, New York 2002
- Dimier, Véronique: *Direct or Indirect Rule: Propaganda around a Scientific Controversy*, in: Tony Chafer, Amanda Sackur (Hg.): *Promoting the Colonial Idea: Propaganda and Visions of Empire in France*, New York und Hampshire 2002
- Deppe, Frank u.a. (Hg.): *Der neue Imperialismus*. Heilbronn 2004
- Domke, David: *God Willing? Political Fundamentalism in the White House, the »War on Terror« and the Echoing Press*. London 2004
- Dorrien, Gary: *Imperial Designs: Neoconservatism and the New Pax Americana*. New York 2004
- Doyle, Michael W.: *Empires*. Ithaca 1986
- Dueck, Colin: *Reluctant Crusaders: Power, Culture, and Change in American Grand Strategy*, Princeton 2006
- Echevarría II, Antulio J.: *Toward an American Way of War*, Strategic Studies Institute, U.S.Army War College, Carlisle 2004
- Eco, Umberto u.a. (Hg.): *Modell Amerika*, Münster, 1985
- Ehrman, John: *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945-1994*, New Haven 1995
- Eisenstadt, Shmuel N.: *Empires*. In: D. L. Sills (.): *International Encyclopedia of the Social Sciences*, New York 1968
- Eland, Ivan: *The Empire Has No Clothes: U.S. Foreign Policy Exposed*. Oakland 2004
- Falk, Richard: *The Declining World Order: America's Imperial Foreign Policy*, New York 2004
- Ferguson, Niall: *Clashing Civilizations or Mad Mullahs: The United States Between Formal and Informal Empire*, in Talbot, Strobe/Chanda, Nayan (Hg.): *The Age of Terror: America and the World After September 11*. New York 2001
- Ferguson, Niall: *Colossus: The Price of America's Empire*, New York 2004
- Ferguson, Niall: *Empire: The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons for Global Power*. London 2003
- Finzsch, Norbert: *Von Wallerstein zu Negri: Sind die USA das »Neue Rom«?*, in: Sielke, Sabine (Hg.) *Der 11. September 2001: Fragen, Folgen, Hintergründe*. Frankfurt/M. u. a. 2002
- Fisch, Jörg/Walther, Rudolf: *Imperialismus*. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhard (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, Stuttgart 1982
- Fischer, Hannah u. a.: *American War and Military Operations Casualties: Lists and Statistics*, CRS-Report for Congress, Washington v. 29. 6. 2007
- Foster, John B.: *Naked Imperialism: The U.S. Pursuit of Global Dominance*. New York 2006
- Foukass, Vassilis K./Gokay, Bulent: *The New American Imperialism: Bush's War on Terror and Blood for Oil*. New York 2005
- Freeman, Alan/Kagarlitsky, Boris (Hg.): *The Politics of Empire: Globalisation in Crisis* London 2004
- Friedman, Thomas: *The Lexus and the olive tree: understanding globalization*, New York 1999
- Frum, David/Perle, Richard: *An End to Evil: How to Win the War on Terror*, Random House 2004
- Funke, Hajo: *Der amerikanische Weg. Hegemonialer Nationalismus in der US-Administration*. Berlin 2003.
- Garrison, Jim: *America as empire: global leader or rogue power?* San Francisco 2004
- Gerard, John: *American Exceptionalism, Exemptionalism and global Governance*, in: Michael Ignatieff (Hg.): *American Exceptionalism and Human Rights*, Princeton 2005
- Gill, Stephen: *American Hegemony and the Trilateral Commission*. Cambridge 1990
- Gill, Stephen: *The constitution of global capitalism*. Los Angeles 2000

- Gill, Stephen: *Power & Resistance in the New World Order*. Basingstoke 2003
- Gilpin, Robert: *War and Change in World Politics*, New York 1981
- Gowan, Peter: *The Bush turn and the drive for primacy*. In: Colás, Alejandro/Saull, Richard (Hg.): *The War on Terror and the American »Empire« After the Cold War*. London, New York 2006
- Gray, Colin S.: *The Sheriff. America's Defense of the New World Order* Lexington 2004
- Gravier, Magali: *From Good Governance to Good Empire: The Emergence of the European State*, European Union Studies Series der Universität Salzburg 2/2005
- Grimmett, Richard F.: *Congressional Research Service Report for Congress*, Washington 2003
- Greven, Thomas: *Die Republikaner: Anatomie einer amerikanischen Partei*, München 2004
- Grose, Peter: *Operation Rollback: America's Secret War Behind the Iron Curtain*, Boston 2000;
- Guyatt, Nicholas (Hg.): *Another american century? The United States and the world since 9/11*. London [u. a.] 2003
- Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*. Cambridge 2004
- Hardt, Michael, Negri, Antonio: *Empire*. Cambridge 2000
- Hardt, Michael, Negri, Antonio: *Multitude*. Frankfurt 2004
- Harvey, David: *The New Imperialism*. Oxford 2003
- Harvey, David: *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford 2005
- Hassner, Pierre: *The United States: the empire of force or the force of empire?* Chaillot Papers Nr.54, Paris September 2002
- Hirsch, Joachim: *Imperialismus oder Staatengemeinschaft? Überlegungen zum transatlantischen Verhältnis*, in: Alexander Badziura u. a. (Hg.): *Hegemonie – Krise – Krieg*, Hamburg 2005
- Hirsh, Michael: *At War With Ourselves: Why America Is Squandering Its Chance to Build a Better World*, New York 2003
- Howe, Stephen: *Empire: A Very Short Introduction*. Oxford 2002
- Hudson, Michael: *Super Imperialism: The Economic Strategy of American Empire*. New York 1972
- Ignatieff, Michael: *The Lesser Evil: Political Ethics in an Age of Terror*. Princeton 2004
- Ikenberry, G. John: *Liberal Hegemony or Empire? American Power in the Age of Unipolarity*. In: Held, David/Koenig-Archibugi, Mathias (Hg.): *American Power in the 21st Century*. London 2004
- Ingimundarson, Valur: *The American dimension: Britain, Germany, and the reinforcement of US hegemony in Europe in the 1990s*, in: Klaus Larres, Elizabeth Meehand (Hg.): *Uneasy allies: British-German relations and European integration since 1945*, Oxford 2000, S.165-183
- Isikoff, Michael/Corn, David: *Hubris*. New York 2006
- Jennings, Francis: *The Creation of America: Through Revolution to Empire*, Cambridge 2000
- Johnson, Chalmers: *The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic*. New York 2004
- Jones, Gareth Stedman: *The History of US Imperialism*, in: Robin Blackburn (Hg.): *Ideology in Social Science: Readings in Critical Social Theory*. New York 1972 S. 216 f.
- Judis, John B.: *The folly of empire: what George W. Bush could learn from Theodore Roosevelt and Woodrow Wilson*. New York 2004
- Jürgen Wagner: *Das ewige Imperium*, Hamburg 2002
- Kagan, Donald: *While America Sleeps*, New York 2000
- Kagan, Robert: *Dangerous Nation: America's Place in the World from the Earliest Days to the Dawn of the Twentieth Century*. New York 2006
- Kagan, Robert: *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*. Berlin 2003
- Kagan, Robert D.: *America's Crisis of Legitimacy* in: *Foreign Affairs* 2/2004
- Kaindl, Christina [u.a.] (Hg.): *Kapitalismus reloaded: Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie*. Hamburg 2007
- Kaplan, Amy: *»Left Alone with America«: The Absence of Empire in the Study of American Culture*. In: Kaplan, Amy/Pease, Donald E. (Hg.): *Cultures of United States Imperialism*. Durham 1993
- Kaplan, Amy: *The Anarchy of Empire in the Making of U.S. Culture*, Cambridge 2002
- Kaplan, Robert D.: *Warrior Politics*, New York 2002
- Kapstein, Ethan/Mastanduno, Michael (Hg.): *Unipolar Politics: Realism and State Strategies After the Cold War*. New York 1999.
- Kaysen, Carl u. a.: *In Search of Balance*, in: *War with Iraq*, Cambridge 2002
- Kennedy, Paul: *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. New York 1987
- Keohane, Robert/Nye, Joseph: *Power and interdependence: world politics in transition*, Boston (1977) 2000
- Kinzer, Stephen: *Putsch! Zur Geschichte des amerikanischen Imperialismus*. Frankfurt 2007
- Klein, Naomi: *Die Schock-Strategie*, Frankfurt 2007
- Kraemer, Thomas D.: *Addicted to Oil: Strategic Implications of American oil Policy*. Army War College Carlisle 2006
- Krauthammer, Charles: *Democratic Realism. An American Foreign Policy for a Unipolar World*. AEI Washington 2004

- Kristol, Irving: *Two Cheers for Capitalism*, New York 1978
- Krysmanski, Hans Jürgen: *Herrschende Klasse(n)*. In: HKWM 6, Berlin 2004
- Krysmanski, Hans Jürgen: *Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zur Power Structure Research*. Münster 2004
- Kupchan, Charles A.: *The End of the American Era: U.S. Foreign Policy and the Geopolitics of the Twenty-First Century*, New York 2002
- Lal, Deepak: *In Praise of Empires*. New York 2004
- Langmore, John: *The Bush Foreign Policy Revolution, Its Origins, and Alternatives*, *Global Policy Forum* August 2004
- Lauerbaum, Manfred: *Empire und Multitude: Wer oder was ist multitude? Einführung in das Denken von Michael Hardt und Antonio Negri*. Hannover o. J. [2006]
- Layne, Christopher: *The Peace of Illusions: American Grand Strategy from 1940 to the Present*. Ithaca 2006
- Leffler, Melvyn: *A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford 1992
- Le Monde diplomatique: *USA. Das vermessene Imperium*. Berlin 2008
- Lieven, Dominic: *Empire: The Russian Empire and Its Rivals*, New Haven 2000
- Lieven, Dominic: *Empire: The Russian Empire and Its Rivals*, London 2003
- Lipset, Seymour Martin: *American Exceptionalism: A Double-edged Sword*, New York 1996
- Longley, Clifford: *Chosen People: the big idea that shapes England and America*, London 2002
- Lucas, Scott: *The Betrayal of Dissent. Beyond Orwell, Hitchens and the New American Century*. London 2004
- Louis, W.R. (Hg.): *Imperialism: the Robinson and Gallagher Controversy*, New York 1976.
- Lundestad, Geir: *»Empire« by Integration: the United States and European Integration, 1945-97*. Oxford 1997
- Lundestad, Geir: *The American »Empire«, Oxford* 1990
- Lundestad, Geir: *The United States and Europe Since 1945. From »Empire by Invitation« to Transatlantic Drift*. Oxford 2003
- Magdoff, Harry: *The Age of Imperialism: The Economics of US Foreign Policy*. New York 1969
- Maier, Charles S.: *Among Empires. American Ascendancy and Its Predecessors*. Cambridge 2006
- Mann, Michael: *»The roots and contradictions of modern militarism«, in: States, war and capitalism*, Oxford 1988, S. 166-87
- Mandelbaum, Michael: *The Case for Goliath: How America Acts as the World's Government in the Twenty-First Century*. New York 2006
- Mann, James: *Rise of the Vulcans: the history of Bush's war cabinet*. New York 2004
- Mann, Michael: *Die ohnmächtige Supermacht*. Frankfurt/New York 2003
- Mantho, Mark Gerard: *The Bush Doctrine: Origins, Evolution, Alternatives*. Gastpublikation des Project on Defense Alternatives. Cambridge USA 2004.
- Marca, Daniel F.: *Preemption in U.S. Strategic Culture*. Diss. Monterey 2004
- Martin, Terry: *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939*, Ithaca 2001
- Maynes, Charles Williams: *Two Blasts Against Unilateralism*, in: Glyn Prins (Hg.): *Understanding Unilateralism in American Foreign Relations*, London 2000
- Mearsheimer, John J.: *The Tragedy of Great Power Politics*. New York 2001
- Melville, Herman: *White-Jacket or The World in a Man-of-War*, New York 1983 (1850)
- Micklethwait, John/Wooldrige, Adrian: *The Right Nation: Conservative Power in America*. New York 2004
- Mitrovich, Gregory F.: *Undermining the Kremlin: America's Strategy to Subvert the Soviet Bloc, 1947-1956*, Ithaca 2000
- Mooers, Colin (Hg.): *The New Imperialists. Ideologies of Empire*. Oxford 2006
- Morrison, Kathleen D.: *Sources, Approaches, Definitions: in: Susan E. Alcock, Terence N. D'Altroy, Kathleen D. Morrison, Carla M. Sinopoli (eds.): Empires: Perspectives from Archeology and History*, Cambridge 2001, S.2-9.
- Motyl, Alexander: *Thinking about Empire*. In: Barke, Karen./von Hagen, Mark (Hg.): *After Empire. Multiethnic Societies and Nationbuilding*. Boulder/Oxford 1977
- Motyl, Alexander J.: *Imperial Ends: The Decay, Collapse, and Revival of Empires*. New York 2001
- Müller, Harald: *Amerika schlägt zurück*. Frankfurt 2003
- Münkler, Herfried: *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. Berlin 2005
- Murphy, Cullen: *Are We Rome? The Fall of an Empire and the Fate of America*, Boston 2007
- Nelson Dana D. (Hg.): *AmBushed: The Costs of Machtpolitik*. Durham 2006
- Nitzan, Jonathan/Bichler, Simshon: *New Imperialism or New Capitalism?* Montreal /Jerusalem 2004.
- Nitze, Paul: *Coalition Policy and the Concept of World Order*, in: Arnold Wolfers (Hg.): *Alliance Policy in the Cold War*, Baltimore 1959
- Norton, Anne: *Leo Strauss and the Politics of American Empire*. New Haven 2004

- Nye, Joseph S. Jr.: *The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone*. New York 2002
- Nye, Joseph S.: *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York 2004
- O'Loughlin, John: *The political geography of conflict: Civil wars in the hegemonic shadow*, MS Boulder 2004
- Odom, William E./ Dujarric, Robert: *America's Inadvertent Empire*, New Haven 2004
- Oguz, Sebnem: *Reconsidering Globalization as the Internationalization of Capital: Implications for Understanding State Restructuring*. University of Western Ontario, London 2005
- Opitz, Reinhard: *Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933*, Köln 1973
- Panitch, Leo/Gindin, Sam: *Global Finance and American Empire*, Montreal 2004
- Passavant, Paul A./Dean, Jodi (Hg.): *Empire's new clothes: reading Hardt and Negri*. New York [u. a.] 2004
- Pfaff, William: *The Future of the United States As a Great Power*, New York 1996
- Phillips, Kevin: *Die amerikanische Geldaristokratie: Eine politische Geschichte des Reichtums in den USA*. Frankfurt a. M. 2003
- Pieper, Marianne u. a. (Hg.): *Empire und die biopolitische Wende: Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt a. M. [u. a.] 2007
- Pieterse, Jan Nederveen: *Globalization or Empire?* New York/London 2004
- Plehwé, Dieter/Walpen, Bernhard/Neunhöffer, Gisela (Hg.): *Neoliberal Hegemony. A Global Critique*, New York 2006
- Poewer, Samantha: *A Problem from Hell. America and the Age of Genocide*, New York 2002
- Polanyi, Karl: *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*, Boston 1957
- Porter, Bernard: *Empire and superempire: Britain, America and the world*, New Haven/London 2006
- Prestowitz, Clyde: *Rogue Nation: American Unilateralism and the Failure of Good Intentions*. New York 2003
- Rabkin, Jeremy: *Why Sovereignty Matters*, Washington 1998
- Reus-Smit, Christian: *American Power and World Order*. Cambridge 2004
- Rieff, David: *Liberal Imperialism*, in: Andrew J. Bacevich (Hg.): *The Imperial Tense*, Chicago 2003
- Rilling, Rainer: *Imperialität*. In: Kaindl, Christina [u. a.] (Hg.): *Kapitalismus reloaded: Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie*. Hamburg 2007
- Rilling, Rainer: *Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11*. In: Brie, Michael (Hg.): *Schöne neue Demokratie*. Berlin 2007
- Rilling, Rainer: *We don't do empire*. In: Anne Tittor und Stefan Schmalz, *Jenseits von Subcommandante und Hugo Chavez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat*, Hamburg 2008.
- Robinson, William I.: *A Theory of Global Capitalism*. Baltimore 2004
- Rosenberg, Justin: *The Empire of Civil Society*, London 1994
- Rudolf, Peter: *Amerikapolitik*. SPW, Berlin 2006
- Rudolf, Peter: *Amerikapolitik. Konzeptionelle Überlegungen zum Umgang mit dem Hegemon*, SPW-Studie 22, Berlin September 2006
- Ruggie, John Gerald: *Multilateralism: The Anatomy of an Institution*, in: ders. (ed.): *Multilateralism Matters: The Theory and Practice of an Institutional Form*, New York 1993
- Rydell, Robert W./Kroes, Rob: *Buffalo Bill in Bologna: The Americanization of the World, 1869-1922*, Chicago und London 2005
- Said, Edward: *Orientalism*. New York 2003
- Schivelbusch, Wolfgang: *Entfernte Verwandtschaft*, München und Wien 2005
- Schmidt, Ingo: *Kollektiver Imperialismus, Varianten des Neoliberalismus und neue Regionalmächte*. In: ders. (Hg.): *Spielarten des Neoliberalismus*. Hamburg 2008
- Slaughter, Anne-Marie: *A New World Order*. Princeton 2004
- Smith, Neil/Godlewski, Anne (Hg.): *Geography and Empire*. Oxford 1994
- Smith, Neil: *American Empire: Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization*. California 2003
- Smith, Neil: *The Endgame of Globalization*. New York und London 2005
- Smith, Tony: *A Pact with the Devil: Washington's Bid for World Supremacy and the Betrayal of the American Promise*. London 2007
- Snyder, Jack: *Myths of Empire: Domestic Politics and International Ambition*, Ithaca 1991
- Soederberg, Susanne: *Global Governance in Question: Empire, Class, and the New Common Sense in Managing North-South Relations*. London 2006
- Sparrow, Bartholomew H.: *The Insular Cases and the Emergence of American Empire*, Lawrence 2006
- Speck, Ulrich/Szneider, Natan (Hg.): *Empire Amerika: Perspektiven einer neuen Weltordnung*. München 2003
- Steinfeld, Peter: *The Neoconservatives*. New York 1979
- Stiglitz, Joseph E./Bilmes, Linda J.: *The Three Trillion Dollar War: The True Cost of the Iraq Conflict*. New York 2008
- Strange, Susan: *Towards a Theory of Transnational Empire*. In: Tooze, Roger/May, Christopher (Hg.): *Authority and Markets: Susan Strange's Writings on International Political Economy*. New York 2002
- Tilly, Charles: *How empires end*, in: Karen Barke, Mark von Hagen (Hg.): *After Empire. Multiethnic societies and Nationbuilding*, Boulder/Oxford 1977

- Trachtenberg, Marc: *History and Strategy*, Princeton 1991
- Valladao, Alfredo: *The Twenty-First Century Will Be American*, London 1996
- van der Pijl, Kees: *Transnational Classes and International Relations*. London 1998
- van der Pijl, Kees: *Global rivalries: from the Cold War to Iraq*. London 2006
- Von Hippel, Karin: *Democracy by Force: U.S. Military Intervention in the Post-Cold War World*, New York 2000
- Wagner, Jürgen: *America's Quest for Nuclear Dominance: Offensive Realism or »Myths of Empire«?* Magisterarbeit Tübingen 2005
- Wahl, Peter: *Imperialier Multilateralismus in der Krise*, in: AK u. a. (Hg.): *G8: Die Deutung der Welt. Kritik, Protest, Widerstand*, Frankfurt 2007 S. 26 f.
- Walt, Stephen M.: *Taming American Power: The Global Response to U.S. Primacy*. New York 2005
- Wallerstein, Immanuel: *Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht*. Hamburg 2004
- Weigley, Russell F.: *The American Way of War*, Bloomington 1983
- Wilkinson, R./Hughes, Sh. (Hg.): *Global Governance: Critical Perspectives*, London 2002.
- Williams, William A.: *The Roots of the Modern American Empire: A Study of the Growth & Shaping of Social Consciousness in a Marketplace Society*. New York 1969
- Williams, William A.: (Hg.) *From Colony to Empire: Essays in the History of American Foreign Relations*. New York 1972
- Williams, William A.: *America Confronts a Revolutionary World, 1776-1976*. New York 1976
- Williams, William A.: *Empire as a Way of Life: An Essays on the Causes & Character of America's Present Predicament, Along with a Few Thoughts about an Alternative*. New York 1980
- Williams, William A.: *The Tragedy of American Diplomacy*. [rev. ed.] New York 1988
- Wolin, Sheldon S.: *Politics and Vision: Continuity and Innovation in Western Political Thought*, Princeton 2004
- Wood, Ellen Meiksins: *Empire of Capital*, London/New York 2003
- Wood, Ellen Meiksins: *Democracy as Ideology of Empire*, in: Colin Mooers (Hg.): *The New Imperialists. Ideologies of Empire*. Oxford 2006
- Yoo, John: *The Powers of War and Peace: The Constitution and Foreign Affairs After 9/11*, Chicago 2005
- Zarembka, Paul/Soederberg, Susanne (Hg.): *Neoliberalism in Crisis, Accumulation, and Rosa Luxemburg's Legacy*. Amsterdam [u. a.] 2004
- Zielonka, Jan: *Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union*. New York 2007

Zeitschriften und Zeitungen

- Acharya, Sukanta: *American Exceptionalism: A Neo-conservative Face to Future*. In: *International Studies* 2/2006
- Agathangelou, Anna.M/Ling, L.H.M.: *Powers, Borders, Security, Wealth: Lessons of Violence and Desire from September 11*, in: *International Studies Quarterly* 3/2004
- Agnew, John: *American Hegemony Into American Empire? Lessons from the Invasion of Iraq*. In: *Antipode*, 5/2003
- Agnew, John: *Sovereignty Regimes: Territoriality and State Authority in Contemporary World Politics*. In: *Annals of the Association of American Geographers* 2/2005
- Albright, Madeleine K.: *Bidges, Bombs, or Bluster*, in: *Foreign Affairs* 5/2003 S. 18 f.
- Anderson, Perry: *Force and Consent*. In: *New Left Review* Nr. 17 (2002)
- Arend, Anthony Clark: *International Law and the Preemptive Use of Military Force*, in: *The Washington Quarterly* 2/2003 S.89-103
- Arrighi, Giovanni: *Hegemony Unravelling (2 Teile)* in: *New Left Review* 32 und 33 (2005)
- Babu, B. Ramesh: *The Liberal Capitalist West as the New »Global State«*. In: *International Studies* 3/2006
- Bacevich, Andrew J.: *Bush's Grand Strategy*, in: *The American Conservative* 4/2002
- Bader, Tobias: *Neokonservatismus, Think Tanks und New Imperialism*. In: *Z Nr.* 61 (2005)
- Baker, Kevin: *»We're In The Army Now: The GOP Plan to militarize our culture«*, in: *Harper's Magazine* Oktober 2003
- Barkawi, Tarak/Laffey, Mark: *Retrieving the Imperial: Empire and International Relations*. In: *Millenium* 1/2002
- Barnett, Michael/Duvall, Raymond: *Power in International Politics*. In: *International Organization* 1/2005
- Barnett, Thomas P. M./Gaffney Jr., Henry H.: *Global Transaction Strategy*, in: *Early Bird Supplement* v. 30. 4. 2003
- Barnett, Thomas P. M.: *The Pentagon's New Map*, in: *Esquire* 3/2003
- Beitel, Karl: *The US, Iraq and the Future of Empire*. In: *Historical Materialism* 13.3 (2005)
- Bender, Peter: *Imperium als Mission. Rom und Amerika im Vergleich*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2005
- Bender, Peter: *Vom Nutzen und Nachteil des Imperiums. Über römische und amerikanische Weltherrschaft*. In: *Merkur* 6/2004
- Betts, Richard K.: *The political support system for American primacy*, in: *International Affairs* 1/2005

- Bieler, Andreas/Morton, Adam David: A critical theory route to hegemony, world order and historical change: neo-Gramscian perspectives in International Relations. In: *Capital & Class* 82 (2004)
- Bieling, Hans-Jürgen: Die Europäische Union: eine Supermacht mit imperialen Ambitionen? In: *prokla* 138 (2005)
- Block, Fred: Understanding the Diverging Trajectories of the United States and Europe: A Neo-Polanyian Analysis. In: *Politics & Society* 1/2007 S.3-33
- Boniface, Pascal: What Justifies Regime Change, in: *The Washington Quarterly* 3/2003 S.61-71
- Boot, Max: American Imperialism? No need to run away from label. In: *USA Today* v. 6. 5. 2003
- Boot, Max: Neocons. In: *Foreign Policy* 1/2004
- Boot, Max: In Modern Imperialism, U.S. Needs to Walk Softly, in: *Los Angeles Times* v. 15. 7. 2004
- Boucoyannis, Deborah: The International Wanderings of a Liberal Idea, or Why Liberals Can Learn to Stop Worrying and Love the Balance of Power. In: *Perspectives on Politics* 5/2007
- Brenner, Robert: What is and what is not imperialism? In: *Historical Materialism: Research in Critical Marxist Theory*, 14. 4. (2006)
- Brenner, Robert: Structure vs. Conjunction, in: *New Left Review* 43 (2007) S.33-43.
- Brinkley, Douglas: Democratic Enlargement. The Clinton Doctrine. In: *Foreign Policy*, Nr. 106 (1997)
- Bromley, Simon: Reflections on Empire, Imperialism and United States Hegemony. In: *Historical Materialism* 11. 3 (2003)
- Bromley, Simon: The United States and the Control of World Oil. In: *Government and Opposition* 2/2005
- Brooks Stephen G./Wohlforth, William C.: American Primacy in Perspective. In: *Foreign Affairs* 4/2002
- Brooks, Stephen/Wohlforth, William C.: American Primacy in Perspective, in: *Foreign Affairs* 81 (July/August) 2002
- Brown, Wendy: American Nightmare. In: *Political Theory* 6/2006
- Brown, Wendy: Neo-liberalism and the End of Liberal Democracy. In: *Theory & Event* 1/2003
- Bruni, Frank: For President, a Mission and a Role in History, in: *New York Times* v. 22. 9. 2001
- Budd, Adrian: Gramsci's Marxism and international relations, in: *International Socialism* 114 (April 2007)
- Buhite, Russell D./Hamel, Wm. Christopher: War for peace: The Question of American Preventive War against the Soviet Union, 1945-1955, in: *Diplomatic History* 3 (1990) S. 367-385
- Burnett, Christina Duffy: United States: American Expansionism and Territorial Deanexation. In: *The University of Chicago Law Review* 3/2005.
- Burr, William/Richelson, Jeffrey: Whether to »Strangle the Baby in the Cradle«: The United States and the Chinese Nuclear Program, 1960-64, in: *International Security* Winter 2000/01 S. 54-99
- Callinicos, Alex: Does capitalism need the state system? In: *Cambridge Review of International Affairs*, 4/2007
- Callinicos, Alex: Imperialism and global political economy. In: *International Socialism* 108 (2005)
- Chace, James: Imperial America and the Common Interest. In: *World Policy Journal* 1/2002
- Chibber, Vivek: The Return of Imperialism to Social Science. In: *Archives européennes des sociologie* 3/2004
- Cohen, Eliot: History and the Hyperpower, in: *Foreign Affairs* 83/2004
- Cole, David: Are We Safer? In: *NYRB* 4/2006
- Cole, David: What Bush Wants to Hear, in: *NYRB* v. 17. 11. 2005
- Coleman, Mat: The Naming of »Terrorism« and Evil »Outlaws«: Geopolitical Place-Making After 11 September, in: *Geopolitics* 3/2003 S.87 ff.
- Colley, Linda: The difficulties of empire: present, past and future, in: *Historical Research* 205 (2006)
- Conesa, Pierre: Die USA – Sicherheitsrisiko für Europa, in: *Le Monde Diplomatique* 4/2008
- Conley, Richard S.: Reform, Reorganization and the Renaissance of the Managerial Presidency: The Impact of 9/11 on the Executive Establishment. In: *Politics & Policy* 2/2006
- Cooper, Frederick: Empire Multiplied. A Review Essay. In: *Comparative Studies in Society and History* 4/2004
- Cooper, Frederick: Modernizing Colonialism and the Limits of Empire. In: *Items & Issues* 4/2005
- Cooper, Robert: Why We Still Need Empires. In: *Guardian* v. 7. 4. 2002
- Copper, Robert: Imperial Liberalism. In: *The National Interest* 79 (2005)
- Corn, David: The Hubris of the Neocons, in: *Capital Games* v. 31. 3. 2003
- Coward, Martin: The Globalisation of Enclosure: interrogating the geopolitics of empire. In: *Third World Quarterly* 6/2005
- Cox, Michael: Whatever happened to American decline? International relations and the new United States Hegemony. In: *New Political Economy* 3/2001
- Cox, Michael: The new liberal empire: US power in the twenty-first century. In: *Irish Studies in International Affairs* Nr. 12 (2001)
- Cox, Michael: September 11th and US hegemony – or will the 21st century be American too? In: *International Studies Perspective* 3/2002
- Cox, Michael: The Empire's Back in Town: Or America's Imperial Temptation – Again. In: *Millennium* 1/2003
- Cox, Michael: Beyond the West: Terrors in Transatlantia. In: *European Journal of International Relations* 2/2005
- Cox, Michael: Still the American Empire. In: *Political Studies Review* 1/2007
- Cox, Michael: Is the United States in decline – again? In: *International Affairs* 4/2007 S.651 f.

- Cox, Robert W.: Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory. In: *Millennium* 2/1981
- Cox, Robert W.: Gramsci, hegemony and international relations: An essay in method. In: *Millennium* 2/1983
- Cox, Robert W.: Beyond Empire and Terror: Critical Reflections on the Political Economy of World Order. In: *New Political Economy* 3/2004
- Coyne, Christopher J.; Davies, Steve: Empire: Public Goods and Bads. In: *Econ Journal Watch* 1/2007
- Crane, Edward/Niskanen, William: Upholding liberty in America, in: *Financial Times* v. 24. 6. 2003
- Cummings, Bruce: Is America an Imperial Power. In: *Current History* Nov. 2003
- Cummings, Bruce: The American Ascendancy, in: *The Nation* v. 8. 5. 2000
- Cypher, James M.: From Military Keynesianism to Global-Neoliberal Militarism. In: *Monthly Review* 2/2007
- Czempiel, Ernst-Otto: Pax Americana oder Imperium Americanum? In: *Merkur* 11/2003
- D'Souza, Dinesh: In praise of American empire. In: *Christian Science Monitor* v. 26. 4. 2002
- Daalder, I.H./Lindsay, James M.: American Empire, Not »If« But »What Kind«. In: *New York Times* v. 10. 5. 2003
- Dalby, Simon: Ecological Politics, Violence, and the Theme of Empire. In: *Global Environmental Politics*, 2/2004
- Dalby, Simon: Political Space: Autonomy, Liberalism, and Empire. In: *Alternatives* 30 (2005)
- Davidson, Carl/Harris, Jerry: Globalisation, theocracy and the new fascism: the US Right's rise to power. In: *Race & Class* 3/2006
- Davis, Mike: The Democrats After November. In: *New Left Review* 43 (2007)
- Dirlik, Arif: Empire? Some Thoughts on Colonialism, Culture, and Class in the Making of Global Crisis and War in Perpetuity. In: *interventions* 5/2003
- Dockrill, Saki Ruth: Dealing with Fear: Implementing the Bush Doctrine of Preemptive Attack, in: *Politics & Policy* 2/2006
- Donnelly, Jack: Sovereign Inequalities and Hierarchy in Anarchy: American Power and International Society, in: *European Journal of International Relations* 2/2006 S.139-170
- Dorrien, Gary: »Benevolent Global Hegemony«: William Kristol and the Politics of American Empire. In: *Logos* 3.2. (2004)
- Drew, Elizabeth: The Neocons in Power. In: *New York Review of Books* v. 12. 6. 2003
- Drezner, Daniel W.: The New New World Order. In: *Foreign Affairs* 2/2007
- Dueck, Colin: Ideas and alternatives in American grand strategy, 2000-2004. In: *Review of International Studies* 4/2004
- Duménil, Gérard/Lévy, Dominique: The economics of US imperialism at the turn of the 21st. century. In: *Review of International Political Economy* 4/2004
- Dunn, David Hastings: »Real men want to go to Tehran«: Bush, pre-emption and the Iranian nuclear challenge. In: *International Affairs* 1/2007
- Durham, Martin: The American Right and the Iraq War, in: *The Political Quarterly* 3/2004
- Durham, Martin: The Republic in Danger: Neoconservatism, the American Right and the Politics of Empire, in: *The Political Quarterly* 1/2006
- Eakin, Emily: »It takes an empire«, say several U.S. thinkers. In: *New York Times* v. 2. 4. 2002
- Eland, Ivan: The Empire Strikes Out. The »New Imperialism« and Its Fatal Flaws. In: *Policy Analysis* Nr. 459 (2002)
- Farrell, Theo: Strategic Culture and American Empire, in: *SAIS Review* 2/2005
- Feinstein, Lee/ Slaughter, Anne-Marie: A Duty to Prevent, in: *Foreign Affairs* 1/2004
- Fischer-Lescano, Andreas: Angriff auf die Verteidigung, in: *FR* v. 18. 1. 2003
- FitzGerald, Frances: George Bush & the World, in: *The New York Review of Books* v. 26. 9. 2002
- Ferguson, Niall: Iraq needs long-term Anglo-American control. In: *The Age [Australia]* v. 25. 4. 2003
- Ferguson, Niall: Hegemony or Empire? In: *Foreign Affairs* 5/2003
- Ferguson, Niall: The Empire Slinks Back. In: *The New York Times Magazine*, 27. 4. 2003
- Ferguson, Niall: An empire in denial: The limits of US imperialism. In: *Harvard International Review*, 3/2003.
- Ferguson, Niall: The True Cost of Hegemony: Huge Debt. In: *The New York Times* v. 4. 4. 2003
- Ferguson, Niall: A World Without Power. In: *Foreign Policy* 4/2004
- Ferguson, Niall: The End of Power. In: *Wall Street Journal* v. 21. 6. 2004
- Ferguson, Niall: The Unconscious Colossus: Limits of (& Alternatives to) American empire. In: *Daedalus* 2/2005
- Ferguson, Niall: Empire Falls. In: *Vanity Fair* 10/2006
- Fitzpatrick, Peter: »Gods would be needed...«: American Empire and the Rule of (International) Law. In: *Leiden Journal of International Law* 3/2003
- Foran, John: Global Marxism: Imperialism and Hegemony: Some Thoughts on My Colleague Bill Robinson, in: *From the Left* 2/2004
- Foster, John Bellamy: The New Geopolitics of Empire. In: *Monthly Review* Nr. 57 (2006)
- Gaddis, John Lewis/Kennedy, Paul: DIALOGUE: Kill the Empire! (Or Not). In: *The New York Times Sunday Book Review* v. 25. 7. 2004
- Gallagher, John, Robinson, Ronald: The Imperialism of Free Trade. In: *The Economic History Review* 1/1953

- George, Jim: Leo Strauss, Neoconservatism and US Foreign Policy: Esoteric Nihilism and the Bush Doctrine. In: *International Politics* 2/2005
- Gibson, James L.: Intolerance and Political Repression in the United States: A Half Century after McCarthyism. In: *American Journal of Political Science*, 1/2008
- Gill, Stephen. American Hegemony: Its Limits and Prospects in the Reagan Era. In: *Millennium* 3/1986
- Gilpin, Robert: War is Too Important to Be Left to Ideological Amateurs. In: *International Relations* 1/2005
- Glennon, Michael J.: Preempting Terrorism: The case for anticipatory self-defense. in: *Weekly Standard* v. 28. 1. 2002
- Gökay, Bülent/Whitman, Darrell: Ghost Dance: The U.S. and Illusions of Power in the 21st Century. In: *Alternatives: Turkish Journal of International Relations*, 4/2004
- Goldberg, Jörg: Aufschwung und Restrukturierung der Weltwirtschaft. in: *Z 71* (2007) S.7 ff.
- Golub, Philip S.: Das Imperium Americanum als historisches Konzept. In: *Le monde diplomatique* September 2002
- Golub, Philip S.: Imperial politics, imperial will and the crisis of US hegemony. In: *Review of International Political Economy* 4/2004
- Gowan, Peter: Neoliberal Cosmopolitanism. In: *New Left Review* 11 (2001)
- Gowan, Peter: The American Campaign for Global Sovereignty. In: *Socialist Register* 2003, London 2002
- Gowan, Peter: After America? In: *New Left Review* 1/2002
- Gowan, Peter: U.S.Hegemony Today. In: *Monthly Review* 3/2003;
- Gowan, Peter: American Lebensraum. In: *New Left Review* 30 (2004)
- Gowan, Peter: Empire as Superstructure. In: *Security Dialogue* 2/2004,
- Gowan, Peter: Triumphant toward International Disaster: The Impasse in American Grand Strategy. In: *Critical Asian Studies* 1/2004
- Gowan, Peter: American grand strategy. In: *Critical Asian Studies* 1/2005
- Graham, Stephen: Cities and the »War on Terror«. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 2/2006
- Guoliang, Gu: Redefine Cooperative Security, Not Preemption, in: *The Washington Quarterly* 2/2003
- Haley, P. Edward: A Defensive Grand Strategy for the United States. In: *Armed Forces & Society* 3/2004
- Hardt, Michael: Second Empire; or, The Eighteenth Brumaire of George W. Bush. In: *Radical History Review* Nr. 95 (2006)
- Harvey, David: Neoliberalism as creative destruction. In: *Geogr. Ann.*, 88 B (2), 2006
- Harvey, David: Last days of the US empire? In: *Socialist Worker* v. 30. 7. 2005
- Haug, Wolfgang Fritz: Imperium oder Imperialismus? In: *Das Argument* 267 (2006)
- Heisbourg, Francois: A Work in Progress: The Bush Doctrine and Its Consequences, in: *The Washington Quarterly* 2/2003 S. 75-88
- Hendrickson, David C.: The Curious Case of American Hegemony. Imperial Aspirations and National Decline. In: *World Policy Journal* 2/2005
- Hersh, Seymour M.: Offense and Defense, in: *The New Yorker* v. 7. 4. 2003
- Hersh, Seymour M.: Who Lied to Whom? In: *The New Yorker* v. 31. 3. 2003
- Hobsbawn, Eric: Only in America. In: *The Chronicle of Higher Education* v. 4. 7. 2003
- Hobsbawn, Eric: Rücksichtslose und zänkische Diva der Weltpolitik. In: *Le Monde Diplomatique* Juni 2003
- Hobsbawn, Eric: America's Neo-Conservative World Supremacists Will Fail. In: *Guardian* v. 25. 6. 2005
- Hoffmann, Stanley: The Foreign Policy the US Needs, in: *NYRB* v. 10. 8. 2006
- Hoffmann, Stanley: America Goes Backward, in: *NYRB* v. 12. 6. 2003
- Howard, Dick: Chances for a Left Foreign Policy, in: *Logos* 2.1. (Winter 2003)
- Howe, Stephen: American Empire: the history and future of an idea. In: *Opendemocracy* v. 12. 6. 2003
- Hurrell, Andrew: Pax Americana or the empire of insecurity? In: *International Relations of the Asia-Pacific* 2/2005
- Hurrell, Andrew: Hegemony, liberalism and global order: what space for would-be great powers? In: *International Affairs* 1/2006, S. 1-19
- Hurst, Steven: Myths of Neoconservatism: George W.Bush's 'Neo-conservative' Foreign Policy Revisited, in: *International Politics* 42 /2005, S. 74-96
- Ignatieff, Michael: How to Keep Afghanistan from Falling Apart: The Case for a Committed American Imperialism. In: *New York Time Magazine* v. 26. 7. 2002
- Ignatieff, Michael: The Burden. In: *New York Times Magazine* v. 5. 1. 2003
- Ignatieff, Michael: Empire Lite. In: *Prospect* 83 (2003)
- Ikenberry, G. John: Rethinking the Origins of American Hegemony. In: *Political Science Quarterly* 1/1989
- Ikenberry, G. John: American Grand Strategy in the Age of Terror. In: *Survival* 4/2001
- Ikenberry, G. John: After September 11: America's Grand Strategy and International Order in the Age of Terror. In: *Survival* 4/2001-02
- Ikenberry, G. John: Illusions of Empire: Defining the New American order. In: *Foreign Affairs* 2/2004
- Ikenberry, G. John: The End of the Neo-Conservative Moment. In: *Survival* 1/2004
- Ikenberry, G. John: Liberalism and empire: logics of order in the American unipolar age. In: *Review of International Studies* 4/2004

Inkenberry, G. John: The Rise of China and the Future of the West. Can the Liberal System Survive? In: *Foreign Affairs* 1/2008

Inoguchi, Takashi/Bacon, Paul: Empire, hierarchy, and hegemony: American grand strategy and the construction of order in the Asia-Pacific, in: *International Relations of the Asia Pacific* 2/2005

Jacobs, Lawrence R./Page, Benjamin I.: Who Influences U.S. Foreign Policy? In: *American Political Science Review* 1/2005.

Jackson, Richard: Language Power and Politics: Critical Discourse Analysis and the War on Terrorism, in: *49th Parallel* 1/2005

Jervis, Robert: International Primacy. Is the game worth the candle? In: *International Security* 4/1993;

Jervis, Robert: The Remaking of a Unipolar World. In: *The Washington Quarterly* 3/2006

Jervis, Robert: Theories of War in an Era of leading Power Peace, in: *American Political Science Review* 1/2002

Jervis, Robert: Understanding the Bush Doctrine, in: *Political Science Quarterly* 3/2003

Judis, John B.: Imperial Amnesia. In: *Foreign Policy* 4/2004

Judt, Tony: Review Its Own Worst Enemy, in: *The New York Review of Books (NYRB)* v. 15. 8. 2002

Judt, Tony: The New World Order, in: *NYRB* v. 14. 7. 2005

Kagan, Robert: Power and Weakness. In: *Policy Review* Nr. 113 (2002),

Kagan, Robert: End of Dreams, Return of History, in: *Policy Review* Nr. 144 (2007)

Kagan, Robert: Multilateralism, American style, in: *Washington Post* v. 13. 9. 2002

Kagan, Robert/Kristol, William: The Present Danger. In: *The National Interest* Nr. 59 (2000)

Kalb, Don: From flows to violence. In: *Anthropological Theory* 2/2005.

Kaldor, Mary: American power: from ›compellence‹ to cosmopolitanism? In: *International Affairs* 1/2003

Kapferer, Bruce: New formations of power, the oligarchic-corporate state, and anthropological ideological discourse, in: *Anthropological Theory* 5/2005

Kaplan, Amy: Violent Belongings and the Question of Empire Today. Presidential Address to the American Studies Association v. 17.10.2003. In: *American Quarterly* 1/2004

Kaplan, Robert D.: Supremacy by Stealth: Ten Rules for Managing the World. In: *Atlantic Monthly*, 4/ 2003

Kegley, Charles.W. Jr./Raymond, Gregory A. Raymond: Global terrorism and Military Preemption: Policy Problems and Normative Perils. In: *International Politics* 41 (2004)

Kelemen, S. R. Daniel, Sibbitt, Eric C.: The Globalization of American Law. In: *International Organization* 1/2004

Kennedy, Edward M.: Our Nuclear Talk Gravely Imperils US Notion of a First- Strike Use in Iraq Carries The Seed of World Disaster, in: *Los Angeles Times* v. 29. 1. 2003

Kennedy-Pipe, Caroline/Rengger, Nicholas: Apocalypse now? Continuities or disjunctions in world politics after 9/11, in: *International Affairs* 3/2006, S. 539-552

Khanna, Parag: Waving Goodbye to Hegemony, in: *NYT* v. 27. 1. 2008

Khalilzad, Zalmay: Losing the Moment? The United States and the World After the Cold War. In: *Washington Quarterly* 2/1995

Kiely, Ray: Capitalist expansion and the imperialism-globalization debate: contemporary Marxist explanations. In: *Journal of International Relations and Development* 1/2005

Kiersey, Nicholas J.: The New Imperialism as »Neo-Reaganite« Strategy; The Role of Neoconservative Intellectuals of Statecraft in post-9.11.01 American Foreign Policy. Paper APSA 2004

Kim, David Haekwon: The place of American Empire: Amerasian territories and late American modernity. In: *Philosophy & Geography* 1/2004

Kirkpatrick, Jeane J.: American Power – For What? In: *Commentary* 1/2000

Kitfield, James: »Pox Americana?« in: *National Journal*, v. 6. 4. 2002

Klare, Michael T.: Endless Military Superiority, in: *The Nation* v. 15. 7. 2002

Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment. In: *Foreign Affairs* Nr. 70 (1990-91);

Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment Revisited. In: *The National Interest* Nr. 70 (2002/3)

Kristol, William, Kagan, Robert: Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy. In: *Foreign Affairs* 4/1996

Kristol, William, Kagan, Robert: The Benevolent Empire. In: *Foreign Policy* Nr. 111 (1998)

Kristol, Irving: The Neoconservative Persuasion, in: *The Weekly Standard* v. 25. 8. 2003

Kristol, William/Brooks, David: »What Ails Conservatism?«, in: *Wall Street Journal* v. 15. 9. 1997

Krysmanski, Hans-Jürgen: »I Still wanted to be a generalist.«, in *W&F* 4/2004

Kupchan, Charles/Trubowitz, A. Peter L.: Dead Center and The Demise of Liberal Internationalism in the United States. In: *International Security* 2/2007

Kurth, James: Global Threats and American Strategies: From Communism in 1955 to Islamism in 2005. In: *Orbis* Fall 2005

Kurth, James: Migration and the Dynamics of Empire. In: *The National Interest*, Nr. 71 (2003)

Lake, David A.: American Hegemony and the Future of East-West Relations. In: *International Studies Perspectives* 1/2006

Lal, Deepak, An Imperial Denial, in: *Yale Global* v. 6. 1. 2005

- Layne, Christopher: The Unipolar Illusion: Why New Great Powers Will Arise. In: *International Security* 4/1993
- Layne, Christopher: The Unipolar Illusion Revisited. The Coming End of the United States' Unipolar Moment. In: *International Security* 2/2006
- Lehmann, Nicholas: The Controller, in: *The New Yorker* v. 12. 5. 2003
- Lehmann, Nicholas: The Next World Order, in: *The New Yorker* v. 1. 4. 2002
- Lewis, Anthony: Bus and Iraq, in: *The New York Review of Books* v. 7. 11. 2002.
- Lieber, Keir A./Press, Daryl G.: The Rise of U.S: Nuclear Primacy. In: *Foreign Affairs* 2/2006
- Lieber Keir A./Press, Daryl G.: The End of MAD? The Nuclear Dimension of U.S. Primacy, in: *International Security* 4/2006 S.7-44
- Lieven, Anatol: The Empire Strikes back. In: *The Nation* v. 7. 7. 2003
- Lieven, Anatol: Wolfish Wilsonians: Existential Dilemmas of the Liberal Internationalists. In: *Orbis* 2/2006
- Lieven, Anatol: The End of the West? In: *Prospect* 78 (2002)
- Lind, Michael: The World After Bush. In: *Prospect* Nr. 128 (2006)
- Lind, Michael: Beyond American Hegemony. In: *The National Interest* Nr. 89 (2007)
- Lind, Michael: For Liberal Internationalism. In: *The Nation* v. 2. 7. 2007
- Lobe, Jim: US Military on the Move, *Inter Press Service* v. 17. 6. 2004
- Lock-Pullan, Richard: The U.S.Way of War and the »War on Terror«, in: *Politics & Policy* 2/2006, S. 374-399
- Lutz, Catherine: Empire is in the details. In: *American Ethnologist*, 4/2006
- Maier, Charles: An American Empire? In: *Harvard-Magazine* 2/2002
- Mallaby, Sebastian: The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire. In: *Foreign Affairs* 2/2002
- Mann, Michael: The First Failed Empire of the 21st Century. In: *Review of International Studies* 4/2004
- Mansell, Wade/Haslam, Emily: John Bolton and the United States' Retreat from International Law. In: *Social & Legal Studies* 4/2005.
- Mastanduno, Michael: Hegemonic order, September 11, and the consequences of the Bush revolution. In: *International Relations of the Asia-Pacific* 5/2005
- Mastanduno, Michael: Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy. In: *International Security* 4/1997
- Mauer, Victor: Die geostrategischen Konsequenzen nach dem 11. September 2001, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 3-4/2004
- Maynes, Charles William: The Perils of (and for) an Imperial America. In: *Foreign Policy* Nr. 111 (1998)
- McCartney, Paul T.: American Nationalism and U.S. Foreign Policy from September 11 to the Iraq War, in: *Political Science Quarterly* 3/2004
- McFaul, Michael: The Liberty Doctrine, in: *Policy Review* 2/2002
- McKenzie, Beatrice: Gender and United States Citizenship in Nation and Empire, in: *History Compass* 4/3 (2006), S. 592-602
- Mead, Walter Russell: The Jacksonian tradition and American foreign policy, in: *National Interest* Winter H. 58 1999/2000
- Mead, Walter Russell: American Grand Strategy in a World at Risk, in: *Orbis* 4/2005 S.595 f.
- Mendieta, Eduardo: Imperial geographies and topographies of nihilism. Theatres of war and dead cities. In: *City* 1/2004
- Merry, Robert W.: Rome on the Potomax, in: *The International Economy*, Sommer 2003
- Miller, Steve E.: The End of Unilateralism or Unilateralism Redux? In: *The Washington Quarterly*, 1/ 2002
- Monten, Jonathan: The Roots of the Bush Doctrine. Power, Nationalism, and Democracy Promotion in U.S: Strategy, in: *International Security* 4/2005.
- Morton, David: The Grimly Comic Riddle of Hegemony in IPE: Where is Class Struggle, in: *Politics* 1/2006 S. 62-72
- Motyl, Alexander J.: Is Everything Empire? Is Empire Everything? In: *Comparative Politics* 2/2006
- Münkler, Herfried: »Pax Americana« – die USA, ein neues Rom? In: *NZZ* v. 29. 3. 2003
- Muravchik, Joshua: Neoconservatism's Future It's still the only game in town. In: *The Wall Street Journal* v. 3. 10. 2007
- Muravchik, Joshua: The Past, Present, and Future of Neoconservatism. In: *Commentary* October 2007
- Myers, Richard: Shift to a Global Perspective, in: *Naval War College Review* 56 4/2003
- Nexon, Daniel, Wright, Thomas: What's at Stake in the American Empire Debate. In: *American Political Science Review* 2/2007
- Nye, Joseph S., Jr.: Limits of American Power. In: *Political Science Quarterly* 4/2002-3
- O'Connell, Mary Ellen: Pre-Emption and Exception: The US Moves Beyond Unilateralism, in: *S+F* 3/2002
- O'Hanlon, Michael/Singer, P.W.: The Humanitarian Transformation: Expanding Global Intervention Capacity, in: *Survival* 1/2004
- Owen, John M.: Transnational Liberalism and U.S. Primacy, in: *International Security* 3/2001-02.
- Panitch, Leo, Gindin, Sam: Global Capitalism and American Empire. In: *Socialist Register* 2004
- Panitch, Leo, Gindin, Sam: Superintending Global Capital. In: *New Left Review* 35 (2005)

- Peck, Jamie/Tickell, Adam: Neoliberalization space, in: *Antipode* 3/2002, S. 380-404
- Peterson, John: America as a European power: the end of empire by integration? In: *International Affairs* 4/2004
- Pettman, Jan Jundy: Feminist International Relations After 9/11, in: *The Brown Journal of World Affairs* 2/2004, S. 85-96
- Pincus, Walter: U.S. Nuclear Arms Stance Modified by Policy Study, in: *WP v. 23.3. 2002*
- Platt, D. C. M.: Further Objections to an »Imperialism of Free Trade, 1830-60«. In: *Economic History Review* 1/1973
- Podhoretz, Norman: Is the Bush Doctrine Dead? In: *Commentary*, 2/ 2006
- Podhoretz, Norman: »How to Win World War IV«, in: *Commentary* 10/2002 S.19-29
- Pomper, Philip: The History and Theory of Empires. In: *History and Theory*, Theme Issue 44, (2005)
- Posen, Barry P.: Command of the Commons. The Military Foundation of U.S. Hegemony. In: *International Security* 1/2003
- Posen, Barry R./Ross, Andrew L.: Competing Visions of U.S. Grand Strategy. In: *International Security* 3/1996-7
- Pozo-Martin, Gonzalo: A tougher Gordian knot: globalization, imperialism and the problem of the state. In: *Cambridge Review of International Affairs* 2/2006
- Pozo-Martin, Gonzalo: Autonomous or materialist geopolitics? In: *Cambridge Review of International Affairs*, 4/2007
- Prasch, Robert E.: Neoliberalism and Empire: How Are They Related? In: *Review of Radical Political Economics* 3/2005
- Purdy, S. Jedediah: Liberal Empire: Assessing the Arguments. In: *Ethics & International Affairs* 2/2005
- Rana, Junaid/Rosas, Gilberto: Managing Crisis: Post-9/11 Policing and Empire. In: *Cultural Dynamics* 3/2006
- Rasch, William: Human Rights as Geopolitics. Carl Schmitt and the Legal Form of American Supremacy. In: *Cultural Critique* 54 (2003).
- Rieff, David: A new age of Liberal Imperialism. In: *World Policy Journal* 2/1999
- Rilling, Rainer: Über starke Ökonomie und starke Politik. In: *UTOPIE kreativ* Nr. 169 (2004)
- Rilling, Rainer: Eine vergessene Linke? In: *UTOPIE kreativ*, Nr. 189/190 (2006)
- Rilling, Rainer: Option für eine weniger scharfe Politik. Zu den US-Zwischenwahlen 2006. In: *Sozialismus* 12/2006
- Ricks Thomas E./Loeb, Vernon: Bush Developing Military Policy of Striking First, in: *WP* 10. 6. 2002
- Roberts, Adam: Law and the Use of Force After Iraq, in: *Survival* 2/2003, S. 31-56
- Robin, Corey: Endgame. Conservatives after the Cold War. In: *Boston Review* 1/2004
- Robin, Corey: Grand Designs. In: *Washington Post* v. 2. 5. 2004
- Robinson, William I.: Gramsci and Globalisation: From Nation-State to Transnational Hegemony. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 4/2005
- Robinson, William: Reification and theoreticism in the study of globalisation, imperialism and hegemony. In: *Cambridge Review of International Affairs* 3/2006
- Rosen, Jeffrey: The Unregulated Offensive, in: *The New York Times* v. 17. 4. 2005
- Rosen, Stephen Peter: The Future of War and the American Military. In: *Harvard Magazine* 5/2002
- Rosen, Stephen Peter: An empire, if you can keep it. In: *The National Interest* Spring Nr. 71 (2003)
- Rosenau, James N.: Illusions of Power and Empire. In: *History and Theory* Nr. 44 (2005)
- Rosenberg, Joel C.: Two Great Dissidents: Natan Sharansky's vision, and President Bush's, in: *National Review* Online, 19. 11. 2004
- Rothschild, Matthew: Empire's Apologists. In: *The Progressive* 3/2003
- Roy, Ananya: Praxis in the Time of Empire. In: *Planning Theory* 1/2006
- Rudolf, Peter: Rückkehr des liberalen Hegemon. In: *IP* 1/2006.
- Ruggie, John Gerard: International Regimes, Transactions, and Changes: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order, in: *International Organization* 2/1982, S. 379-415
- Saull, Richard: On the »New« American »Empire«. In: *Security Dialogue* 2/2004
- Schlesinger, Arthur, Jr.: The American Empire? Not So Fast. In: *World Policy Journal* 1/2005
- Schonberg, Karl K.: Paradigm Regained. The New Consensus in US Foreign Policy, in: *Security Dialogue* 4/2001
- Schweller, Randall: Domestic Structure and Preventive War: Are Democratic More Pacific? In: *World Politics* 2/1992 S.235-269
- Senghaas, Dieter: Abschreckung nach der Abschreckung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2007 S. 825-835
- Shaw, Martin: Post-Imperial and Quasi-Imperial: State and Empire in the Global Era, in: *Millennium* 2/2002 S.327-336
- Sidaway, James D.: Empire's Geographies. In: *ACME* 3/2005
- Simes, Dimitri K.: America's Imperial Dilemma. In: *Foreign Affairs* 6/2003
- Skidmore, David: Understanding the Unilateralist Turn in U.S. Foreign Policy. In: *Foreign Policy Analysis* 2/2005
- Smith, Neil: Scales of terror and the resort to geography. In: *Environment and Planning D: Society and Space* (2001)
- Snyder, Jack: Imperial Temptations, in: *The National Interest* 71 (2003)

- Solty, Ingar: Krise des Neokonservatismus! Krise des Neoliberalismus? In: *Sozialismus* 1/2007
- Sparke, Matthew: American Empire and Globalisation: Postcolonial Speculations on Neocolonial Enframing. In: *Singapore Journal of Tropical Geography* 3/2003.
- Sparke, Matthew: Political geography: political geographies of globalization (1) – dominance. In: *Progress in Human Geography* 6/2004
- Spiro, Peter: The New Sovereignists: American Exceptionalism and Its False Prophets. In: *Foreign Affairs* 6/2000
- Steinmetz, Georg: The State of Emergency and the Revival of American Imperialism: Toward an Authoritarian Post-Fordism. In: *Public Culture* 2/2003
- Steinmetz, George: Return to Empire: The New U.S. Imperialism in Comparative Historical Perspective. In: *Sociological Theory* 4/2005
- Stokes, Doug: The Heart of Empire? Theorising US empire in an era of transnational capitalism. In: *Third World Quarterly* 2/2005
- Stoler, Ann Laura, David Bond: Refractions Off Empire: Untimely Comparisons in Harsh Times. In: *Radical History Review* 95 (2005)
- Stoler, Ann Laura: Degrees of Imperial Sovereignty. In: *Public Culture* 1/2006
- Strange, Susan: Pax Americana. In: *International Affairs* 4/1950
- Strange, Susan: The Future of the American Empire. In: *Journal of International Affairs* 1/1988, S. 1-18
- Strange, Susan: The Persistent Myth of Lost Hegemony. In: *International Organization* 4/1987
- Stuby, Gerhard: Kollaps des kollektiven Sicherheitssystems? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2002 S.1479 ff.
- Tabb, William K.: Capital, Class and the State in the Global Political Economy. In: *Globalizations* 1/2005
- Tertrais, Bruno: The Changing Nature of Military Alliances, in: *The Washington Quarterly* 2/2004, S. 135-150
- Therborn, Göran: »Globalization«. In: *International Sociology* 2/2000
- Tickner, J. Ann: Feminist Perspectives on 9/11, in: *International Studies Perspectives* 3/2002
- Turse, Nick: Planet Pentagon, *Tom Dispatch.com* v. 11. 7. 2007
- Van Elteren, Mel: U.S. Cultural Imperialism Today: Only a Chimera? In: *SAIS Review* 2/2003, S. 169-188
- Van Oudenaren, John: Unipolar Versus Unilateral, in: *Policy Review* 124 (2004)
- Vogel, Ann: Who's making global civil society: philanthropy and U.S. empire in world society, in: *The British Journal of Sociology* 4/2006, S. 635-655
- Walker, William: Nuclear enlightenment and counter-enlightenment. In: *International Affairs* 3/2007
- Walker, William: International nuclear order: a rejoinder. In: *International Affairs* 4/ 2007
- Wallerstein, Immanuel: U.S. Weakness and the Struggle for Hegemony. In: *Monthly Review* 3/2003
- Walt, Stephen M.: American Primacy. Its Prospects and Pitfalls. In: *Naval War College Review* 2/2002
- Waltz, Kenneth: Structural Realism After the Cold War. In: *International Security* 1/2000;
- Watson, Hilbourne A.: Liberalism and neo-liberal capitalist globalization: Contradictions of the liberal democratic state, in: *Geojournal* 60 (2004)
- White, Richard: The Geography of American Empire, in: *Raritan* 3/2004
- Wilkinson, D.: Unipolarity without Hegemony. In: *International Studies Review* 2/1999;
- Williams, Steven D.: Tracking the New World Order. In: *space & culture* 2/2002
- Wirtz, James J./Russell, James A.: U.S. Policy on Preventive War and Preemption, in: *The Nonproliferation Review* 1/2003, S. 113-123
- Wohlforth, William C.: The Stability of a Unipolar World. In: *International Security* 1/1999
- Wolfowitz, Paul: Remembering the Future, in: *The National Interest* 59 (2000).
- Wolfson, Adam: Conservatives and Neoconservatives, in: *Public Interest* 154 (2004)
- Wood, Ellen M.: Global capital, national states. In: Rupert, M., Smith, H. (Hg.): *Historical Materialism and Globalization*, London 2002
- Wood, Ellen Meiksins: Capitalist Empire and the Nation State: A New U.S. Imperialism? In: *Against the Current* 6/2003
- Wood, Ellen M.: Logics of power: a conversation with David Harvey. In: *Historical Materialism* 14:4 (2006)

Papers

- Aaltola, Mika: American Empire and Decline-Fall Syndrome: A Review of Soviet-Afghan and American-Iraqi Cases, in: Harlke, Vilho (Hg.): *Towards the Hierarchical International System? Working Papers* 1/2005 Tampere
- Beeson, Mark: The Rise of the »Neocons«and the Evolution of American Foreign Policy. Working Paper Nr. 107 des Asia Research Centre, Murdoch University Perth 2004
- Beeson, Mark: Living with Leviathan: Australia, Asia and American Hegemony, Asia Research Centre Murdoch University Working Paper No. 125, Perth 2005
- Blank, Stephen: The Return of Nuclear War, Vortrag auf der 41. Jahrestagung der International Studies Association.

- Los Angeles 14. - 18.3.2000
- Boot, Max: Does America Need an Empire? Lecture UC Berkeley 12. 3. 2003
- Bzostek, Rachel: From SIOP to the Bush Doctrine: The Role of Preemption in US Policy. Paper ISA Convention Chicago 2007
- Cammack, Paul: Forget the Transnational State, Papers in the Politics of Global Competitiveness Institute for Global Studies Manchester Metropolitan University 2007
- Cox, Michael: American Exceptionalism or the case of the Empire that did not bark, Paper APSA Annual Meeting, Chicago 2007
- Crawford, Neta C.: Fear itself: The Institutionalization of Fear in US Foreign Policy. Paper ISA Montreal 2004
- Crothers, Lane: American Jihad: American Exceptionalism and the Post 9/11 New World Order, Paper APSA Annual Convention Chicago 2004.
- Dalby, Simon: The Pentagon's New Imperial Cartography: Tabloid Realism and the War on Terror, Paper Annual Convention ISA, Honolulu 2005
- Dalby, Simon: Regions, Strategies and the Global War of Terror, Vortrag an der Universität Bielefeld im Februar 2006
- Debrix, Francois: The United States and the »War Machine«: Re-imagining Security and Terror after September 11. ISA Annual Convention Honolulu 2005
- Gasner, John A.: Revising the U.S. Global Military Basing Policy: Is a Permanent U.S. Military Presence Still Required? Diss. Monterey 2004.
- Hassner, Pierre: The United States: the empire of force or the force of empire? Chaillot Papers Nr. 54, Paris September 2002
- Hurst, Steven: William Appleman Williams and the Myth of Economic Determinism, APF Conference, Reading 2003
- Ferguson, Niall/Kagan, Robert: The United States Is, and Should Be, an Empire: A New Atlantic Initiative Debate, AEI 17.7.2003
- Ferguson, Niall: Colossus: The Price of America's Empire, Edited transcript of remarks v. 28. 4. 2004 Carnegie Council Books for Breakfast, New York
- Ferguson, Yale H.: Along the Imperial Continuum: Varieties of Empire, Paper APSA Annual Meeting, Chicago 2007
- Fisher, Uri/Littler, Andrea/Leblang, David: Does the Buck Follow the Bang: U.S. Overseas Investment and the Use of Force. Paper Midwest Political Science Association Annual Meeting Chicago 2004
- Gershenson, Geoffrey: Dynamics of Postmodern Empire: Politics and Culture in the Age of Global Capital, Papier APSA-Tagung 2005
- Gerson, Joseph: Ulysses or Icarus? The Bush Administration's Global Agenda and U.S. Resistance, Rede auf der Konferenz des Europäischen Netzwerks für Frieden und Menschenrechte am 26. 6. 2003 in Brüssel
- Gill, Stephen: The »new« Imperialism and the war in Iraq, ISA Annual Convention Honolulu 2005
- Graham, Stephen: From Space to Street Corners: Global South Cities and US Military Technophilia, Paper Durham 2007
- Gravier, Magali: From Good Governance to Good Empire: The Emergence of the European State, European Union Studies Series, Universität Salzburg 2/2005
- Griffin, David Ray: Global Imperialism or Global Democracy: The Present Alternatives, Vortrag an der Drew-Universität am 25. 9. 2003
- Hart, Gillian: Beyond Neoliberalism, Durban 2004
- Hingorani, Micky: The American Superpower: A Reappraisal of the United States Based on a Changing World Dynamic, Paper ISA Annual Meeting Montreal 2004
- Huffschmid, Jörg: Neoliberalismus, Gewalt und Krieg – Zusammenhänge und Alternativen, Vortrag Juli 2003
- Huysmans, Jeff: International Politics of Exception, Paper SGIR Den Hague 2004.
- Hymans, Jaques E.C.: The Bush Preventive War Doctrine and its (Mild) Critics: Seeking the Roots of America's Threat Consensus. Paper APSA Annual Meeting Philadelphia 2003
- Ikenberry, G.John: America as a Liberal Leviathan, Working Paper der Grand Strategic Choices Working Group, Princeton v. 16. 9. 2004
- Jervis, Robert: Doomed to Failure: Grand Strategy in a Weak State, Lecture v. 2. 2. 2000 in Yale
- Judis, John: American Power and Empire, Carnegie Council-Eckerd College »America and the World« Lecture, v. 19. 10. 2004
- Kassop, Nancy: Law vs. Presidential Power in the Bush Administration's Anti-terrorism Policies: one at the expense of the other, Vortrag an der LSE (London) v. 20. 2. 2006
- Knutson, Torbjorn L.: Unipolarity and Its Varieties, Vortrag ISA 19. 3. 2004
- Lieven, Dominic: Empire's Place in International Relations, Konferenzpapier Genf 2003
- Littler, Andrea/Leblang, David: Military Securities: U.S. Capital Flows and Military Presence Abroad. Paper Midwest Political Science Association Annual Meeting Chicago 2004.
- Luke, Timothy W.: From 9.11.01 to 5.1.03 and the Aftermath: Empire Strikes Back? ISA Annual Meeting 2004.

MacDonald, Paul K.: Is Imperial Rule Obsolete? Assessing the Barriers to Overseas Adventurism, Paper, Belfer Center for Science and International Affairs, 23 May 2007

Mead, Walter Russell: Power, Terror, Peace, and War, Edited transcript of remarks v. 27. 5. 2004 Carnegie Council Books for Breakfast, New York

Miller, Benny: The Rise (and Decline?) of Offensive Liberalism, Paper Annual Meeting ISA Montreal 2004

Monten, Jonathan: Nationalism and Neoconservative Perspectives on the Promotion of Democracy, APSA 2004

Monten, Jonathan: Unilateralism, Grand Strategic Beliefs, and Logics of Primacy, Vortrag auf der Konferenz der ISA in Montreal am 20. 3. 2004

Nexon, Daniel/Wright, Thomas: Taking American Empire Seriously, Papier für die 5. Pan-Europäische Konferenz, Den Haag 2004

O'Brien, Patrick K.: The Pax Britannica, American Hegemony and the International Economic Order 1846-1914 and 1941-2001. Paper, 13. Congress of the International Economic History Association Buenos Aires 2002

Overbeek, Henk: Global Governance, Class, Hegemony: A historical materialist perspective, Working Papers Political Science Np.2004/01, Amsterdam 2004

Owens, Patricia: Hannah Arendt, Empire, and Law: Humanitarianism in Dark Times, Annual Convention ISA Montreal 2004

Parmar, Inderjeet: Liberal-Imperial Brain Trust: The Political Significance of the Princeton Project on National Security, Paper, ISA Convention, Chicago 2007

Peschek, Joseph G.: The Bush Doctrine and U.S. Hegemony: Continuity and Change. Paper Midwest Political Science Association Conference, Chicago 2004

Plaw, Avery: Democratic Imperialism: The Emergent Paradigm of U.S.: Foreign Policy, Paper APSA 2005

Pfiffner, James P.: George W. Bush and the Abuse of Executive Power, Vortrag auf der APSA Tagung Chicago 2007

Scott, James M.: Future American Foreign Policy and the War on Terrorism: The Perils of Bombing Alone. Paper Midwest Political Science Association Annual Convention, Chicago 2004

Skalnes, Lars: Parallel Tracks or Opposite Tracks? Grand Strategy in a Unipolar World, Paper International Studies Association, Montreal 2004

Snyder, Jack/Shapiro, Robert/Bloch-Elkon, Yaeli: Free Hand Abroad, Divide and Rule at Home: The Domestic Politics of Unipolarity, Paper APSA Annual Meeting, Chicago 2007

Sullivan, Michael J.: Rise of the Global Hegemon. Fifty Years of US Foreign Policy in the Periphery, Paper ISA-Convention 2004

Sylan, David/Majeski, Stephen: Empire and Multilateralism: Maintaining Client States During Imperial Decline, Paper Annual Convention UISA Honolulu 2005

Thornton, Gabriela Marin: American Expansionism and the Formation of a New Geopolitical Space, ISA Montreal 2004

Walter, Stephen M.: Can the United States Be Balanced? If So, How? Annual Meeting APSA 2004

Die russische Revolution

Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus



»Die Wache ist müde«

Neue Sichten auf die
russische Revolution von 1917
und ihre Wirkungen
herausgegeben von
Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner

Wem hat heute die russische Revolution von ihrem demokratischen Aufbruch im Februar 1917 bis zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung im Januar 1918 etwas zu sagen? Wird sie als historisches oder als epochales Ereignis reflektiert? Existieren Bezugspunkte für eine Rückbesinnung auf die sozialistische Perspektive, die außerhalb Europas zu beobachten ist? Autoren: Fritz Klein, Wolfgang Ruge, Helmut Bock, Wladislaw Hedeler, Klaus Kinner, Mario Keßler, Jörn Schütrumpf u. a.

Wladislaw Hedeler, Klaus Kinner (Hrsg.)

»Die Wache ist müde«

Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen
408 Seiten, mit 4 Abbildungen, 24,90 Euro · ISBN 978-3-320-02140-5

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

Die Mär der Neoliberalen



Angeblich habe Ludwig Erhard das »Wirtschaftswunder« mit einem rein liberalen Wirtschaftssystem gezeugt, behauptet nicht nur Angela Merkel und fordert für die heutige Bundesrepublik eine reine Marktwirtschaft. Der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler zeigt, daß die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik in Wirklichkeit in der Auseinandersetzung zwischen den Regierenden und der Bevölkerung entstand. Eine Kombination aus Regulierung über den Markt *und* über den Staat brachte den Erfolg.

Jörg Roesler

Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik

Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre »Argumente« produzieren

Texte 49 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Broschur

111 Seiten, mit 9 Abbildungen, 9,90 Euro · ISBN 978-3-320-02137-5

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

Die Linke und die Gewalt



Die Frage der Gewalt zerreißt die Linke wie kaum etwas anderes.

Zuletzt hat es Heiligendamm gezeigt. Die Linke kämpft für eine Gesellschaft ohne Gewalt und Krieg und sie trägt zugleich eine Tradition schrecklichster Formen der Gewalttätigkeit mit sich. Ihre

Verweise auf die Macht der Gewalt und die Gewalt der Macht sind stichhaltig. Doch wie darauf reagieren?

Mit der strategischen Position der Militanz? Radikaler Gewaltfreiheit? Einem linken radikalen Pazifismus?

Rainer Rilling (Hrsg.)

Eine Frage der Gewalt

Antworten von links

Texte 49 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Broschr

144 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 978-3-320-02157-3

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

